

De los conflictos locales a la guerra civil

Tolima (Colombia) a finales del siglo XIX

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades
der Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität
München

vorgelegt von

Brenda Escobar

Erstgutachter: Prof. Dr. Martin Baumeister

Zweitgutachter: Prof. Dr. Thomas Fischer

Tag der mündlichen Prüfung: 14.02.2011

TABLA DE CONTENIDO

Zusammenfassung auf Deutsch	5
Agradecimientos	10
Mapa 1. División política de Colombia entre 1863 y 1905	11
Mapa 2. Los Andes colombianos	12
Mapa 3. Tolima a finales del siglo XIX	13
1. INTRODUCCIÓN.....	14
1.1. La lectura bipartidista de la historia de Colombia.....	14
1.2. Diferentes concepciones sobre la “acción política”	24
1.3. Fuentes, metodología y estructura	35
1.4. La distinción entre notables y grupos populares	40
2. COLOMBIA Y TOLIMA EN EL SIGLO XIX	45
2.1. Cambios políticos a nivel nacional	45
2.1.1. El liberalismo radical	45
2.1.2. El régimen de la Regeneración	47
2.2. El Tolima en la segunda mitad del siglo XIX	52
2.2.1. Geografía y economía del Tolima.	52
2.2.2. La formación del estado del Tolima	58
2.2.3. Cambios en la configuración social.....	61
2.2.4. Adscripciones políticas regionales. Una crítica.....	66
3. CONFLICTOS EN TOLIMA DURANTE LA REGENERACIÓN	70
3.1. Conflictos en torno a la tierra	70
3.1.1. La propiedad de la tierra	71
3.1.2. Conflictos entre intereses agrícolas y mineros	84
3.1.3. Venta de ejidos en Ibagué.....	95
3.2. Conflicto por la renta de aguardiente	108
3.2.1. Los impuestos en el contexto de la constitución del Estado nación.....	109

3.2.2. Las vicisitudes de la renta de aguardiente en Tolima	112
3.2.3. La relación Estado - productores	117
3.2.4. La renta de aguardiente como conflicto social	121
3.2.5. La renta de aguardiente como conflicto partidista.....	125
3.3. Fundación de poblados	131
3.3.1. Anaime.....	139
3.3.2. Líbano	145
3.4. Conclusión.....	152
4. LA GUERRA DE LOS MIL DÍAS	154
4.1. La construcción del discurso sobre la guerra de los Mil Días.....	154
4.1.1. El concepto “guerra civil” y su uso en la historiografía colombiana	154
4.1.2. Las interpretaciones de la guerra de los Mil Días.....	161
4.1.3. ¿Caballeros y guerrilleros? ¿Ejércitos y guerrillas? ¿Caudillos y clientelas?	169
4.2. La guerra de los Mil Días en el Tolima	184
4.3. El funcionamiento del bando conservador en la guerra	201
4.4. La movilización liberal.....	210
4.4.1. Los jefes liberales	214
4.4.2. Las tropas.....	224
4.4.3. Recorridos de los combatientes	233
4.4.4. Localidades con dominio liberal.....	237
<i>Anaime</i>	238
<i>Santana</i>	245
<i>Doima</i>	247
4.4.5. Más allá de las ideologías	254
4.5. Conclusión.....	264
5. CONCLUSIONES.....	267
6. BIBLIOGRAFÍA.....	276

ZUSAMMENFASSUNG AUF DEUTSCH

Von lokalen Konflikten zum Bürgerkrieg. Tolima (Kolumbien) am Ende des 19. Jahrhunderts

Für Kolumbien – wie auch für die anderen Länder Lateinamerikas – war die Periode nach der Unabhängigkeit von Spanien ab 1819 eine Zeit, in der mit verschiedenen Regierungssystemen experimentiert wurde, mit dem Hauptziel, den Weg in die Moderne anzutreten. Nach mehreren Jahren unter einer föderalen Regierung wurde ab 1886 von den Konservativen ein neuer Versuch gewagt, mittels einer Zentralisierung und einer Machterweiterung der Exekutive den Staat zu stärken. Die Befürworter nannten das Projekt „la Regeneración“, da sie es als eine komplette Erneuerung des Landes verstanden. Während dieser Regierungszeit (1886-1904) fand ein blutiger Bürgerkrieg statt, der drei Jahren dauerte (1899-1902) – daher sein Name „Guerra de los Mil Días“ (Krieg der Tausend Tage). Der Krieg wird in der Forschungsliteratur häufig als eine – misslungene – Volkserhebung gegen den Despotismus der Regime der „Regeneración“ interpretiert. Die Dissertation analysiert die Auswirkungen dieser Regierungen aus der Perspektive ihrer Rezeption in einzelnen Gemeinden des Departements Tolima. Dafür werden Konflikte dargestellt, die sowohl vor dem Krieg als auch während des Krieges unter der ländlichen Bevölkerung sowie zwischen ihr und der Regierung stattgefunden haben. Dabei lässt sich feststellen, dass diese Individuen über einen relativ breiten Handlungsspielraum verfügten. Die vorliegende Arbeit versucht, die politische Bedeutung der Handlungen von Akteuren mit ländlicher Herkunft herauszuarbeiten. Zwar war ein großer Teil dieser Bevölkerung von der institutionellen Politik ausgeschlossen, da sie kein Bürgerrecht besaßen. Im Anschluss an neue Betrachtungsweisen und Erkenntnisse der Kulturgeschichte können sie aber insofern als politische Akteure betrachtet werden, als sie diskutierten, kämpften, sich der Regierung entgegenstellten und sich teils gegen weitaus mächtigere Akteure oder den Staat selbst durchzusetzen verstanden.

Im ersten Kapitel wird diese Frage- und Problemstellung der Dissertation eingeführt. Im zweiten Kapitel stellt die Arbeit die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen Kolumbiens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und deren Auswirkungen in und auf Tolima dar. Für Tolima war es eine Zeit tiefgreifender sozialer

Wandlungsprozesse: Einwanderer aus verschiedenen Regionen bewohnten neue Gebiete; die Menschen wechselten ständig ihren Wohnort; die Einkommensquellen wie auch das Vermögen der Familien waren selten konstant, sodass große Geschäfte häufig bankrott machten oder, umgekehrt, neue große Vermögen entstanden. Die Instabilität zeigt sich ferner in einer ständig wechselnden Gesetzgebung; territoriale Teilungen und Grenzen waren nicht dauerhaft. In einer sich derartig verändernden Gesellschaft war es eher selten, dass sich Gruppen mit einer bestimmten Identität aufgrund der geographischen Herkunft, der ökonomischen Lage, der Nachbarschaft, der gemeinsamen Vergangenheit oder Traditionen formten. Dieser Befund gilt nicht nur für die Unterschichten, sondern auch für wohlhabendere Teile der Bevölkerung. Bis Ende des Jahrhunderts existierte keine „Elite“, die über derart viel Macht verfügte, um ihre regionalen Projekte gegenüber dem Rest der Gesellschaft erfolgreich durchzusetzen.

Das dritte Kapitel befasst sich mit dem Wirken der Regierung, die 1886 an die Macht kam. Sie versuchte neue Regelungen einzuführen, die nach Zentralisierung und mehr Kontrolle des Staates strebten. Aber in den Gemeinden in der Provinz musste die Regierung ständig gegen große Schwierigkeiten ankämpfen, um ihre Ideale in die Praxis umzusetzen. Der ländlichen Bevölkerung gelang es, die staatlich beschlossenen Maßnahmen zu bekämpfen, zu ignorieren oder ihnen einen neuen Sinn zuzuschreiben, um sie an die lokalen Realitäten anzupassen. Diese Handlungen der ländlichen Bevölkerung können anhand der Konflikte, die die Einführung der neuen Gesetze hervorriefen, analysiert werden. Die Arbeit konzentriert sich auf diejenigen Konflikte, zu denen ausreichend Quellenmaterial vorhanden ist. Mehrere Konflikte entzündeten sich etwa an der Frage nach dem Besitz und Gebrauch von Land. In einer Zeit massiver Siedlerbewegungen, die von der Regierung teils unterstützt wurden, kam es häufig zu Streitigkeiten um Landbesitz. Bei der Untersuchung der Protagonisten dieser Streitigkeiten zeigt sich, dass die meisten nicht das Modell „kleine Pächter gegen große Grundbesitzer“ darstellten. Außerdem war die Regierung nicht immer auf der Seite der Mächtigsten, wie normalerweise in der Literatur in Kolumbien zu lesen ist. Es handelt sich dagegen in der Mehrzahl um Gruppen ähnlicher sozialer Herkunft, die gegeneinander kämpften. Die Regierung war an einer Regulierung des Landbesitzes interessiert, nicht daran, dass das Land in den Händen weniger Großgrundbesitzer blieb. Deswegen versuchte sie auch, kleinere Pächter zu verteidigen. Diese wiederum bedienten sich anderer Mittel, um sich selbst zu verteidigen: Sie baten verschiedene Agenten des Staates um Hilfe, gehorchten

manchen Befehlen der Regierung einfach nicht oder vereinbarten innerhalb der Konfliktparteien selbst bestimmte Aufteilungen von Grund und Boden.

Probleme um Besitz und Nutzung des Bodens erzeugte auch die Förderung des Bergbaus, in dem die Regierung ein wichtiges Unternehmen für die Entwicklung des Landes sah. In diesen Konflikten war die Regierung auch nicht immer auf der Seite der Bergbaubesitzer und gegen die kleinen Landarbeiter. Die Position der Regierung variierte von Fall zu Fall, was zeigt, dass sie keinen starken Druck auf die beteiligten Akteure ausüben vermochte. Dementsprechend polarisierte die Regierung auch kaum und wurde nur selten als Feind betrachtet. Man kann aus diesen Streitigkeiten ferner nicht ableiten, auf welcher Seite die Bevölkerung der betroffenen Gemeinden im Krieg kämpfte. Parteizugehörigkeit war ebenfalls selten ein Argument, das im Kampf um Land benutzt wurde.

Ein anderes Thema, das viele Streitigkeiten am Ende des Jahrhunderts auslöste, war die Getränkesteuer. Wie aber dieses Problem die Fraktionen im Krieg bestimmte, ist ebenfalls nicht eindeutig. Die Regierung des Departements versuchte, die Produktion von alkoholischen Getränken zu besteuern. Aber es gelang ihr nicht, eine allgemein akzeptierte Regelung durchzusetzen, weil jede Veränderung bestimmte Hersteller und Händler benachteiligt hätte. Obwohl die Hersteller keine koordinierte Gruppe darstellten, konnten sie starken Widerstand gegen die Maßnahmen der schwachen Regierung leisten. Auch hier spielten die Parteien eine unklare Rolle. Es war häufig der Fall, dass Konservative gegen die Regierung opponierten, während Liberale sie unterstützten, weil sie sich von einer neuen Verwaltungsweise der Getränkesteuer Profit versprachen. Es ist also nicht möglich, die Auseinandersetzung über die Getränkesteuer als einen Konflikt von Liberalen versus Konservative zu verstehen.

Darüber hinaus analysiert die Arbeit zwei Gemeinden die als Ausnahmen verstanden werden können, in denen eine organisierte Opposition gegen die Regierung sich zeigen lässt. In Anaime und Líbano kann man eine klare Präferenz für den Liberalismus beobachten. Das erzeugte verschiedene Reibungen zwischen den beiden Gemeinden und der Hauptstadt Tolimas, Ibagué, und führte letztlich zu mehr Kontrolle durch die Regierung des Departements. Im Falle von Anaime und Líbano handelt es sich um Dörfer, in denen es einer Gruppe gelungen war, sich gegenüber anderen Teilen der Bevölkerung durchzusetzen und gewisse Pläne und Organisationsformen für die Gemeinden zu bestimmen. Im Bürgerkrieg stand die Bevölkerung dieser Gemeinden schneller als andernorts auf der Seite der aufständischen Liberalen. Offen bleibt hingegen die Frage

steht, ob diese Identifikation mit dem Liberalismus in allen Ebenen der Gesellschaft zu finden war oder nur die Präferenzen der Oberschichten zeigten.

Die Dokumente, die für die Untersuchung dieser Konflikte benutzt wurden, sind meist Beschwerdebriefe der Bevölkerung sowie Briefwechsel zwischen staatlichen Akteuren wie Bürgermeister, Gemeinderäte, Gouverneure und Ministerialbeamte. Sie zeigen, dass auf den verschiedenen Ebenen der Regierung unterschiedliche Meinungen über die Probleme und Beschwerden bestanden, obwohl alle derselben Partei angehörten. Dadurch entsteht ein Bild von einer Regierung, die weit von jenem autoritären Staat entfernt war, den die Liberalen als Feindbild zu beschreiben pflegten. Die Bevölkerung, auch die Unterschichten, konnte mit der Regierung durch ihre lokalen Agenten verhandeln und sich in vielen Angelegenheiten auch durchsetzen. Aber diese Durchsetzung gelang nicht durch einen organisierten Widerstand der Bevölkerung gegen die Maßnahmen der Regierung, sondern dadurch, dass diese kaum über Autorität verfügte. Die Bevölkerung hat sich nicht in Gruppen um feste Interessen herum gebildet; das zeigt auch die Art und Weise, in der die Beschwerden formuliert wurden: Man konstatiert keine gleichbleibende Gruppe, die von einer klar erkennbaren Person geführt wurde oder eine deutliche Neigung für eine Partei zeigte. Das ist auch bei den Oberschichten zu beobachten. Bei den Konflikten um die Getränkesteuer kann man feststellen, wie schwer sich gerade die Vermögenden taten, sich in Gruppen zu organisieren und bestimmte Formen dieser Steuer zu unterstützen. Die Zeitungen versuchten, die Gesellschaft nach bestimmten Identitäten, besonders nach Parteizugehörigkeit, zu gruppieren. Die Arbeit aber zeigt, dass dies vielmehr einem Wunsch der Parteiführer als den tatsächlichen Interessen der Bevölkerung entspricht.

Im vierten Kapitel wird die Aufmerksamkeit auf den „guerra de los Mil Días“ gerichtet, wobei der Fokus auf dem Lokalen bleibt. Aus dieser Perspektive erhält der Krieg eine andere Bedeutung: Er erscheint nicht als eine Kundgebung eines größer werdenden Zerwürfnisses zwischen Bevölkerung und Regierung – es wurde schon konstatiert, dass der Missmut der Bevölkerung über andere Kanäle verfügte, um sich zu manifestieren. Der Krieg taucht eher als ein außergewöhnliches Moment auf, in dem andere Regeln herrschten und für die Akteure neue Handlungsspielräume eröffnete, bei denen stärker als politische Ideologien oder Ziele das nackte Überleben im Zentrum des Interesses stand. Für den Untersuchungszeitraum können wir nur auf konservative Zeitungen zurückgreifen, da die liberalen verboten wurden. Es kann dadurch nochmals festgestellt werden, dass die Zeitungen das Bild einer scharfen Teilung der Gesellschaft durch die Parteien zeichneten,

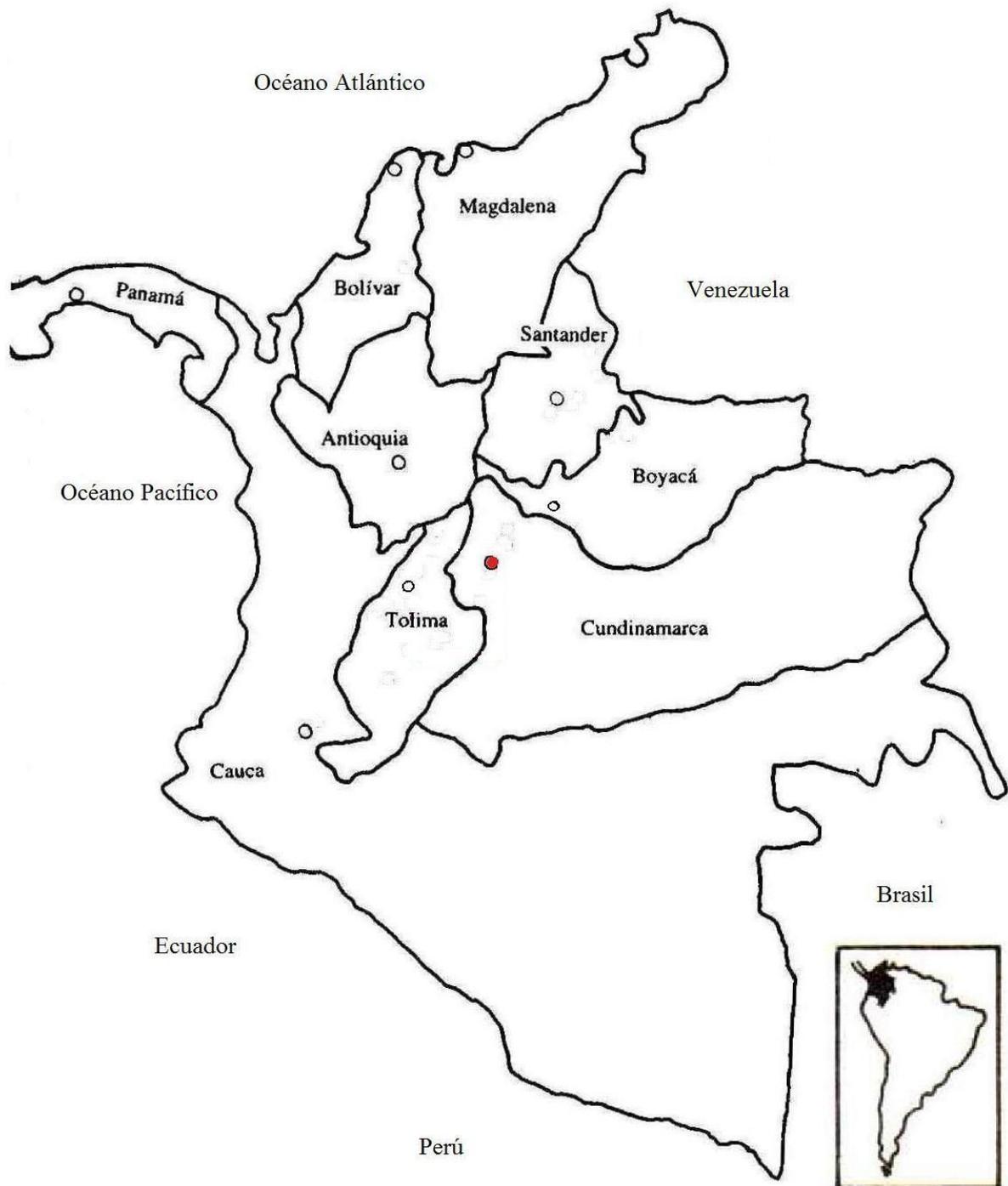
um damit Identitäten zu schaffen und Freunde von Feinde zu unterscheiden, obwohl diese Teilung sowohl in der Mobilisierung für den Krieg als auch in seinem Verlauf nicht so deutlich zu finden ist. Um die Rolle der Liberalen im Krieg zu untersuchen, greift die Arbeit insbesondere auf Verhöre von liberalen Häftlingen zurück. Es handelt sich dabei um sehr interessante Quellen, die die Stimmen der Kämpfer, auch derjenigen aus den Unterschichten, sprechen lässt. Auch hier wird wieder deutlich, dass viele keine engagierte Anhänger der Partei waren, sondern ganz unterschiedliche Gründe hatten, um am Krieg teilzunehmen. Von der Situation zu profitieren war eine häufige Einstellung gegenüber dem Krieg. Die Teilnahme am Krieg war auch nicht auf Schlachten begrenzt: Viele lieferten Lebensmittel für die Kämpfer, handelten mit ihren Produkte, versteckten Kämpfer oder wiesen ihnen Wege. Diese Handlungen zeigen kein großes Engagement der ländlichen Bevölkerung. Sie zeigen vielmehr, dass sie sich während des Krieges für eine Seite und für ein bestimmtes Verhalten entschieden, das ihnen persönlich sicherer erschien.

Durch die Analyse wird eine Deutung in Frage gestellt, die für den „guerra de los Mil Días“ und auch für andere Bürgerkriege des 19. Jahrhunderts in Kolumbien vertreten wird. Diese dominierende These besagt, die Bürgerkriege seien Ausdruck einer historischen Spaltung der Gesellschaft in zwei Parteien: liberal und konservativ. Die Quellen über Konflikte vor dem Krieg und während des Krieges zeigen aber, dass für breite Teile der Gesellschaft in ihrem alltäglichen Leben die Zugehörigkeit zu einer Partei keine Rolle gespielt hat. Darüber hinaus bietet die Analyse eine kritische Lektüre von Deutungen an, die im Kontext der neuen Kulturgeschichte und der *Subaltern Studies* erschienen sind. In ihrem Versuch, die Bedeutung der Unterschichten hervorzuheben, gehen einige Historiker zu weit, wenn sie diese Akteure als stark ideologisierte Personen betrachten, die konsolidierte Gruppen bildeten und strukturierte politische Projekte entwarfen, um mit denjenigen des Staates zu konkurrieren. Die Akteure, die in der vorliegenden Untersuchung im Mittelpunkt stehen, haben keine solchen konsolidierten Gruppen gebildet, die sich um bestimmte Interessen für längere Zeit organisiert und die für Maßnahmen mit einer Nachwirkung jenseits der lokalen Ebene gekämpft hätten. Obwohl sie nicht gut organisiert waren, gelang es ihnen dennoch oftmals, ihre eigenen Interessen zu verteidigen und sich gegen die Gesetze eines Staates durchzusetzen, der versuchte, mehr Kontrolle über die Bevölkerung zu gewinnen. In einer breiteren Deutung von Politik, die heutzutage bei der Kulturgeschichte verteidigt wird, handelten diese Akteure auch politisch, indem sie auf lokaler Ebene gegen eine abträgliche Teilung der Macht reagierten und staatliche Maßnahmen zu ihren eigenen Gunsten adaptierten.

AGRADECIMIENTOS

Este trabajo es fruto de un largo proceso en el que he contado con el apoyo y los consejos de muchas personas. Empiezo manifestando mi gran agradecimiento y cariño a mis padres y a mi hermana, quienes desde me han acompañado y brindado su apoyo en todos los momentos. Pude adelantar mis estudios en Alemania gracias a una beca de doctorado del Servicio de Intercambio Académico Alemán, DAAD; agradezco en particular a la comisión para Colombia por haber apoyado mi proyecto. El trabajo ha sido dirigido por los profesores Martin Baumeister de la Universidad Ludwig-Maximilian de Múnich y Thomas Fischer de la Universidad Católica Eichstätt-Ingolstadt. A ellos agradezco por sus invaluable comentarios, recomendaciones y críticas al trabajo en sus diferentes fases, por su paciencia y también por su disposición para ayudarme en los aspectos burocráticos. Por la orientación en las primeras lecturas con las que di comienzo a la tesis debo agradecer al profesor Juan Carlos Garavaglia, de la École des Hautes Études des Sciences Sociales de París. Para la búsqueda de documentación en Tolima me fue de gran ayuda el profesor de la Universidad del Tolima Hernán Clavijo Ocampo. Agradezco también a los encargados de los archivos históricos de Ibagué y de Honda, del Archivo General de la Nación y de las bibliotecas Luis Ángel Arango y Nacional por su orientación en los fondos documentales de esas instituciones y por haberme permitido tomar fotos de los documentos. En especial debo agradecer a Tiberio Murcia por su amable acogida en Honda y por su desinteresada disposición para compartir sus conocimientos sobre su ciudad. De mis compañeros Lisa Dittrich, Jens Späth y Britta Voss y de Hinnerk Onken recibí importantes indicaciones y apoyo en momentos difíciles del trabajo, así mismo, les agradezco su paciencia para corregir mis escritos en alemán. Tengo una deuda particular con aquellos que leyeron la tesis: Federico Flora, Carlos Camacho, Andrés Jiménez y Jazmín Santa. Sus críticas y sus preguntas fueron de una importancia crucial. Mi vida en Alemania la hicieron más feliz mis amigos Anna Hila, Stefanie Studnitz, Romelia Aspilcueta y Fernando Ruiz. Por su compañía y apoyo en los mejores y en los peores momentos muchas gracias. Por último quiero agradecer a Santiago Echeverri por impulsarme a hacer el doctorado y por los buenos recuerdos que dejó a su paso.

MAPA 1. DIVISIÓN POLÍTICA DE COLOMBIA ENTRE 1863 Y 1905

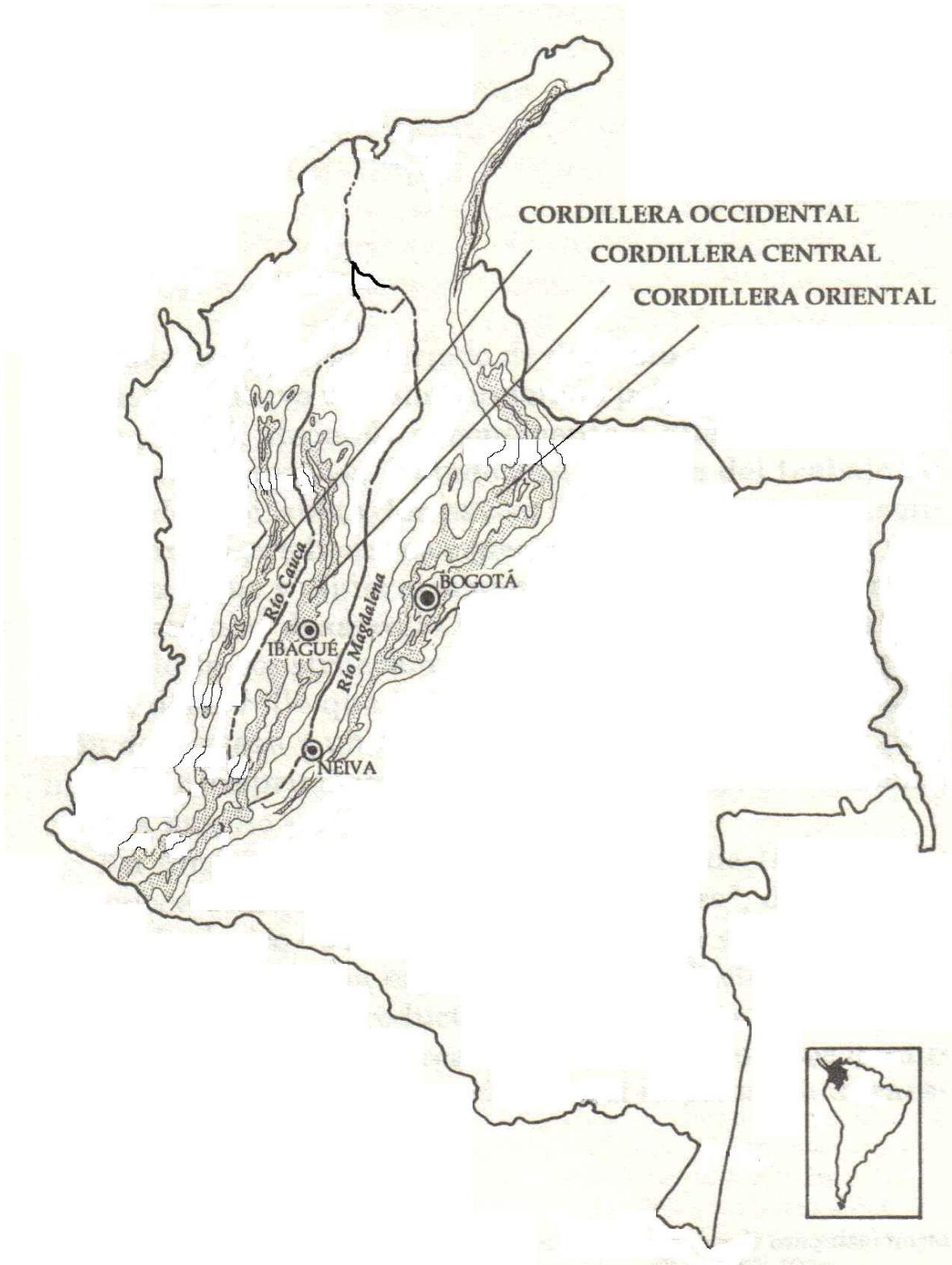


- Capitales de los estados / departamentos
- Bogotá

Fuente:

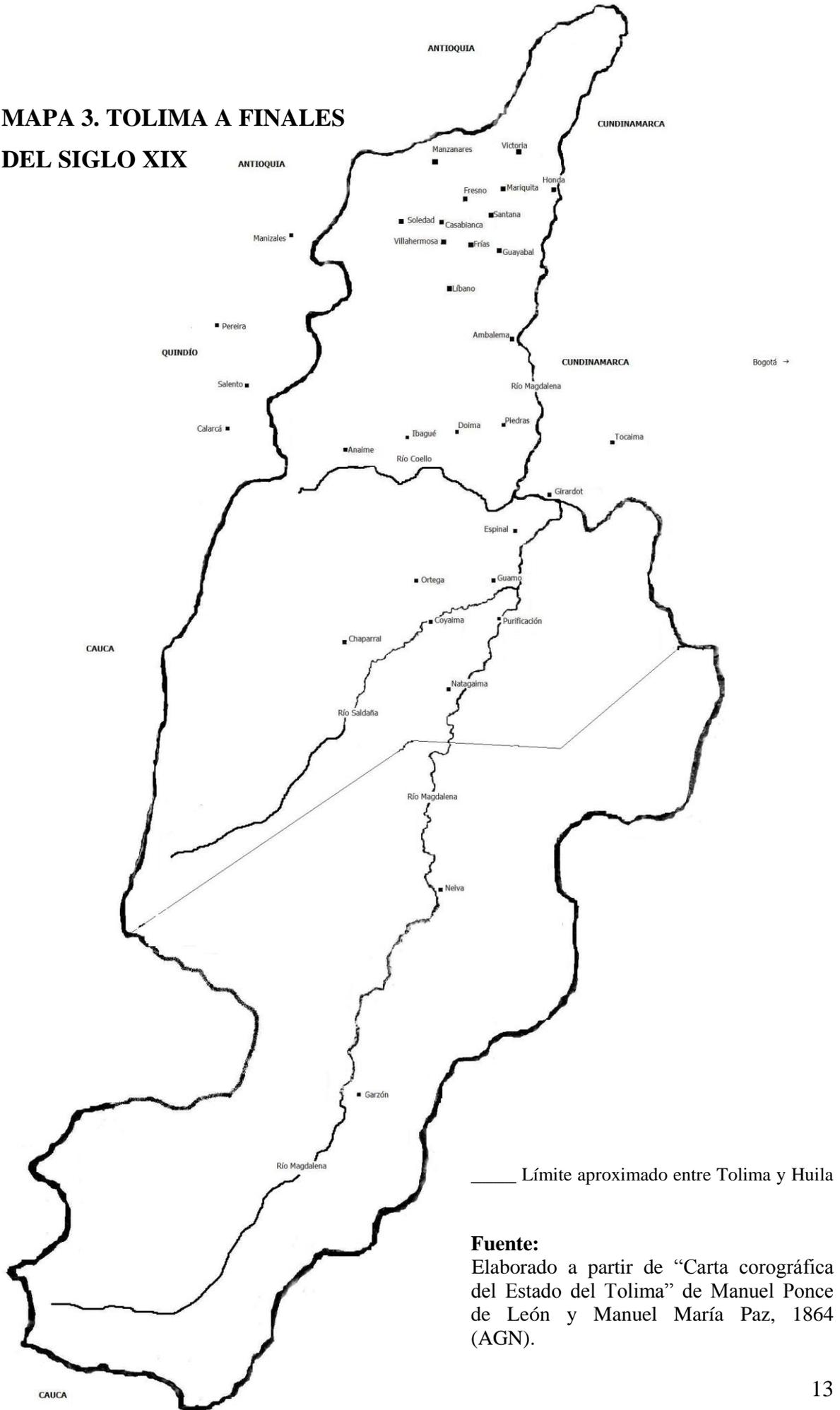
Elaborado a partir de Jaramillo 1991: 125.

MAPA 2. LOS ANDES COLOMBIANOS



Fuente:
Elaborado a partir de Marulanda 1991: 19.

**MAPA 3. TOLIMA A FINALES
DEL SIGLO XIX**



1. INTRODUCCIÓN

1.1. La lectura bipartidista de la historia de Colombia

Colombia vive actualmente un agudo conflicto interno. Existen guerrillas activas desde hace varias décadas que, a pesar de las diferentes campañas militares y pacifistas que los diferentes gobiernos han emprendido para desactivarlas, siguen en pie, e incluso han aumentado su poder en los últimos años por medio de su incursión en el negocio del narcotráfico. Aun con los cambios históricos que han sufrido esos grupos y las diferencias entre el conflicto actual y el de hace veinte o cuarenta años, suelen hacerse lecturas monocausales que pretenden explicar esos diversos conflictos colocándolos en una línea histórica cuyas raíces se enterrarían incluso hasta el siglo XIX. Tales miradas arrojan como resultado una concepción de la sociedad colombiana como esencialmente conflictiva, en guerra “permanente” o “endémica”, regida por una “cultura de violencia”.¹ Una de las tareas del historiador debe ser mirar de manera menos generalizadora el pasado, hacer distinciones, ver las diferencias de los procesos y analizar críticamente y en contexto las distintas interpretaciones sobre los sucesos históricos.

La lectura bipartidista de la historia de Colombia ha sido una de esas explicaciones monocausales. La historiografía política de Colombia se ha basado en la reconstrucción de las pugnas que tuvieron los partidos Liberal y Conservador desde los primeros años de la República hasta incluso los años ochenta del siglo XX. Desde el siglo XIX, el pequeño grupo que se disputaba el poder estatal le dio un orden a esas luchas a través de una narrativa basada en la oposición partidista. La profunda inestabilidad política del período, generada por la continua discusión y experimentación de diferentes proyectos de Estado, se leyó como un permanente enfrentamiento entre los dos partidos por medio de guerras civiles. Como lo muestra la socióloga María Teresa Uribe, cada queja y cada descontento contra el gobierno de turno eran justificados por medio del discurso partidista. En general todo conflicto trataba de encajarse dentro de esa estructura de los dos partidos enfrentados.

¹ Eduardo Posada Carbó (2006) hace una muy buena recopilación de “discursos eruditos” que se han producido en Colombia sobre la supuesta “cultura de violencia” que caracterizaría a sus habitantes, en la que incluye citas de reconocidos literatos, políticos, periodistas y académicos (cf. esp. pp. 21-43). En su libro, Posada se propone ofrecer una mirada menos fatalista de la historia colombiana, rescatando en particular la tradición liberal y democrática de la historia institucional del país. Michael Riekenberg, de manera más general, señala cómo se ha apelado a una pretendida “cultura de violencia” para entender la conflictividad de las sociedades latinoamericanas. Cf. Riekenberg 2003: 11-12.

A medida que transcurrió el siglo, los “memoriales de agravios” se fueron alargando, agregándose cada vez nuevas quejas y nuevos motivos de descontento. El discurso bipartidista se repetía y retroalimentaba (Uribe 2001, también Uribe/López 2006: i-viii).

Los estudios hechos en el siglo XX sobre la política del siglo XIX se basaron también en ese enfrentamiento partidista. A ello contribuyó en gran medida un nuevo conflicto civil que se presentó a mediados del siglo XX, que duró aproximadamente diez años y causó la muerte de unas 200.000 personas de origen predominantemente rural. El conflicto, denominado “La Violencia”, fue interpretado por los contemporáneos como un enfrentamiento de la población rural por causa del partido político. La solución propuesta por las élites políticas fue justamente hacer un pacto entre los líderes de los dos partidos para turnarse en el gobierno, a lo cual se denominó “Frente Nacional”. Este sistema consolidó en el poder a los partidos Liberal y Conservador al menos hasta los años ochenta. En tanto estos partidos nacieron en el siglo XIX, la Violencia fue explicada como el resultado de una sociedad que estaría escindida en dos partidos desde el siglo XIX.²

La denominada “Nueva Historia de Colombia” tuvo gran influencia en el establecimiento de esta explicación. Esta renovación de los estudios históricos tuvo lugar desde los años 60-70, pocos años después de la Violencia y estando aún vigente el Frente Nacional. Hasta ese entonces, exceptuando unos cuantos estudios, predominaba la historiografía de las Academias de Historia, que habían sido creadas a comienzos del siglo XX como un esfuerzo estatal por intensificar la identidad nacional por medio de la glorificación del pasado del país y la heroización de quienes habían contribuido a poner en marcha las formas de Estado vigentes. El período más estudiado por esta historiografía fue, en consecuencia, la Independencia; en cambio, lo que había ocurrido posteriormente despertó menos interés, en tanto había sido un período de conflicto interno en que era más difícil distinguir los “buenos” de los “malos” y por ello se acomodaba menos a la narrativa heroizante. La Nueva Historia de Colombia se proponía abandonar esa historia de hazañas y héroes y ofrecer una nueva interpretación del pasado siguiendo los parámetros de la

² Hay muchos estudios que asumen que hay una relación de continuidad entre los dos períodos, por ejemplo Sánchez 2007: 17-19; Sánchez/Meertens 2002: 29. En el presente trabajo citaremos particularmente al historiador norteamericano James Henderson (1984), cuyo estudio se basa en el Tolima. Ya Malcolm Deas (2007, 1ª ed. 1986) había criticado la tendencia de los estudios sobre la Violencia, en especial los de los años ochenta, de buscar relaciones muy directas entre ambas épocas de conflicto. Para análisis críticos recientes de la bibliografía sobre la Violencia cf. Schuster 2009; Roldán 2002. Mary Roldán critica la lectura bipartidista de la Violencia mostrando consistentemente con un estudio de caso de Antioquia, que allí había un conflicto étnico y cultural de fondo al que se le superpuso una explicación partidista que no se corresponde con las formas en que los actores interpretaban su realidad. El estudio de Carlos Miguel Ortiz sobre la Violencia en el Quindío (1985) ya hacía importantes críticas a las interpretaciones meramente partidistas.

historia socioeconómica y estructuralista en boga. De tal impulso aparecieron numerosas monografías e importantes compilaciones y obras de consulta, como el *Manual de Historia de Colombia* (3 tomos, 1ª ed. 1979) y la *Nueva Historia de Colombia* (11 tomos, 1ª ed. 1989), que alcanzaron amplia difusión. Además de ello, sus editores y varios de quienes colaboraron en estas publicaciones contribuyeron también a fundar estudios universitarios de historia, inexistentes hasta ese momento en el país. Por estas diferentes vías sus interpretaciones sobre la historia colombiana alcanzaron una enorme influencia en las generaciones posteriores.³

A diferencia de la historiografía anterior, esta se preocupó poco por el período de la Independencia. Los siglos XIX y XX (y el período colonial), por el contrario, ganaron en interés. En conexión con los sucesos recientes de la Violencia y el Frente Nacional, esta historiografía puso gran énfasis en el tema de los partidos. Hubo una nutrida discusión sobre su origen⁴, pero sobre todo interesaba entender los mecanismos que los habían llevado a permanecer en la disputa por el poder desde el siglo XIX hasta su presente. Sobre el siglo XIX eran críticos de lecturas que exaltaban lo hecho por uno u otro partido. En su análisis trataban más bien de resaltar el hecho de que “la oligarquía” se había repartido el poder por medio de alianzas entre élites de ambos partidos y había conducido al pueblo a su antojo. Además trazaban una continuidad entre el siglo XIX y su momento histórico, en que se trataba de dar fin a la violencia partidista de los años 50 por medio del Frente Nacional.⁵

Estas ideas fueron enriquecidas por el historiador Fernán González, quien ha elaborado en sus varios trabajos una de las interpretaciones globales mejor logradas sobre la política colombiana en los siglos XIX y XX.⁶ González parte igualmente de la idea de la continuidad de los partidos políticos: “La temprana aparición de un sistema político bipartidista y su permanencia hasta hoy son dos rasgos que caracterizan a la historia

³ Apenas en los últimos años se ha empezado a tomar distancia de los postulados de la Nueva Historia y a hacer análisis críticos de conjunto sobre los trabajos realizados en esa línea Cf. esp. Betancourt 2007: 157-206. También Tovar 1994; Posada 1999; Prado 2007: 42-58;.

⁴ Un resumen de diferentes posturas se encuentra en Safford 1983.

⁵ Cf. por ejemplo Colmenares 1968; Guillén 2006 (1ª ed. 1979). Álvaro Tirado Mejía (uno de los editores de la *Nueva Historia de Colombia*) expresaba en 1978 esta idea de continuidad entre los siglos XIX y XX así: “En el siglo XIX en Colombia, como en los otros países latinoamericanos se dio el bipartidismo liberal-conservador pero a diferencia de casi todos ellos, en Colombia esta situación se prolongó en el siglo XX y es un hecho actual innegable”. El ensayo donde se encuentra esta afirmación se titula, de manera diciente, “Colombia: siglo y medio de bipartidismo” (Tirado 2001, 1ª ed. 1978).

⁶ Además de su influencia teórica, sus investigaciones han tenido también una incidencia práctica por su conexión con el Centro de Investigación y Educación Popular (CINEP), del cual fue uno de sus fundadores. Este instituto ha producido en su larga trayectoria numerosos estudios, publicaciones y programas dirigidos a la comunidad, que ofrecen fundamentados análisis sobre la realidad colombiana.

política de Colombia” (González 1997, t. 2: 233). Los partidos son para él la base del Estado, de modo que se debe partir del análisis de ellos para entender cómo se fue constituyendo el Estado. En su interpretación, los partidos sirvieron de elemento aglutinante de los intereses divergentes de la sociedad. También permitieron que los conflictos locales se redimensionaran a la luz de conflictos en otras regiones. Al mismo tiempo hicieron posible la aparición de sentimientos de pertenencia a grupos más allá de la localidad y el surgimiento de “comunidades imaginadas”, factor indispensable para la formación de un sentimiento de nación. Por medio de los partidos, el Estado central fue conectándose con los más alejados escaños de la sociedad.⁷

Para entender el papel mediador de los partidos, González postula la existencia de redes regionales, consolidadas a veces incluso desde tiempos coloniales, con las que el Estado naciente tuvo que estar en constante negociación.⁸ Las cabezas de estas redes hicieron el papel de caudillos o gamonales que tenían contacto al mismo tiempo con el Estado central, con otros caudillos regionales y con grupos populares, a los que se unían por relaciones clientelistas. Los partidos políticos se superpusieron a esas redes preexistentes, consiguiendo así el acercamiento de las políticas del Estado central a los grupos populares:

[Los partidos Conservador y Liberal] se van configurando a través de [un] perpetuo regateo con *las redes de poder ya existentes*, creando coaliciones y alianzas de diferente índole, que reflejan una articulación de la nación *desde arriba*, desde la burocracia del Estado central y las clases dominantes locales, que integran a los grupos subordinados mediante mecanismos de intercambio de tipo clientelista (González 2006: 32).

Estas ideas son compartidas por otros historiadores que se han ocupado de los partidos políticos. En particular cuando se habla de “regiones liberales” y “regiones conservadoras” lo que se hace es estudiar los notables en una región y asumir que otros sectores de la población también pertenecían al partido de esos notables, en tanto dependían de ellos. Por ejemplo Helen Delpar, quien estudió en particular el Partido Liberal, afirmaba que regiones de innovación económica y de agricultura comercial

⁷ Esta interpretación está presente en ensayos de González de los años ochenta (cf. por ejemplo 1989b), en los que compiló en 1997 bajo el nombre de *Para leer la política* (cf. por ejemplo Capítulos 9 y 10) y también en trabajos más recientes como el libro colectivo *Violencia política en Colombia* (2003: 259-314) y *Partidos, guerras e Iglesia* (2006).

⁸ Este tema de la existencia de redes regionales con las que el Estado central tenía que estar pactando es recurrente en los análisis sobre la constitución del Estado nación en Colombia. Cf. por ejemplo Palacios 1980; Abel 1987: 75-78; Deas 1993b. González también lo expone en otros trabajos suyos: 1989b: 25-26; González/Bolívar/Vásquez 2003: 265-270. Abel muestra que ya analistas de la política a comienzos del siglo XX tenían esta percepción. Al respecto cita a Eduardo Rodríguez Piñeres, prestante abogado liberal, quien en 1918 escribía sobre el siglo XIX: “El gobierno central estaba formado por una red de alianzas regionales cuya función primordial consistía en negociar privilegios” (citado en Abel 1987: 75).

tendían a ser liberales, lo mismo que las zonas costeras, por las que circulaban constantemente ideas venidas del extranjero (1981: 16-21, 41). Frank Safford (1983) por su parte opinaba que las adscripciones regionales tendrían que ver con el hecho de que la región hubiera ocupado una posición dominante o marginal durante la Colonia. En el primer caso la región sería de tendencia conservadora, en el otro caso liberal. James Henderson en su estudio sobre la Violencia en el Tolima anota que, a finales del siglo XIX, el valle norte del Tolima era liberal, mientras el noroccidente y el sur eran conservadores, dada la adscripción de sus habitantes más influyentes (1984: 57-58). Estas clasificaciones pueden ser válidas, pero se concentran en la notabilidad, en los que tenían mayor figuración, incluso más allá de su región, y se asume, sin mayor evidencia, que estos transmitían esa ideología a la gente que los rodeaba, por ejemplo los trabajadores de sus haciendas.

Complementando esta idea, se ha lanzado otra hipótesis sobre la adscripción partidista de los sectores populares (Zambrano 1993, 1998; González 1994). Desde el siglo XIX se habrían constituido “idiosincrasias regionales” que se corresponderían con las ideologías de los partidos. Las zonas de tierra fría y de ocupación temprana serían de tendencia conservadora, y las de tierra caliente y de ocupación más reciente habrían tendido al liberalismo. No se trata, obviamente, de un argumento basado en el determinismo geográfico. La tesis va en el sentido de que, en las regiones de ocupación temprana, en tanto había existido tradicionalmente un mayor control e influencia ideológica por parte de la Iglesia, clara aliada del conservatismo en la segunda mitad del siglo XIX, muchos de sus pobladores habrían tendido a apoyar el conservatismo. Por el contrario, en las de colonización tardía,

Especialmente desde fines del siglo XIX, [...] se fueron formando sociedades aluvionales, heteróclitas, sin mayor cohesión social, algunas en zonas de refugio, otras en zonas de exclusión [...] [A]llí el liberalismo era visto como una doctrina radical que, de alguna manera, cumplía la función de servir de control social, de constituirse en puente entre unas solidaridades marginales, excluidas y la sociedad mayor (Zambrano 1993: 132).

Fernán González resalta además el papel de las guerras civiles, y de los “odios heredados” generados por ellas, en la consolidación de esas idiosincrasias partidistas:

las guerras civiles desempeñan la función de fijar las adhesiones de los partidos con base en los llamados ‘odios heredados’ pues cada enfrentamiento armado es una oportunidad para ejercer ‘la venganza de sangre’ por las víctimas de la contienda anterior. Se refuerzan así las solidaridades primarias de la sociedad tradicional (vecindario, parentesco, clientela, etc.) por esos ‘odios heredados’ y la ligazón de esas solidaridades con el sistema bipartidista” (González 1997, t. 2: 270).

Estas diferentes hipótesis sobre la adscripción partidista de sectores populares coinciden en la premisa de que la política del siglo XIX estuvo caracterizada por el enfrentamiento de los dos partidos, generadora de una división tajante de la sociedad *que permeaba hasta los más remotos lugares y hasta personas de rango social muy bajo*.⁹ Se asume que el partido hacía parte de la identidad de los individuos y que la relación interpersonal dependía de esa adscripción; de este modo, todo conflicto, aun los cotidianos, habrían sido traducidos en términos de las afiliaciones partidistas. De nuevo, al decir de Fernán González, en Colombia no se puede hablar de una comunidad imaginada sino “de una *Comunidad política escindida* en partidos políticos contrapuestos, cuyos copartidarios excluyen a los distintos como enemigos absolutos por fuera de la patria” (González 2006: 22). Además, se asume, como dijimos, que la misma división se trasladó al siglo XX, apareciendo de manera particularmente manifiesta durante la Violencia: “igual que en el siglo XIX [...] Estas imágenes y contraimágenes, resultado de los odios heredados, sumados a la afiliación política emotiva y dogmática a los partidos, constituyeron uno de los componentes centrales de la violencia de los años cincuenta” (Zambrano 1993: 136).¹⁰

Estas interpretaciones se han basado principalmente en extrapolaciones del siglo XX al XIX¹¹, reforzadas con relatos partidistas de líderes políticos del siglo XIX que, como dijimos antes, leían y narraban su realidad acomodando todo conflicto en la estructura bipartidista. Por ello resulta pertinente cuestionar la validez de esa imagen que se ha forjado de la sociedad colombiana del siglo XIX. ¿Qué tanto influía la oposición existente entre los partidos políticos en la vida cotidiana de la gente del común? Tomamos un caso supuestamente paradigmático de conflicto por causa de la adscripción partidista: el Tolima en la época de la guerra de los Mil Días (1899-1902). Durante esta guerra civil se formaron

⁹ Cf. también Bushnell 1992.

¹⁰ A pesar de que desde ya hace unos años, numerosos estudios desde una perspectiva local y con nuevos presupuestos teóricos han hecho críticas a la “Nueva Historia”, aún hoy se siguen manteniendo posiciones parecidas. Ya citamos el caso de Fernán González; de otro lado se han hecho varias reediciones de libros como *Pasado y presente de la violencia en Colombia*, compilado por Gonzalo Sánchez y Ricardo Peñaranda (3 ediciones, última edición 2007, cf. esp. las presentaciones a cada edición) y *Colombia hoy*, compilado por Jorge Orlando Melo (más de veinte reediciones, fue editado por el Banco de la República para ser repartido gratuitamente y también está disponible en Internet), que hacen miradas de conjunto de la historia colombiana trazando rápidas continuidades entre siglo XIX y siglo XX basadas en la idea de un bipartidismo a ultranza: guerras civiles del siglo XIX, Violencia de los años 50, Frente Nacional, aparición de las guerrillas comunistas, situación actual.

¹¹ Este punto también es subrayado por Alexander Betancourt (2007) en su detallado análisis sobre los desarrollos de la historiografía colombiana desde el siglo XIX: “Siguiendo de cerca las interpretaciones ofrecidas por los gobiernos de mediados del siglo XX, se supuso que la política desempeñaba un importante papel en los sentimientos de pertenencia entre la segunda mitad del siglo XIX y gran parte del siglo XX. A partir de lo cual se podía explicar que este tipo de pertenencias era la base de los enfrentamientos en el siglo XIX y del desbordamiento de la violencia durante la segunda mitad del XX” (218). Se refiere aquí a escritos de Marco Palacios, Fernán González, Malcolm Deas y Daniel Pécaut.

allí numerosos grupos armados liberales. Cuando los líderes nacionales del levantamiento cayeron derrotados y huyeron, en el Tolima el conflicto continuó y se siguieron registrando numerosos combates. Sus jefes, algunos de los cuales alcanzaron incluso fama nacional, resistieron durante toda la guerra los ataques del gobierno conservador. Ello se ha interpretado como signo de que la sociedad tolimense en todos los niveles estaba particularmente comprometida con el Partido Liberal. Los “guerrilleros liberales del Tolima” han recibido una atención particular por parte de la historiografía como ejemplo de ese partidismo furibundo y popular que habría caracterizado el siglo XIX y que seguiría marcando el XX.¹² Pero al mirar documentos sobre conflictos locales en el tiempo anterior a la guerra y también sobre la guerra misma, estos no evidencian tan claramente una identidad partidista de la gente, o bien, no muestran que su pertenencia partidista permeara todas sus acciones. Nuestro trabajo pretende poner en cuestión la idea de que un compromiso partidista definiría las acciones de los colombianos en el siglo XIX, tanto de la gente humilde como de los notables locales. Si bien hubo en efecto formaciones partidistas desde los primeros años de la República y una cohesión importante a partir de la publicación de sus idearios a mediados del siglo, que llevó a que los diferentes gobiernos se adscribieran a uno de los partidos, no puede deducirse de ahí que los partidos fueran un fenómeno de masas en el siglo XIX y que hubieran generado desde entonces identidades fuertes entre los grupos populares, presentes aun en las últimas décadas del siglo XX. Al menos no puede partirse de la premisa según la cual la sociedad del siglo XIX habría estado marcada por la gran oposición entre liberales y conservadores, dentro de la cual se habrían inscrito todo tipo de conflictos de los diferentes sectores de la población. Al analizar, como lo haremos aquí, individuos de diversos rangos sociales, provenientes no del centro sino de provincia, pretendemos mostrar que el bipartidismo no era el principal motivo de oposición de estos actores y que, cuando existía una adscripción, esta no prescribía de antemano unas determinadas conductas con los otros, sino que podía asumirse de manera flexible.

Para poner en cuestión esa lectura partidista de la historia política del siglo XIX analizaremos, como acabamos de indicar, el período en torno a la guerra civil que tuvo lugar entre 1899 y 1902, la guerra de los Mil Días. En la lectura tradicional que se ha

¹² Se han tratado de trazar conexiones entre las guerrillas liberales del Tolima de la guerra de los Mil Días, la Violencia de mediados del siglo XX y el surgimiento al sur del departamento en los años sesenta del grupo guerrillero FARC (aún activo hoy). Cf. esp. Henderson 1984. También Tirado 1976: “La forma de lucha de las guerrillas en el Tolima se identifica muchísimo con la que los campesinos de la región adelantaron luego durante el período de ‘la violencia’. Los mismos apelativos, las mismas estratagemas y aun las mismas atrocidades son comunes a ambas situaciones” (66).

hecho de esta guerra (y también de las otras guerras civiles colombianas de la segunda mitad del siglo XIX), el análisis se centra precisamente en el conflicto partidista. La interpretación reinante puede resumirse de esta manera: desde 1886 habían subido al poder los conservadores por medio de un conflicto civil en que se aliaron con liberales moderados. El nuevo gobierno, que se denominó “la Regeneración”, redactó una constitución nueva que pretendía dar más poder al Estado y crear una república centralizada, en contraposición a la constitución que regía desde 1863, que era federalista y concedía amplias libertades individuales. Según los adalides de la nueva constitución, con este modelo se buscaba superar la situación de zozobra constante que había provocado la constitución liberal anterior. El presidente adquirió un gran poder y pasaron a depender de él los gobernadores de los departamentos. Se restringió el sufragio y la libertad de prensa. Además se firmó un concordato con la Iglesia Católica para que esta se encargara de la educación y la moral. Se restringió así la libertad de cultos y se permitió que los contenidos enseñados en la escuela fueran controlados por la Iglesia, para que correspondieran con su doctrina. Para poner a funcionar los mandatos de la nueva constitución, los conservadores excluyeron a los liberales casi completamente de los puestos de gobierno. Estando impedidos para llegar al poder por vías democráticas, el descontento de los liberales fue creciendo, hasta que decidieron levantarse en armas, primero en 1895 con pocos medios, lo que facilitó un rápido triunfo de las fuerzas del gobierno sobre los levantados, y luego más organizados en 1899. Este levantamiento también fue finalmente controlado por el gobierno pero después de tres años, lo que hizo que esta guerra fuera la más prolongada del siglo XIX (descontando las de Independencia) y la que mayor número de muertos causó.

La guerra de los Mil Días ha sido leída como una reacción popular a ese nuevo modelo, centralista y aparentemente despótico que impusieron los conservadores. Pero ¿qué tanto tuvo la guerra de movimiento popular, de levantamiento contra ese “gobierno autoritario”, como fue narrada la guerra por los liberales? ¿Qué tanto se identificaron los pobladores del Tolima con una guerra promovida por algunos dirigentes del Partido Liberal? La explicación del origen de la guerra se ha basado en las razones dadas por sus líderes para entrar en ella (razones también comunes para otras guerras).¹³ Fueron los líderes liberales quienes describieron al gobierno conservador como déspota, porque había impuesto una constitución autoritaria e impedía la participación de los contrarios. Exigían

¹³ Una enumeración de las quejas de los líderes liberales contra el gobierno conservador se encuentra en Pérez 1904: I-XLV. Varios historiadores de la guerra se basan en esas quejas para explicarla: Jaramillo 1991: 21-43; González 2006: 152-157; Campo 2003: 17-27.

ante todo una reforma a la ley electoral para que se les asegurara su participación en el gobierno. También pedían reducir las prebendas que la constitución concedía al Poder Ejecutivo, que consideraban exageradas. En el campo económico reclamaban la abolición del papel moneda de curso forzoso y de impuestos que consideraban odiosos para el comercio. Quienes impulsaron la guerra la explicaron luego como una manifestación del descontento contra el gobierno conservador, que no quiso escuchar esas quejas de los liberales, formuladas primero de manera pacífica.

Pero como se ve, esas reformas beneficiarían a unos cuantos liberales en la cúpula del partido; cambiando la escala de observación aparecen otros grupos que no están incluidos en esa explicación¹⁴: ¿Qué importancia podían tener esas razones para el resto de la sociedad? El conflicto partidista puede ser útil para entender las pugnas entre los líderes de esos partidos, pero queda un sector muy amplio de la población que no es posible analizar por esa misma vía. Antes bien, es válido preguntarse: ¿Qué papel jugaba la adscripción partidista en los conflictos locales del Tolima a finales del siglo XIX? ¿Qué importancia tuvo esa adscripción en la guerra de los Mil Días? ¿Qué diferencias se perciben entre las formas de adhesión a los partidos por parte de los notables y la adhesión de la gente de menos recursos? Estas preguntas conducen a otras más generales: ¿cómo se dio la relación entre el Estado y la población si se pone en duda el supuesto de que esa vinculación tuvo lugar principalmente por medio de los partidos? ¿Qué otras formas de acción, más allá de la integración a partidos, emplearon los actores a nivel local para enfrentarse a los cambios impulsados desde el Estado? ¿Qué interpretaciones y respuestas locales se dieron al proyecto político, económico y cultural de la Regeneración (por ejemplo en el Tolima)?¹⁵

¹⁴ Sobre cómo las interpretaciones históricas cambian al alterar la escala de observación e introducir en el análisis la experiencia individual, resultan muy pertinentes las observaciones de Jacques Revel (1996). Por ejemplo: “Des phénomènes massifs, que nous sommes habitués à penser en termes globaux, comme la croissance de l’État, la formation de la société industrielle, peuvent être lus en termes tout différents si l’on tente de les appréhender à travers les stratégies individuelles, les trajectoires biographiques, individuelles ou familiales, des hommes qui leur ont été confrontés” (Revel 1996: 12).

¹⁵ Estas cuestiones se inspiran de las sugestivas preguntas que formulaba Malcolm Deas en los años ochenta (1993c, 1ª ed. 1983), tratando de abrir con ellas un nuevo “campo de especulación” para la historiografía, sobre el papel de la política nacional en el ámbito local: “Hasta qué punto se puede hablar de una política *nacional* en el primer siglo de vida republicana? [...] ¿Cómo esa supuesta política nacional llegaba a las provincias y a los pueblos, al *mundo rural*? [...] ¿Qué transformaciones sufren las ideologías llegando de sus *polos de difusión* [...] a los pueblos pequeños y más allá de ellos a las veredas, si es que llegan allá?” (176). Aunque su ensayo, más que tratar de ofrecer respuestas a esas preguntas, es una propuesta de agenda de investigación, señala aspectos que muestran en efecto una presencia del “aparato estatal” en el ámbito local, a través del control de impuestos, la legislación, los reclutamientos o la administración de justicia. Nuestro trabajo desarrolla varios de esos aspectos mostrando al Estado no desde la perspectiva del “aparato” que se impone, sino desde sus agentes a nivel local, que enfrentan en el día a día las dificultades de introducir las medidas estatales entre la población.

Con nuestra interpretación no pretendemos negar la existencia de identidades partidistas ni su influencia en la historia política del siglo XIX y el XX, sino que queremos limitar su importancia, mostrando que el enfrentamiento partidista se centra en los intereses y conflictos de las élites, que han sido los actores a los que la historia política en Colombia dio tradicionalmente preponderancia, al menos hasta hace algunos años. Al ir, empero, más allá de las instituciones estatales y sus miembros, a otros sectores de la sociedad que estaban excluidos de la política oficial, aparecen nuevos problemas para los que el enfrentamiento entre partidos no logra dar ninguna explicación. Queremos mostrar a partir de una región que, se ha dicho, estaba muy politizada, y en la que sus habitantes, tanto notables como de nivel social bajo, supuestamente estaban caracterizados por un fuerte compromiso político, que la relación con el partido, si existía, no era tan fuerte, era cambiante, no determinaba de antemano las formas en que se actuaba ni generaba necesariamente una actitud de identidad con los copartidarios y de odio a los del otro partido. Se observan, más bien, relaciones débiles con los partidos, que se iban formando en el transcurrir de los acontecimientos y acomodándose a ellos. En el contexto de la guerra de los Mil Días, mostraremos que la pugna partidista no fue su *causa*, sino que se instrumentalizó para cohesionar conflictos de variado orden.

Seguimos aquí una hipótesis lanzada por Fernán González (2001), en un ensayo que, como el que citábamos de Malcolm Deas (1993c), es más una sugerente propuesta de temas de investigación que un desarrollo sistemático de esos temas confrontando fuentes. En él, González advierte sobre la importancia de estudiar conflictos no partidistas (principalmente conflictos por el tema de la propiedad de las tierras en las zonas rurales de reciente colonización), para entender la dinámica de la guerra de los Mil Días y en especial el surgimiento de guerrillas en zonas específicas. Como lo veremos en los siguientes capítulos, Tolima, en especial el norte, vivió un agitado proceso de colonización de su territorio en la segunda mitad del siglo XIX. Ello llevó a que se fundaran nuevas poblaciones, a que se desarrollaran actividades agrícolas distintas, e igualmente a que se generaran conflictos violentos, que vienen aparejados normalmente a cualquier proceso de poblamiento de fronteras, en tanto en estos se busca imponer una nueva racionalidad de posesión y explotación de la tierra que a menudo contradice prácticas anteriores que funcionan con otras lógicas.¹⁶

¹⁶ Cf. Reboratti 1990.

Al analizar esos conflictos sin partir de la premisa de que estos pueden ser subsumidos por la oposición partidista, aparecen formas de acción que los actores empleaban para sobrellevar sus problemas cotidianos, utilizando diferentes vías para solucionarlos. Ante el nuevo orden que quería imponer el gobierno regenerador, los actores no solo se manifestaron en su contra por medio de las armas, también trataron de negociar con el Estado, dieron a las leyes interpretaciones que los favorecieran a ellos, o simplemente ignoraron las normas desfavorables, lo cual no era tan difícil en tanto el Estado a pesar de sus proyectos, contaba con poco poder. Muchas de estas acciones, y en particular las emprendidas por los grupos populares, no usaron las vías políticas institucionales (sufragio, participación en partidos, discusión de leyes) ni se llevaron a cabo por medio de grupos de oposición u organizaciones rebeldes o revolucionarias contra el Estado. No obstante, desde la perspectiva de la historia política contemporánea tales acciones podrían ser consideradas como propias de “actores políticos”. Miremos cómo se ha desarrollado esta discusión sobre la “política popular” en los últimos años.

1.2. Diferentes concepciones sobre la “acción política”

En especial los nuevos desarrollos de la historia cultural han renovado y ampliado el concepto de “cultura política”. La política se ha entendido tradicionalmente como “the pursuit of explicit, long-range programs concerning the distribution and exercise of power at the national or international scale” (Tilly/Tilly/Tilly 1975: 289). Estas tareas tradicionalmente las asumieron los Estados, de modo que la política se vio reducida al ámbito de acción exclusivo del Estado y sus instituciones. El historiador inglés James Vernon (1993) ofrece una innovadora interpretación de este proceso. Según argumenta, fue sobre todo a partir del siglo XIX que el Estado asumió el rol de lo que podía ser llamado político y lo que no. Las acciones políticas fueron adaptadas a una disciplina y aquello que no estuviera inserto en las instituciones estatales dejó de ser considerado como político. La tesis de Vernon es que las teorías liberales y democráticas no ampliaron el sujeto político, antes bien crearon un sujeto político singular, compuesto por hombres, propietarios y con un nivel educativo determinado, y excluyeron de la política a muchos otros sujetos que no cumplían con esas características pero que también tenían formas de actuar políticamente, aunque más violentas a veces, más desordenadas, más espontáneas, que lo que establecían las ideas liberales (9).

La historia política, en consecuencia, por mucho tiempo se dedicó a entender los Estados, sus gobiernos, sus instituciones, las élites que los comandaban. Si se quería incluir en el análisis otros sectores de la sociedad, había que hacer otra historia diferente de la política. Por eso la escuela francesa de los Annales la relegó, en tanto era una historia “acontecimental”, que no podía mostrar las estructuras que realmente explicaban los conflictos y los cambios históricos. De otro lado, la historia social y los estudios estructuralistas de orientación marxista en los años 60-70, empezaron a mostrar a partir del estudio de movimientos sociales y revoluciones que los grupos subalternos cumplieron un rol central en la constitución de los Estados oponiéndose a ellos. En esos trabajos se manifiesta la incomodidad con la definición existente de política pues con ella quedan excluidos del ámbito político gran número de acciones colectivas y amplias porciones de la población. Eric Hobsbawm en sus estudios sobre rebeldes (*Primitive Rebels*, 1959) y bandidos (*Bandits*, 1969) hablaba de sus acciones como “prepolíticas”, es decir, tenían algo de político, en tanto iban dirigidas contra el Estado y podían ponerlo en peligro, pero al mismo tiempo no alcanzaban a ser “políticas”, porque no eran organizadas colectivamente, no eran guiadas por programas, ni poseían objetivos a largo plazo, es decir, no tenían el carácter disciplinado que las acciones políticas *deberían* tener. Los Tilly critican el término “prepolítica” usado por Hobsbawm pero se encuentran con el mismo problema de la falta de adjetivos para calificar esas acciones colectivas de los grupos populares que, a pesar de su poca organización, tuvieron efectos en la manera como se estructuró el poder en los diferentes países de Europa que estudiaron (Tilly/Tilly/Tilly 1975: 289-290). También Eugen Weber (1980)¹⁷ encuentra problemas parecidos al querer dar valor al papel de los pobladores rurales en la constitución del Estado francés. Lo que encuentra es que, al menos para mediados del siglo XIX, no puede decirse que los campesinos tuvieran una conciencia política. Si bien muchos de ellos participaban en levantamientos contra el régimen político, formaron clubes electorales en sus poblaciones o participaban en las elecciones por un determinado partido, esas acciones no correspondían a un verdadero interés por la política nacional y por las ideologías de los partidos o líderes nacionales, sino que obedecían a su fidelidad o a su oposición a los líderes locales que representaban esos partidos. Así, acciones que parecían políticas, en últimas se inscribían en los conflictos locales y aun en las rivalidades familiares, y por tanto no podrían calificarse de políticas. De nuevo tal problema proviene de la definición

¹⁷ El libro clásico de Weber es *Pesants into Frenchmen. The Modernization of Rural France, 1870-1914*, 1976. Aquí citamos un artículo de 1980 que recoge las conclusiones principales del libro.

de lo político usada por Weber: “‘Politics’ meant national politics, implied levels of (apparent) abstraction absent heretofore and an interpretation of specific local issues in more general terms” (524). A partir de esta concepción, la politización de la población rural sería: “the awareness that national affairs were of as much concern to the individual and to the locality as those of the local community were” (524). Como Weber no halló esta concientización, no está de acuerdo con hablar de esa población como actores políticos (549).

Otros historiadores, que en los años 60 y 70 publicaron estudios muy citados sobre revueltas campesinas en los siglos XIX y XX, como Barrington Moore (*Origins of Dictatorship and Democracy*, 1966), Eric Wolf (*Peasant Wars of the Twentieth Century*, 1969) o Theda Skocpol (*States and Social Revolutions. A Comparative Analysis of France, Russia, and China*, 1979), vieron en ellas acciones de los grupos populares contra la incursión del capitalismo y las medidas estatales para adoptar tal sistema que debía integrarlos al mundo moderno. Los grupos populares se manifestaron contra esas medidas modernizantes y lucharon por el mantenimiento de sus tradiciones. Con ello lograron poner en vilo o aun destruir estructuras estatales. No obstante, también estos autores evitan denominar esas acciones como políticas, en la medida en que tuvieron solo un papel negativo, de crítica u oposición, pero no propusieron por su parte nuevos proyectos de Estado (seguimos aquí las críticas hechas por Peter Guardino 1996: 3 y Florencia Mallon 1995: 64 a estos autores).

Todos esos estudios, si bien han procurado mostrar que el proceso de conformación de los Estados nación no fue meramente obra de los gobiernos y las élites que los integraron, sino que la acción de los grupos populares fue igualmente central, se encuentran en una disyuntiva al querer calificar esas acciones como “políticas”, pues se dieron en forma desordenada, poco planeada o con miras, en principio, solo locales, aunque sus efectos pudieron ser de hecho nacionales.

James Scott (1985), en su estudio sobre las formas cotidianas de resistencia campesina, señala que la cuestión sobre la denominación de “acción política” a las acciones de resistencia popular es un problema de la definición de “política” usada por muchos estudios sobre campesinos:

Formal, organized political activity, even if clandestine and revolutionary, is typically the preserve of the middle class and intelligentsia; to look for peasant politics in this realm is to look largely in vain. It is also –not incidentally– the first step toward concluding that the peasantry is a political nullity unless organized and led by outsiders (xv).

Scott busca darle valor a las acciones de resistencia cotidiana emprendidas por los campesinos en su día a día: hacer el trabajo lentamente o no hacerlo, simular obediencia, fingir ignorancia, cometer pequeños robos o sabotaje. Es posible que no puedan llamarse “políticas”, pues en efecto son acciones emprendidas individualmente, de manera no sistemática y no tienen un fin revolucionario, sino que buscan simplemente acomodarse al sistema, mientras que en la definición generalizada de “acciones políticas” (que, para Scott, está basada en supuestos burgueses), estas deberían ser organizadas, grupales, de afán cooperativo y orientadas a cambiar el sistema de dominación existente. Pero lo que busca Scott es mostrar que esos actos de resistencia cotidiana no son triviales, sino que son tanto o más importantes que la resistencia organizada, pues producen efectos inmediatos, están al acceso de todo el mundo y no son tan costosos ni tan riesgosos. Ellos constituyen una resistencia real que no es la excepción (como sí lo son las revueltas agrarias), sino la regla (292).

Por su parte, la escuela india de los “Estudios Subalternos” también nació como una crítica a esa concepción de política mantenida por los estudios sobre la resistencia campesina de los años 60-70 y que influyeron en la manera como se interpretaron los movimientos de independencia y el proceso postcolonial en India. La crítica que los Estudios Subalternos hacen a esa concepción es que entiende la política con los parámetros de la política impuesta por las élites, es decir, como la suma de las actividades e ideas de aquellos que manejan las instituciones (en el caso de la India, colonos ingleses o sus designados). De este modo, no pueden encontrarse acciones políticas por fuera de las actividades de las élites. Pero esta concepción no logra explicar “the politics of people”. Para los Estudios Subalternos, la política popular, la política de la gente, constituye un dominio autónomo, paralelo al dominio de las élites; esta política tiene generalmente una estructura más horizontal, no tan jerarquizada, tiende a ser más violenta y menos legalista que la política de las élites, y recurre a acciones más espontáneas. Con estos presupuestos, los Estudios Subalternos se orientaron, en principio, a dar una nueva interpretación a levantamientos y revueltas populares que ocurrieron en India durante el período colonial y tratar de leerlos como una contribución propia de los grupos populares, independiente de las élites o de líderes carismáticos, al desarrollo de un nacionalismo hindú que sería clave en el proceso de independencia del dominio inglés (Guha 1983, 1988a).

Los Estudios Subalternos han marcado decisivamente la historiografía reciente en América Latina. Desde hace ya unos años se han venido produciendo numerosas monografías que tratan de recuperar la acción de los grupos populares en la constitución de

los diferentes países de América Latina. Esta tendencia representa una reacción a los trabajos anteriores, centrados en el Estado nación, las elites nacionales, la narrativa política y militar y las evoluciones constitucionales (Knight 1997: 733). Desde la perspectiva local se pueden observar a otra escala los juegos de poder y se redimensiona la acción cotidiana de los individuos inmersos en esos juegos, se ve la complejidad y ambigüedad de las acciones de los individuos, sus contradicciones, las dificultades a las que se enfrentan en sus elecciones y decisiones cotidianas. Además permite dirigir la mirada hacia grupos de poco poder como los indígenas, los negros, los obreros, los artesanos, las mujeres, los pobres. Este enfoque deja ver que los Estados no se impusieron del centro a la periferia, sino que se fueron creando y rehaciendo en un proceso dialéctico, a medida que trataban de imponerse políticas que representaban los ideales del centro y estas chocaban con la oposición de estos grupos, que vivían en una realidad ajena a esos ideales. Bajo esta mirada, las acciones de la población frente a esas medidas aparecen no solo desde su dimensión negativa, de obstáculo, sino también como aportes positivos a la formación de los Estados (Joseph 2001b; Viotti da Costa 2001).¹⁸

De esta manera, como lo expresan Nils Jacobsen y Cristóbal Aljovín

The political culture perspective has been instrumental in getting beyond an image of modern Andean political history as the boringly repetitive struggle of various elite and military sectors battling it out for control of the state. In that worn-out vision, Andean farmers, other popular groups, and women, only appeared as victims, clients, or bystanders. The focus on attitudes and values of different social, ethnic, and gender groups, on rituals, and practices in the political arena and the public sphere, emphasizes their agency (Jacobsen/Aljovín 2005: 12).

No obstante, encontramos que algunas de esas investigaciones van muy lejos al interpretar las “acciones políticas” de los grupos populares. Un trabajo que ha influenciado en gran medida la historiografía latinoamericana sobre la participación de los grupos populares en la conformación de los Estados nación ha sido el de Florencia Mallon, *Peasant and Nation* (1995), un documentado y complejo estudio en que compara la población rural de dos regiones del Perú y dos de México en la segunda mitad del siglo XIX. Buscando dar valor a la acción campesina, el libro lanza arriesgadas tesis sobre la conciencia política de los campesinos que, a nuestro parecer, sobreinterpretan las fuentes. Así entendemos su argumentación:

¹⁸ Hay muchos estudios que han adoptado esta nueva perspectiva. Mencionamos aquí los que más han influenciado este trabajo: Tutino 1986; Joseph/Nugent 1994; Mallon 1995; Guardino 1996; Thurner 1997; Appelbaum 2003; Sanders 2004; Jacobsen/Aljovín 2005.

En México y Perú hubo una concepción de Estado nación que triunfó. En esta concepción, una ideología integrada sobre lo que era la nación se impuso sobre fidelidades regionales, sobre grupos étnicos, sobre intereses locales. Los grupos que se opusieron a esa idea de nación pasaron a la historia (elaborada por los ganadores) como elementos perturbadores que obstaculizaron el triunfo de la nación. Pero esa historia oscurecía la acción de esos perturbadores, que en realidad estaban defendiendo nacionalismos alternativos. Para Mallon “peasants and other rural folk actively struggled and thought in national terms, [...] participate[d] [...] dramatically in the political and ideological formulation of national projects, consciously making alliances across classes, ethnic groups, even regions” (5). Esto, dice, fue lo que encontró en tres de los cuatro estudios de caso que hizo y por eso propone una teoría nueva que no los trata como excepciones, sino como formas de acción generalizadas. Para ello Mallon amplía la noción de “nacionalismo”, concibiéndolo como:

a broad vision for organizing society, a project for collective identity based on the premise of citizenship –available to all, with individual membership beginning from the assumption of legal equality. Within such a broad vision there was room for disagreement; thus in any particular case, nationalism would become a series of competing discourses in constant formation and negotiation, bounded by particular regional histories of power relations (4).

Podemos seguir a Mallon en cuanto señala los límites de la visión basada en la historia escrita por los vencedores, los que terminaron imponiendo su proyecto de Estado nación. La idea de un proceso de constante negociación da más espacio a otros actores, diferentes al gobierno y las élites, que también participaron en él. Pero encontramos problemático ampliar el concepto de nacionalismo para referirse también a las quejas, actos de resistencia o levantamientos de los grupos populares contra la idea de nación que se quería imponer, porque con ello le da a esas acciones el carácter de un proyecto organizado, coherente y comunitario.

Mallon puede llegar a esas conclusiones por una particular lectura que hace de las fuentes. En los documentos puede testimoniarse por ejemplo un movimiento de pobladores indígenas de una región de haciendas contra sus propietarios, oposición a cambios en las rutinas normales de trabajo, o al aumento de algún impuesto; o puede encontrarse a indígenas a los que, debido a su origen, se les impide el ascenso social o el acceso a los cargos de la administración municipal, controlada por blancos o mestizos. Las fuentes registran también reclamos de habitantes de algún pueblo porque se les ha impuesto un alcalde, porque quieren obtener autonomía política, o convertirse en cabecera, o porque pretenden obtener tierras. Mallon “traduce” estas quejas con conceptos generalizantes,

como: los campesinos querían una sociedad no racista; los campesinos luchaban por un sistema de propiedad más justo; los campesinos pedían mayor participación política y el derecho de elegir a sus representantes; los campesinos propendían a obtener mayor justicia social y étnica, e incluso estaban a favor del derecho de todos los individuos a ser considerados como ciudadanos: “Although they did not expect a society without classes, they did think about a nation in which labor and tax obligations, as well as revenue, could be distributed evenly and where everyone had the right to citizenship and to be heard by their government” (32). Por medio de esa descripción de quejas que en principio eran meramente locales, Mallon puede mostrar que los campesinos tenían “proyectos de nación alternativos al proyecto central”. Pero es la manera como ella presenta la información de las fuentes y le da coherencia a esos diferentes conflictos.¹⁹

Volvemos aquí a la disyuntiva de los estudios sobre resistencia campesina de los años 60-70. Estos lograban mostrar la acción popular pero en tanto esta se circunscribía al ámbito local, no se atrevían a llamarla “política”. Mallon defiende que la lucha de los pobladores rurales de México y Perú tuvo miras nacionales, y por lo tanto fue plenamente política. Pero al mirar cómo llega a esas conclusiones parece que es ella la que está poniendo las preocupaciones locales de la población rural en términos que les dan un mayor alcance y un valor positivo: reunión en asambleas, elección de líderes, procesos democráticos de discusión, diseño coordinado de una agenda política de lucha por la igualdad de todos los individuos en tanto ciudadanos miembros de una nación. Y en un momento de guerra, la decisión de unirse a un líder o un partido determinados, porque representaban de la mejor manera su agenda. Como vemos, para describir la acción de estos grupos campesinos, Mallon utiliza un corpus de conceptos propio de movimientos sociales modernos, conceptos que no son ni siquiera apropiados para describir la forma en que las élites mexicanas o peruanas, educadas en las ideas democráticas modernas, conducían la política en el siglo XIX. A nuestro parecer, el análisis de Mallon termina cayendo en la idealización de las acciones de los grupos populares e incluso en la anacronía.

¹⁹ Aquí nos basamos en el análisis del capítulo 2, que se refiere a Puebla, México, pero la argumentación es similar para los casos que estudia en Perú. Cf. por ejemplo Capítulo 6, esp. 207-210, 218-219. James Sanders (2004) sostiene ideas parecidas en su estudio sobre el estado del Cauca en la época del federalismo en Colombia (nos referiremos a este trabajo en el numeral 3.1.). Este procedimiento también se observa en los historiadores hindúes de la línea de los Estudios Subalternos. Vinayak Chaturvedi, por ejemplo, dice haber encontrado en sus fuentes sobre revueltas campesinas en India en el siglo XIX campesinos que articularon ideologías y formaron organizaciones con el objetivo de promover programas para la transformación de la sociedad agraria. Y aclara seguidamente “Of course, this was not the language used in the sources, but my own adoption” (Chaturvedi 2007: 14).

En el análisis del Tolima en la época de la Regeneración nos vemos enfrentados también al problema sobre qué acciones pueden denominarse “políticas”. En el presente estudio observaremos a la gente del común, sus acciones cotidianas de subsistencia y de resistencia, en un momento de cambio de políticas estatales. Mostraremos que esos actores tuvieron diferentes maneras de manifestarse localmente contra esos cambios y que estos no pudieron ser impuestos como el Estado o los notables locales lo pretendían, sino que, debido a esa oposición popular, tuvieron que adaptarse también a las exigencias de la población. Sin embargo, las fuentes consultadas no nos permiten inferir que esos conflictos vividos en el Tolima durante la Regeneración hubieran generado grupos organizados en oposición a otros, como pequeños propietarios contra terratenientes, trabajadores de minas contra sus dueños, o pobladores rurales contra élites locales o contra el Estado. Tampoco encontramos evidencia de proyectos organizados comunitariamente que se opusieran al proyecto del gobierno o que exigieran de este reformas sociales o políticas específicas. No se ve que las partes en conflicto hayan expresado sus intereses en términos nacionales, o que hubieran elegido un partido porque su ideología representaba mejor esos intereses.²⁰ En particular con respecto a la guerra de los Mil Días, se hará evidente que las guerrillas liberales que se formaron en el Tolima, más que manifestar un descontento general frente al gobierno autoritario o luchar por unos determinados objetivos sociales y políticos, actuaron por las necesidades creadas por la propia guerra y su búsqueda se circunscribió a la supervivencia o a sacar provecho de la situación de caos generada por la guerra.

Sin embargo, y es esto lo que queremos enfatizar, el mostrar los intereses más inmediatos, menos idealistas, de la población rural, no es despreciarlos como actores. El trabajo busca subrayar el valor *político* de sus formas de acción, entendiendo lo político de la manera amplia en que los estudios culturales recientes lo han venido formulando.²¹

²⁰ En el artículo de Deas sobre la vida política en sectores rurales que citamos anteriormente (1993c), Deas da gran valor a algunas fuentes en que pueden encontrarse testimonios sobre interés popular en la política entendida en un sentido “tradicional”, por ejemplo en las elecciones, en las guerras, en los idearios de los partidos o en las ideas defendidas por un líder. En los documentos que consultamos para este trabajo no encontramos mucha evidencia en ese sentido y por ello nos hemos concentrado en otros intereses de esos actores, no “políticos” en ese sentido tradicional, sino de carácter más inmediato. Pero trataremos de mostrar que también esos modos de acción, aunque menos orientados por grandes ideales, cumplían una importante función práctica, en tanto hacían más llevadera su posición desventajosa en la escala social.

²¹ Las investigaciones históricas basadas en esta concepción de lo político han recibido diferentes nombres: “nueva historia política” (por ejemplo Frevert 2005, o Vernon 1993), “historia de la cultura política” (por ejemplo Jacobsen/Aljovín 2005) o “historia cultural de lo político” (por ejemplo Barbara Stollberg-Rilinger 2005). Según puede leerse en los recuentos de la historiografía política colombiana de Medófilo Medina (1994) y, más recientemente, de Alexander Betancourt (2007, esp. pp. 214-223), en el caso colombiano, el término “historia política” se ha usado y se sigue usando casi exclusivamente para análisis desde una definición de “política” centrada en el poder estatal.

Michel Foucault acuñó el término de “microfísica del poder” para dar cuenta de cómo el poder está repartido en toda la sociedad y no es posesión de unos cuantos, por ejemplo del Estado o las “clases dominantes”. Tampoco tiene una ubicación específica ni tiene unas formas determinadas de producirse. Antes bien, se encuentra y se produce en toda relación entre individuos, por ejemplo en la familia, en el vecindario, en una localidad.²² Constantemente se presencian en el juego social conflictos de poder en que los actores buscan imponerse sobre otros o bien no dejarse dominar por otros. Esta concepción permite observar lo político desde un ángulo más amplio e ir más allá de los recuentos tradicionales de historia política basados en las instituciones políticas ortodoxas y sus sistemas representativos. Además del Estado, otros actores sociales también establecen relaciones de poder, que están siendo en todo momento puestas en cuestión y transformadas por ellos. Esas acciones, que se orientan al establecimiento, defensa o rechazo de relaciones sociales desiguales, *se constituyen* en ese contexto en acciones políticas (Frevert 2005: 23). Si estos juegos de poder a pequeña escala también se consideran acciones “políticas”, la historia política deja de concentrarse en las instancias políticas tradicionales: el Estado, los partidos, las constituciones, los cuerpos legislativos, las elecciones; y puede ampliar su foco a toda forma de acción generada en el conflicto por el acceso al poder y la distribución de este. Al decir de Ute Frevert, cuando la historia política ya no se centra en la actividad estatal, se hace difícil, e incluso poco útil, querer obtener una definición única de lo político que tenga unos objetos de interés determinados. Lo político y lo no-político no están definitivamente delimitados, tal separación responde a condiciones históricas particulares y se redefine constantemente en los juegos mismos de poder (2005: 14, 26).

En este contexto el Estado adquiere otro papel: no hace las veces de *la* entidad política por excelencia, ni la única que determina lo que es político o no, sino que aparece como otro actor que también participa en la legitimación o deslegitimación de determinadas distribuciones del poder. Tal debilitamiento del concepto de Estado resulta útil para el análisis de la política colombiana en el siglo XIX, pues pueden ponerse en un mismo nivel a actores “pequeños”, como los habitantes de sectores rurales de una región periférica como el Tolima, y a actores “grandes” como el Estado. En ese momento el Estado era débil y se enfrentaba constantemente a dificultades al querer imponer su poca autoridad, en tanto no era en absoluto un agente monopolizador de la violencia: el poder

²² Cf. Foucault 1975: 35-36; 1994a; 1994b.

estaba atomizado. Así, ni el Estado puede ser visto como un ente represivo ni los pobladores aparecen en actitud de descontento permanente con este. El proyecto de la Regeneración buscó darle al Estado más poder, que tuviera mayor control sobre la sociedad por medio de impuestos más efectivos, leyes más estrictas, mayor cantidad de funcionarios y centralización de la educación y de la fe encargándolas a la Iglesia Católica exclusivamente. También se trató de explotar de manera más organizada y efectiva los recursos naturales, desarrollar el comercio y las comunicaciones, explorando, abriendo y colonizando las fronteras. La población campesina del Tolima se vio de hecho afectada por esas medidas. Pero desde su percepción, tales cambios no provenían necesariamente de un Estado autoritario, sino que se entendían en el ámbito local, por ejemplo como conflictos entre vecinos por las permisiones de las nuevas leyes, descontento por la intromisión de un alcalde de poco poder, desconfianza hacia los recolectores de impuestos. Observaremos estos conflictos tratando de ver las maneras en que la gente los sorteaba y trataba de solucionarlos. Desde la perspectiva abierta por la historia cultural de lo político, mencionada arriba, esas acciones, circunscritas a conflictos locales, son también acciones políticas. Distinguiremos entonces entre un sentido amplio y un sentido estrecho de “acción política”. Acciones políticas en el sentido estrecho, es decir, actividades con miras de alcance nacional, que reivindicaran el derecho a la ciudadanía o exigencias de igualdad, orientadas a cambios en el sistema económico, social o político nacional, inscritas en las instituciones políticas estatales no es lo que encontramos en las fuentes de esa época en el Tolima. Pero resaltaremos en cambio las acciones políticas de los sectores rurales del Tolima en un sentido amplio del término, es decir, acciones que emprendieron a escala local, en la experiencia cotidiana, para conseguir distribuciones del poder menos desfavorables, para transformar localmente órdenes y jerarquías que les eran perjudiciales y satisfacer sus intereses hasta donde fuera posible.

En esa escala, los vecinos constituían una amenaza mayor que el Estado. Pero contra ellos no había que organizarse, constituirse como grupo con intereses, objetivos y líderes. La competencia por el poder se daba de maneras menos notorias pero localmente efectivas. Más que poner un tono muy idealizado a esas acciones, buscaremos mostrar que las aspiraciones de los sectores rurales se referían a aspectos de tipo pragmático. Para ello nos será de utilidad el concepto de “violencia segmentaria” de Michael Riekenberg (2003²³). Riekenberg sostiene que en América Latina en el siglo XIX la violencia no fue de mucha

²³ Cf. esp. pp. 19-33.

magnitud y los conflictos se dieron a una escala muy local. En esta concepción se parte de nuevo de la falta de poder del Estado. Ello hace que muchos sectores de la población permanezcan fuera del alcance del Estado (y esto incluso hasta hoy). Entre grupos que están unidos bien sea por lazos étnicos, familiares, clientelares o comunitarios se constituyen “relaciones de poder igualitarias” (egalitäre Gewaltbeziehungen). Riekenberg llama a estos grupos “segmentos de poder” (Gewaltsegmente). Ellos están dispuestos a actuar de manera violenta ante la amenaza de otros grupos o del Estado (que en esta interpretación es otro segmento de poder). Sin embargo, tal violencia es normalmente de baja intensidad y permanece en el plano local. Al pensar la sociedad colombiana en el siglo XIX como segmentos de poder en conflicto, siendo el Estado otro de estos segmentos (solo en ocasiones con un poder mayor) se hace comprensible el hecho de que los pobladores rurales no se hayan organizado normalmente en torno a intereses supralocales. El Estado no era visto como un contenedor de gran poder y se podían arreglar los conflictos con este permaneciendo en la escala local.

Siguiendo en esta línea, en particular para el análisis de la guerra de los Mil Días, también nos valdremos de ideas desarrolladas por el politólogo Stathis Kalyvas (2006). Kalyvas hace agudas críticas a una interpretación generalizada sobre las guerras civiles, que pone el énfasis en las ideologías y el descontento social como motor principal de éstas. A partir de un exhaustivo recorrido por distintas guerras civiles en el mundo, tanto las “clásicas” (la de Estados Unidos en el siglo XIX o la de España de los años 1930), como las contemporáneas²⁴, Kalyvas intenta mostrar que, en muchas de ellas, la motivación no ha sido necesariamente un descontento creciente de sectores de la población que los lleve a levantarse para manifestar los resentimientos acumulados, ni tampoco un particular compromiso de los combatientes con una ideología específica. Este historiador critica con ello la idea de que la ideología es el principal móvil de acción de aquellos que ingresan a una guerra civil en determinado bando y da mayor énfasis al hecho de que la guerra misma produce los bandos, genera movilización y crea lealtades, en tanto en muchos casos los combatientes deciden ponerse del lado de los rebeldes o del gobierno solo por salvar sus vidas. Así, cuando una rebelión crece rápidamente, esto no indica necesariamente que ella representa aspiraciones populares (93). Con ello pone en duda que la violencia generada en

²⁴ Kalyvas (2001) desarrolla un provocador argumento en contra de la distinción entre “viejas” y “nuevas” guerras civiles. El autor rechaza por un lado la idealización de las guerras del pasado, supuestamente impulsadas por arraigados compromisos ideológicos, con gran apoyo popular y bajos niveles de violencia, y por otro, la satanización de las guerras actuales, descritas como conflictos en los que solo se busca la riqueza, no cuentan con apoyo popular y la violencia es desmedida. Para él, esta distinción es producto de las fuentes que se usan para analizar unos y otros conflictos, y en últimas no tiene validez.

las guerras civiles se deba a que los enfrentados desde el comienzo de ellas sean políticamente muy comprometidos o defiendan a ultranza sus ideologías. Kalyvas le da mayor importancia al tema del dominio territorial militar. La gente entra a la guerra en gran medida en apoyo del grupo que domina militarmente su zona de habitación. Así mismo, podrá apoyar al otro bando si este empieza a dominar. Y es muy común que la “población civil” tenga una posición ambivalente, mezcla de preferencias y oportunismo, porque su mayor preocupación es la supervivencia (103). Evaluaremos esta teoría a la luz de la guerra de los Mil Días.

El trabajo busca en suma ofrecer una interpretación de un período conflictivo de la historia de Colombia a finales del siglo XIX, que se salga del restrictivo marco explicativo del bipartidismo. Al adoptar una perspectiva más cultural, pretendemos que salgan a luz conflictos del día a día de la gente del común, al tiempo que otras formas de acción, no enmarcadas en la política institucionalizada, por medio de las cuales ellos enfrentaron esos conflictos. Pero esos conflictos locales de sectores populares rurales serán observados como inmersos en el proceso más amplio de formación del estado nación colombiano. Con ello podrán establecerse comparaciones con otras regiones de América Latina que estaban viviendo tal proceso con igual intensidad. Los análisis locales de esos procesos macro, tienen el valor, a nuestro juicio, de hacer más complejas las explicaciones de tales procesos y marcarles límites a paradigmas teóricos que buscan validez sobre entidades territoriales muy amplias como son América Latina e incluso Colombia.

1.3. Fuentes, metodología y estructura

Mucho se ha dicho sobre las dificultades que enfrenta el historiador interesado en investigar sobre la acción de grupos populares, en tanto las fuentes que se conservan provienen normalmente de estamentos del gobierno o proceden de los reducidos círculos letrados. Los sectores populares pocas veces aparecen en ese tipo de fuentes y, cuando lo hacen, lo que queda de ellos generalmente son imágenes producidas por otros y por tanto viciadas por las apreciaciones que *sobre ellos* hacen aquellos que detentan el poder de la escritura y de la conservación.²⁵ Los reportes de conflictos (desde riñas o peleas de vecinos, hasta levantamientos o guerras) han sido una fuente usada por muchos estudiosos que se han ocupado de los “subalternos”, pues estos grupos “sin voz” suelen aparecer allí

²⁵ Esta ha sido una de las principales preocupaciones de los Estudios Subalternos y por lo tanto existe una nutrida discusión al respecto. Como introducción al debate es de mucha utilidad Mallon 1994.

como protagonistas, de modo que se describen también sus acciones, e incluso a veces se les cede la palabra.²⁶ Si bien no se supera el “dilema” (como lo denomina Mallon 1994) de que quienes hacen los reportes sobre esos conflictos suelen ser los miembros del gobierno, es innegable que tales descripciones traen información sobre los modos de proceder de estos actores en cuestión, susceptible de ser analizada.

La nueva organización que impulsaron los gobiernos durante la Regeneración generó no pocos conflictos. En el afán de fortalecer el Estado, se promovieron nuevas distribuciones y usos de la tierra, diferentes concepciones de la propiedad, más control estatal por medio de impuestos, entre otras medidas. Estas generaron variadas respuestas locales que trataremos de observar con detalle: pugna pero también negociación con las autoridades, alianzas y también conflictos entre vecinos, fueran estos de un rango social similar o no, intentos de leer, a partir de discursos nacionales, los conflictos regionales. Centramos la atención en procesos que generaron particular discusión por esos años, y que en Tolima se presentaron de manera acentuada, en tanto la región estaba inmersa desde mediados de siglo en un proceso de colonización de frontera en varias zonas, en parte impulsado por el Estado, pero sobre todo resultado de iniciativas privadas. Ello llevó a que se generaran numerosos conflictos, típicos de ese proceso de apertura de frontera: por la posesión de las tierras, por la fundación de poblados, por las nuevas divisiones administrativas. En tanto la explotación minera fue una de las formas que el gobierno departamental privilegió para integrar económicamente la región, también se presentaron prolongados pleitos en torno a intereses mineros, en competencia con los agrícolas. Al final del siglo hubo también un intenso debate en torno a los impuestos a la producción de licores, debido a nuevos controles que intentó imponer el gobierno. El estudio de estos conflictos debe permitirnos observar, desde la escala local, los efectos de las medidas estatales y las acciones emprendidas por los sujetos, tanto individualmente como en grupos, en reacción a esas medidas.

Para estudiar estos conflictos, hemos consultado quejas de los vecinos, actas de concejos y comunicaciones de las alcaldías de Ibagué y de Honda.²⁷ En esos documentos

²⁶ Esta ha sido la principal fuente de varios de los estudios que hemos ya citado o que vamos a analizar en este trabajo, por ejemplo Guha 1983, 1988b; Chaturvedi 2007, Sanders 2004, Mallon 1995.

²⁷ El Tolima es un departamento de pocos recursos económicos. No cuenta con medios (y carece sobre todo de interés) para mantener un archivo histórico departamental. Es una sorpresa que exista en Ibagué un archivo histórico municipal que puede consultarse, con documentos en buen estado y un catálogo. Su organización se debe al impulso particular del profesor Hernán Clavijo y de la facultad de Ciencias Sociales de la Universidad del Tolima a la que está vinculado como docente. Para la época de la que nos ocupamos, los documentos allí conservados provienen solo de la alcaldía y del concejo de Ibagué. La documentación es fragmentaria, quizás porque las actividades administrativas ni siquiera podían llevarse a cabo, o porque se

se encuentran descripciones, a veces bastantes detalladas, del desarrollo de los pleitos y sus actores. Dado que muchos de esos documentos pasaban por diferentes instancias gubernamentales, estos permiten constatar las variadas posiciones que los agentes del gobierno asumían frente a esos conflictos. Los ires y venires de los documentos también evidencian que los conflictos solían prolongarse en el tiempo sin una solución definitiva. Igualmente hemos estudiado la posición de los periódicos locales frente a esos conflictos, tratando de leer críticamente las adaptaciones partidistas que se hacían de ellos.²⁸

Para los conflictos por tierras consultamos el Fondo Baldíos del Archivo General de la Nación (AGN), en el que se encuentran documentos relativos a los problemas en la titulación de tierras, sobre todo al norte del Tolima, que fue la zona del Tolima a la que llegaron más pobladores nuevos por esta época. En muchos casos se trata de problemas complicados que no pudieron ser dirimidos por las autoridades locales y por ello llegaron hasta el ejecutivo nacional y se conservaron en el Archivo General de la Nación. Además de proporcionar descripciones de los conflictos, muchos de estos pleitos, en tanto también pasaron por diferentes autoridades y se prolongaron en el tiempo, contienen distintas posiciones con respecto a esos conflictos.

También sobre problemas de tierras, pero sobre todo con respecto al trabajo en las minas, resultó de mucha utilidad la correspondencia de los vicecónsules ingleses de Honda.²⁹ Por el gran interés que tenían los ingleses en empresas mineras y agrícolas en el Tolima a finales del siglo XIX, requerían constantemente de esos representantes del Estado inglés para dirimir sus conflictos. Además de las cartas cruzadas, entre estos documentos también se encuentran informes de los vicecónsules y cónsules que contienen interesantes observaciones, pues miraban los sucesos desde la perspectiva de los extranjeros.

Sobre las discusiones por los impuestos al aguardiente se encuentran diversos folletos y compilaciones de leyes, tanto en el Archivo de Ibagué como en la Biblioteca Nacional y en la biblioteca Luis Ángel Arango. También consultamos prensa local y nacional. En tanto muchos de los productores de aguardiente eran personas de un nivel

perdieron en los múltiples traslados del archivo. No se tiene noticia de lo que pasó con los documentos de las prefecturas ni los de la gobernación del Tolima anteriores a 1950. El archivo local de Honda contenía numerosos documentos de finales del siglo XIX, incluso catalogados, aunque en completo desorden. A pesar de ello, en 2008 pudimos consultar algunas actas del concejo, así como comunicaciones de las autoridades locales. Pero en 2010, con la fuerte oleada invernal, el archivo fue arrasado por una creciente del río Gualí. Ignoramos qué tanto se salvó del archivo.

²⁸ No son muchos los periódicos locales que se han conservado, y todos ellos se encuentran en Bogotá, principalmente en la Biblioteca Nacional. Ni en Ibagué ni en Honda existen colecciones de periódicos antiguos.

²⁹ Esta correspondencia se encuentra en la Public Record Office de Londres (Foreign Office). Agradecemos al profesor Thomas Fischer, quien nos facilitó fotocopias de esos documentos.

económico alto, pudieron difundir sus argumentos en folletos que circularon no solo en Tolima, sino también en Bogotá. Así mismo, la discusión fue ampliamente publicitada en la prensa local, pero también en periódicos de Bogotá. En particular en la prensa liberal de Bogotá se instrumentalizó el conflicto, leyéndolo a la luz de los conflictos internos del partido. Analizaremos esos discursos que nacieron en torno a un problema común pero que evidencian diversas posiciones frente al mismo e intentos de hacer lecturas partidistas de él.

Para mirar las conexiones entre esos conflictos anteriores a la guerra de los Mil Días y la forma en que se desarrolló esta en el Tolima, analizaremos las formas y momentos en que se movilizó la gente, sus hechos de armas, los desplazamientos de los combatientes y también sus formas de vida en el día a día de la guerra. Como fuentes son útiles la correspondencia de jefes liberales nacionales con jefes del Tolima, en particular la correspondencia de Aquileo Parra, Jorge E. Manrique y Rafael Uribe Uribe (que se encuentra en el fondo Academia Colombiana de Historia del AGN).³⁰ Para el desarrollo de la guerra revisamos también en el AGN las comunicaciones del Ministerio de Guerra y de Gobierno así como el Fondo Gobernaciones, Sección Tolima. Estos documentos contienen información sobre el funcionamiento de ejércitos conservadores, pero también sobre lo que las entidades del Estado sabían e imaginaban sobre las fuerzas liberales. También es útil aquí la prensa, aunque no encontramos periódicos locales del período, sino solo nacionales y del partido del gobierno. Los relatos y memorias publicados sirven para ver tanto el desarrollo de la guerra como el perfil y modos de acción de líderes liberales locales, y las maneras como pudieron movilizar gente que los siguiera.

Para conocer la opinión de participantes de distinto nivel social con respecto a la guerra, existe un interesante grupo de documentos en el Archivo Histórico de Ibagué: interrogatorios hechos a prisioneros de guerra, la mayoría de 1901. En ellos aparecen opiniones poco idealizadas de la guerra y se encuentran testimonios y expresiones textuales de personas que incluso ni siquiera sabían firmar. Estos también nos sirven para mirar el perfil de quienes participaron en la guerra, y tratar de entender sus razones para entrar en ella. El análisis de la guerra hará un mayor énfasis en las fuerzas liberales que en las conservadoras, en tanto la información sobre los grupos populares resultó ser más rica con

³⁰ No encontramos en el AGN ningún archivo personal de líderes políticos tolimenses de finales del siglo XIX. Su inexistencia puede mostrar la poca importancia de esos líderes en el contexto nacional para ese momento. El archivo del gobernador Manuel Casabianca se encuentra en el AGN pero no estuvo disponible para la consulta del público durante la elaboración de esta tesis. En el Archivo Histórico de Ibagué se encuentran libros copiadores del general conservador Manuel J. Gallego.

respecto a aquellos que participaron entre los insurrectos liberales. Las fuentes producidas por el gobierno, en cambio, procuran ofrecer una imagen muy homogénea de sus tropas, que oscurece los intereses más individuales de las actores que participaron en ellas.

Volviendo al dilema mencionado antes, los documentos que se encuentran a disposición son en gran medida producto de agentes del Estado y de instituciones nacionales. Esto le da a todo el trabajo una orientación inevitable: se basa claramente en la mirada estatal hacia el resto de los actores. Así, los conflictos que hemos estudiado indican constantes problemas de los pobladores con las autoridades, pero lo más probable es que esos actores llevaran una existencia bastante independiente de los agentes del gobierno y tuvieran problemas cotidianos que les preocuparan más y que no aparecen en estas fuentes. No obstante hemos tratado de dar cabida a los grupos populares mirando “a contrapelo” esas fuentes que hablan de ellos, aunque no fueron producidas por ellos y de hacer una lectura crítica de los discursos, yendo más allá de lo que dicen y teniendo en cuenta por qué se produjeron, por quiénes, en qué contexto y con qué intenciones.³¹

En cuanto a la estructura del texto, en el segundo capítulo daremos una mirada panorámica a la economía y la política colombianas en el siglo XIX y al contexto en el que surgió la Regeneración. Después observaremos cómo esas transformaciones afectaron aspectos económicos, políticos y sociales del Tolima como las actividades comerciales, la composición social, la distribución poblacional y las divisiones políticas.

Debido a esas grandes transformaciones nacionales y regionales de finales del siglo, surgieron numerosos conflictos que, desde la perspectiva local, aparecen como pugnas con los vecinos, con los pobladores recién llegados, con las autoridades locales. En el tercer capítulo analizaremos algunos de estos conflictos en diferentes localidades del Tolima: por la propiedad de la tierra, su uso, su distribución, la competencia entre intereses mineros y agrícolas, entre agricultores, en particular productores de licor, y el Estado, entre municipios por su primacía. Estos conflictos permiten ver las posibilidades de acción de pobladores de localidades lejanas a los centros de poder frente a cambios impuestos desde afuera, pero también las dificultades de formar grupos de intereses en el largo plazo. Observaremos también el papel que cumplieron en esos conflictos los partidos políticos,

³¹ Seguimos así la propuesta de Ranajit Guha de usar “la prosa de la contra-insurgencia” como fuente para comprender los movimientos insurgentes, dando un significado también a las maneras como esos documentos describen los sucesos y los califican y poniendo atención igualmente a lo que no dicen. Cf. Guha 1983: 16-17; 1988b.

mostrando que normalmente no polarizaron a los grupos en pugna, sino que tuvieron una incidencia más ambigua.

En el cuarto capítulo nos concentraremos en la guerra de los Mil Días como el mayor conflicto civil que hubo durante el período de la Regeneración. Miraremos primero la manera como la historiografía ha reconstruido y analizado este conflicto. Luego haremos un repaso de su desarrollo en el Tolima, tratando de establecer cómo se dio la movilización y qué motivaciones pudieron haber tenido sus participantes para entrar en ella. La adscripción partidista aparece a veces como una de esas razones, pero para muchos combatientes, tanto de la notabilidad local como de los grupos populares, no era la única ni la más importante. Estudiaremos también las formas que emplearon los líderes para mantener cohesionadas a sus tropas, mostrando los límites de las explicaciones que se basan en la relación de caudillos y clientelas, así como aquellas que postulan una gran organización de los grupos populares, que les hubiera permitido en la guerra elegir el bando por el que era conveniente pelear.

1.4. La distinción entre notables y grupos populares

Es pertinente aclarar desde el comienzo los términos que usaremos para designar a los actores a los que se refiere el trabajo. En principio, buscamos hacer una reflexión sobre los sectores populares y sus formas de acción en un marco en que el contaban con poco poder. Estos sectores populares los constituían agricultores, jornaleros, arrendatarios, asalariados, pequeños propietarios, pequeños comerciantes con niveles de vida muy distintos y que realizaban actividades varias: podían cultivar para su subsistencia al tiempo que ser jornaleros en haciendas, asalariados en las nuevas industrias agrícolas, comerciantes de sus productos, o bien dedicarse en ocasiones a la minería o la ganadería. Estas formas de subsistencia se superponían en todo momento.

El geógrafo argentino Carlos Reboratti (refiriéndose específicamente a habitantes del campo en Brasil, Bolivia y Perú) ofrece una descripción del campesino que nos es útil para este trabajo:

es por lo general un migrante que busca reproducir su núcleo familiar, para lo cual su necesidad fundamental es el acceso –aunque sea precario– a la tierra, abundante en la frontera. Emplea técnicas de baja productividad, intensivas en mano de obra y prácticamente carentes de capital. Diversifica la producción a pequeña escala, dirigida al autoconsumo y, a lo sumo, comercializa una pequeña cantidad de excedentes para contar con dinero; ocasiona un bajo impacto ambiental, y la fragilidad de su relación legal con la tierra lo convierte en un eterno migrante fronterizo (Reboratti 1990).

Entre los sectores rurales populares del Tolima observaremos también esas características del uso extensivo de la tierra y la diversificación de la producción dirigidos al autoconsumo y reproducción del núcleo familiar, no a la producción de excedentes. Y en especial se constatará que fue desde la segunda mitad del siglo XIX donde esa “fragilidad de la relación legal con la tierra” se volvió un problema para esos campesinos, lo que los obligó a enfrentarse de diferentes maneras con la nueva legalidad que pretendía imponerse.

Usaremos con más frecuencia los términos “grupos populares” o “sectores populares”³², que, consideramos, permiten tener en cuenta un espectro más amplio de actores y actividades, que el término “campesino”, que suele referirse a personas dedicadas netamente al cultivo de la tierra.³³

En lo que respecta a las “élites” o los “notables”, estos también formaban un espectro amplio en el Tolima y su fortuna era dispar: propietarios de tierras, comerciantes, agricultores a escala mayor, exportadores. La definición de “élite” que ofrece el sociólogo Peter Waldmann funciona a medias para el Tolima: una minoría “que se diferencia de la mayoría por su rango, su prestigio y su autoridad” y que ejerce “influencia sobre las decisiones relevantes para la sociedad entera” (Waldmann 2007: 12).³⁴ En efecto en el Tolima encontramos que había una minoría que se diferenciaba de la mayoría por su rango y prestigio (derivado principalmente de su capacidad económica, pero también por pertenencia familiar; por el contrario, el nivel educativo contaba poco en ese momento). Al respecto, sin embargo, debe decirse que el nivel de esas fortunas era dispar: el historiador tolimense Hernán Clavijo, en su detallado estudio sobre las élites del Tolima, analizó las compraventas de haciendas de más valor en el siglo XIX en distintas notarías del Tolima. A partir de ellas llegó a la conclusión de que, en ciertas zonas, las más altas transacciones fueron comparativamente bajas en relación con las de otras zonas (por ejemplo en el

³² Sobreentendiendo que se trata de sectores populares rurales, porque el desarrollo urbano en el Tolima era muy incipiente.

³³ En cuanto al término “subalternos”, evitamos usarlo, pues este trabajo, aunque bebe constantemente de los importantes aportes que han hecho los “Estudios Subalternos” a la comprensión de sectores sociales marginados tradicionalmente de la historia, no se inscribe netamente dentro de sus lineamientos ni hace uso o análisis crítico de otros conceptos centrales de esta escuela (como el de hegemonía), a los que sus teóricos han llegado en un diálogo permanente con el marxismo (especialmente el marxismo de Gramsci). Nosotros no nos hemos adentrado en este debate.

³⁴ Waldmann agrega aún una tercera característica de las élites de tipo más normativo, la selección: “Teóricamente tendrían que ser los ‘mejores’ dentro de un sector o una profesión, o sea, los más capacitados y eficientes, a quienes se concede la etiqueta de *elite*”. Este último aspecto hace referencia en particular a sociedades occidentales contemporáneas en las que se mira de manera crítica que el estatus de “élite” esté basado en la procedencia social y los vínculos familiares. No obstante, como dijimos, el criterio es más bien normativo, en tanto, en muchas sociedades, el nivel socioeconómico sigue siendo central en la conformación de las élites. Cf. Waldmann 2007. Cita en p. 12. En el estudio del historiador Hernán Clavijo, sobre elites en el Tolima, se observa claramente que no era el criterio de selección el que definía las élites políticas, económicas e intelectuales del Tolima.

período 1880-1899 mientras en Ibagué las mayores transacciones fueron de 20.000 pesos, en Ambalema fueron de 100.000. Clavijo 1993a: 37, 43-44).³⁵ Esto, sin embargo, no implica que, aun con esas diferencias económicas, no se trate en ambos casos de élites, son precisamente “élites locales”, lo que justifica el título del libro, *Formación histórica de las elites locales en el Tolima*. Pero es importante tener en cuenta que ya ahí existe una gran disparidad y que con fortunas tan distintas es problemático ver a las élites como un grupo con intereses muy similares.

En cuanto a la influencia que podían ejercer individuos o familias de nivel económico alto sobre decisiones que afectaban a la sociedad entera, se encuentra tal capacidad solo en algunos casos. Por ejemplo puede comprobarse que de familias de nivel económico alto provinieron muchos de quienes ocuparon cargos administrativos o judiciales en las poblaciones y provincias. Entre los funcionarios de las poblaciones se repiten apellidos de familias de poder económico, por ejemplo en Honda y Mariquita los apellidos Viana, Diago, París, de la Roche; en Ibagué Barrios, Lozano, Esponda; en Guamo y Purificación Caicedo y Leiva; en Chaparral el apellido Rocha. Pero esos cargos de las administraciones locales no los ejercían los miembros más importantes de la familia, sino parientes, quizás empobrecidos, pero con un apellido de prestigio. Muchos miembros de las élites económicas, no se interesaron por la política local. Esto es comprensible si estos solo tenían negocios en el Tolima sin estar vecindados, pero también los que residían allí solían mirar los puestos administrativos con desinterés y ocuparlos con desidia.³⁶ Es también sintomático el hecho de que durante la época de la Regeneración el cargo de gobernador nunca fue ocupado por alguien oriundo del Tolima. Además quienes ocupaban cargos estatales no se dedicaban solo a ellos. Esta era una actividad entre otras,

³⁵ Comparando de nuevo esas transacciones con las de familias adineradas de Cundinamarca, Antioquia, Cauca o Barranquilla, resulta que las fortunas de los tolimenses eran a su vez de bajo valor (Clavijo 1993a: 143, 151).

³⁶ Esta desidia preocupaba a algunos funcionarios tolimenses (cf. Peláez 1898a: 11), pero en otras regiones no era muy distinto, según puede leerse en esta editorial del periódico bogotano *La Opinión*: “Cuando se elige un nuevo Concejo Municipal, se cree, a juzgar por el entusiasmo con que en ciertas épocas de agitación política se desarrolla, que esa corporación se consagrará al estudio de los negocios que le atañen y corresponden; pero pasa el tiempo y el salón de sesiones se nota desierto. En las noches designadas para la sesión se ve luz, pero muy poca animación. El Secretario arregla los papeles, prepara el acta de una antiquísima sesión; el portero bosteza y duerme; los escribientes fuman cigarrillo, y los Señores Concejeros no van. Uno o dos de ellos se asoman a la puerta del salón, y con voz soñolienta y perezosa le dicen al secretario, que siendo avanzada la hora, se retiran, que las comisiones que tienen a su cargo son numerosas y trabajosísimas, y que como no hay sesiones, por eso no las despacharán. Algunos reciben con displicente abandono la citación que les hace el portero; le dicen que no pueden asistir porque el sereno los mata, y al firmar la citación se hacen tener y se tienen ellos mismos como ausentes. Otros echan pestes porque se les cita; y muchos ni aun se han preocupado por tomar posesión” (LO 11.09.1900: 73). En las actas del Concejo de Ibagué se comprueba de nuevo ese desinterés: numerosas sesiones no se realizaron por falta de quorum. Cf. AHI, Actas del Concejo de Ibagué, 1898-1901.

menos importante que los negocios. De otro lado, teniendo en cuenta que el Tolima era una zona relativamente relegada en el contexto nacional, tener un cierto poder a escala local no implicaba gozar de un gran poder más allá de ese ámbito.

Al poner de presente esta caracterización, debemos estar alertas a la tendencia a mirar la sociedad de una manera polarizada: élites contra grupos populares. Los notables del Tolima no conformaban un grupo homogéneo y fuerte, los grupos populares eran amplios y fragmentados, aparece problemático mirar su relación como meramente o por esencia antagónica: la mayor capacidad económica de algunos no significaba una efectiva capacidad de mando sobre el resto de la población.

Otro aspecto habla también de que la sociedad tolimense no era tan jerarquizada. Había una obvia distancia social que para los actores debía ser clara, pero era normal, por ejemplo, que los hacendados hicieran ciertas faenas hombro a hombro con sus trabajadores. Aquellos notables que eran a la vez diestros en los trabajos más duros del campo causaban admiración. Al respecto es interesante esta descripción magnificada del influyente líder liberal Fabio Lozano Torrijos, hecha por su hijo Juan Lozano y Lozano:

Fabio Lozano ha llevado en la vida con igual desenvoltura la ruana jerga del rodeo y el uniforme de los embajadores. Nadador formidable, máximo jinete, enlazador de toros bravos, desconcertante tirador de pistola, no hay, por otra parte, quien con él compita en la técnica abstrusa de las venias cortesanas. Lo mismo [...] enfrena un muleto [...] que distribuye los puestos de un banquete (Lozano 1978: 176).³⁷

Según la descripción, Fabio Lozano podía combinar maneras aristócratas y campesinas. En otros casos, los hacendados vivían netamente en sus haciendas y no gozaban de un nivel educativo mucho mayor que el de sus trabajadores. Además debe tenerse en cuenta que la división campo-ciudad en Tolima no era marcada. Aunque Ibagué fue desde 1886 la capital, seguía siendo hasta final de siglo muy parecida a otras poblaciones: había casas de techo de paja en la plaza principal, no había plaza de mercado ni matadero; la luz eléctrica y el acueducto solo empezaron a ser instalados a comienzos del siglo XX. La vida allí no ofrecía particulares oportunidades de “civilización” ni exigencias de refinamiento.

En otro sentido, son problemáticos los términos “élites” y “grupos populares”: no porque esos términos agrupen personas de condiciones de vida similares quiere decir que estas personas tuvieran una conciencia de formar un grupo que compartiera esas

³⁷ Fortunato Pereira, ingeniero de minas que habitó en el Tolima en las últimas décadas del siglo XIX, también describía con admiración en sus memorias la destreza del hacendado Lisandro Leiva en los trabajos del campo, en especial en el rodeo de ganado que pastaba libre. Leiva era pariente de la acaudalada familia Caicedo y administrador de su hacienda Saldaña a finales del siglo XIX. Cf. Pereira 1919.

condiciones. Lo que trataremos de mostrar al estudiar diferentes tipos de conflictos sociales y políticos durante la época de la Regeneración, incluyendo la guerra de los Mil Días, es que la interacción social en el Tolima generó agrupaciones, enfrentamientos y formas de negociación variados. Existió la dicotomía élites - grupos populares, pero también alianzas entre ellos, e igualmente conflictos entre miembros de los grupos populares, entre vecinos o entre pueblos vecinos, así como entre miembros de las élites.

Para la comprensión del proceso de constitución del Estado nación, tal constatación tiene consecuencias. No es que los proyectos de nación se transmitieran desde las élites nacionales por medio de las regionales a los grupos populares, o bien, que fueran obstaculizados por la resistencia de estos, como lo sostiene Fernán González (1989b: 19-31; González/Bolívar/Vásquez 2003: 267-268). Los proyectos tropezaban con la poca unión de las élites regionales, con su falta de identidad como grupos de poder regionales, con su incapacidad para asumirlos a escala regional o para proponer contraproyectos. Por su parte, la traducción de tales proyectos a escala local, por ejemplo en forma de legislaciones nuevas, no generaba necesariamente inconformidad y resistencia, sino que también había receptividad y se trataban de utilizar las nuevas leyes para provecho propio.

Los términos “élites” y “grupos populares” dan una idea de la situación social y las condiciones materiales de los actores denominados con ellos, pero sabemos que son problemáticos en tanto imponen una categorización grupal a individuos que no necesariamente se sentían identificados con otros de nivel económico parecido. En tanto nos veremos obligados a usar esos términos durante todo el trabajo, esta advertencia debe tenerse siempre presente.

2. COLOMBIA Y TOLIMA EN EL SIGLO XIX

2.1. Cambios políticos a nivel nacional

Profundas divisiones regionales caracterizaron a Colombia en el siglo XIX. Desde los tiempos coloniales, las regiones se desarrollaron separadamente debido a las condiciones geográficas del territorio en el que estaba emplazado el virreinato del Nuevo Reino de Granada. Allí se ramifican los Andes, convirtiéndose en tres cordilleras que dividen todo el territorio y dificultan la intercomunicación. Así, las principales ciudades del virreinato se distanciaban unas de otras por varios días de camino. Ello desincentivó el intercambio y provocó que cada región se fuera desarrollando de manera autónoma, desvinculada de las demás. Igualmente, los grupos dominantes que condujeron el desarrollo en cada región se hicieron fuertes dentro de ellas, pero sus vínculos con las demás élites fueron débiles. Tras los sucesos de la Independencia, esta desintegración obstaculizó en gran medida la tarea de conformar una nación. Dada la fragmentación de las élites por regiones, no había un grupo que pudiera imponerse de manera definitiva a nivel nacional y, al mismo tiempo, tenían el poder suficiente en sus regiones para no dejarse dominar por los otros.

2.1.1. El liberalismo radical

Desde mediados del siglo XIX empezó a adecuarse la legislación para abandonar el sistema socioeconómico colonial y adoptar las doctrinas del *laissez faire*. Este era el camino para “salir de la barbarie y entrar a la civilización”, como se repetía entonces (Palacios 2002: 48): desarrollar la producción de mercancías que pudieran comercializarse de manera competitiva en el extranjero le permitiría al Estado adquirir fondos con los cuales pagar sus deudas y, al mismo tiempo, hacer importaciones y recibir nuevos préstamos para invertir en infraestructura. Además, aumentarían los ingresos recibidos por concepto de derechos de aduana, que eran desde la Independencia una de las principales fuentes de ingresos de la Nueva Granada (Bushnell 2002: 117). A mediados de siglo se tomaron medidas como la abolición de la esclavitud y de los monopolios que tenía el Estado sobre la comercialización de tabaco y aguardiente; igualmente se integraron al libre mercado tierras que antes no eran comercializables, como los bienes de manos muertas de

la Iglesia y los resguardos indígenas; así mismo, se redujeron los impuestos a los productos importados, lo que significaba retirar la protección a los productos nacionales y permitir que la libre competencia rigiera los precios (Tirado 1989: 162-164).

En su afán de liberar de todo obstáculo las actividades comerciales, se redujo también el poco poder que el Estado había podido ganar en los primeros años de la República. Con la Constitución de 1863 se estableció el sistema federalista. El país adoptó el nombre de Estados Unidos de Colombia y fue dividido en nueve estados. A estos se les dio toda la libertad para imponer y administrar sus propios impuestos, sus sistemas bancarios, el sufragio, los criterios de ciudadanía, sus correos, su educación, sus ejércitos. En contraste, el Estado central se redujo al mínimo: se le asignaron solo unas pocas funciones administrativas, se disminuyeron sus ingresos económicos, se le prohibió intervenir en asuntos internos de los estados, se abolió el Ejército Nacional, y se debilitó el papel del presidente, reduciendo su período a dos años, sin posibilidad de reelección. Acorde con este espíritu ultraliberal de la constitución, también se aprobaron absolutas libertades individuales: libertad de prensa y de palabra, libre porte de armas, abolición de la pena de muerte (Bushnell 2002: 175-176).

Pero para la incursión del país a la economía mundial no bastaba solo con tener una legislación favorable. El desarrollo de las exportaciones requería primero de una infraestructura de la que se carecía: no existía un mercado interno muy desarrollado, por lo mismo había pocos caminos, todos en mal estado. El transporte era realizado por recuas de ganado, o incluso por “cargueros” que trasportaban a pie, por entre las montañas, mercancías y personas. En la segunda mitad del siglo XIX se invirtió en el desarrollo del transporte, e incluso se construyeron algunas redes ferroviarias, pero estos proyectos fueron sobre todo de iniciativas regionales, buscando cada zona su integración, no con las otras, sino directamente con el exterior (generalmente tratando de comunicarse con el río Magdalena para agilizar la conexión con el Océano Atlántico).

En esta época efectivamente el mercado empezó a abrirse de manera significativa a la importación, al tiempo que empezaron a integrarse productos, con algún éxito, al mercado mundial.³⁸ Se ensayaron varios productos para el exportación: el primero que tuvo éxito fue el tabaco, ya que se sembraba en las riberas del río Magdalena, lo que

³⁸ Debe tenerse en cuenta que esta incursión al mercado mundial, si bien fue crucial para la economía del país, en el contexto latinoamericano no fue muy significativa. Mientras que países como México, Argentina, Chile y Perú tuvieron porcentajes de crecimiento del producto interno bruto *per capita* iguales a los de Gran Bretaña y Estados Unidos, el crecimiento de la economía colombiana fue mucho más modesto. Cf. Fischer 2001a: 33; Palacios 2002: 45-49.

facilitaba su transporte. Este producto tuvo su bonanza entre finales de los años cincuenta y mediados de los setenta, y luego entró en crisis. Igualmente se intentó exportar quina, pero solo tuvo un éxito efímero en los primeros años de la década de los ochenta. También desde los setenta comenzó a cultivarse el café, pero este solo logró consolidarse como principal producto de exportación del país a comienzos del siglo XX (Palacios 2002: 50-61).

Generalmente estos productos de exportación eran de tierras templadas y calientes, zonas que hasta el momento no estaban integradas ni siquiera a economías regionales y que en su gran mayoría eran fronteras selváticas o con escasa población. Principalmente las vertientes de las cordilleras Oriental y Central, que caían a los ríos Magdalena y Cauca (en los estados de Antioquia, Tolima, Cauca y Cundinamarca, cf. mapas 1 y 2), atrajeron a los comerciantes, que buscaron apropiarse de ellas para explotar allí los productos de exportación. Así mismo, campesinos se vieron atraídos por el potencial que estaban adquiriendo esas tierras. El Estado liberal fomentó esa ocupación de las tierras, en tanto uno de sus principales ideales era “crear una nación de pequeños propietarios agrícolas y fomentar al mismo tiempo la expansión de la agricultura de exportación” (Rausch 1999: 158).

Pero el modelo de aranceles bajos y promoción del comercio internacional, en que se basó el gobierno liberal, empezó a recibir fuertes críticas de diferentes sectores sociales que no veían los resultados prometidos y en cambio sí percibían una creciente ingobernabilidad y la misma fragmentación y conflictividad de la sociedad.

2.1.2. El régimen de la Regeneración

Desde los años setenta, aun entre los liberales, surgieron deseos de reforma a la Constitución de 1863. Pero era difícil hacer cambios, puesto que la constitución había establecido mecanismos que la hacían casi irreformable. A mediados de la siguiente década surgió una coalición de algunos liberales con conservadores que se denominó “Partido Nacional”. Estos reemplazaron la constitución (después de combatir un levantamiento liberal) en 1886. A pesar de que esta fue obra de liberales y conservadores, predominaron ideas conservadoras. La nueva constitución, que se presentó como una “regeneración”³⁹, abandonó el régimen federal de los Estados Unidos de Colombia y fundó

³⁹ Este deseo de “regeneración” coincide con los de otros países de América Latina por la misma época, según señala la historiadora argentina Hilda Sabato. En el último cuarto del siglo XIX hubo una

la República de Colombia, con un régimen centralizado. Los estados federados fueron convertidos en departamentos, dependientes del centro, con gobernantes elegidos por el presidente. El papel de este, además, fue fortalecido con la prolongación del período presidencial de dos a seis años, su habilitación para nombrar a los miembros de la Corte Suprema de Justicia, y la adjudicación de amplios poderes políticos y judiciales. También se instauró el monopolio estatal de la emisión de papel moneda, operación que antes podía realizar cualquier banco, y se estableció su curso forzoso. De otro lado, se redujeron los derechos individuales, se restringió el voto a quienes supieran leer y escribir o tuvieran rentas, se restableció la pena de muerte y se restringió la libertad de expresión y prensa.

Otro cambio crucial con respecto al régimen anterior fue la reanudación de las relaciones entre Estado e Iglesia. Por medio del Concordato de 1887, el Estado concedió amplios poderes y privilegios a la Iglesia, le aseguró el pago de los bienes que se le habían tomado en años anteriores, se le designó la misión de la educación y se estableció que la religión católica sería la reguladora de la moral de la sociedad colombiana.

El régimen fue muy criticado por los liberales por autoritario, elitista y excluyente. Sin embargo, el proyecto de la Regeneración de construir una sociedad integrada, homogénea, regida por un Estado fuerte, fue difícil de llevar a la práctica.

En 1892, los liberales intentaron unificar su partido por medio de un periódico. Tal intento fue interrumpido con el cierre del periódico y el destierro de su director, Santiago Pérez. El gobierno adujo que los liberales no se estaban organizando para hacer oposición política, sino para rebelarse. En efecto, algunos liberales se levantaron en 1895, justificando su descontento por el hecho de que se reprimiera su acción política, como lo demostraba el cierre de su periódico y el destierro de su director. Tras el levantamiento (que duró menos de dos meses) el gobierno empezó a hacer mayor control de la actividad política llevada a cabo por los liberales para organizarse para las elecciones (parlamentarias y presidenciales). El control y el fraude hicieron que en los parlamentos de 1896 y de 1898 hubiera un solo parlamentario liberal. El Partido Liberal acumulaba así nuevas razones para promover un levantamiento contra el gobierno, que no le permitía llevar a cabo acciones políticas pacíficas. Pero en realidad, la labor de organización del partido para las elecciones llevaba aparejada la organización para una eventual guerra. Esto puede comprobarse en el intercambio epistolar del jefe del Partido Liberal, Aquileo Parra, que al mismo tiempo que impulsaba la creación de comités del partido locales y regionales,

tendencia en varios países a ensayar de nuevo regímenes centralistas y tradicionalistas en reacción al liberalismo que se había adoptado, también de manera generalizada, en los años 50 (Sábato 2006).

y promovía la inscripción a las votaciones, también pedía informes de las personas que tuvieran armas, de las municiones con que se contaba y de cuántos hombres disponibles habría en las localidades para un eventual levantamiento.⁴⁰ Un nuevo levantamiento de los liberales se hizo efectivamente en 1899, igualmente justificado por la reticencia del gobierno a dar participación a los liberales. Esta vez la lucha armada duró tres años.

Estas eran las formas generalizadas de hacer política en la época, que también habían usado los liberales en su momento. La política se entendía como un sistema de exclusión del contrario. El partido que dominara excluía a los del otro, por medio del control y el fraude. De otro modo, se temía que el partido contrario se organizara, aunque solo fuera con fines políticos, pues tales organizaciones llevaban normalmente aparejada una intención de rebelión.

María Teresa Uribe (2001) analiza los discursos partidistas en diferentes momentos de la segunda mitad del siglo XIX y muestra cómo la oposición de los partidos giró en torno a dos ideas reinantes que se retroalimentaban: la tiranía y la conspiración. La oposición describía al gobierno reinante como una tiranía que estaba incumpliendo la constitución y por eso se justificaba hacerle la guerra. El gobierno, por su parte, veía en el partido contrario a posibles conspiradores, que podían levantar en cualquier momento una guerra civil. Para controlarlos podía usar medidas drásticas, lo que acrecentaba en la oposición la idea de que el gobierno era tirano.

En las coyunturas prebélicas

los discursos iban subiendo de tono y los agravios se enunciaban mediante una retórica cargada de imágenes y metáforas casi apocalípticas [...]. Desde luego, esta retórica no tenía mucho que ver con la realidad, ni con la percepción que los ciudadanos corrientes tenían de su entorno, pero cumplía la importante tarea de deslegitimar el orden vigente y de hacer de la guerra una necesidad inevitable (Uribe 2001: 20).⁴¹

Si la interpretación histórica solo se hace a partir de los discursos de las élites nacionales se entiende que se hable del bipartidismo a ultranza, de la pertenencia de regiones enteras a un partido, o que se caracterice el siglo XIX como una seguidilla de guerras civiles. Pero al estudiar cómo se pusieron en práctica las políticas de la Regeneración, se encuentran rápidamente los límites de ese “gobierno despótico”. Si bien el sistema soñado por la constitución era claramente más autoritario, para llevar este

⁴⁰ Cf. AGN, ACH, Aquileo Parra, cj. 4, cr. 8 (rollo 3).

⁴¹ Con este análisis de discursos políticos del siglo XIX, Uribe busca mostrar que, más que una omnipresencia de la guerra en la historia colombiana, lo que ha subsistido es un discurso que justifica el acceso a las armas como acción legítima. Así la guerra se ha erigido “como referente desde el cual se piensa la nación y se organizan las memorias y los relatos de las gentes del común en el país” (Uribe 2001: 10).

proyecto a la práctica hacían falta recursos que el gobierno simplemente no tenía, de modo que muchos de esos ideales se quedaron, al menos por un buen tiempo, solo en el papel. Instituciones básicas para imponer el nuevo régimen, como un ejército centralizado fuerte, no pudieron instaurarse sino hasta el siglo XX. También en 1899, por problemas fiscales, se cerró la Academia Militar que había sido fundada en 1891 y se redujo el pie de fuerza de 9.000 hombres (tope alcanzado en el gobierno de Miguel Antonio Caro de 1892 a 1898) a 4.000 (Atehortúa/Vélez 1994: Capítulo 1).

Pero en particular al analizar el impacto de las políticas a escala local pueden verse de manera más clara los problemas del gobierno regenerador para poner en práctica sus objetivos de fortalecer el Estado, fomentar el centralismo, organizar y fortalecer las finanzas. La principal figura de la Regeneración en el Tolima fue Manuel Casabianca⁴², quien fue gobernador del Tolima de manera intermitente en cuatro ocasiones entre 1886 y 1898 y tuvo influencia directa en quienes temporalmente lo reemplazaron. No obstante, de “caudillo regional” Casabianca tenía poco. No provenía de una familia de tradición del Tolima. Su padre era francés y su madre venezolana y había nacido mientras sus padres viajaban en un barco por las costas del mar Caribe. Se educó en Santander bajo el auspicio de la poderosa familia conservadora Canal. Al lado de ellos, ya desde los años cincuenta, comenzó a tomar armas en contiendas civiles, siendo aún menor de edad. Posteriormente llegó al Tolima acogido por la familia Caicedo, ricos hacendados con propiedades en el centro del estado. Hizo allí fortuna por medio de sociedades comerciales para la explotación de productos agrícolas, como quina o arroz, con los Caicedo y otras familias de poder del Tolima. Pero no era de los hacendados más adinerados del Tolima. Así se describía en una carta que escribió a un amigo en 1882, aunque quizás con cierta intención de conmover:

Yo paso la vida afanosa del agricultor pobre de tierra caliente, y veo con cierto espanto, que la vejez se aproxima, y que pierdo la paciencia de sufrir resignado el infortunio, y que me va faltando la energía en esta cara lucha que el hombre honrado necesita para ganar, sudando, algo que le permita alguna holgura en los últimos días de su vida (citado en Clavijo 2007: 340).

En 1886 su fortuna dio un giro cuando subió al gobierno su partido y fue nombrado gobernador, en tanto gozaba de la confianza de Núñez y también militarmente había contribuido a derrotar al ejército liberal en el Tolima en la guerra del año anterior. No obstante, Casabianca no gozaba de mucho apoyo entre los mismos conservadores. Siendo

⁴² Los datos biográficos que consignamos aquí los hemos tomado de Clavijo 2007 y Gómez Casabianca 1998.

él el principal impulsor del traslado de la capital de Neiva a Ibagué, ello le generó la malquerencia de la gente del sur, también de los conservadores. En el centro y norte no fue tampoco un líder de notoriedad, más bien tuvo que ganarse su autoridad poco a poco, por ejemplo imponiendo en las poblaciones alcaldes que le fueran favorables (alcaldes que eran frecuentemente desautorizados en las localidades) o atrayendo conservadores a Ibagué. También puso particular atención al fomento de algunas de las poblaciones recién fundadas al noroccidente del territorio. Aun con ello, después de varios años como gobernador, todavía a finales de siglo tenía muchas dificultades para imponerse, como se evidencia en el fracaso de su gran proyecto de instaurar el monopolio estatal de la producción de aguardiente, que estudiaremos más adelante. A pesar de sus varios intentos, tuvo que ceder a la presión de los productores, y quizás por ello también renunció al cargo de gobernador en 1898 sin terminar su período. Aunque Casabianca fue un influyente defensor del régimen de la Regeneración, pues fue quien por más tiempo se desempeñó como gobernador del Tolima en ese período (los otros no duraron más de dos años en el cargo), no contó con un gran poder sobre la población, ni apoyo entre estos y en esa medida no fue un buen mediador entre el poder central y los poderes locales.

No obstante, a pesar de la más bien poco exitosa campaña regeneradora en el Tolima, ello no impidió que los “publicistas” hicieran duras críticas contra el gobierno, que se quejaron sobre su grado de represión y hablaran de lo opresivo de la Regeneración. Como lo expusimos en la Introducción, en estos discursos se basa la historiografía de la Nueva Historia y por ello explican toda la vida política del siglo XIX a partir de la oposición partidista. En los diferentes conflictos que analizaremos, incluyendo la guerra de los Mil Días, se verá la falta de autoridad del gobierno, sus dificultades para imponer definitivamente sus políticas y las variadas actitudes que asumió frente a los conflictos, no siempre actuando en favor de los más poderosos. En cuanto a la exclusión de los liberales, se verá también que los problemas cotidianos solo en contadas ocasiones se unen con discusiones partidistas y cuando agentes del Estado intervenían, no favorecían necesariamente a los de su partido sobre los del contrario. De otro lado, se comprobará también que la cuestión del partido no polarizaba a la sociedad en dos, sino que los conflictos iban en múltiples direcciones, aunque en el discurso se tratara de darles una cohesión por medio del enfrentamiento partidista. Pero antes de analizar esos conflictos debemos exponer algunos aspectos generales sobre el Tolima.

2.2. El Tolima en la segunda mitad del siglo XIX

2.2.1. Geografía y economía del Tolima.

El Tolima existía como entidad política desde 1861, pero aun a finales de siglo no constituía una región⁴³, entendiendo “región” en el sentido general de “geographic space, larger than a locality but smaller than a nation-state, with a boundary [...] determined (with regrets for the tautology) by the effective reach of some system whose parts interact more with each other than with outside systems” (Van Young 1992: 3). Como veremos, esta entidad territorial tuvo una duración corta (1861-1905), que no respondió ni a una clara homogeneidad geográfica, ni a una estructura política comandada por unas determinadas élites, ni a unas características culturales específicas, ni a algún tipo de identificación sentimental de sus habitantes con esa entidad. Faltaban vías de comunicación y mercados que interconectarán el territorio, a pesar de que había importantes iniciativas particulares de comercio con el exterior. Incluso, como hemos dicho, gran parte del territorio estaba en proceso de poblamiento a finales del siglo XIX. Por su parte, la sociedad tolimense (tanto grupos populares como también los de más alto nivel económico) estaba constituida por lazos sociales y comerciales débiles, y no tenía representaciones muy fuertes de pertenencia a una nación, tampoco a una región y a veces ni siquiera a una localidad. En la investigación ya mencionada de Hernán Clavijo (1993), este enfatiza en la idea de que para el Tolima no es pertinente hablar de una elite regional sino de “elites locales”, lo que muestra la falta de cohesión regional de los grupos económicamente dominantes. Por su parte, en las zonas de colonización de fronteras, la cohesión social debía ser débil, si la población estaba constantemente cambiando.

Cuando fue creado el Tolima como estado en 1861, sus límites eran: al oriente el estado de Cundinamarca, al norte el estado de Antioquia, al occidente Antioquia y Cauca, y al sur el Cauca (abarcaba al sur el hoy departamento del Huila y al norte el territorio entre los ríos Guarinó y La Miel que hoy pertenece a Caldas) (cf. Mapas 1 y 3). El territorio medía unos 40.000 km² y lo constituía un eje sur-norte marcado por el río Magdalena, y las tierras planas y de montaña aledañas a este, al occidente hasta los picos más altos de la Cordillera Central (hasta de 5.600 m) y al oriente hasta tierras de baja

⁴³ Solo por cuestiones de estilo en algunas ocasiones nos referiremos al Tolima como “región”.

altitud de la Cordillera Oriental. Desde la Colonia la actividad económica se concentró en la zona plana aledaña al Magdalena. Pero también tuvieron un desarrollo incipiente poblaciones a lo largo de los caminos que de Santa Fe conducían al Cauca, principalmente a Popayán y en menor medida a Cartago. Por todo el territorio había grandes hatos ganaderos (ganado vacuno); en zonas de montaña había también algunos distritos mineros. Por ser zona ganadera, había poca población en la Colonia y ya desde finales del siglo XVIII esta era mayoritariamente mestiza, aunque todavía en el XIX había importantes núcleos poblacionales indígenas en zonas del centro y del sur (Martínez/Martínez 1996: 17). En la *Jeografía física y política del Estado del Tolima*, redactada por Felipe Pérez en 1863, este describe así las “razas” que habitaban el recién creado estado: “En el Tolima predomina la raza blanca o española i la resultante de la mezcla de ésta con la indígena. Hai también algunos negros e indios puros, i muchos cruzados. El tipo dominante en la población es el de las tierras cálidas” (Pérez 1863: 53). Indicaba pues el predominio de mestizos y la concentración de la población en las tierras bajas, que era precisamente donde se practicaba la ganadería. El predominio de la explotación ganadera es una importante característica del Tolima para mediados del siglo XIX, que, como veremos, comenzó a cambiar en el último cuarto de siglo. La actividad ganadera, como señala Fabio Zambrano, hacía que la población no tuviera mucha cohesión, sino que fuera “aluvional”, poco sujeta como fuerza de trabajo. Además había muchos dueños de haciendas ausentistas, lo que hacía aun más difícil el control de la población local. “Esto impidió el desarrollo de formas de sociabilidad tradicional a través del establecimiento de lazos de solidaridad tales como el compadrazgo, el padrinaje, el vecinaje, etc., o sea a través de la ampliación de la familia espiritual” (Zambrano 1989: 93).

Dadas sus escasas redes comerciales y la dispersión de su actividad económica y de su población, al menos hasta mediados del siglo XIX el territorio del Tolima puede entenderse como una zona de paso ubicada entre dos importantes centros de poder: Santa Fe y Popayán. Pero para la segunda mitad del siglo XIX la estructura económica y social de la región sufrió profundas transformaciones.

Desde mediados de siglo la parte norte del valle del Magdalena, específicamente el distrito de Ambalema, vivió un acelerado desarrollo económico. Este desarrollo inusitado se debió a un boom del comercio del tabaco en el mercado internacional por estos años.⁴⁴

⁴⁴ El boom del tabaco de mediados de siglo y los trastornadores efectos que tuvo en las regiones en que se explotó, fueron muy estudiados por historiadores y economistas de los años setenta. Cf. por ejemplo Sierra 1971: 87-163; Bejarano/Pulido 1982: 123-177.

Esta zona ofrecía muy buenas ventajas para la producción y comercialización del tabaco. Así el negocio propició el desarrollo de plantaciones y fábricas, y alrededor de estas creció también la producción agrícola para proveer al gran número de personas que llegaron a trabajar a la zona (Sierra 1971: 138-163). Las cifras muestran el notable aumento en la población de Ambalema por esos años: en 1843 se calculaban 6.134 habitantes en el distrito, número que aumentó a 9.731 en 1851, disminuyendo un poco hacia 1865 (8.691 habitantes). Para 1870 el número había descendido al nivel de 1843 (6.039 habitantes) (Sierra 1971: 140). Este aumento poblacional era también evidente para los contemporáneos. Felipe Pérez se refería con entusiasmo a los cambios generados por el tabaco en la zona: “A su privilegiada comarca concurren de todas partes gran número de trabajadores atraídos por lo elevado del jornal, i no menor de traficantes en víveres para el consumo, pues la siembra del tabaco es allí la preferente ocupación de todos” (Pérez 1863: 58).

Tales cambios generaron un gran desarrollo del comercio y la agricultura de la zona norte, impulsado también por la introducción de la navegación a vapor por el río Magdalena, que patrocinaron las empresas tabacaleras. A partir de la década del 50, comenzaron a viajar regularmente barcos desde la Costa Atlántica hasta Honda (Fischer 1997: 285-302). La estructura de las notabilidades locales se vio, por las mismas razones, igualmente trasformada: los hacendados tradicionales perdieron poder, mientras que recién llegados comenzaron a liderar la producción agrícola, el comercio y aun las administraciones locales. Empezó así a conformarse una nueva notabilidad regional con comerciantes que por estos años vieron aumentar sus fortunas y por esa vía ascendieron socialmente (Clavijo 1993a: 26-38; Rivas 1899).

Sin embargo, el boom del tabaco fue temporal. En la década del 70, otros países empezaron a producirlo y los precios en el comercio internacional bajaron. Para finales de siglo, Ambalema ya había perdido toda su importancia. No obstante, una cierta prosperidad económica se mantuvo en el norte. Muchos de los que habían invertido en tabaco, nacionales y extranjeros, permanecieron en la zona como hacendados y siguieron desarrollando la agricultura de tipo más empresarial. Todavía a finales de siglo, varios de ellos tenían casas de comercio, principalmente en Honda, también puerto sobre el Magdalena, un poco más al norte de Ambalema. Algunos también estaban invirtiendo de nuevo en la explotación de las minas de la zona.

En la segunda mitad del siglo XIX, la vertiente de la Cordillera Central al norte del estado experimentó también un importante desarrollo económico, al comenzar un proceso

de colonización de esta frontera, hasta entonces escasamente poblada. Entre mediados y finales del siglo se fundaron seis municipios nuevos: Líbano, Casabianca, Santa Isabel, Soledad, Fresno y Villahermosa. En el censo de 1912 se observa que Líbano, creado en 1866, se había constituido en el tercer municipio más habitado del Tolima (Ibagué registraba 24.693 habitantes, Espinal 16.274 y Líbano 16.186) (Censo General 1912: 48).⁴⁵

El poblamiento de esta zona fue parte del proceso de poblamiento de una vasta región, que abarcó también el sur de Antioquia y el norte del Cauca, denominado “la colonización antioqueña”. En efecto, las corrientes de pobladores más numerosas eran originarias del estado de Antioquia. Además, las relaciones comerciales y culturales que se generaron a partir de la comunicación constante con ese próspero estado dinamizaron mucho la economía de las nuevas poblaciones. No obstante, los antioqueños no fueron los únicos protagonistas de este proceso, como lo han mostrado ya numerosos trabajos (cf. por ejemplo Almario 1994; Londoño 2002; Appelbaum 2003, Ramírez 2004).⁴⁶ Además de los antioqueños, hubo colonos provenientes de poblaciones del valle del Magdalena como Honda, Lérica o Ambalema. Igualmente hubo grupos que llegaron al valle del Magdalena por la bonanza tabacalera y se asentaron en tierras de la montaña. Más avanzado el siglo, llegaron también pobladores del altiplano cundiboyacense que, acostumbrados a las tierras frías, se establecieron en las tierras más altas de la Cordillera Central (Ramírez 2004: 27-60). Todas estas fundaciones impulsaron el acondicionamiento de tierras para el laboreo, el desarrollo de nuevos mercados, la apertura o mejoramiento de caminos y la explotación de minas, actividades típicas del momento de “apertura de una frontera” (Reboratti 1990). A finales del siglo, estando los colonos mejor asentados, también empezó a sembrarse café, producto que en el siglo XX jalonaría la economía de esta zona. La relativa abundancia de tierras y su acelerado desarrollo económico propiciaron la movilidad social a una escala mayor que en el resto del Tolima. Todo este dinámico proceso de poblamiento del noroccidente del Tolima, unido al gran movimiento comercial del norte del valle del Magdalena por esta misma época, hicieron que el norte se convirtiera en el principal bastión de la economía del estado del Tolima, mientras el resto de la región tuvo un desarrollo menos dinámico o incluso sufrió un deterioro económico. La consolidación económica del norte se hizo evidente y se reforzó en 1886, con el traslado de la capital del

⁴⁵ No se cuenta el municipio de Neiva (21.852 habitantes), que para ese entonces ya pertenecía al recién creado departamento del Huila.

⁴⁶ Jaime Londoño (2002) presenta una aguda crítica a los principales estudios sobre la colonización antioqueña, mostrando que su interpretación se ha basado en el estudio de James Parsons, *The Antioqueño Colonization in Western Colombia*, publicado por primera vez en 1949, y continúan así la tradición de entender este proceso como una empresa netamente antioqueña.

ahora departamento del Tolima de Neiva, en el Sur, a Ibagué, una población más cercana a la zona norte.

Ibagué abarcaba una gran extensión que se extendía hacia el oriente casi hasta el río Magdalena. Eran tierras muy secas en las que predominaban las haciendas ganaderas. Comparadas con las de otros distritos del centro, pero sobre el río Magdalena, como Espinal, Guamo y Saldaña, estas haciendas no eran de gran tamaño y sus propietarios eran de fortunas medianas. Muchos de ellos habían sido arrendatarios de haciendas de la Iglesia y pudieron posesionarse de ellas al ser abolidos los bienes de la Iglesia con las medidas económicas liberales de mediados de siglo. A pesar de que el tamaño de las haciendas disminuyó a lo largo del siglo, las fortunas de los hacendados normalmente crecieron al intensificar la producción por medio de la introducción de pastos artificiales y de técnicas para el mejoramiento de las razas. Estos hacendados, además, empezaron a invertir en la agricultura de exportación: al final del siglo incursionaban en el cultivo de café con éxito (Clavijo 1993a: 38-48, 111-125).

En el valle central del Magdalena predominaban desde la Colonia los grandes latifundios ganaderos, propiedad de unas cuantas familias con fuertes vínculos, o incluso vecindadas, en Bogotá (principalmente los Caicedo-Leiva). A pesar de que en el siglo XIX se privilegiaron otras formas de producción por encima de los grandes latifundios, estos lograron mantenerse. Incluso, con la desintegración de los resguardos indígenas, otra de las medidas económicas liberales de medio siglo, buena parte de las tierras de numerosos resguardos de Coyaima, Natagaima y Ortega pasó a ser integrada a esos latifundios y muchos de sus pobladores se convirtieron en arrendatarios (Clavijo 1993a: 67-73). Pero el poder de los propietarios de esas grandes haciendas fue disminuyendo y estas, por medio de herencias, fueron cambiando paulatinamente de dueños y sufriendo procesos de subdivisión (Clavijo 1993a: 125-139).

En Chaparral, sobre la Cordillera Central, al sur de Ibagué y occidente de los distritos mencionados de predominio indígena, fue más frecuente la propiedad agrícola que la ganadera, ya que las tierras allí eran particularmente fértiles. Los mayores propietarios provenían principalmente de familias del valle del Cauca (al otro lado de la cordillera). En el siglo XIX esas familias consolidaron sus fortunas con las nuevas posibilidades ofrecidas por la orientación de la economía al comercio exterior. Explotaron quina con éxito por un tiempo, pero sobre todo dieron muy buenos resultados los cultivos de café introducidos a finales del siglo. Pobladores de los resguardos desintegrados antes mencionados formaron buena parte de la mano de obra de esas haciendas cafeteras. Pero a pesar de la riqueza de la

zona, esta no gozó nunca de la importancia del valle norte del Magdalena dado su relativo aislamiento geográfico (Clavijo 1993a: 147-150).

Al sur, el territorio que después constituiría el departamento del Huila, continuó siendo también netamente ganadero hasta finales del siglo XIX. La producción de cacao, en cambio, que, al igual que la ganadería, había sido de gran importancia en la Colonia, fue decayendo en el siglo XIX. Del mismo modo, la importancia comercial de la zona, dada su ubicación en el camino de Bogotá a Popayán, disminuyó en el siglo XIX, al perder Popayán el protagonismo político y económico del que había gozado en la Colonia. En cuanto a las bonanzas comerciales de la segunda mitad del siglo XIX, estas afectaron a la zona de distintas maneras. Mientras la bonanza del tabaco los influyó poco, la bonanza de la quina en las décadas del 60 y 70 tuvo repercusiones mucho más fuertes, aunque poco duraderas. En las montañas de la Cordillera Oriental al sur del Tolima había ricos bosques quineros, cuya explotación atrajo grupos de personas provenientes del mismo Tolima, del Cauca y de los Llanos Orientales principalmente. Esto generó la apertura de caminos que comunicaban las selvas donde había árboles de quina, con el río Magdalena. También se generó un rápido crecimiento de las poblaciones por donde pasaban esos caminos y la aparición de nuevos mercados. Además, las autoridades estatales tuvieron que hacer presencia en algunas de estas zonas por petición de las compañías explotadoras que pedían su intervención para dirimir conflictos, en especial entre estas y colonos. El comercio de la quina hizo que el sur tuviera una conexión temporal con el mercado mundial y se desarrollara una débil estructura comercial interna (Martínez/Martínez 1996: 41-47). Así expresaba Felipe Pérez sus observaciones sobre el auge quintero en Neiva: Este distrito

recibió en su riqueza un grande impulso en los últimos años, merced al corte i comercio de quinias en que abundan los bosques que revisten la Cordillera Oriental. Por consecuencia de esa mejora en las fortunas de sus habitantes, se edificaron elegantes i cómodas casas de teja, se amueblaron bien, se vistió la jente con lujo i se despertó un grande interes por la educacion de la juventud. Hoi, [ha] decaido algo el activo movimiento mercantil por la baja de las quinias en Europa (Pérez 1863: 68).

El negocio tuvo nuevos momentos fugaces de prosperidad, pero ya para la década del 80, el producto no pudo seguir compitiendo con la oferta más barata proveniente de Asia (Fischer 1997: 170-171). Sin embargo, las redes generadas con la explotación de quina pasaron a ser utilizadas para la extracción de caucho. Como lo describe la historiadora Jane Rausch en su investigación sobre los Llanos Orientales, las principales compañías comerciales de los llamados “Llanos de San Martín”, Herrera y Uribe y Lorenzana y Montoya, comenzaron a explotar caucho en lugar de quina desde la década del 80. Para

transportar el caucho, una de las vías utilizadas era el camino que atravesaba la cordillera Oriental entre la Uribe (San Martín) y la población de Colombia (sur del Tolima). Con ello, la zona también se vio influida por las ganancias económicas y el nuevo orden traído por las compañías caucheras, y respaldado por agentes estatales y eclesiásticos (Rausch 1999: 234-244). Sin embargo, pronto se consolidaron otras rutas más expeditas para el transporte del caucho, como el río Amazonas, lo que hizo que perdieran importancia las rutas por el sur del Tolima (Martínez/Martínez 1996: 47-51; Fischer 1997: 181). Así, a diferencia de la colonización del norte del Tolima, al sur no se generó una economía fuerte que se hubiera mantenido tras los auges comerciales. Esto podríamos explicarlo porque el norte estaba mejor conectado, tanto con la próspera región de Antioquia como con la parte navegable del Magdalena, mientras que al sur, tras la zona habitada empezaba la selva amazónica. Además, allí no pudo consolidarse nunca la navegación a vapor, pues el lecho del río al sur de Honda no era apto para estos barcos (Martínez/Martínez 1996: 61-64). Neiva, el principal puerto sobre el Magdalena al sur del Tolima, creció y decreció al mismo ritmo de los auges y crisis económicos. Finalmente, como mencionamos antes, después de haber sido la capital del estado del Tolima desde 1877, perdió esta categoría en 1886.

Las zonas que hemos descrito aquí se corresponden medianamente con la división política del estado. Hasta finales del siglo el territorio estuvo dividido en tres provincias⁴⁷: Norte (que iba desde el límite con Antioquia hasta el río Coello, con capital a veces en Ibagué, a veces en Ambalema), Centro (que se extendía hasta el actual límite entre Tolima y Huila, con capital en Guamo) y Sur (que constituye el actual Huila, con capital en Neiva). En la última década la provincia del Sur estuvo dividida por un tiempo en las provincias de Neiva y Sur (con capital Garzón). Así mismo, en esa década se intentó crear al norte una nueva provincia en los pueblos de colonización reciente sobre la cordillera, pero al parecer por discusiones sobre la elección de la cabecera, no se llevó a cabo el proyecto sino hasta 1903.⁴⁸

2.2.2. La formación del estado del Tolima

⁴⁷ Según el Código Político y Municipal de 1888, los departamentos se dividían en provincias, regidas por prefectos que eran elegidos por el gobernador. Las provincias, a su vez, se dividían en distritos municipales o municipios, regidos por alcaldes que eran elegidos por los prefectos. Los municipios debían tener al menos 3.000 habitantes, un caserío y locales adecuados para la Casa Municipal, la cárcel y las escuelas (artículos 170, 172, 181, 182, 189).

⁴⁸ Cf. al respecto *ED* 02.08.1894: 193; *EC* 17.10.1903: 4; Peláez 1898a: 10-11.

El Tolima fue erigido como estado también durante la época de transformación socioeconómica de la segunda mitad del siglo XIX. Desde la Colonia, y durante los primeros años de la República, este territorio estaba constituido por las provincias de Mariquita al norte y Neiva al sur (el río Saldaña constituía el límite entre las dos). A pesar de la tradición de las provincias como unidades con una cierta organización política y económica, “la carencia de recursos fiscales y de una burocracia preparada en esos niveles obligó a la creación de entidades territoriales mayores o macroregiones, que fueron los estados federales” (González 1989b: 50). A comienzos de la década del 50, Mariquita y Neiva, junto con la provincia de Bogotá, fueron unidos para formar el estado de Cundinamarca. En 1861 Tomás Cipriano de Mosquera, quien acababa de tomarse el poder presidencial tras una revolución que emprendió contra el gobierno conservador de turno, desmembró el estado de Cundinamarca y creó con los territorios de Neiva y Mariquita el estado del Tolima. Este acto puede leerse como una maniobra de Mosquera para debilitar el estado de Cundinamarca, constante competencia de su estado natal, Cauca. Pero también pudo haber servido para recompensar el apoyo que las poblaciones del Tolima le habían dado en su levantamiento. El nuevo estado adquiriría así autonomía para gobernarse y menos dependencia de la capital (Cuartas 1991: 109-130).

Pero constituir un estado no fue fácil dadas las dificultades para desarrollar económicamente y unificar políticamente una sociedad tan fragmentada. El general caucano Joaquín María Córdoba, presidente del estado del Tolima en 1876, se mostraba escéptico con el destino del estado. El viajero francés Edouard André, que pasó por Ibagué en esta época, reproduce en forma de diálogo entre él y Córdoba, los pensamientos de este último sobre el Tolima:

Le général, qui avait accepté par dévouement le poste qu’il remplissait [presidente del estado del Tolima], semblait médiocrement enthousiaste de sa mission.

« Nous sommes l’État le plus pauvre de toute la Colombie, me dit-il; vous savez qu’on ne vit pas seulement de la vue des beaux paysages, des hautes montagnes et des vastes savanes.

–Mais vos mines d’or sont célèbres. Celles de Marmato [sic] sont, dit-on, d’une grande richesse.

–Sans doute; mais il n’y a pas de routes pour y arriver, pas de bras pour les exploiter, pas de cultures dans le voisinage pour nourrir les mineurs.

–Que ne construisez-vous de chemins ?

–Là est toute la question. Nous ne pouvons exploiter (*beneficiar*) [sic] nos mines d’or faute de communications, et nous ne pouvons faire de chemins faute d’or. Ajoutez que les

capitiaux étrangers, effrayés par nos discordes civiles, restent prudemment chez eux » (André 1878: 218)

Córdoba centraba su comentario en la explotación de minas, pero el desarrollo de otras industrias para la consolidación de una economía regional fuerte también era difícil, dada la poca conexión entre los poblados tolimenses. Como lo detallamos en el apartado anterior, había escasa población, diseminada por todo el territorio, sin vínculos muy fuertes entre ellos. Al respecto es muy descriptivo el relato del literato y político Medardo Rivas, “Un viaje a Paicol”, que narra un viaje a caballo de Honda a esa población en el camino entre Neiva y Popayán a comienzos de la segunda mitad del siglo XIX. En la narración se observa que entre las poblaciones (en la narración se menciona a Honda, Piedras, Guamo, Saldaña, Natagaima, Neiva) no había muchas veces ni siquiera un camino y los viajeros se alegraban de encontrar de vez en cuando un rancho. Entre esos poblados más grandes el trayecto solía ser de más de un día y las noches debían pasarse normalmente a la intemperie.

Caminamos ó no caminamos por estos llanos desiertos, donde no hay un árbol, ni una planta, ni más que la inmensa llanura, árida y desierta, que se extiende por todas partes, y que por todas partes forma horizonte, sin que el caminar cinco ó seis horas lo haga variar en nada, y cuyo centro parece que ocupa uno siempre. Solo el que se haya embarcado en buque de vela, con calma chicha ó brisa contraria y un capitán borracho, puede tener idea del viaje que en adelante llevamos; perdidos siempre, sin rumbo fijo, mirando á toda horas la situación del sol, caminando en todas direcciones, menos en la que debía ser, llegando á todos los lugares, menos al de nuestro destino, y siempre en apariencia en el mismo punto.⁴⁹

Descripciones similares hizo el mencionado viajero francés Edouard André, quien recorrió el camino al Quindío en los años 70. Sobre el tramo Magdalena-Piedras-Ibagué, por ejemplo, se refería a la desolación, desnudez y “aridez primitiva” del valle del Magdalena (1878: 212-214). El ingeniero de minas, Fortunato Pereira (1919), se refería así al mismo valle: “Pajonal amarillo, en apariencia, calcinado por el sol, se extiende ante la vista en todas direcciones y sobre él resaltan aquí y allí verdes, pequeñas extensiones de bosque que señalan, ya el curso de los ríos, ya los lugares donde brota alguna vertiente de agua.” Es a orillas de estos ríos que se ubican, “diseminadas a distancias considerables”, las poblaciones del Tolima.⁵⁰ Estas poblaciones pueden describirse siguiendo la definición del historiador Renzo Ramírez de ‘aldea’ o ‘caserío’: “concentración de familias de agricultores, donde aún no hay división de trabajos en su seno. Se trata de un núcleo

⁴⁹ Rivas 1883: <http://www.banrepcultural.org/blaavirtual/literatura/obrasrivas/obrasrivas62.htm> .

⁵⁰ Pereira 1919: <http://www.lablaa.org/blaavirtual/modosycostumbres/andcol/anco2b.htm>.

puramente residencial y no tiene funciones urbanas” (Ramírez 2004: 36, n. 27). Los caseríos eran los conglomerados poblacionales que predominaban en el Tolima.

A ellos contraponen Ramírez el ‘pueblo rural’ que “posee un centro social integrado por servicios atendidos por elementos que no viven directamente de la vida agrícola, como funcionarios públicos, maestros, profesionales, sacerdotes, comerciantes, etc.” (Ramírez 2004: 36, n. 27). Estos pueblos eran escasos en Tolima y no había uno que se destacara sobre los demás; por el contrario, varios tenían un nivel similar.⁵¹ Esto se vio reflejado en las múltiples capitales que tuvo el estado: entre 1861 y 1867 fueron capitales Purificación, Neiva y Natagaima; Guamo fue capital entre 1867 y 1876; en ese año pasó a ser capital efímeramente Ibagué, y luego lo fue de nuevo Neiva hasta 1886, cuando Ibagué, no sin opositores, se convirtió definitivamente en la capital del Tolima (aunque veremos que durante la guerra de los Mil Días, uno de los gobernadores trasladó temporalmente la capital de nuevo a Neiva). La falta de un centro puede también explicarse por la debilidad o la situación más o menos pareja de los notables de las distintas localidades. Como dijimos, ninguno de los grupos de notables de las diferentes localidades logró tener claro predominio sobre los demás e imponer un proyecto económico y político para la región entera. Así, se ensayaron varios proyectos políticos, producto de temporales alianzas entre distintos grupos de poder, lo que se expresó en cambios constantes a la constitución: durante el período federal entre 1861 y 1886, se expidieron cinco constituciones. A partir de 1886, en que el conservatismo empezó a regir la política de todo el país, hubo una cierta estabilidad del gobierno en el Tolima, pero ello no implicó la identificación de sus habitantes con el régimen. Las dificultades de este para imponerse, no solo entre los grupos populares, sino también entre los notables, serán estudiadas con detalle en lo que sigue.

2.2.3. Cambios en la configuración social

Los cambios económicos de la segunda mitad del XIX estuvieron acompañados por una transformación social profunda. Durante este período la población del Tolima creció notablemente. Como se constata al comparar los datos de los censos de la segunda mitad del siglo XIX (1851 y 1870) y el primero del XX (1912), en este período la población del Tolima se duplicó (pasando de 208.108 habitantes en 1851 a 230.891 en 1870 y a 440.617

⁵¹ Según el censo de 1871, Ibagué tenía entonces 10.436 habitantes, Guamo 9.193, Purificación 8.737 y Neiva 8.625 (Cuartas 2003: 66). Para el momento de este censo, las dos únicas ciudades con más de 20.000 habitantes eran Bogotá y Medellín y ellas representaban el 2,5% de la población total (Palacios 1995: 17).

en 1912).⁵² En 1870 se registraba la creación de los nuevos municipios de Líbano, Manzanares, Fresno, Santo Domingo, todos con 1000 a 1.500 habitantes (Anuario 1875). Este crecimiento se debió a factores diversos. Enrique Arboleda, en su estadística de 1905, conjeturaba que el crecimiento poblacional del departamento podía explicarse por “Las actuales divisiones de sus antiguas y muy extensas haciendas, la inmigración antioqueña, boyacense, cundinamarquesa y extranjera, como el crecimiento de su riqueza cafetera y mineral” (Arboleda 1905: 11). Además de ello, como lo mencionamos en el apartado 2.2.1., la actividad agrícola había aumentado su productividad por medio de la mejora de pastos para ganado, mejoramiento de razas, introducción de máquinas en los trapiches, uso de abonos y mejores condiciones para comerciar. Los hacendados tendieron a diversificar sus inversiones y a comprar propiedades o invertir en negocios en distintos lugares, en especial al norte, en Honda, en Girardot o incluso en Bogotá. También hubo una tendencia al aumento de sociedades comerciales durante la segunda mitad del siglo XIX, igualmente más al norte que en el centro y sur. Estas sociedades eran de capital diversificado y solían combinar varios negocios, por ejemplo haciendas ganaderas, producción agrícola, comercio exterior, a veces también minería y destilación de aguardiente (Clavijo 1993a: Capítulo 15). Al mismo tiempo, comerciantes y hacendados de Cundinamarca, Antioquia y el Cauca, y muchos extranjeros, llegaron a sacar provecho del auge económico. Pero más que experimentar estos un ascenso social, ascendieron económicamente, pues quienes llegaron a invertir al Tolima tenían generalmente ya negocios en sus lugares de vecindad y gozaban de prestigio en ellos. El crecimiento económico se tradujo entonces en un crecimiento “del tamaño de las élites locales” (Clavijo 1993a: 42), en tanto notables de otras regiones se vincularon a la economía del Tolima, pero no fue frecuente que miembros de grupos populares hubieran ascendido al punto de convertirse en parte de las élites económicas.

Algunos de estos notables tejieron lazos con otros, incluso más allá de sus localidades. Ello se dio por ejemplo por medio de la diversificación de las inversiones en zonas diferentes a las de residencia, lo que llevaba a la consecución de socios en esas zonas. Pero no fueron escasos tampoco los matrimonios para solidificar vínculos en principio económicos (Clavijo 1993a: Capítulo 14). No obstante, a pesar de esas uniones, en general fue difícil para esas élites conformarse en grupos con intereses más o menos homogéneos, formas de acción medianamente cohesionadas y un proyecto político

⁵² La población total de Colombia tuvo en el período la misma tendencia, pasando de 2'105.622 de habitantes en 1851 a 2'707.952 en 1870 y a 5'069.566 en 1912. Datos en Tovar 1995: 28.

regional, a diferencia de lo que sucedió claramente en Antioquia, por ejemplo.⁵³ Observaremos con detalle tales dificultades al mirar los conflictos entre miembros de las élites, en particular por el tema del control a la producción de aguardiente y durante la guerra de los Mil Días.

Los grupos populares se vieron también afectados por las reformas liberales de medio siglo, por las bonanzas y crisis económicas, por la ampliación de los mercados y la conexión con el comercio exterior. Uno de los principales objetivos de las reformas económicas liberales de mediados de siglo fue la consolidación de la propiedad privada. En el Tolima había varios resguardos indígenas (algunos de gran tamaño) y otros predios comuneros no indígenas. Con la idea de crear una sociedad de pequeños propietarios independientes y “racionalizar” el uso de la tierra sin dejar predios improductivos, se impuso como una necesidad la desintegración de globos comuneros. No hay estudios sistemáticos sobre este proceso en el Tolima; sin embargo, de datos recogidos por Hernán Clavijo en documentos notariales, se deduce que cada globo comunero sufrió un proceso distinto. En algunos sus habitantes se convirtieron efectivamente en pequeños propietarios. Pero hubo también muchas tierras que pasaron a manos de hacendados. También esos traslados fueron variados. En algunos casos, los comuneros vendieron sus derechos rápidamente. Pero también hubo procesos más complicados en que los comuneros se resistieron a vender sus predios instaurando litigios que se prolongaron por varios años, incluso hasta las primeras décadas del siglo XX. Para esta época, la confrontación empezó a hacerse por medios violentos (Clavijo 1993a: 56-61, 67-73).⁵⁴

Es importante subrayar que la idea de que la tierra debía volverse propiedad privada no era en absoluto obvia en ningún nivel social y solo por un proceso largo se fue imponiendo. Muestra de ello es que los latifundios no tenían linderos precisos (la

⁵³ Según Peter Waldmann, la cohesión de las élites no es necesariamente una condición ideal, pues puede llevar a la concentración del poder y a dificultades para controlar a esas élites (Waldmann 2007: 21-22). El mismo caso de Antioquia es ilustrativo de ese problema en que las élites lograron aunarse en torno a un proyecto fuerte de región, pero ello implicó la exclusión (aun violenta) de amplios sectores de la sociedad antioqueña que no encajaban en los ideales sociales establecidos por esa élite, por ejemplo los negros y los indígenas. Al respecto hay una amplia bibliografía, pero los recientes trabajos de Nancy Appelbaum (2003) y Mary Roldán (2002) ofrecen análisis muy sólidos.

⁵⁴ Sobre el comienzo del proceso de desintegración de los resguardos del Tolima cf. Durán 1881: LXXX-LXXXIII. Aún en 1899 seguía sin ser desintegrado completamente el resguardo de Natagaima. Cf. AGN, República, Min. Gobierno, Sección 1, t. 28, fs. 542-549. Estas fuentes confirman la advertencia que hacía Marco Palacios (2002) contra estudios que han lanzado conclusiones muy homogeneizadoras sobre el proceso de desintegración de los resguardos indígenas en la segunda mitad del siglo XIX en Colombia. Palacios critica la idea de que “se trató de un proceso súbito y sin transición en donde una mayoría de cultivadores pobres fueron desalojados de sus tierras por gamonales y comerciantes que las adquirieron a vil precio. El defecto de ese argumento es que subestima la resistencia cotidiana, invisible, de las sociedades rurales y se enclava en una visión racionalista, urbana y esencialmente política de la historia” (268-269).

introducción del alambre de púas es de finales del siglo XIX). Fue con el nuevo interés en la productividad de las tierras que surgió la necesidad su delimitación. Esto fue objeto de prolongados conflictos, tanto entre los hacendados como entre estos y grupos que se habían acomodado en sus márgenes y subsistían allí desde hacía años sembrando cultivos de pancoger, o pescando, o eventualmente trabajando de jornaleros en las haciendas que los requerían. También en el proceso de colonización de tierras baldías al noroccidente del Tolima, se observan numerosos casos de personas que se instalaban en algún terreno que encontraban deshabitado y sembraban allí cultivos para su subsistencia. No era su interés hacerse propietarios de las tierras, éstas no tenían valor en sí mismas, sino como medio de producción. De hecho solían venderse las “mejoras” hechas a la tierra, pero no la tierra misma, en tanto esta *no se poseía, no tenía valor*.⁵⁵

Todavía a finales de siglo existían también los ejidos municipales, otra forma de explotación de la tierra que no cabía dentro de la nueva concepción sobre la propiedad. Allí solían cultivar, y aun vivir, personas de diferente nivel económico, que pagaban por su uso un alquiler bajo a las municipalidades. La lógica liberal de sacar provecho económico a actividades que antes solo se realizaban para la subsistencia, se tradujo en leyes, la mayoría de ellas expedidas durante el gobierno liberal, como la de instituir la propiedad individual sobre la tierra, delimitarla claramente y convertir a terratenientes y colonos en propietarios de terrenos con límites establecidos por medio de escritura pública. Abolir formas y concepciones ancestrales del uso de la tierra, como puede suponerse, fue un proceso cargado de conflictos, que serán analizados en el tercer capítulo.

Además de ocasionar cambios en las formas de usufructo de la tierra, el crecimiento de la producción agrícola generó también la necesidad de numerosa mano de obra. El hecho de que la población del Tolima fuera escasa hizo que la consecución de trabajadores fuera un problema mayor para los hacendados. Las quejas a este respecto eran permanentes. Por ejemplo esta de un hacendado del Sur en 1882:

En el Tolima hay hombres pero no hay brazos [...] la falta de brazos nos obliga a buscarlos a cualquier precio, porque la necesidad carece de ley [...] no basta, decimos, aumentarles el salario, ni tratarlos muy bien; ellos se muestran inaccesibles al estímulo, el único de estos medios que algo les atrae es la oferta de un aumento en el salario; pero nuestros peones que no son tan tontos como generalmente se cree, viendo que la demanda de brazos aumenta cada día, se ponen más recalcitrantes y más exigentes; en esta emergencia, mal aconsejados por nuestro propio interés, iremos a casa del vecino a ofrecer a sus trabajadores unos centavos más por día, les ofrecemos plata adelantada a cuenta de trabajo, y sino ellos nos la pedirán, les permitimos llevar a nuestras casas a sus concubinas y a su progenitura y, por

⁵⁵ Según Carlos Reboratti (1990), esta concepción del valor de la tierra es la que prima en zonas de expansión de frontera.

último aceptaremos cuantas condiciones quieran ponernos y estaremos bajo su férula; ellos por su parte saben que no les faltará quiénes les darán más plata adelantada, ni quién les dé colocación a la hora que lleguen, aun cuando no sepan ni quieran, ni puedan hacer nada; tienen el recurso de su atarraya, de su escopeta y de cualquier platanal que encuentren a su paso para no morir de hambre (citado en Martínez/Martínez 1996: 34-35).⁵⁶

Siguiendo este testimonio, los grupos populares pudieron verse también beneficiados con las nuevas formas de producción al recibir mejor retribución por su trabajo. Aun con ello, muchos se resistían a convertirse en arrendatarios, posiblemente porque las obligaciones que adquirirían eran excesivas y, como lo dice el testimonio al final, la gente tenía otras alternativas de subsistencia quizás menos extenuantes. La necesidad de mano de obra hizo que creciera la presión sobre aquellos núcleos de población que mencionamos antes, donde se concentraba gente que usaba la tierra pero no tenía propiedad sobre ella. La clarificación de los linderos de las haciendas con frecuencia se hizo precisamente para que los predios adquirieran el status de propiedad privada y obligar a quienes vivían en ellos a convertirse en arrendatarios (quienes debían pagar el arriendo en forma de trabajo). Como mencionamos, también con la disolución de predios de propiedad comunal se trató de obligar a sus habitantes a volverse arrendatarios, pero la presión no siempre dio resultado. Muchos hacendados suplieron la necesidad de mano de obra trayendo trabajadores de otras regiones. Eventualmente estos jornaleros se establecían en tierras baldías que había en abundancia. Precisamente la posibilidad de estos grupos de moverse a zonas no colonizadas les daba un espacio de acción amplio que les permitía no tenerse que acomodar a condiciones de trabajo muy desfavorables. En general, la zona de baldíos al noroccidente del Tolima dio posibilidades de ascenso social no vistas en otras regiones del Tolima, incluyendo el norte del valle del Magdalena, en tanto muchos de los colonos sin tierra lograron con el tiempo hacerse propietarios. Además su producción agrícola gozó de buenas posibilidades comerciales al estar conectada a los activos mercados del valle del Magdalena y de Antioquia. Se ha escrito mucho sobre el espíritu “democrático” de la “colonización antioqueña”, proceso del que hizo parte la colonización de frontera del noroccidente del Tolima. Igualmente desde ya hace tiempo se viene criticando aquella “leyenda rosa”, como se le ha llamado, al mostrar que la colonización también generó la

⁵⁶ Constantes quejas en este mismo sentido se encuentran también en Rivas 1899. Al final del siglo el problema continuaba. Cf. Clavijo 1993a: 231. José María Samper describió a mediados de siglo formas de vida campesina en el Tolima que sugieren también una gran autonomía económica (Apéndice a *Ensayo sobre las revoluciones políticas y la condición social de las repúblicas colombianas (hispanoamericanas)*). Citado en Jiménez 1996: 161-162.

aparición de grandes latifundios y que la distribución de las tierras no fue tan equitativa.⁵⁷ En el tercer capítulo volveremos sobre ello. Pero es importante anotar que en el noroccidente del Tolima la asignación de los baldíos contribuyó innegablemente al ascenso de personas de nivel social bajo y que la concentración de la tierra fue menor que en otras zonas del Tolima.

También en el norte del Tolima, con el renacimiento de la explotación minera, las minas atraieron población considerable, pero esta solía ser trashumante, porque muchas veces las minas dejaban de producir al poco tiempo. El caso de las minas de Frías en el distrito de Santana, en que llegaron a laborar hasta mil personas, fue excepcional (Clavijo 1993a: 231). También entre los dueños de minas fue común traer contingentes de trabajadores de otras regiones, principalmente antioqueños, que tenían experiencia en minería. Como veremos al ocuparnos de la guerra de los Mil Días, el principal jefe liberal del norte del Tolima durante esa guerra, Ramón Marín (el “Negro Marín”), era un minero antioqueño que trabajaba en Frías.

En cuanto a los artesanos, estos no fueron muy numerosos en el Tolima, exceptuando algunos municipios del sur, cuya economía se basaba en la confección de sombreros de paja. Las nuevas posibilidades abiertas con el crecimiento hacia afuera de la economía no beneficiaron a los sombrereros, antes bien, a finales de siglo tal industria había decaído notablemente (Martínez/Martínez 1996: 52-54).

2.2.4. Adscripciones políticas regionales. Una crítica

El historiador norteamericano James Henderson, quien escribió un citado libro sobre la vida política del Tolima, *Cuando Colombia se desangró* (1984), parte de la idea de que existía desde el siglo XIX una clara división partidista: las continuas guerras civiles entre los partidos Liberal y Conservador, desde su creación, fueron intensificando “la identificación partidista en todos los niveles de la sociedad. Había muy pocos colombianos que albergaban dudas con respecto a dónde estaba su fidelidad política una vez que eran golpeados por la lucha recurrente” (57). Esa identificación estaba condicionada tanto por las vivencias personales o el origen familiar, como también por la región de la que se provenía. Henderson postula que en el Tolima las adscripciones partidistas estaban repartidas así:

⁵⁷ La crítica más contundente es quizás la de Catherine Legrand (1988). En la Introducción, n. 8, cita varios estudios que contribuyeron a crear la idea del carácter democrático de la colonización antioqueña.

Los conservadores predominaban en el sur, y los liberales formaban mayoría en el norte. El corazón del Tolima se extendía hacia el sur a lo largo del llano, desde las grandes haciendas de los Caicedo hasta Neiva y más adelante. [...]

La otra región en la que predominaban los conservadores era el noroccidente de la cordillera del Tolima [...]

El Tolima liberal corría hacia el sur desde Honda, eje del comercio y del transporte, hasta la carretera que conectaba con Bogotá (Henderson 1984: 57-58).

Henderson explica esas divisiones como resultado de la orientación económica de las regiones y de las adscripciones de las élites. El norte sería liberal porque había prosperado notablemente con las medias liberalizadoras de la economía. Además, importantes comerciantes e inversionistas que hicieron grandes fortunas con el tabaco y los negocios subsidiarios eran liberales. En cuanto al noroccidente del Tolima, su inclinación hacia el conservatismo se habría debido a que “Los colonizadores antioqueños poblaron aquellas montañas después de 1850, trayendo consigo sus costumbres regionales y sus predilecciones políticas” (58). En la adscripción conservadora del sur habría sido de particular injerencia la familia Caicedo Leiva, latifundistas, encomenderos y fundadores de varias parroquias en sus predios. Un miembro de esta familia, Domingo Caicedo, fue compañero de Simón Bolívar en las guerras de Independencia y, posteriormente, siguió alineado con él, llegando a ser vicepresidente de la naciente República. Del núcleo de militares en torno a Bolívar nacería años después el Partido Conservador, partido que adoptaron Caicedo y otros hacendados de la zona, “llevando consigo al partido a todos sus familiares y a numerosos adherentes” (57). El hecho de que la economía de la zona no se vio tan beneficiada por las medidas liberales y permaneció como territorio latifundista también habría contribuido a que se mantuviera el conservatismo allí. Sobre las provincias de Neiva y del Sur se ha dicho que eran predominantemente conservadoras por la importancia histórica de la Iglesia allí y el poder que tenían los párrocos para influenciar la preferencia política de la gente humilde.

Estas “adscripciones regionales” en realidad muestran la adscripción predominante de los notables de esas regiones. En cada región, sin embargo, existían también familias de poder que no correspondían a esa adscripción. En la zona plana al norte, por ejemplo, había familias raizales conservadoras, que a final de siglo tenían todavía influencia política y poder económico, como los Viana y los París. Su riqueza se había basado en haciendas ganaderas de tipo tradicional, pero lograron mantener su capital haciendo inversiones en agricultura de tipo más empresarial, tal como se impuso en la segunda mitad del siglo XIX.

En las provincias de Neiva y del Sur había liberales que tuvieron allí una fuerte influencia. Por ejemplo José Hilario López, importante líder liberal caucano y presidente

de Colombia en la década de los 50, tenía posesiones al sur del Tolima. Igualmente Mosquera tenía fuerte apoyo de poblaciones del sur (Cuartas 2003: 46). Más aun, cuatro de los cinco delegados por el Tolima a la Asamblea Constituyente de Rionegro, que expidió la Constitución liberal de 1863 (que rigió en el país durante la época federal) eran oriundos de poblaciones del sur del Tolima (Moreno 1996: 130-131). Es de subrayar también que su principal ciudad, Neiva, fue capital del estado del Tolima en su época liberal, no durante gobiernos conservadores.

Con respecto al conservatismo del sur también debe decirse que este fue un discurso de las élites que se empleó en particular al momento de la creación del departamento del Huila en 1905, a partir de las provincias de Neiva y del Sur. En ese momento se hizo énfasis en la religiosidad y el conservatismo de sus habitantes para tratar de forjar una identidad fuerte en una entidad territorial que carecía hasta entonces de ella. Una figura central en ese proceso de “conservatización” del sur fue el sacerdote Esteban Rojas Tobar, creador de la Diócesis del Tolima en 1894 y la de Garzón en 1900. Rojas Tobar fue un doctrinario sacerdote hijo de una familia (liberal) de gran poder económico de la Provincia del Sur. A pesar de que la Iglesia había tenido durante la Colonia una presencia importante en algunos poblados, como Timaná, para finales del siglo XIX esta ya no era muy fuerte en la zona. Rojas se comprometió activamente con la evangelización de la zona.⁵⁸ Como primer obispo de la nueva Diócesis del Tolima y luego de la de Garzón, hizo refacciones y ampliaciones de las iglesias en varios pueblos, realizó constantes visitas pastorales a estos, ejerciendo allí directamente labores sacerdotales, organizó también un sínodo sacerdotal, promovió la creación de colegios dirigidos por religiosos, y creó un seminario mayor y uno menor para formar sacerdotes en el Tolima. Su acción además no se limitó a lo eclesiástico. Atacó constantemente en los púlpitos y en las pastorales las ideas liberales como fuente de error y de pecado. En tiempos de guerra incentivó abiertamente a la población a formarse en los ejércitos conservadores y él mismo llegó a dirigir guerrillas conservadoras (Moreno 1999: 104-129).⁵⁹ La acción de Rojas Tobar fue central en la

⁵⁸ La importancia que ganó la campaña catequizadora de Tobar en el Sur del Tolima corresponde a un momento de recuperación de la Iglesia Católica en Colombia, que empezó en la década de los 70. El papado de Pío IX y el Primer Concilio Vaticano de 1869-1870 condujeron en Colombia a una reforma de la Iglesia, marcada atención a la mejor preparación de los clérigos, recuperación de cultos, nuevas campañas de evangelización y una fuerte ofensiva ideológica contra el liberalismo. Cf. Abel 1987: 25-30.

⁵⁹ El periódico liberal *El Salto*, de Honda, hacía una fuerte crítica a Rojas que revela cómo este mezclaba labores eclesiásticas y políticas. En una visita que hizo a Honda y otros municipios del Norte en 1899, dirigió desde el púlpito encendidos discursos contra los liberales. En Mariquita prohibió a los liberales la entrada a la iglesia, mientras que en Honda censuró a los feligreses que leían los periódicos liberales, sentenció que estos no tenían salvación porque la política de ese partido era anticristiana y antirreligiosa y afirmó que en Honda no había un solo hogar que no estuviera corrompido. *El Salto* reclamaba: “¿Con qué

conformación de un discurso que identificaba al sur del Tolima como una región unificada en torno al catolicismo y al conservatismo. Además, supo manipular el malestar que había generado en la zona el traslado de la capital del Tolima de Neiva a Ibagué. Así, Rojas Tobar se convirtió en uno de los principales impulsores de la creación del departamento del Huila y de su identificación con el conservatismo. No obstante, desde su nacimiento como nuevo departamento, surgieron en el Huila variadas pugnas partidistas, no solo entre liberales y conservadores sino también en el seno de esos partidos. Ello evidencia que aquella identidad conservadora de la región del sur no representaba sino un ideal de algunas élites (Salas 1996: 177-184).

De otro lado, también es problemático pensar en los partidismos por regiones, porque se asume que si un hacendado tenía una adscripción política clara, sus trabajadores también la seguían. Esto no era necesariamente así, para muchos de ellos ni siquiera era importante tener alguna preferencia política. Como lo veremos al estudiar los conflictos en que se vieron envueltos miembros de los grupos populares, no es fácil deducir qué partido apoyaban, el tema de la adscripción no era normalmente la base de esos conflictos y cuando se recurría para su resolución a personas de poder, o a agentes del gobierno, no era de importancia cuál fuera su partido político.

Estas reflexiones acerca de la adscripción partidista regional nos permiten ahora observar diferentes conflictos que vivió el Tolima a finales del siglo XIX sin partir de esa premisa de base. Las adscripciones políticas no se establecieron desde que aparecieron los idearios de los partidos a mediados del siglo XIX, las regiones no se alinearon con un partido y si bien pueden encontrarse tendencias, estas también cambiaron con el tiempo. Aun a finales de siglo esas alineaciones seguían alterándose y, como lo veremos al analizar la guerra de los Mil Días en el capítulo cuarto, la movilización para ésta no obedeció, por lo general, a una fidelidad al partido que existiera de antemano y que se hubiera forjado en años de polarización.

derecho insulta a nuestras madres, a nuestras esposas, a nuestras hijas? ¿Qué derecho tiene este Obispo para irrespetar de esta manera a nuestra sociedad, para anatematizar con lenguaje tan indecente a nuestros hogares?” Denunciaban además que Rojas había sido “hecho Obispo por virtud de intrigas políticas quizá”, que era “más político y militar que digno representante de la Curia” y que usaba “el vocabulario agresivo de la secta política a que pertenece” (ES 01.05.1899: 3).

3. CONFLICTOS EN TOLIMA DURANTE LA REGENERACIÓN

A continuación estudiaremos diferentes conflictos que se generaron en el Tolima a finales del siglo XIX por los cambios políticos y económicos que se estaban dando a nivel nacional y departamental, como lo expusimos en el capítulo anterior. Esos conflictos fueron casos excepcionales de interacción social que, en tanto fueron excepcionales, quedaron consignados en las fuentes. Modos de interacción social menos dramáticos, que pueden representar la generalidad, no aparecen necesariamente en los documentos y por eso se les da menos importancia. Pero centraremos nuestro análisis en esos conflictos pues existe más documentación sobre ellos y por eso se convierten en medios interesantes para observar el desarrollo de los juegos de poder que se daban entre los actores objeto de este estudio, tanto las formas de imposición de los más fuertes, como las maneras de los de menos poder de esquivar o resistir a esos intentos de dominio.

Detallaremos en esta parte cómo se manifestaron en la escala local las transformaciones que describimos en el capítulo anterior, qué cambios trajeron a la vida cotidiana y qué conflictos generaron entre los actores, para ver cómo negociaban en el día a día su desigual acceso al poder. Esto es lo que hemos llamado en la Introducción “acciones políticas” en un sentido amplio. En los conflictos buscaremos qué tipo de peticiones se hacían, a quiénes se señalaba como los contendores, y si acaso revelaban la existencia de una identidad de intereses de grupo que se conservara en el largo plazo. Además trataremos de reconocer quiénes lideraron las peticiones, si aparecieron en diferentes momentos los mismos líderes y eventualmente si estos se convirtieron en jefes militares en la guerra de los Mil Días.

Nos interesa enfatizar en las variadas formas en que se desarrollaron esos conflictos y en que actuaron sus protagonistas, lo que mostrará la dificultad de explicarlos a partir de estructuras causales establecidas *a priori* como enfrentamiento partidista, ricos contra pobres, fuertes contra débiles, Estado aliado con gamonales locales contra los más pobres. Veremos en el análisis que, al contrario de lo que ha afirmado la historiografía colombiana sobre el período, actores de poco poder tuvieron un espacio relativamente amplio de acción para reaccionar frente a los cambios que les eran desfavorables.

3.1. Conflictos en torno a la tierra

En un momento de apertura de frontera, los conflictos por la tierra fueron abundantes. Por ello el Fondo Baldíos del Archivo General de la Nación ofrece un repertorio documental de gran riqueza. Allí se recogen quejas concernientes a la repartición de tierras baldías, que se llevó a cabo de manera acelerada desde mediados del siglo XIX. Las quejas se empezaron a recopilar en 1880, cuando nació una sección en la Secretaría de Hacienda encargada de la asignación de los baldíos. Los documentos tratan de problemas que por su particular complejidad, o también por el poder de los contrincantes de continuar la queja a escala mayor, no fueron resueltos por las autoridades locales y llegaron hasta las nacionales. A escala regional no pudimos encontrar los archivos pertinentes (por ejemplo el de la gobernación o los de las prefecturas). A escala local nos fueron de mucha utilidad documentos encontrados en el archivo de Ibagué. En ellos aparecen formas de acción que, pensamos, pueden trasponerse a otros municipios de la región que vivían procesos parecidos.

Nuestro análisis se basa en conflictos que sobrepasaron la escala local, pero a través de algunos de ellos observaremos que eran muchos más los conflictos que permanecían en la escala interpersonal o local y se solucionaban o se diluían allí sin trascender más. Los conflictos que dejaron más documentos fueron justamente aquellos casos especiales en que las autoridades locales tuvieron que intervenir e incluso en los que tuvo que recurrirse a la autoridad nacional. Se trata en estos casos generalmente de peticiones grupales, a veces levantadas por medio de un representante. Pero ello no nos debe dar a pensar que los conflictos por tierras se desarrollaban normalmente así. Lo que veremos es que en el Tolima a finales del siglo XIX muchos de los conflictos se seguían discutiendo en el ámbito interpersonal. Si bien se hicieron memoriales grupales y hubo intentos conjuntos de solución de los conflictos, las quejas no tenían en cuenta la situación de comunidades cercanas o lejanas, ni las acciones se coordinaban con grupos más allá de los vecinos (ello concuerda con las descripciones que ofrecimos en el capítulo anterior que mostraban la poca cohesión de los pobladores del Tolima). Tampoco se ve que esos grupos hubieran negociado con los líderes de uno u otro partido o que hubieran sido representados por personas que hubieran hecho una carrera notoria como líderes, por ejemplo que en la guerra de los Mil Días hubieran aparecido también como jefes de grupos armados.

3.1.1. La propiedad de la tierra

Los estudios sociales que imperaron en los años 60 y 70 y aun en los 80, basados en la ideología marxista, solían mirar los conflictos por la tierra básicamente como conflictos entre terratenientes y pequeños propietarios. El antropólogo William Roseberry, haciendo un recuento de trabajos académicos sobre sociedades rurales que marcaron esas décadas, muestra que una de sus preocupaciones principales era reconstruir las formas de tenencia y distribución de la tierra, la proporción de latifundios con respecto a los minifundios, y los modos de control de los hacendados sobre la mano de obra campesina. En estos criterios económicos se basaba la interpretación sobre las formas de interacción de los grupos sociales en el campo, la distribución del poder, el carácter rebelde o no de los campesinos (335-336). A partir de ese tipo de análisis también se hacían diagnósticos sobre la pobreza rural del presente, así como proyecciones para el futuro y retrodicciones hacia el pasado (329). Es innegable que muchos de estos estudios, a pesar de que se basaban en una metodología y aparato conceptual similares, lograron sólidos análisis de las sociedades rurales de diferentes países o regiones. No obstante solían coincidir en la tesis de que los regímenes de tenencia de la tierra en Latinoamérica, que venían normalmente desde la Colonia, habían perpetuado la desigualdad en el acceso a los recursos y una estructura social polarizada entre grandes latifundistas y pequeños cultivadores. De la clase de los latifundistas habrían además salido muchos de los gobernantes, de modo que ellos también habrían propiciado la perpetuación de los regímenes desiguales (326-330).

En este contexto se inscribe también la investigación de Catherine Legrand, *Colonización y protesta campesina en Colombia* (1988), que gira en torno a los conflictos por la apertura de frontera y apropiación de baldíos. Para Legrand, los conflictos rurales del siglo XIX no se presentaron tanto en la competencia por la tierra entre comunidades campesinas asentadas en ellas desde tiempo inmemorial y empresarios agrícolas ávidos de tierra, como en otras regiones de Latinoamérica, sino en mayor grado por la competencia entre campesinos colonizadores y empresarios terratenientes por las tierras inhabitadas de las regiones de frontera (13-14). Según Legrand, esos conflictos generaron en los pequeños colonos ya desde el siglo XIX una conciencia de sus propios intereses como grupo oprimido y formas de organización para resistir contra los abusos de los terratenientes usurpadores.⁶⁰ Así, a pesar de lo amplia y documentada que es su investigación, y de lo

⁶⁰ En el capítulo 4, que se refiere a conflictos entre 1870 y 1920, puede leerse por ejemplo: “los colonos tenían clara conciencia de sus propios intereses, distintos de aquellos de los terratenientes o caciques políticos” (94). “La resistencia de los colonos a las invasiones de grandes empresarios provenía de un profundo sentimiento de injusticia, de la convicción de que los propietarios habían obtenido su fortuna por

matizados que son sus argumentos, Legrand tiende a ver la sociedad de una manera muy polarizada y a tomar partido por los grupos populares. Además, su investigación trata de una manera indiferenciada pleitos en toda Colombia para un período muy amplio.

Al mirar con detalle los conflictos por tierras que se desarrollaron en particular en el Tolima a finales de siglo, encontramos que la oposición colonos - terratenientes no era tan nítida. Como veremos, es en general poco apropiado leer los conflictos por tierras como una oposición permanente entre estos dos grupos. También encontramos que el papel del Estado fue ambiguo y no es posible partir de la premisa de que este actuó generalmente aliado con las élites en contra de los más pobres. En últimas, no se ve que los descontentos que se presentaron con respecto al acceso a la tierra en las zonas rurales hubieran creado un ambiente de protesta generalizada en la que se tuviera a un grupo social o al Estado como el opositor a vencer.

Como explica Legrand, desde la Independencia hasta la década del 1870 la política de distribución de las grandes extensiones de terrenos baldíos contenidos en las fronteras internas de Colombia se orientó a la financiación del débil Estado en formación; así el gobierno emitía bonos redimibles en tierra para pagar préstamos y también para financiar obras públicas como la construcción de ferrocarriles y carreteras. En menor medida, el gobierno también trató de fomentar la colonización de esos terrenos baldíos concediendo tierras y títulos de propiedad para la fundación de poblaciones (Legrand 1988: 33).

Con el desarrollo de la economía exportadora, el gobierno fue transformando su política hacia el fomento de la agricultura más empresarial, orientada a la acumulación y la ganancia económica. Para ello fueron introducidos también importantes cambios en la legislación sobre baldíos: “Las leyes sobre baldíos de los setenta expresan otra ruptura parcial con la legislación colonial; ya no se estimula tanto el poblamiento organizado, nucleado y conforme a jerarquías políticas y administrativas reconocidas inmediatamente por el Estado, sino que, por el contrario, se auspicia la ocupación individual” (Palacios 2002: 276). Así, con las leyes 61 de 1874 y 48 de 1882 se estableció que la propiedad de la tierra se adquiriría por cultivarla. Quienes se establecieran en un territorio con casa y labranza serían considerados como “poseedores de buena fe”. Solo podría quitárseles la posesión si alguien por juicio civil lograba mostrar títulos legales que lo acreditaran como propietario de la tierra por lo menos de diez años de antigüedad. Aun con ello, no se podría despojar a los colonos del terreno hasta que sus mejoras no hubieran sido indemnizadas. Si

medios ilegítimos” (94). “[Los memoriales de los colonos] revelan una conciencia de los intereses opuestos de ricos y pobres” (95).

pasados diez años después de haberse hecho una adjudicación o concesión, las tierras no habían sido usufructuadas, la tierra pasaría de nuevo a manos del Estado para la realización de una nueva adjudicación. La reforma contribuía a consolidar el proyecto liberal de crear una sociedad de pequeños propietarios agrícolas. Así lo expresaba el secretario de Gobierno del Estado del Tolima a su presidente en 1881: “Necesario es legislar acerca de la manera como deben ser distribuidos esos baldíos, entre los pobladores, porque la indivisión en esos terrenos, como en toda comunidad, es un obstáculo para el desarrollo de la riqueza, desarrollo que solo se efectúa, a la sombra de la propiedad particular, bien asegurada i definida” (Durán 1881: XCIII). Esta misma visión la siguieron defendiendo los conservadores cuando subieron al poder en 1886; de hecho, las leyes de tierras permanecieron inmodificadas hasta 1905 (Palacios 2002: 277).⁶¹ Legrand encuentra sorprendente el hecho de que en Colombia se hubiera adoptado una política favorable a los pequeños colonos, puesto que al comparar con la política de baldíos de otros países de América Latina, como Chile y Brasil, aparece que en ellos se favoreció claramente a los terratenientes. Ella lee en las leyes no solo un interés por parte del gobierno de incentivar la explotación de las tierras baldías, sino también de estimular la migración y establecimiento de pequeños cultivadores en esas tierras para asegurar mano de obra para la producción de haciendas de agricultura más industrial (31-42). Ambas razones pudieron haber jugado un rol. Pero lo que queremos mostrar es que los intereses del gobierno no fueron los únicos que prevalecieron. Los colonos no se ciñeron sin más a la imagen que de ellos había creado la legislación. Lo que enfatizaremos a continuación es que al poner tales leyes en práctica, los actores las adaptaron a sus intereses y el Estado también tuvo que ajustarse a esas interpretaciones, de modo que su política terminó siendo más bien ambigua, no siempre a favor de los colonos o de los empresarios de tierras.⁶² Las categorías “poseedores de buena fe” y “propietarios”, el propio término de “terreno baldío”, el valor moral que se le daba a la explotación de las tierras por encima de su acumulación, la determinación de los linderos, todos estos eran aspectos que los actores

⁶¹ El “Procedimiento para denunciar terrenos baldíos hasta obtener el respectivo título de propiedad”, publicado c. 1897 compila, además de las leyes del 74 y el 82, también circulares enviadas por los funcionarios nacionales a los locales (gobernadores, alcaldes, procuradores, agentes fiscales locales) durante la Regeneración; en ellas se observa que, en muchos casos, dichos funcionarios protegieron a los colonos.

⁶² Esto no se contradice con el hecho evidente de que desde esta época de apropiación de baldíos hubo concentración de la tierra. Según las cifras recopiladas por Hermes Tovar, del total de las 111 adjudicaciones oficiales hechas entre los años 1864 y 1893, 27 adjudicaciones (24%) concentraron más del 70% de la tierra adjudicada (predios de 1.000 hectáreas en adelante), mientras que las otras 84 adjudicaciones (76%) fueron predios de áreas menores a las 1.000 hectáreas (Tovar 1995: Cuadro 19). A pesar de lo dicentes de estas cifras, lo que queremos enfatizar aquí son las respuestas de los pequeños colonos frente a esa desigualdad, sin hacer de ellos víctimas pasivas de los terratenientes.

continuamente interpretaban a su modo, según su conveniencia, generándose por ello frecuentes conflictos con la univocidad pretendida por las leyes.

Miremos uno de esos conflictos. En él se enfrentaron los actores “típicos”: pequeños cultivadores contra latifundistas. No obstante, la manera como se desarrolló el conflicto deja observar formas de acción variadas e imprevisibles, no simplemente un ejemplo más del enfrentamiento entre estos dos grupos. El pleito tuvo lugar en el territorio llamado Palocabildo, en límites entre Santana y Fresno (en la actualidad constituye un municipio aparte).⁶³ En 1872 le fueron concedidas allí aproximadamente 3.000 hectáreas de tierras a Anselmo Pineda por recompensa a sus servicios, en tanto había sido un militar de importancia en las guerras de Independencia y de influencia política en la primera mitad del siglo.⁶⁴ Posiblemente él mismo pidió las tierras allí porque conocía la zona, ya que había sido de los fundadores de Fresno en 1858. La concesión, sin embargo, no quedó muy clara en tanto en 1874 algunos cultivadores protestaron contra ella aduciendo que vivían y trabajaban allí hacía más de treinta años. El alcalde les otorgó posesión a título de cultivadores. Según la versión de los Pineda, a esos cultivadores les asignaron 300 hectáreas del terreno, sin embargo, los linderos que aprobó el alcalde demarcaban un área de 3.000 hectáreas, es decir, toda la concesión de la familia Pineda. En 1885, cuando Pedro Pineda, hijo de Anselmo Pineda, quien ya había muerto, empezó a hacer gestiones para recuperar el terreno, este estaba poblado por colonos que se rehusaron a abandonar sus posesiones, a pesar de que el gobierno expidió ese año una resolución a favor de los Pineda restituyendo parcialmente los terrenos concedidos en 1872. Al parecer, la resolución no tuvo muchos resultados porque en 1887 Pedro Pineda volvía a levantar su reclamo al Ministerio de Hacienda, diciendo que los “usurpadores” de los terrenos de su padre se resistían a desalojarlo, pasando por encima de las órdenes del alcalde y de la resolución de 1885. Pedía que el gobierno hiciera respetar sus leyes autorizando medidas coercitivas. El Ministerio escribió en efecto una resolución al gobierno departamental para que las autoridades departamentales hicieran cumplir la resolución a favor de Pineda. Pero esta

⁶³ Los memoriales escritos por los colonos se encuentran en Baldíos, t. 7, fs. 216-236; t. 11, fs. 184-187v, 188-193, 194-199v, 200-204v, 245-264. La contraparte, Pedro Pineda, escribe también un memorial: t. 8, fs. 95-96v.

⁶⁴ Había una diferencia entre concesión y adjudicación. Una concesión de tierras se realizaba a tenedores de bonos de tierras (obtenidos por pagos de deudas, o bien por indemnizaciones de guerras, como en el caso de Pineda) que pedían la propiedad de algún terreno, para lo cual debían costear los gastos de agrimensura y demarcación del terreno. La adjudicación se refería a los casos de colonos que cumplieron las condiciones de establecer casa y labranza en un territorio por un tiempo prolongado y se sometieron a los demás trámites administrativos para obtener la propiedad del terreno (Palacios 2002: 273).

tampoco tuvo gran efecto: en 1890 los habitantes de Palocabildo seguían resistiéndose al desalojo.

A pesar del presunto poder que podía ejercer sobre ellos la familia Pineda y de la eventual influencia que podía tener esta en algunos círculos del gobierno, los colonos pudieron defender sus posesiones, al menos por un tiempo (después de 1890 no hay más documentos sobre este pleito en el Fondo Baldíos, porque el Ministerio de Hacienda se desentendió de él y recomendó que se encargara de él el gobierno departamental o el poder judicial). Para ello se valieron de múltiples estrategias. Levantaron memoriales al Ministerio de Hacienda, a la gobernación y a la alcaldía, no solo de Santana, sino también de Villahermosa y Fresno. En los primeros intentos de desalojo en 1885 mostraron sus títulos de posesión otorgados en 1874. Como los linderos de esa adjudicación no eran claros, el gobierno les exigió levantar un plano del terreno, a lo que los colonos respondieron que eran pobres y no tenían los medios para ello, y que por los mismo se les había dado la gracia de no hacer plano cuando les asignaron las tierras (t. 11, f. 185).

Pero aun los colonos que no tenían títulos, porque habían llegado después a la zona, también trataban de defenderse del desalojo. Algunos aceptaban que los terrenos eran propiedad de los Pineda, pero pedían que estos debían al menos pagar indemnizaciones por las mejoras hechas por los cultivadores antes de expropiarlos. Otros aducían que los Pineda habían perdido sus derechos sobre las tierras: “No habiéndose cultivado, sino abandonado, el terreno adjudicado al coronel Pineda, continuaron ingresando cultivadores de Antioquia y de los distritos de Villahermosa, Fresno y Guayabal” (t. 11, f. 188v). Pedían la anulación de la concesión de los Pineda basándose en la mencionada ley 48 de 1882, que declaraba que los terrenos adjudicados o concedidos que se dejaran de cultivar por diez años volvían a ser propiedad de la Nación. Otros, en cambio, aseguraban que la concesión hecha a los Pineda abarcaba mucho más que las 3.000 hectáreas que les habían asignado. En un memorial de 1889 (t. 11, fs. 194-199v) se adjuntaron testimonios de varios colonos, quienes decían que Pedro Pineda les había amenazado con malos tratos, “a reajo y a bayoneta”, para obligarlos a pagar multas, a firmar contratos de arrendamientos muy altos o a comprometerse a trabajar para él. Muy posiblemente también por iniciativa de habitantes de Palocabildo, vecinos de Santana escribieron otro memorial diciendo que Palocabildo era un importante proveedor de productos agrícolas para el municipio y que desalojando a sus agricultores se generaría una escasez de víveres allí (t. 11, fs. 200-203).

El tono de los memoriales también habla de la manera como los colonos buscaban la protección del gobierno. Insistían en que eran ignorantes y que carecían de los

conocimientos jurídicos para defenderse. Ante todo, recalcaban en su espíritu trabajador: “nos era grato humedecer con el sudor de nuestra frente aquellas tierras derribando agrestes montañas y bosques para convertirlas en praderas, cafetales, cañas dulces, etc, etc; nos sujetamos a muchas privaciones y después de muchos años de rudo trabajo habíamos logrado cambiar la esterilidad del terreno en fértiles surcos”.⁶⁵ También enfatizaban en su actitud pacífica con respecto a la delimitación de sus tierras: “a pesar de no haber hecho una demarcación científica de nuestros lotes, vivíamos en paz trabajando honradamente” (t. 11, f. 189v).

La impresión que deja este conflicto, al menos para el período para el que contamos con documentos sobre él, es que si bien los Pineda tenían los recursos económicos para pagar autoridades que se pusieran a su favor y para contratar agentes que sembraran el miedo por medio de amenazas, no lograron imponerse sobre los pequeños cultivadores. Estos también tenían su espacio de acción, recurrieron a las autoridades y usaron diferentes estrategias de manera creativa para no dejarse expulsar.

El Estado, por su parte, actuó de maneras variadas. El Ministerio de Hacienda trató de dar algo de razón a ambas partes y en efecto oyó los reclamos de los primeros colonos y reformó la concesión inicial a Pineda, aunque para los colonos que llegaron posteriormente la situación quedó sin resolver. Pero según se deja ver en los memoriales, no se acusaba al gobierno central de no defender sus intereses, sino que el enemigo era claramente la familia Pineda. Tampoco las autoridades locales actuaron en contra de los campesinos. Por el contrario, Pineda se quejaba de su poca severidad para hacer respetar la ley. Así, los grupos de más poder carecían de un dominio pleno sobre los de menos poder, por el contrario imponerse resultaba un proceso complicado y no siempre exitoso.

Ahora bien, ¿sería posible ver a los habitantes de Palocabildo como una población cohesionada por sus intereses? La manera como se desarrolló el pleito no nos permite concluir que estos constituyeran una comunidad y estuvieran unidos bajo unas mismas quejas. Cada memorial fue producido por un grupo distinto, por lo mismo, también los argumentos y las peticiones eran distintos. Había unos colonos que tenían títulos de posesión; otros alegaban que a pesar de no tenerlos, tenían derecho a la tierra, en tanto estaban poniéndola a producir, mientras que los Pineda solo la acaparaban; otros eran arrendatarios. Quienes tenían títulos de posesión desde 1874 solo pedían volver a demarcar

⁶⁵ Este argumento de que los esfuerzos realizados en el trabajo de la tierra deberían dar posesión de ella se usaba frecuentemente en los conflictos de tierras. Es de subrayar que también Pedro Pineda recurre a él: “mi padre a costa de inmensos sacrificios con el sudor de su frente adquirió [las tierras de Palocabildo] para su numerosa familia” (t. 8, f. 95).

las tierras. En este sentido se oponían a la petición de los que ocupaban las tierras desde hacía menos tiempo, que proponían que se anulara la concesión hecha a los Pineda en tanto habían acaparado las tierras sin explotarlas. Otros, en cambio, estaban de acuerdo con irse pero si les indemnizaban las mejoras. Esto era injusto para los que tenían título de posesión. Otros se habían decidido (aunque al parecer coaccionados) por pagar arrendamiento a los Pineda, y solo requerían que el precio a pagar se redujera, pero no apoyaban a aquellos que se negaban completamente a pagar arriendo.

Se necesita forzar demasiado lo que dicen las fuentes e ir muy lejos en la interpretación, para leer en estas peticiones “proyectos de nación” desde abajo. Estos pobladores habían llegado recientemente a la región en diferentes momentos y de diferentes partes, como lo asegura uno de los memoriales citados (llegaron “cultivadores de Antioquia y de los distritos de Villahermosa, Fresno y Guayabal”, t. 11, f. 188v). La variedad de los apellidos de quienes apoyaron los memoriales también es muestra de la variedad de su origen. Así, que estos constituyeran una comunidad que hubiera aunado intereses para proponer un orden distinto al que trataba de imponer el Estado no es muy probable. Parece más plausible pensar que los memoriales se usaron para defender intereses más inmediatos que un tipo de sociedad ideal. Quienes firmaron los memoriales debían defender sus pertenencias, sus cultivos, su casa y sus garantías de subsistencia, más que una sociedad libre de terratenientes, poblada de pequeños cultivadores. Puede incluso creerse que un mismo individuo podía al mismo tiempo apoyar un memorial contra Pineda, pero también tratar de negociar con él una indemnización o un mejor contrato de arrendamiento.

La manera como se desarrolló otro pleito por tierras, también ocurrido en Santana, contradice nuevamente un supuesto espíritu comunitario de los colonos.⁶⁶ En este caso el conflicto fue entre agricultores y Estado nacional, dos actores que también se han entendido tradicionalmente como contendores. Veremos sin embargo que el conflicto fue en distintas direcciones. El Estado poseía un territorio minero en Santana, que componían las minas “La Manta” y “Santana” y los globos de tierras aledaños llamados “Alto de la Cruz” y “San Antonio”. Las minas habían sido explotadas por unos años por ingleses, pero estos las abandonaron en 1874 y las minas regresaron a la nación. Al tener estos terrenos la categoría de “tierras nacionales” y no de “baldíos”, no podían ser enajenadas ni asignadas a

⁶⁶ El pleito también se extiende por varios tomos del Fondo Baldíos: t. 10, fs. 1-8, 18-29, 92-93v, 95-101v, 263-266; t. 11, fs. 99-104, 205-209; t. 12, fs. 3-6v, 142-143.

colonos, sino solo arrendadas. Sin embargo, desde el momento en que fueron abandonadas las minas, muchas personas comenzaron a usufructuar las tierras como colonos sin pagar arriendo. Funcionarios locales en algunos casos cobraron arriendos en nombre de la nación, pero apropiándose ellos de los cobros. Aunque hubo denuncias sobre las irregularidades que ocurrían en esos predios y las administraciones de Hacienda nacional y provincial ordenaron en varias ocasiones medidas para organizar el régimen de arrendamiento, estas no se hicieron efectivas (t. 10, fs. 26-29). En 1889, ahora bajo el régimen de la Regeneración, el gobierno trató de nuevo de organizar el arrendamiento de aquellos predios. Para ello se requería desalojar a todos los arrendatarios, avaluar los terrenos, dividirlos y luego ponerlos en venta por medio de remates. Se suponía que en estos remates podrían participar también los colonos. Pero para ese momento ya había más de sesenta familias allí ubicadas que, cuando fueron notificadas de que debían desocupar esos terrenos, se opusieron a esa medida usando diferentes argumentaciones. Algunos decían ignorar que esas tierras tuvieran una categoría especial e insistían en reclamar la asignación de la tierra como cultivadores de buena fe, con base en la legislación sobre baldíos (t. 10, fs. 8, 100v). Otros en cambio se opusieron mostrando que habían firmado contratos de arrendamiento con el funcionario de hacienda local. Aducían que para romper el contrato y hacerlos desalojar debía avisárseles con un año de anticipación. Además se les debía indemnizar por las mejoras de carácter permanente que hubieran hecho a los terrenos, como sembrados de café, cacao, caña o pastos artificiales (t. 10, fs. 92-93v, 95; t. 11, fs. 205-208v). Por otra parte se inculpaba a los funcionarios de hacienda locales por cobrar los arriendos sin llevar libros y sin tener la autorización de funcionarios de rango superior (t. 10, fs. 1-2; t. 11, fs. 243-244v). Más aun, culpaban al funcionario de ese momento, Heliodoro Forero, de amenazar continuamente a los colonos con el desalojo y de cobrar por la madera que estos extraían de los bosques (t. 11, fs. 243-244v). Este último memorial, que contenía inculpaciones directas contra Forero, fue publicado por el gobierno en el Diario Oficial y a partir de las acusaciones hechas allí, Forero fue destituido del cargo. Este se defendió afirmando que los promotores del memorial no eran simples arrendatarios, sino que muchos de ellos se habían apropiado de terrenos y estaban cobrando arriendos por estos, otros de los firmantes nunca habían querido pagar arriendos y otros ni siquiera eran arrendatarios. Según Forero, los memorialistas solo estaban tratando de conmover a las autoridades nacionales para obtener algo de estas antes de ser desalojados (t. 10, fs. 18-24v; 100v-101v).

Es difícil determinar cuáles de estas acusaciones eran ciertas. Pero al menos podemos decir que estos documentos evidencian prácticas que debían ser cotidianas. La población buscaba sacar provecho de situaciones en que la legislación no estaba bien establecida o en que los medios para poner en funcionamiento la legislación eran débiles. Y los representantes locales del Estado actuaban de la misma manera. Así unos usufructuaron tierras del Estado sin pagar por ellas, otros cobraron arriendos en nombre del Estado sin estar habilitados para ello, y los funcionarios exigieron pagos sin reportarlos al fisco. Nos inclinamos a pensar que el Estado no era visto como una entidad represiva, antes bien su debilidad debía de ser evidente. Heliodoro Forero, en el documento que escribió defendiéndose de los cargos hechos por los arrendatarios en su contra, hacía ver cómo el Estado dependía de funcionarios locales como él, aunque no fueran de mucha confianza. Forero advertía al Ministerio de Hacienda que si a él, que vivía en Santana, le era difícil controlar a aquellos arrendatarios, mucho más complicado sería para el que iba a reemplazarlo, ya que este residía en Honda, a donde rara vez iban los vecinos de Santana; y en las visitas del funcionario a Santana les sería fácil a los arrendatarios esconderse (t. 10, fs. 18-19v, 101-101v).

Por esa misma falta de poder del Estado sobre los funcionarios locales, el plan de reorganizar el arrendamiento de las tierras nacionales en Santana se prolongó por varios años sin resultado. Todavía en 1891⁶⁷ no se había realizado el remate de los terrenos y el Ministerio seguía recibiendo evasivas de los funcionarios locales (t. 12, fs. 3-6v). Mientras tanto, lo más seguro es que las tierras siguieran siendo usufructuadas por campesinos, que si bien no recibieron respuesta positiva a sus memoriales, tampoco fueron desalojados con la prontitud y firmeza que el Ministerio de Hacienda hubiera deseado.

En este conflicto, en que en principio parecían enfrentarse pobladores con gobernantes como dos polos de intereses, aparece en cambio un panorama fraccionado: un Estado débil cuyos funcionarios locales más que representarlo, buscaban su propio provecho. Dada esta falta de cohesión, los pobladores podían enfrentarse más efectivamente al orden que se pretendía imponer desde el centro, pero no porque ellos constituyeran frentes fuertes y unidos. De nuevo los memoriales no representaban los intereses del “grupo de los colonos”, sino que fueron escritos por diferentes grupos o individualmente. Además, si damos crédito a las acusaciones del funcionario Heliodoro Forero, quienes lideraron los memoriales no escribían a nombre del interés colectivo, sino

⁶⁷ Después de ese año no hay más documentos sobre este pleito en el Fondo Baldíos.

en su propio interés. El poco poder del Estado al nivel local hacía que sus disposiciones y leyes, que exponían la manera como los gobernantes idealmente pretendían organizar la sociedad, no pudieran aplicarse de esa forma ideal. Pero a ese proyecto de nación no se enfrentaban proyectos alternativos organizados por los grupos populares, sino quejas que representaban preocupaciones puntuales de los pobladores.

En estos conflictos por tierras encontramos varios casos en que se enfrentaban personas que pertenecían al mismo grupo social, por ejemplo agricultores entre sí. Tales conflictos muestran de nuevo la diversidad de intereses que había entre personas de nivel social similar y ponen en duda que su cohesión fuera fácil. Era una práctica común de los campesinos sembrar donde encontraran un espacio libre y luego vender las mejoras y trasladarse a sembrar a otro lugar, sin que en ningún momento hubiera interés por pedir la adjudicación de las tierras. Lo que se sembraba en esas posesiones era normalmente cultivos de pancoger como maíz, frijoles o papas.⁶⁸ Los gobernantes se quejaban de que no se emprendiera en cultivos de más largo plazo como café, caña o pastos artificiales para ganado, pero estos justamente requerían permanecer en el lugar un tiempo largo para que dieran beneficios y tener asegurada la propiedad de las tierras, lo que no era, en principio, el interés de los colonos. Para estos, permanecer como colonos podía resultarles favorable, pues las leyes de tierras de 1874 y 1882, como dijimos, respetaban como *poseedor* de la tierra (aunque no propietario) a quien se estableciera en ella con casa y labranza. Ocupar un terreno, cultivarlo y vender después las mejoras o exigir indemnización si llegaba otro a reclamar propiedad sobre la misma tierra era, pues, una alternativa de subsistencia rentable. Pedir la adjudicación, por el contrario, era un procedimiento complicado y oneroso, que muchos no podían costear. Este consistía en mostrar con testigos que los terrenos pedidos no perjudicaban las posesiones de otros, que habían sido ocupados desde hacía cinco años o más y que tenían mejoras. Un perito pagado por el colono debía

⁶⁸ Carlos Reboratti, analizando diferentes sociedades latinoamericanas que han vivido procesos de colonización de fronteras internas, especialmente en el siglo XX, muestra que esta actitud es generalizada en un momento de apertura de fronteras: los colonos realizan cultivos itinerantes, de tipo anual o semiperenne, como el maíz, la yuca o el frijol. Esta producción se dedica a la subsistencia, y solo en reducida medida a la comercialización. Además se mantiene un sistema de policultivo “en parte para disminuir los riesgos de malas cosechas, y en parte para racionalizar y graduar, en una economía con escasa capacidad de almacenamiento, la producción a lo largo del año. Este cultivo se repite en el mismo terreno durante dos o tres años. A partir de este momento los suelos tropicales, sin aporte energético de ningún tipo y trabajados muy superficialmente, comienzan a perder rendimiento. El colono abandona el predio, busca otro cercano, desbosca y recomienza el ciclo.” Por ello, en ese momento la tenencia de la tierra es precaria (Reboratti 1990). Era justamente ese tipo de prácticas de agricultura y vida itinerante las que atacaba la nueva legislación de baldíos que empezó a implantarse en el último cuarto del siglo en Colombia.

establecer los límites del terreno pedido y levantar un plano. Y solo si nadie se oponía a la adjudicación, después de anunciarla por edicto durante un mes, el terreno era finalmente asignado al colono. Por lo complicado del trámite, los demandantes solían recurrir a abogados, que si bien podían llevar el proceso más fácilmente a buen término, lo hacían aún más caro.⁶⁹

Pero el carácter incierto de la posesión hacía que se generaran frecuentemente pleitos por la tierra entre los colonos. Los conflictos se presentaban generalmente porque dos colonos explotaban terrenos cercanos. Las explotaciones podían estar alejadas entre sí, pero teniendo en cuenta que una cláusula de la ley establecía que eventualmente se podrían recibir hectáreas incultas aledañas a la explotación, se generaban tensiones aun entre colonos que tenían sus parcelas a cierta distancia. Muchos colonos iniciaban precisamente los trámites para pedir la adjudicación solo cuando veían sus tierras amenazadas por otros. Jesús María Parra, por ejemplo, sembró maíz en un terreno que luego Eduardo Ochoa reclamó como ocupado por él y en trámite de adjudicación. Parra reclamaba que él estaba ocupando un terreno colindante al de Ochoa pero no el mismo. Como en la alcaldía de Ibagué le dieron la razón a Ochoa, Parra siguió reclamando, primero al Prefecto y luego al Ministerio de Hacienda (Baldíos, t. 19, fs. 304-314).⁷⁰

Otro conflicto entre colonos en que se adujeron argumentos parecidos se presentó entre Domingo Ramírez y Marcelino Naranjo. Ramírez acusaba a Naranjo de haber ubicado sus sembrados muy cerca de los de él y pedía su expulsión (AHI, cj. 281, fs. 12-29v). Según la versión de Naranjo, este había hecho un pacto de palabra con Ramírez, estableciendo los límites entre la posesión de ambos. El pacto funcionó por varios años, hasta ese momento en que Ramírez intentaba romperlo para pedir la adjudicación de sus terrenos e incluir los de Naranjo. Este conflicto es interesante porque permite observar que podían existir acuerdos entre los particulares para la convivencia pacífica sin que el Estado mediara en absoluto en los pactos. Se observan este tipo de acuerdos también en un pleito entre Daniel Gómez y Jesús Marín. Gómez había denunciado a Marín por estorbarlo en el

⁶⁹ No obstante, a pesar de las muchas formalidades, debe decirse que en el Archivo de Ibagué se encuentran numerosos trámites de asignación de baldíos a pequeños colonos que resultaron exitosos.

⁷⁰ Había un Eduardo Ochoa que era un liberal entusiasta, miembro del comité eleccionario local de su partido y en la guerra de los Mil Días un activo militante (Lista de miembros del comité eleccionario liberal de 1897 en: AGN, ACH, Aquileo Parra, cj. 4, cr. 8, fs. 606-607v. Sobre la militancia de Ochoa en la guerra AHI, cj 321, fs. 599v y ss, y 630v y ss). Por su parte, Jesús María Parra podría ser un hermano de Isidro Parra, importante líder liberal del Líbano. Si así fuera se trataría de un pleito entre dos liberales con cierto poder. Ello es una advertencia para no mirar a quienes se decían “colonos” necesariamente como pobres. Incluso podría pensarse que quienes acudían a la autoridad eran precisamente personas de más capacidad económica, mientras que los más pobres debían solucionar personalmente los conflictos. También constituiría otro caso de miembros de un mismo partido en conflicto.

trabajo de tierras que él cultivaba y de las que Marín también se reclamaba como poseedor. Pero Marín vendió sus mejoras a otra persona y Gómez pudo negociar con el nuevo poseedor. Gómez retiró entonces su denuncia y pidió la cesación del caso (AHI, cj. 308, fs. 707-720v).⁷¹

También del lado de las élites encontramos enfrentamientos que ponen en duda la cohesión entre ellos. Las posibilidades de buenos negocios generaban la competencia constante también en este grupo. Así por ejemplo durante la bonanza de la quina a comienzos de los años 80, la competencia por la tierra en los bosques era menos entre compañías explotadoras y pequeños colonos que de las compañías entre ellas. Antonio Barrios, un poderoso hacendado que invirtió en ese negocio, describía en un memorial las continuas interrupciones que sufría su compañía en los trabajos de obtención de la quina. Barrios denunciaba

colisiones que se han suscitado en donde la Compañía a que pertenezco tiene establecidos sus trabajos, y el grave perjuicio que causan los entorpecimientos de tales hostilidades perturbando en el dominio a tanta costa adquirido [...]. [P]or cada trocha que abre la compañía a que pertenezco, en cada corte que se descubre, y sobre cada tambo que se establece, en una palabra, palmo a palmo, se disput[a], y cada vez por nuevos opositores, la posesión del reducido terreno cuya mensura y valor tengo costeadado (Baldíos, t. 3, f. 28v-29).

Otro memorial muestra lo variados que podían ser los grupos en competencia por obtener ganancias con la explotación de la quina. Jesús Cuervo, influyente inversionista de Ibagué, denunciaba lo siguiente:

Guiados los pobladores de las dos comarcas de Cocora y Anaime por el deseo de hacer por su parte algún esfuerzo para incorporarse también en el negocio de quinas, ensayaron buscarlas en las montañas de sus comarcas con el auxilio de prácticos y recursos pecuniarios que yo les he ido facilitando con la esperanza de hacer a mi turno algún negocio sobre dicho artículo. Hánlas hallado en efecto, y cuando se ocupaban en verificar los trabajos preparatorios, cuales son: construcción de tambos, apertura de trochas, acumulación de víveres, etc; cuando tales trabajos estaban ejecutando, otras partidas regularmente organizadas por individuos que aquí en este lugar tienen el dicho negocio de quinas, han ido a invadir sus puestos elegidos con el deliberado propósito de extraer las quinas por ellos descubiertas.

Y terminaba su denuncia diciendo: “si no se dicta una resolución inmediata, la munificencia del gobierno quedará anulada por la ley del más fuerte y el infeliz labriego

⁷¹ Hermes Tovar describe un conflicto similar entre colonos de Anaime que vieron amenazado su deseo de adquirir terrenos adyacentes a los que estaban cultivando, porque otros colonos estaban sembrando en cercanías. Finalmente las partes llegaron a un acuerdo amistoso. Para Tovar este conflicto ilustra dos hechos: “la confianza en la ley y el espíritu de convivencia que animaba a las partes” (Tovar 1995: 142-143). Nosotros sostenemos una posición distinta: la gente usaba diferentes recursos para defender sus intereses. Apelar a la ley era uno de ellos, pero también se recurría a acciones más directas, que son más difíciles de encontrar en los documentos, en tanto las autoridades no mediaban en ellas. Por su parte, el “espíritu de convivencia” podía aparecer en algunos casos, pero los conflictos fueron también numerosos.

sometido como antes a su miserable condición de asalariado y nada más” (Baldíos, t. 3, fs. 82-82v). Cuervo hablaba en defensa de los pequeños explotadores, pero al mismo tiempo estaba tratando de defender sus propios intereses como empresario, porque él había invertido dinero en la explotación de quina. Y denunciaba la perturbación de los trabajos por parte de pequeños labriegos, pero apoyados por inversionistas que, como él, organizaban grupos de trabajadores para extraer dicha corteza.

Casos como este eran cotidianos en épocas de bonanza de algún negocio. En la de la quina, a los extensos bosques sin explorar llegaban continuamente colonos y empresarios con la intención de buscar fortuna. En esa búsqueda se presentaba un espectro mucho más amplio de conflictos que la mera rivalidad ricos-pobres: no había solo pugnas entre empresarios y colonos, sino que también se observa la oposición colonos contra colonos y empresarios contra empresarios, así como alianzas entre colonos y empresarios. A continuación veremos de nuevo en otro contexto de bonanza económica, la multiplicidad de conflictos que podían presentarse.

3.1.2. Conflictos entre intereses agrícolas y mineros

La “fiebre minera” que se dio en el Tolima desde finales de los 80 generó otro tipo de conflictos y de nuevo un gran número de quejas que llegaron hasta el Ministerio de Hacienda. Incentivar la actividad minera fue un expreso propósito del gobierno regenerador del Tolima (aunque, como vimos, refiriéndonos al general Joaquín María Córdoba, anteriores gobernantes también habían visto en el desarrollo de la minería la mejor manera de impulsar la economía regional). Manuel Casabianca creó una junta de minas y una casa de ensayes y fundición (que finalmente nunca entró en funcionamiento). Contrató además a dos expertos ingleses (Robert B. White y John T. Randolph) para que hicieran informes sobre la calidad de las minas del departamento. Tales informes no resultaron de mucho provecho porque mientras uno hizo apreciaciones exageradas con respecto al porvenir de las minas del Tolima, el otro realizó un informe completamente desilusionador.⁷² Aun con ello, independientemente de lo que dijeran los informes, llegaron al Tolima por esta época numerosos interesados en invertir en este sector y se hicieron muchas denuncias de minas.⁷³

⁷² Pereira 1919: <http://www.lablaa.org/blaavirtual/modosycostumbres/andcol/anco2a.htm>. Cf. también Restrepo 1952: 139-140.

⁷³ Entre 1886 y 1890 fueron denunciadas 400 minas, según datos de Vicente Restrepo (1952: 141).

A partir de 1887 se adoptó para todo el país el Código de Minas de Antioquia.⁷⁴ Algunos artículos de este Código entraban en conflicto con el régimen de tenencia de la tierra adoptado en las leyes de 1874 y 1882. Como vimos, estas leyes establecían que la propiedad de las tierras baldías se adquiriría por cultivo. El colono tenía derecho a pedir que le adjudicaran el terreno que tenía cultivado y una porción de terreno virgen del mismo tamaño de lo cultivado. Por su parte, el Código de Minas de 1887 estableció que a los denunciadores de minas se les podría adjudicar no solo la mina denunciada, sino un terreno adyacente de 500 hectáreas. Además se le daba prioridad sobre los agricultores en el acceso a la madera de los bosques. La superposición de la ley minera y la ley de tierras generó no pocos conflictos. El abogado y político tolimense Aníbal Galindo señalaba la contradicción entre las dos legislaciones (Baldíos, t. 12, fs. 194v-195):

La ley dice al colono: ‘ahí están todas las tierras de dominio público; podéis hacerlas vuestras por el cultivo, cualquiera que sea su extensión; ocupadlas’. La ley dice al minero: ‘ahí están las minas de metales preciosos; denunciadlas para explotarlas, y si se encuentran en tierras de propiedad nacional, yo os concedo además cierta propiedad o derechos en el terreno superficial’.

Tratándose, pues, de derechos de propiedad sobre una misma superficie, fácilmente se comprende que no solo es posible sino probable, que el minero y el colono se encuentren un día en conflicto disputando sus derechos de posesión al mismo territorio.

Para Galindo era evidente que en esos conflictos el gobierno debía dar prioridad a los mineros, porque las minas solo se encontraban en lugares específicos, mientras que las empresas agrícolas podían ubicarse en cualquier lugar:

El minero le diría al colono: ‘mi propiedad está circunscrita a un punto matemático y obligado, y si me retiro, muere mi industria; la de Ud. no tiene límites, y si Ud. se retira, podrá sufrir un perjuicio que debo indemnizarle conforme a la ley; pero detrás de Ud. está el espacio sin límites para reponer sus sementeras’.

Pero por más evidente que pudiera parecer a los abogados este razonamiento, los agricultores perjudicados no encontraban necesariamente justo que un minero recién llegado pudiera desalojarlos de la tierra que ellos habían trabajado por varios años. Así, en la última década del siglo se encuentran varios expedientes que se refieren a sus conflictos.

Las minas de veta (extracción del mineral excavando las montañas) eran negocios que requerían de mucho capital pues había que invertir en infraestructura y las ganancias eran muy inciertas. Eran personas de nivel económico alto las que podían invertir en las minas. Por ello el conflicto entre mineros y agricultores podría entenderse como un

⁷⁴ A diferencia de otras regiones del país, en Antioquia se siguió practicando la minería con asiduidad después del período colonial. El Código y las reformas que se le hicieron pueden consultarse en “Procedimiento para denunciar minas hasta obtener el respectivo título de propiedad” (1897).

conflicto entre ricos y pobres. En tanto eran también las personas de más capital las que conformaban los concejos municipales y ocupaban por lo general los puestos de gobierno, podría creerse que las resoluciones de los conflictos tendían a beneficiar a los mineros; más aun estando el gobierno tan interesado en desarrollar la industria minera. Observaremos sin embargo que los gobernantes no necesariamente favorecieron a las compañías mineras. El gobierno estaba dispuesto a interpretar las contradicciones de la legislación en favor de los agricultores. Además el espectro de los agricultores perjudicados por las minas abarcaba no solo a los pequeños agricultores, sino también a grandes hacendados. Miraremos primero conflictos protagonizados por pequeños agricultores para después estudiar aquellos que se desarrollaron en zonas donde mineros y agricultores tenían gran poder, como fue el caso al norte del Tolima.

Conflictos con pequeños agricultores abundaron cerca a Ibagué, por ser tierras de colonización reciente. Por ejemplo, en el documento que venimos citando, se enfrentaban el agricultor Heliodoro Cataño, que llevaba varios años cultivando un terreno baldío en Anaime, corregimiento de Ibagué, y la compañía minera “La Estrella de Bolívar” (de la cual Aníbal Galindo era abogado), que había llegado hacía poco a realizar trabajos de minería en terrenos aledaños.

Como dijimos, en muchas ocasiones los colonos pedían la adjudicación solo cuando se veían amenazados por otros. Este fue el caso de Heliodoro Cataño, quien al ver las pretensiones de la compañía minera en tierras cercanas a la suya, pidió la adjudicación del terreno para convertirse en propietario, adjudicación que el gobierno local le concedió. En 1890 la compañía minera pedía la revocación de tal adjudicación aduciendo, según el Código de Minas, que sobre esos terrenos tenía prelación la mina sobre el agricultor, a pesar de que este hubiera empezado a explotarlos primero que la compañía (Baldíos, t. 11, fs. 64-71). Las autoridades locales defendieron, sin embargo, la posesión de Cataño. Para ello entorpecieron la diligencia de la compañía minera con complicaciones burocráticas, primero diciendo que ya se habían vencido los plazos para hacer reclamos y luego señalando que el reclamante no había demostrado que era el apoderado de la mina. La gobernación tampoco aceptó el reclamo de los mineros y se mantuvo en defensa de la posesión de Cataño. La siguiente instancia fue el Ministerio de Hacienda. Aun allí, a pesar del aparato teórico de jurisprudencia exhibido por el representante de la compañía minera, se siguió concediendo la razón a Cataño. Fue entonces cuando la compañía minera recurrió a los servicios del experto abogado Aníbal Galindo, quien al siguiente año, 1891, volvió a insistir en la ilegalidad de la adjudicación de tierras hecha a Cataño, aduciendo los

argumentos que ya hemos mencionado. Finalmente el Ministerio le dio la razón y por resolución mandó revocar la adjudicación de Cataño (Baldíos, t. 12, fs. 190-208). Aun con ello el gobernador del Tolima, considerando que la resolución era injusta con el agricultor, se opuso a darle cumplimiento y pidió su revisión, pero el Ministerio mantuvo la resolución (Baldíos, t. 12, fs. 177-179v). De este modo, a pesar de que finalmente primaron los intereses de los más acaudalados, ello había sucedido después de una clara toma de posición de varias instancias gubernamentales a favor del agricultor. La misma compañía había levantado otra queja hasta el Ministerio de Hacienda en enero de 1890 pidiendo exclusividad en el uso de un bosque y en ese caso el ministerio también había respondido, en pro de los colonos y contra el texto de la ley que daba prioridad a los mineros en el uso de los bosques, que la compañía minera no podía hacer esa petición pues la mina no había sido todavía adjudicada y tal adjudicación no se haría si se perjudicaban las posesiones de colonos (Baldíos, t. 11, fs. 60-63).

Los litigios de la compañía minera “La Estrella de Bolívar” muestran un Estado que estaba dispuesto a ceder a las peticiones de los menos favorecidos. Estos, por su parte, utilizaban distintos mecanismos no solo para defenderse de las presiones de los más fuertes, sino incluso para sacar provecho de ellos mientras se pudiera. En este pleito se mencionan varias maneras como el agricultor Cataño intentó defender sus intereses a pesar de la posición desventajosa que tenía con respecto a la poderosa compañía minera. Según la versión de la compañía, Cataño cultivó por mucho tiempo terrenos aledaños a la mina sin quejarse. Solo manifestó descontento contra esta cuando se conoció que la mina estaba dando buenas utilidades. Así, quiso sacar algún provecho de su situación y pidió la adjudicación del terreno que cultivaba. Con ello alcanzó una posición de poder que le permitió hacer exigencias a la compañía minera (Baldíos, t. 12, f. 200v). El arreglo que les propuso incluía el pago de 2.000 pesos y una acción en la compañía minera (t. 11, f. 66). Además, trató de obligar al administrador de la mina para que accediera a sus peticiones amenazándolo con un arma. De otro lado, Cataño hizo a escondidas una siembra de maíz en otro terreno aledaño a la mina para pedir otra adjudicación y ejercer más presión sobre la mina, tratando de obtener ventajas de la ley de tierras que estaba a su favor. Según Aníbal Galindo, prácticas similares a las de Cataño eran frecuentes entre los colonos como una estrategia para pedir adjudicaciones más grandes: “en el deseo de allegar extensas propiedades, se contentan con talar los bosques y sembrar siempre en tierra virgen para abandonarla después al rastrojo” (t. 12, f. 193). Es difícil dar crédito a todas estas acusaciones, hechas por la compañía minera justamente para dar más fuerza a sus

denuncias, pero bien pueden describir estrategias que cotidianamente empleaban los cultivadores para sacar provecho de su situación y oponerse a sus contrarios, así fueran más poderosos. Y tales acciones en efecto podían traerles resultados favorables.

Encontramos también otro caso en que las autoridades favorecieron a los agricultores por encima de un minero. Eduardo Ferroni, dueño de una mina también en Anaime, elevó una queja ante el corregidor en septiembre de 1899 porque había colonos que estaban usufructuando un bosque ubicado en predios de su mina (AHI, cj. 310, fs. 197-199v). El corregidor se puso a favor de los colonos. Además de tratar de complicar la petición de Ferroni, pidiéndole el título de posesión de la mina, el corregidor argumentaba, como en el caso que mencionamos anteriormente, que los colonos llevaban más tiempo que el minero usufructuando ese terreno y por lo tanto tenían prelación (a pesar de que la ley decía otra cosa). Ferroni tuvo que acudir a un abogado de prestigio (Santiago Sánchez Soto, antiguo Secretario de Hacienda del Tolima) y levantar de nuevo la queja ante el alcalde de Ibagué (AHI, cj. 281, fs. 143-144v). No sabemos quién ganó este pleito, pero independientemente de su resultado, lo cierto es que aquí tampoco puede hablarse de una actitud generalizada de parte del gobierno conservador en contra de los colonos y en pro de los mineros, de la que, a su vez, se pueda deducir un descontento de aquellos con el gobierno.

En los dos casos anteriores pudo haber jugado algún rol la adscripción política de los actores. Representantes y accionistas de la compañía minera “La Estrella de Bolívar” como Serapio Espinosa y Aníbal Galindo eran liberales conocidos. Por su parte, sabemos que Eduardo Ferroni al menos colaboró con víveres a guerrillas que se movieron por Anaime durante la guerra de los Mil Días (AHI, cj. 267, fs. 630v-632). Las autoridades conservadoras podrían estarse oponiendo al enriquecimiento o empoderamiento de estos liberales. Pero resulta complicado argumentar en este sentido, puesto que en estos pleitos (y podemos creer que en la mayoría de negocios en todos los niveles) participaron de ambos lados liberales y conservadores: el contendor de la compañía minera, Heliodoro Cataño, estaba asociado con un liberal, Juan Francisco Ariza.⁷⁵ En el pleito de Ferroni, su abogado, Santiago Sánchez Soto, había sido, como dijimos, Secretario de Hacienda del Tolima, siendo gobernador Casabianca. Por ello no es sostenible decir que la base de esos conflictos era partidista.

⁷⁵ Por ser liberal, Ariza fue puesto preso en Ibagué durante la guerra de los Mil Días (AHI, cj. 321, fs. 376-376v).

En el norte del Tolima se presentaron también este tipo de choques entre agricultores y mineros a finales de siglo en tanto la actividad minera allí fue un reglón muy importante de la economía. En el distrito de Santana se encontraban minas de oro y plata que fueron muy productivas desde la Colonia, dándole fama a la provincia de Mariquita, en donde estaban ubicadas. Tras los trastornos ocurridos durante el período de la Independencia, las minas dejaron de explotarse con la misma intensidad de la época colonial y decayeron. Fue solo en las últimas décadas del siglo que se reemprendió su explotación a gran escala. Por ser las montañas de Santana también zona de colonización, se presentaron conflictos por el uso y la propiedad de la tierra.

Uno de los conflictos más prolongados se desarrolló entre una compañía minera de capital inglés y pequeños agricultores en el sitio denominado Sabandija.⁷⁶ En 1882 varios agricultores se quejaron ante las autoridades nacionales porque Guillermo Welton, administrador de la compañía minera, estaba cobrándoles arriendo por habitar tierras que ellos trabajaban en calidad de colonos desde hacía tiempo y que, según Welton, pertenecían a la compañía minera. Welton defendió los intereses de la compañía aduciendo que esos terrenos les habían sido adjudicados en los años setenta, pero que en la guerra de

⁷⁶ Esta denominación no es muy clara y los implicados en el pleito jugaron con esas imprecisiones. En algunos documentos lo llaman Frías y Sabandija, haciendo alusión a dos terrenos diferentes pero colindantes. Pero Frías era además el corregimiento en el que estaban ubicados estos dos terrenos, por lo que a veces hay confusión. El corregimiento mismo de Frías tampoco tenía una pertenencia jurídica clara. Normalmente aparecía como parte de Santana (hoy Falan), pero en algunos pleitos se decía también que estaba en jurisdicción de Guayabal o de Villahermosa. Según la Asamblea Departamental del Tolima, reunida en 1888, una ley emitida en 1877 por un gobierno liberal había segregado de Villahermosa el corregimiento de Frías, poniéndolo bajo jurisdicción de Guayabal. Con ello se había beneficiado a Guayabal, que era favorable al gobierno en ese entonces. La Asamblea de 1888 propuso redefinir los límites, esta vez beneficiando a Villahermosa con el territorio de Frías (Exposición de motivos de un Proyecto de Ordenanza. Citado en Gómez 1961: 65-70). Esta propuesta al parecer no tuvo éxito porque en 1898, por Ordenanza n° 6, Frías fue segregado del municipio de Guayabal pero para agregarlo al de Santana. En la Asamblea de 1904 hubo un nuevo proyecto para agregar el corregimiento al municipio de Casabianca (antes Santo Domingo) (*EC* 30.06.1904: 4). Sobre las implicaciones de los cambios de límites en esta zona hablaremos cuando nos refiramos a los conflictos en el municipio del Líbano. El fenómeno de la imprecisión de los nombres y de los límites era propio de un momento en que el territorio estaba apenas siendo habitado y apropiado y por ello no estaban muy claras las denominaciones. El historiador Hermes Tovar usa un lenguaje poético para describir ese proceso de apropiación del territorio en que “las cosas también comenzaban a existir”: “Estos hombres que iban nominando al mundo, lo enriquecían de palabras que colgaban del horizonte, entre los caminos recién trillados y en los pórticos elementales de las parcelas que denunciaban el sentido de su creación” (Tovar 1995: 9-11; n. 1). Tal lenguaje tiende a idealizar un proceso que fue ante todo conflictivo. Como lo muestran los numerosos pleitos consignados en el Fondo Baldíos y el propio Tovar en el desarrollo de su estudio, en tierras donde la propiedad era incierta, también se podía usar la táctica de nombrar algo que ya tenía un nombre y luego reclamar las tierras como si fueran un predio diferente, o bien alterar linderos señalados de manera imprecisa. Ello fue fuente de conflictos permanentes durante las colonizaciones de finales del siglo XIX. Otro caso en Guayabal: Baldíos, t. 12, fs. 64-71. La ubicación de los ríos La Miel y Jordán como límites entre Antioquia y Tolima también fue objeto de discusión y uso político: Baldíos, t. 7, fs. 27-30. James Sanders analiza con detalle el caso del río Chinchiná, límite entre Antioquia y Cauca (2004: 116-119). Los documentos sobre el pleito que expondremos a continuación están repartidos por varios tomos del Fondo Baldíos: t. 4, fs. 8-8v, 17-23v, 266-271, 285-285v; t. 5, fs. 235-236; t. 7, fs. 172-172v; t. 10, fs. 247-250, 288-299v; t. 12, fs. 156-157v, 230-230v.

1876 se habían perdido los títulos de adjudicación. Al hacer de nuevo el trámite de adjudicación en 1882, el gobierno les otorgó en principio el título, pero fue entonces cuando aparecieron los colonos oponiéndose a la adjudicación y el gobierno decidió anularla. Más aun, el gobierno protegió a los campesinos declarándolos propietarios de las tierras que hasta ese momento ocupaban solo a título de colonos. No obstante, la asignación de las tierras a los colonos no se hizo porque, según se quejaban estos, se les hicieron peticiones exageradas, como la de levantar un expediente “en papel florete estampillado” con las declaraciones de cinco testigos que aseguraran que la tierra pedida por el colono sí la había sembrado él. Denunciaban también otros abusos de las autoridades, en particular que el corregidor de Frías, el alcalde de Guayabal y el agente fiscal de Honda, que eran los que se estaban encargando de la asignación de las tierras, eran empleados de la compañía minera, en tanto recibían sobresueldos de esta (t. 4, fs. 266-271). El gobierno nacional expidió una resolución en que tomaba claro partido por los colonos y criticaba lo hecho por los agentes del gobierno local como procedimientos “torcidos e interesados” (t. 4, fs. 22-24v). Con ello se detuvo el proceso de asignación. En 1884, Guillermo Welton insistió de nuevo en que se hiciera la demarcación de los terrenos a los colonos, porque la compañía también quería pedir una adjudicación en esa zona. Proponía que la compañía pagaría al agrimensor, con lo que el gobierno estuvo de acuerdo (t. 5, fs. 235-236). En 1886 los cultivadores se quejaban de nuevo, denunciando la “camorra” de la compañía minera con el agrimensor y las autoridades locales (t. 7, fs. 172-172v). Con estas nuevas quejas los agricultores lograron en efecto impedir la medición otra vez. En 1890 la compañía minera, ahora con un nuevo administrador, James G. Green, volvió a insistir en la validez de la adjudicación hecha a la compañía minera en 1882, a lo que el ministerio dio respuesta sosteniendo de nuevo que la adjudicación había sido justamente anulada porque irrespetaba derechos de colonos (t. 10, fs. 288-299v). A otro intento de medir las tierras en 1891, los colonos se opusieron acusando de nuevo al agrimensor de actuar a favor de la compañía. Mercedes Martínez de Granados denunciaba que su esposo Braulio Granados, quien había escrito algunos de los memoriales anteriores en defensa de los agricultores, había sido puesto preso el día en que el agrimensor fue a medir los terrenos, “para que no hubiera quién nos representara”. Martínez se quejaba también de que la compañía minera, aliada con autoridades de Frías, Villahermosa y Guayabal, los privaba “del derecho de trabajar en nuestras tierras libremente [...]. No nos permiten que vendamos de ninguna manera en la plaza de Frías ni en nuestra casa carnes, grasas ni licores y se nos decomisan estos objetos y se nos encarcela por ejercer la industria

del comercio” (t. 12, fs. 230-230v). Al recibir este memorial, el Ministerio de Hacienda pidió consejo al gobernador del Tolima. Este a su vez comisionó al prefecto de la provincia del Norte para que investigara los hechos y a partir de ese informe concluyó que si bien eran exageradas las quejas expuestas por Martínez, debía ponérsele atención a los agricultores y defender sus intereses. Para cerrar definitivamente ese asunto, que ya se había prologado por largo tiempo, el gobernador aconsejaba que el Ministerio enviara comisionados realmente competentes pagados por el gobierno para que estudiaran las quejas de los agricultores y de los mineros e hicieran un trabajo serio que satisficiera no solo a la compañía minera, sino también a los colonos (t. 12, fs. 156-157v). De otro lado, el gobierno departamental expidió en 1892 una resolución ordenando castigar a los agentes de la compañía minera por prohibir la venta de ciertos productos en sus predios (aunque la resolución no se refería a las minas de Sabandija, sino a las de Calamonte, también ubicadas en Frías y manejadas por la misma compañía).⁷⁷

Sobre el pleito de los terrenos de Sabandija y la compañía minera no encontramos documentos después de 1892 que nos permitan saber en qué terminó. Sin embargo, la manera como este se había desarrollado hasta ese momento nos lleva a confirmar de nuevo observaciones que ya habíamos hecho. Aquí también se encuentra que los mineros, a pesar de que eran un ente poderoso, veían sus actividades y sus intereses continuamente perjudicados por actores de menos poder, que lograban que sus acciones fueran efectivas. Los mineros podían sobornar funcionarios, podían pagar agentes de control (como una policía privada), tenían contacto con congresistas que podían influir directamente en la creación de leyes, los extranjeros contaban con el respaldo de sus cónsules, quienes también tenían contacto directo con el gobierno de Bogotá.⁷⁸ Por su parte, los cultivadores, según se observa, también tenían modos de reaccionar a esa presión y ejercer poder en contra. Ello se evidencia en el hecho mismo de que el pleito haya durado por tanto tiempo sin poder ser definitivamente resuelto. Las continuas quejas por parte de la compañía minera indican que para ellos no era fácil imponerse y que la acción de los agricultores

⁷⁷ James Green se quejaba ante el cónsul inglés en Bogotá de la resolución. Green defendía la prohibición de la venta de carne y licor, porque esta se llevaba a cabo en los terrenos de la mina, que eran de propiedad privada (PRO 135/186-XC197671, 12.02.1892, 12.04.1892). En lo sucesivo, al citar documentos del Public Record Office cuando hablemos de “cónsul” nos referimos al inglés en Bogotá. En esta época era F.H. Wheeler, en 1894 fue G. F. Birt Jenner, durante la guerra de los Mil Días fue George E. Welby. “Vicecónsul” designará al de Honda, quien durante la guerra fue John Gillies.

⁷⁸ En este pleito, hasta donde informan los documentos, la compañía minera también emprendió acciones por la fuerza como el aprisionamiento de personas y el decomiso de mercancías. Sin embargo no hay quejas de medidas más agresivas como el incendio de casas, la destrucción de sembrados o el asesinato de colonos, acciones que en el siglo XX se volvieron frecuentes.

efectivamente obstruía sus proyectos y eventualmente podía hacer que se cambiaran. Por ejemplo no explotar un terreno específico en que había cultivadores, no monopolizar el uso de un bosque, o renunciar a parte de un territorio del que quisieran apropiarse.

También aquí los cultivadores tenían un espacio de acción en cuanto el gobierno no constituía un ente homogéneo y la jurisdicción a la que pertenecía Sabandija no estaba claramente demarcada. El gobierno, en sus diferentes instancias, tuvo una actitud poco consecuente en el pleito. No puede en absoluto afirmarse que hubiera actuado de manera unilateral e impositiva. Se observa en cambio que los que estaban en la posición más débil, a pesar de que no estuvieran muy organizados, también tenían una voz y una cierta influencia, y sus acciones tuvieron repercusiones efectivas en la forma como actuó el gobierno. Así, si había un alcalde que estaba en contra de los cultivadores, estos acudían al de otra localidad, o al personero, o bien, dirigían sus quejas directamente al gobernador o al Ministerio.

Como mencionamos antes, el trabajo de las minas no solo perjudicaba a pequeños agricultores, sino también a grandes hacendados. En el norte del Tolima encontramos varios casos de conflictos entre esos hacendados. En los distritos sobre el río Magdalena especialmente, Guayabal, Mariquita y Honda, se practicaba la minería de aluvi6n (extracci6n de oro en los cauces de los r6os). Pero su explotaci6n perjudicaba haciendas ganaderas y agr6colas ubicadas en esos distritos por la contaminaci6n de las aguas. Para defender sus propiedades los hacendados se pusieron del lado de los peque1os agricultores, al menos en el discurso. Uno de los agricultores perjudicados por las minas describ6 detalladamente en un art6culo publicado como editorial en el peri6dico *El D6a* de Honda lo que suced6 con los r6os (*ED* 17.09.1894: 205). Seg6n el art6culo, las m6quinas con que se explotaban las minas de aluvi6n (“monitores hidr6ulicos”) pod6an echar a los r6os varias toneladas de tierra y cascajo por hora. Las aguas se volv6an amarillas, se llenaban de arcilla y de material org6nico en descomposici6n. Esto afeaba las propiedades por donde pasaban los r6os, les daba mal olor y, sobre todo, imped6a que las personas y los animales tomaran de esas aguas. Por otro lado, los r6os tend6an a desbordarse y su cauce se cerraba, por lo que perjudicaba tambi6n la navegaci6n por ellos. Se afirmaba incluso que tanto sedimento acabaría por inutilizar tambi6n el río Magdalena.

La editorial no solo mostraba los da1os producidos por las explotaciones mineras en los r6os, sino que pon6a en duda que estas minas contribuyeran realmente al desarrollo del pa6s en el largo plazo. Se sosten6a que el gobierno recib6a algunos impuestos, que eran

bajos, pero lo extraído se iba casi todo fuera del país sin aumentar la riqueza nacional, ya que la mayoría de esas empresas estaban en manos de extranjeros. Tampoco eran una fuente de trabajo estable. Si bien ocupaban a muchas personas en la fase de trabajos preparatorios, estos duraban menos de un año; posteriormente, los peones que efectivamente se necesitaban para explotar las minas eran pocos, porque los monitores hacían todo el trabajo. Las minas además eran netamente destructoras del campo y cuando se agotaban dejaban los campos desiertos: “donde había bosques esperando el impulso fecundador del trabajo, la vista contempla aterrada la roca que sirve de base a las primeras capas de la tierra”. Cerca a las minas de aluvión no se veían campos sembrados, ni pueblos, ni edificios para los mineros, “todo es provisional, todo está construido de manera que mañana cuando el monitor se acerque puedan, sin mayor sacrificio de tiempo y dinero, levantar las tiendas para continuar la tarea destructora”.⁷⁹

Uno de los artículos del Código de Minas obligaba a los mineros a proveer previamente agua suficiente y potable a las poblaciones o propiedades que fueran a perjudicar. Según el Código, las minas que no cumplieran con esta disposición debían pagar multas y los alcaldes de las localidades podrían suspender sus trabajos. El reemplazo de las aguas era para los mineros muy difícil de satisfacer, de modo que eran cotidianas las quejas de vecinos o hacendados y también las discusiones y negociaciones en torno a las suspensiones. Durante la última década del siglo XIX se trató varias veces de eliminar el artículo en cuestión. Los mineros gozaban de una posición influyente, pues solían tener contactos con parlamentarios que defendían su causa en el Congreso. Al estar la mayor parte del negocio de minas en manos de ingleses, el gobierno estaba atento a sus quejas pues era importante mantener buenas relaciones con un sector que atraía inversión extranjera y más en el renglón de la explotación minera, que era uno de los pilares del programa económico de la Regeneración.

No obstante, los agricultores lograron ejercer un contrapoder también. En ello jugó un importante rol el hecho de que se constituyeron temporalmente uniones entre los intereses de los pequeños agricultores y de los pobladores de municipios perjudicados con hacendados grandes. Estos gozaban de poder en el nivel local, también tenían contactos en

⁷⁹ Este comentario sobre el carácter pasajero del desarrollo generado por el trabajo en las minas se ve confirmado por James Green en su defensa a la prohibición de vender carne y licores en la mina Calamonte (cf. nota 77). Para mostrar que las minas eran propiedad privada, no poblados, decía Green: “El número de habitantes de Calamonte depende de las necesidades de la compañía. Cuando necesita pocos jornales baja hasta cincuenta el número de habitantes, y cuando la compañía necesita de bastantes jornales sube el número de habitantes a quinientos o más” (PRO 135/186-XC197671, 12.04.1892). Así, las minas no generaban un desarrollo durable. Si eventualmente se cerraba la mina, lo más seguro era que los trabajos agrícolas también se suspendieran y que la gente tuviera que irse a buscar trabajo a otro lado.

el Congreso y había igualmente extranjeros con importantes inversiones en el sector agrícola. Al menos los ingleses que había al norte del Tolima levantaron sus quejas constantemente al cónsul para que mediara por ellos en Bogotá. En especial John Vaughan, quien tenía haciendas ganaderas en Mariquita y manejaba plantaciones y fábricas de tabaco, y Edward Gledwill, hacendado de Santana, escribieron numerosas comunicaciones al consulado en Bogotá para que este también mediara por los intereses ingleses en el sector agrícola. En respuesta a una de esas peticiones, el cónsul expuso a Gledwill claramente que la posición del consulado estaba del lado de los mineros: “British interest in mines appears to me far more important than those in agricultural undertakings [...]. In this there is no question of justice nor injustice nor of attacking more importance to the rich than to the poor, there is simply the respect for a majority both in members and in value of investments” (PRO 135/207-XC197671, cónsul a Gledwill, 26.11.1894). Gledwill sin embargo le hacía ver que no todos los cónsules habían actuado de la misma manera, sino que habían asumido una posición más neutral, dado que había ingleses en ambos sectores. Más aun, según Gledwill, el cónsul en realidad no estaba apoyando a todos los mineros, sino a los que explotaban minas de aluvión, ya que las de veta se veían igualmente perjudicadas por la contaminación producida por las minas de aluvión (PRO 135/220-XC197671, Gledwill a cónsul, 04.01.1895).

Por su parte Vaughan, además de dirigir sus quejas al consulado en tanto inglés, también buscó ganar poder contra los mineros, aliándose a hacendados locales y a vecinos de poblaciones afectadas (PRO 135/186-XC197671, Vaughan a cónsul, 02.12.1892). Gledwill también se alió a hacendados locales y trató, aunque sin éxito, de llegar a acuerdos directamente con los mineros mediante el pago de indemnizaciones.⁸⁰

El artículo sobre contaminación de las aguas del Código de Minas fue una fuente de conflicto permanente durante toda la última década del siglo XIX. A pesar de las reformas que los mineros lograron que se hicieran al discutido artículo, a finales de siglo estos se seguían quejando del excesivo poder que tenían los alcaldes para suspender las minas, y de que actuaban obedeciendo a quien les pagara mejor por su favoritismo.⁸¹

⁸⁰ Sobre estas negociaciones: PRO 135/186-XC197671, copia de intercambio epistolar entre encargado de la compañía “Tolima Mining Company” y los hacendados Edward Gledwill y Benito Navarro en 1889.

⁸¹ Quejas contra alcaldes por ejemplo en PRO 135/255-197863, Russell a cónsul, 20.07.1900; Baldíos, t. 20, fs. 350-354v. También en minas de Miraflores (distrito vecino a Ibagué) se denunció un pacto entre el alcalde y una compañía minera por la misma cuestión de contaminación de aguas: LV 05.08.1897: 3; 05.11.1897: 3.

Estos conflictos entre mineros, agricultores y autoridades muestran que las elites locales no componían un grupo homogéneo, sino que había intereses encontrados y reinaba entre ellos también un ambiente conflictivo.⁸² Los grupos implicados en este conflicto de intereses actuaron en formas multidireccionales: intentaron llegar a acuerdos amigables, normalmente por medio del pago de indemnizaciones; también recurrieron a la autoridad local; igualmente adelantaron procesos judiciales con testigos; en el caso de los ingleses, levantaron sus quejas ante el vicecónsul en Honda y el cónsul en Bogotá. Pero los agricultores tenían poder también. En algunos casos sus quejas coincidieron con las de hacendados y se aliaron a ellos temporalmente. Además, como lo muestra el artículo de *El Día* citado, la actividad agrícola podía gozar entre los nacionales de mejor reputación que la minera, pues muchos defendían la idea de que las minas traían en realidad poco provecho al país. Los representantes locales del gobierno, por su parte, solían mezclar intereses personales con los intereses comunes. Si nos basamos en las acusaciones hechas por los mineros contra los alcaldes, estos trataban en lo posible de lucrarse exigiendo a los mineros multas para permitirles continuar los trabajos. Los alcaldes, sin embargo, podían justificarse diciendo que defendían realmente los intereses de los vecinos de las aldeas que administraban. El gobierno nacional tenía que sopesar estas diferentes fuerzas y normalmente su acción tuvo que ser inmediatista a pesar de que no fuera consecuente con el proyecto nacional anhelado, en tanto los diversos actores apremiaban con soluciones rápidas.

3.1.3. Venta de ejidos en Ibagué

A continuación nos ocuparemos de otro conflicto de finales de siglo, en que se observa de nuevo la distancia entre el proyecto de nación del Estado, orientado a hacer de los agricultores pequeños propietarios e imponer una concepción del uso de la tierra que generara provecho económico, y la realidad local, difícilmente adaptable al proyecto, no solo por la resistencia de los afectados, sino incluso por la falta de cohesión de los agentes estatales locales que, supuestamente, debían defender ese proyecto. Se trata de la venta de los ejidos municipales.

Así como a mediados de siglo se impulsó la integración de tierras al libre mercado que antes no eran comercializables, como los bienes de manos muertas de la Iglesia y los

⁸² No está demás advertir que quienes invertían en minas solían tener también negocios agrícolas, lo que hace complicado entender los intereses mineros y agrícolas como necesariamente contrapuestos.

resguardos, durante la Regeneración se incentivó la venta de los ejidos. Los ejidos pertenecían también al sistema de tierras colonial. Eran tierras de propiedad de los poblados que estos alquilaban a los vecinos. Generalmente se usaban para poner a pastar ganado, pero también se sembraba en ellos y algunos tenían incluso viviendas. Para justificar su venta, el gobierno usó de nuevo el argumento de los beneficios de la propiedad privada individual para el desarrollo económico nacional. La medida buscaba incentivar también la autonomía de los municipios en materia económica, que era uno de los ideales de la Regeneración: con el dinero de la venta de los ejidos los municipios tendrían entradas adicionales para sostenerse. La medida resultaba realmente lucrativa si los ejidos eran rematados al mejor postor. No obstante, el remate era el medio más perjudicial para los arrendatarios, en su mayoría personas pobres, que carecían de los medios para ser buenos postores en los remates.

En Ibagué se intentó desintegrar los ejidos a finales de 1896. ¿Creó tal discusión unos grupos enfrentados más o menos claros? ¿Podría observarse por ejemplo una polarización de la sociedad que luego aparecería en la guerra de los Mil Días, iniciada tres años después? En principio parecería posible establecer una relación así. En México la defensa de las tierras ejidales fue uno de los principales motivos de lucha de la Revolución mexicana y tema central de la reforma agraria promovida por los gobiernos revolucionarios.⁸³ Jane-Dale Lloyd (1998), quien analiza la región de Chihuahua en la primera década del siglo XX, justo antes del comienzo de la Revolución, encuentra que en algunos municipios de esa región las tierras ejidales que fueron rematadas quedaron concentradas en las pocas manos de los hombres más ricos de los pueblos. Según Lloyd, estos eran además miembros de los concejos municipales que aprobaron la ley con respecto a la venta de ejidos (114). Lloyd afirma que la ley dejó de la noche a la mañana a muchos pequeños propietarios sin tierra donde cultivar y donde vivir, porque esta exigía que los propietarios tuvieran títulos de esas tierras, y muchos no tenían el dinero para pagar esa legalización (115). Por ello la aplicación de la ley no promovió la aparición de pequeños propietarios, sino que incentivó la acumulación de tierra entre los más ricos. Lloyd concluye así que existió

a direct correlation between the implementation of the new law [‘Ley sobre medida y enajenación de terrenos municipales’] and the rise of *magonismo* (an anarchist movement founded by Ricardo and Enrique Flores Magón) in the region. Individuals and social classes

⁸³ Cf. por ejemplo, sobre el manejo de los terrenos ejidales desde una perspectiva regional, los ensayos de Dudley Ankersen y Heather Fowler Salamini en la compilación sobre la Revolución Mexicana de D. A. Brading (2005: 180-210, 211-238).

[...] who were most directly affected by the law through dispossession were precisely those who became members of the armed groups that began forming in 1905. Almost without exception, the local leaders involved in contesting and refuting the law were those who later led the local and regional revolutionary movement (107).

Más adelante Lloyd expresa aun más claramente su tesis:

the law's implementation served as catalyst for regional discontent. The popular reaction to the law is evidence for the increasing social polarization in the *pueblos*. This new consciousness of socioeconomic differences promoted popular awareness of the privileged role assumed by local elites in their political and economic domination of the region (108).

Con la descripción del desarrollo de la discusión sobre los ejidos en Ibagué a finales del siglo XIX apuntamos a mostrar que, a diferencia de las conclusiones a las que llega Jane-Dale Lloyd sobre Chihuahua, en este caso no es posible leer las diferentes opiniones respecto a la privatización de las tierras comunales como muestra de bandos divididos por la posición socioeconómica o por los partidos políticos, y que en el conflicto no se revelan grupos claros que después aparecieran enfrentados en la guerra de final de siglo.

En un informe que daba Manuel Casabianca como gobernador a la Asamblea Departamental en 1892, hablaba con optimismo del programa de modernización acelerada que ya se había comenzado en el Tolima. Incluía la apertura y refacción de caminos, un ferrocarril de Ibagué a Girardot, construcción de puentes, colegios, un panóptico, edificios de gobierno, la fundación de una casa de ensayos de minerales. Principalmente en Ibagué, que requería ser puesta a la altura de una capital departamental, se habían emprendido varias de esas obras. El optimista plan se basaba en el auge de la minería del Tolima por esos años, el aumento de los precios del café y cuantiosas ganancias generadas por la renta de aguardiente. Casabianca también incentivaba a los municipios a vender las tierras ejidales, como una forma en que estos podrían emprender obras por su cuenta con miras a su modernización (Clavijo 2007: 356-360; n. 106).

Pero pronto las diferentes obras fueron tropezando con las dificultades habituales de falta de fondos para realizarlas, debido a que la bonanza económica duró poco tiempo. El secretario de gobierno, Fidel Peláez, en su informe de 1898 al gobernador, opinaba sin embargo que a nivel municipal lo que faltaba no eran fondos, sino un mayor interés de sus pobladores en su propio desarrollo: “muy poca o ninguna iniciativa suelen tomar los Concejos en cuanto se relaciona con el adelanto moral y material de las poblaciones [...]. Algunos papeles públicos del país han proclamado la necesidad de dar mayor amplitud al régimen municipal, pero esto se compadece mal con lo que diariamente nos enseña la

práctica”. Según Peláez, los municipios se habían acostumbrado a esperarlo todo del departamento y emprendían pocas obras por iniciativa propia; ello “por la falta de espíritu público, o mejor, porque nuestras incipientes poblaciones no han alcanzado el grado de cultura necesario para poder ejercitar con provecho la relativa autonomía que el Código Político y Municipal les concede”. El funcionario proponía que las Asambleas Departamentales destinaran sus recursos exclusivamente a obras de interés para todo el departamento y que los municipios que no pudieran autosostenerse debían de ser eliminados (Peláez 1898a: 11).

Si se hubiera seguido esa iniciativa hasta la misma capital del departamento hubiera tenido que ser eliminada. Como se observa en las actas del Concejo en esos años, la situación fiscal de Ibagué era muy precaria.⁸⁴ La recolección y administración de impuestos y rentas era complicada. Los pobladores se oponían a veces a su pago y ni qué decir a su aumento. En las actas del Concejo se habla constantemente de las afugias que pasaba el municipio. Faltaba dinero para pagar a sus empleados (lo que generaba constantes renunciaciones de estos), no había útiles de escritorio en las oficinas y escuelas, los edificios municipales se encontraban en pésimas condiciones, las obras de fomento obedecían más a la iniciativa particular y el municipio no podía exigir mucho a los contratistas. El informe con que se justificó la propuesta de vender algunos ejidos en octubre de 1896 pintaba un patético cuadro de la situación de la instrucción primaria, que era a lo que se debían destinar los arriendos de los ejidos: el edificio de la escuela de niños “es una ruina de aspecto grosero”. La escuela manejada por los padres maristas funcionaba en un edificio alquilado que no era suficiente para albergar la cantidad de niños matriculados. Los sueldos, arriendos y útiles habían sido pagados por el departamento en ese año, pero el gobernador había anunciado que el siguiente año debía ser el municipio el que se encargara de ello. Algunos miembros del Concejo propusieron vender los ejidos ubicados al occidente de la ciudad para hacerse cargo de esos gastos y eventualmente también construir un matadero y una cárcel (*RM* 07.12.1896: 8).⁸⁵

⁸⁴ Actas de 1898, 1899 y 1901. No encontramos otras actas del período en el Archivo Histórico de Ibagué. Apreciaciones similares sobre la falta de fondos para la administración local se encuentran también en un informe que escribió el alcalde de Ibagué al prefecto de la Provincia del Norte en 1897: AHI, cj. 283, fs. 732-737v.

⁸⁵ La venta de estos ejidos venía siendo materia de discusión al menos desde 1883. En ese año el concejo municipal aprobó el remate, pero su realización se dilató con el cambio de gobierno. Posteriormente, en 1888, el concejo aprobó de nuevo la venta pero ésta no se llevó a cabo. En 1891 el personero de Ibagué, el prefecto de la provincia del Norte del Tolima y el propio gobernador del Tolima dirigieron comunicaciones al Ministerio de Gobierno declarando su apoyo a la venta. Sin embargo, como veremos, todavía a comienzos del siglo XX los ejidos seguían sin ser rematados. Para las discusiones sobre la venta de los ejidos anteriores a 1896 cf. AGN, República, Min. Gobierno, Sección 1, t. 25, fs. 403-430.

Desde la primera reunión del Concejo para discutir el tema a finales de octubre de 1896, la proposición dividió las opiniones, siendo apoyada por cinco concejales y rechazada por cuatro.⁸⁶ A la discusión se sumó la opinión pública tras ser publicado un informe de la reunión en hoja volante. A los pocos días de haber sido discutido el tema en el Concejo (29 de octubre), llegó a este un memorial de un grupo de usuarios de los ejidos en cuestión (62 firmantes) que apoyaban la medida (fs. 54-56v). Aducían que su administración representaba “dificultades casi insuperables” para el municipio. La argumentación se basaba en la idea librecambista de que la propiedad privada era la base para un desarrollo económico acelerado: “los terrenos en poder de particulares mejorarán día por día en vez de esterilizarse como sucede hoy [...] y en terrenos propios todos se resolverán a invertir el dinero que hoy escatiman fundándose en el refrán bien conocido y verdadero de que el que siembra en tierra ajena hasta la semilla pierde” (f. 54). Proponían que se adjudicara cada terreno al colono que lo estuviera usufructuando en ese momento. La petición estaba avalada por prestantes vecinos: Mario Carvajal, Mario Renjifo, Rafael Solano, Ricardo Ferro, Abelardo Rico. Estos cinco firmantes que encabezaban la lista de promotores de la venta de los ejidos tenían sembrados de café en ellos, de modo que no pagaban alquiler, porque la legislación municipal promovía a quienes invirtieran en este tipo de cultivos.⁸⁷ Ellos firmaban también por otros que no sabían hacerlo, incluso por varias mujeres. Esto nos da la idea de que los que encabezaron la lista cooptaron gente para dar fuerza a su petición. Al parecer, por este hecho el memorial resultó sospechoso, pues los concejales pidieron al tesorero municipal que corroborara si todos los que habían “firmado” sí eran arrendatarios de los ejidos en cuestión.

Por su parte, otro grupo más numeroso, que se autodenominaban “vecinos raizales” de Ibagué, se opusieron a la medida por medio de otro memorial que dirigieron al Concejo el 1° de noviembre (fs. 49-53v). Argumentaban que los ejidos eran una propiedad “sagrada” para el distrito, en tanto era “una de las grandes bases de su presente y futura prosperidad” (f. 49). Hacían ver los beneficios económicos de la renta, por encima de la venta, por cuanto al convertir esas propiedades en dinero líquido, se pondría este en riesgo, dado que la moneda se depreciaba aceleradamente en Colombia (citaban incluso el caso de Argentina que, al parecer, por esos años sufría una aguda devaluación de su moneda) (f. 49v). También ponían de presente que las maderas de los bosques allí situados, así como

⁸⁶ En AHI, cj. 274, fs. 36-74v se encuentran diferentes documentos sobre la discusión en torno a la venta de los ejidos. Citaremos a continuación los folios específicos.

⁸⁷ La lista de los arrendatarios con cultivos de café se encuentra en el Informe Municipal de Catastro de 1898: AHI, cj. 285, fs. 88-89v.

las minas, por ejemplo una de cal, eran permanentemente usufructuadas por el municipio y el departamento para construir. Los firmantes enfatizaban que estaban motivados por la protección del “bien público” y no por intereses “mezquinos”. La lista de firmantes era más larga que la del anterior memorial (167 firmantes), la mayoría firmaban por su propia cuenta y no había sino dos mujeres entre los firmantes.

Del 10 de noviembre hay otro memorial de un tercer grupo de firmantes (fs. 58-62) en el que se incluía un nuevo aspecto en el debate: los perjuicios que la venta traería a los arrendatarios pobres (la mayoría), que no tendrían los medios para comprar los terrenos que usufructuaban. En este se exponían pros y contras de la venta de manera más detallada. De un lado, señalaban el argumento de la mayor productividad de los terrenos en manos privadas. Además agregaban que la venta sería doblemente lucrativa, en tanto no solo resultaría dinero de esta, sino también del impuesto por la propiedad privada. Pero de otro lado, hablaban del problema social que generaría sacar a los arrendatarios de esos terrenos. No obstante, no se ponían del lado de esos arrendatarios, sino que los describían más bien como un estorbo para el desarrollo municipal:

[Los arrendatarios] se limitan a sacar día por día de la cansada tierra y a fuerza del azadón y del sudor de la frente el sustento para ellos y sus numerosas familias [...] ponen sus plataneras y cultivan algunas otras legumbres cuyos productos sacan al mercado para satisfacer sus necesidades personales, pagar el crecido arrendamiento y atender a los demás gastos que demanda la labranza: así han vivido y vivirán siempre sin adelantar nada.

Eran pocos, en cambio, los que habían emprendido el cultivo de café, a pesar de las garantías que ofrecía el distrito. No lo hacían “por el temor que inspira siempre sembrar en tierra ajena”. Concluía el memorial de manera fatalista diciendo que por ese temor, unido a la rutina mantenida por “centenares de años”, “no se han visto ni se verán nunca” el arado, el abono, el carro, la hidráulica, el vapor. Para que hubiera un cambio se hacía necesaria la venta de los ejidos. Pero recomendaban conceder facilidades para el pago a los arrendatarios, de manera que pudieran participar en las subastas, o bien, establecer de antemano cómo se les pagarían sus mejoras, y no asignar los lotes a los nuevos propietarios hasta tanto no se hubieran hecho esos pagos. El memorial llegaba incluso a proponer cómo debían ser pagadas las mejoras como plataneras, cafetos, sembrados de caña, pasto artificial, casas, máquinas y cercos.

Este memorial resulta extraño porque a pesar de que es el único que hablaba del problema social que podría generar la venta de los ejidos, su tono era muy clasista, enfatizaba en que los arrendatarios eran pobres, ignorantes, “sin ningún roce social” y los mostraba como obstáculos al desarrollo, como elementos que deberían ser eliminados.

Pero los que apoyaron el memorial parecían personas humildes: 26 de las 39 firmas son “a ruego”, muchas de ellas de mujeres. Pudo ser que hubieran sido puestos los nombres sin contar con la verdadera aprobación de los “firmantes”. De cualquier modo, el memorial mostraba que la discusión sobre los ejidos no era una mera medida práctica, sino que tenía repercusiones sociales.

A finales de noviembre, y al parecer tras largas y violentas discusiones (incluso varios concejales dejaron de asistir a las reuniones o fueron reemplazados por suplentes), tres concejales dieron sus informes de esas discusiones. Uno de ellos, Nemesio Torres (fs. 63-65), quien era además tesorero y arrendatario de los que pagaban poco alquiler, se manifestó en pro de los remates, simplemente estipulando la manera como debían presentarse los candidatos y como debían pagarse las mejoras. La proposición no fue aceptada por ninguno de los concejales. Jesús Cuervo (fs. 66-71) por su parte, quien era de los que más se oponía a la venta, dio finalmente en el informe su visto bueno, proponiendo que para esquivar el problema que traería la venta con los arrendatarios se encargara a un particular de realizar la subasta. Otro concejal, Edmundo Vargas (fs. 72-74v), que en las discusiones había estado en pro de la venta, asumió una posición poco clara, recomendando que no se realizara el remate por lo pronto, sino que se comisionara a dos abogados que estudiaran bien los beneficios y los perjuicios de la medida antes de tomar una decisión.

No encontramos más información sobre este proceso en el Archivo de Ibagué o en los periódicos, pero se puede colegir que la venta finalmente no se llevó a cabo porque existen listados de arrendatarios de ejidos de 1898 y 1902⁸⁸, y en ellos vuelven a aparecer varios de los nombres de los arrendatarios que firmaron en 1896 los diferentes memoriales.

Vemos aquí una constelación diferente a la que señalaba Lloyd en Chihuahua. Según su análisis, en diferentes municipios de Chihuahua los miembros de los gobiernos locales impusieron la medida de la venta de los baldíos recurriendo al argumento de las ventajas de privatizar la propiedad. Pero fueron justamente esas autoridades locales las que se beneficiaron de la venta apropiándose de esos terrenos, mientras los grupos populares fueron despojados de las tierras. De allí surgió un fuerte descontento entre ellos que los llevó incluso a formar grupos armados. Estos tuvieron una importante participación en la revolución que iniciaría pocos años después. Sus observaciones confirman así la visión

⁸⁸ AHI, cj. 285, fs. 88-89v; cj. 339, fs. 450-461v respectivamente.

generalmente sostenida sobre la relación, netamente conflictiva, entre gobernantes y clases populares.

Pero en Ibagué las discusiones en el Concejo, lo mismo que los memoriales, no permiten encontrar unos grupos de intereses muy claros. No se puede hablar de autoridades locales unidas a agricultores comerciantes y contra pequeños arrendatarios. Si bien las autoridades contemplaron la posibilidad de la venta, la medida no se logró imponer. Pero ello no se debió a una fuerte oposición de los arrendatarios. No se deja deducir de los documentos que tal oposición fuera organizada, ni que se hubiera convertido en una causa política. Ello a pesar de que hubo individuos de la notabilidad local que se opusieron. Pero ninguno de los memoriales enviados por estos al Concejo representaba realmente los problemas de los arrendatarios pobres: el memorial contra la venta mostraba una preocupación por las finanzas municipales, no por las personas perjudicadas, y el memorial que advertía del problema social que podía generarse, apoyaba sin embargo la venta al mejor postor. Es verdad que entre los firmantes en contra de la venta se encuentran Tulio y Mardoqueo Varón, quienes serían importantes jefes militares liberales durante la guerra de los Mil Días, pero también firmaron este memorial varios conservadores nacionalistas.⁸⁹ Por su parte, los cinco notables que encabezaban el memorial en pro de la venta eran conservadores. No obstante su interés no fue el que primó.

En nuestro caso, no puede leerse la resistencia a la venta como una acción colectiva en que los grupos populares hubieran actuado de manera conjuntamente planeada y defendiendo una cierta forma ideal de propiedad. Si bien la medida generó gran oposición, este malestar no llevó a los afectados a construir alianzas muy claras, o bien, a elegir a un líder que representara e hiciera efectivo su desacuerdo. Una oposición organizada no fue la razón para la no adopción de la medida. Tampoco sería esta una razón por la que los grupos populares se habrían aliado al bando contrario al gobierno en la guerra civil acaecida unos años después, en tanto el gobierno finalmente no impuso la medida. Y no se impuso, no tanto por la fuerza de quienes estaban en contra, sino por la debilidad y poca cohesión de las autoridades. Estas y la notabilidad local no mantuvieron una política única. Los mismos concejales cambiaron de actitud en pocas semanas y finalmente no lograron llegar a un acuerdo. La discusión terminó en un punto muerto de una manera sorprendente: el concejal que más se oponía a la venta sacrificó su voto para apoyar a la mayoría. Mientras tanto, uno de los principales defensores terminó diciendo que la medida debía

⁸⁹ Comparamos las listas de firmantes de los tres memoriales con una lista de adhesión de Ibagué al gobierno nacionalista publicada en el periódico *La Verdad* de Ibagué por esa época (21.05.1897: 10).

discutirse más y la toma de una decisión debía posponerse. A pesar de que todos estos concejales pertenecían al Partido Conservador, no se comprometieron realmente con la medida recomendada por el gobierno departamental que, se suponía, era necesaria para dar estabilidad al régimen regenerador a escala local y hacía parte de la idea de nación que promovía el Estado.

Lloyd asume que quienes diseñaron la ley de abolición de ejidos tenían de antemano la oscura intención de aprovecharse de la situación de ignorancia de los campesinos y apropiarse de sus tierras. Pero en Ibagué no es pertinente leer la discusión como una imposición de ricos sobre pobres y una resistencia de pobres contra ricos. Las medidas nacionales tenían un penoso camino para imponerse. Abundaban los obstáculos que oponía la población, pero también las autoridades locales podían representar un obstáculo, en tanto no actuaban necesariamente como agentes del gobierno nacional o departamental y carecían de un poder hegemónico que les permitiera efectivamente imponer el proyecto de nación localmente.

Los pleitos por la propiedad y el uso de la tierra que hemos descrito hasta aquí muestran la diversidad de formas de conflicto que se generaron en torno al tema de la tierra, diversidad que impide señalar que existiera en el Tolima una confrontación entre grupos sociales claramente definidos. Como lo hace patente el análisis de la venta de ejidos de Ibagué que venimos de detallar, quienes detentaban el poder estatal localmente no formaban un grupo cohesionado en torno a unas ideas de nación. Ello los hacía un grupo débil y abría campo a la acción de individuos de menos poder que podían oponer una resistencia efectiva para defender sus intereses. Los mismos pleitos dan cuenta de que si bien la mayoría de las personas no contaba con los medios para pagar abogados ni los conocimientos jurídicos para ganar un litigio por las vías legales, lograban muchas veces conseguir resultados favorables, aunque fueran temporales. Ahora bien, en las descripciones de los pleitos que ofrecen los documentos también se puede observar que la vía jurídica era solo una de las múltiples formas en que se desarrollaban los conflictos. Sin duda eran más frecuentes las vías de hecho: amenazar de palabra o con armas, obstruir el tránsito por ciertos caminos, o el acceso a los bosques, o el trabajo, o la venta de lo producido. También fueron múltiples las maniobras para acumular tierra y no solo entre los especuladores: cultivar a escondidas, sembrar cultivos de pancoger, que no requerían labrar durante mucho tiempo la tierra, pero luego aducir que hacía varios años se habían sembrado, talar monte o quemarlo y luego presentar el terreno como “labranza”, o

construir un rancho precario y aducir que se habitaba allí.⁹⁰ Obviamente había también formas de acción menos conflictivas como los pactos de palabra o la simple convivencia pacífica. Todas estas eran maneras de los habitantes del campo de enfrentarse a los cambios económicos, sociales y políticos de la época y a las nuevas leyes venidas de la capital. Tales cambios se presentaban en su realidad local como amenazas a sus posesiones, nuevas obligaciones, mayor control sobre sus vidas, más competencia o también como nuevas oportunidades de trabajo, de comercio y de ganancias.

Observamos a los pobladores del Tolima adaptándose en su vida cotidiana a dichos cambios y tratando de sacar provecho de ellos. Muchas de las acciones eran emprendidas individualmente y ni siquiera dejaron huella en los documentos. Son este tipo de “formas cotidianas de resistencia” las que, según James Scott, privilegian los pobladores rurales. Estas representan

[t]he prosaic but constant struggle between the peasantry and those who seek to extract labor, food, taxes, rents, and interest from them [...]. They require little or no coordination or planning; they make use of implicit understandings and informal networks; they often represent a form of individual self-help; they typically avoid any direct, symbolic confrontation with authority (Scott 1985: xvi).

Al dar relevancia a esas formas cotidianas de resistencia campesina, James Scott logra mostrar que los conflictos sociales tienen un carácter más bien discreto. Solo en algunos casos excepcionales esos conflictos generan un conflicto abierto. Esto indica que no es inmediata la relación entre un ambiente conflictivo, o de descontento social y la explosión de ese descontento en un levantamiento o rebelión.⁹¹

Nuestras observaciones se orientan en el mismo sentido. Los actores que estudiamos defendían sus intereses por vías informales normalmente, y solo en escasas ocasiones por vías legales o que requerían la acción conjunta de un grupo. Y aún en los momentos en que recurrieron a estrategias grupales y exigieron directamente la atención de los agentes estatales locales y aun nacionales, esas acciones no evidencian que los sectores rurales a lo

⁹⁰ Formas de acción parecidas describe Peter Guardino en su estudio sobre la población indígena de Guerrero, México, en la época colonial. Estos, para manifestar su descontento contra medidas estatales, en todo momento combinaban varios modos de acción: podían resistir pasivamente, pero también solían rebelarse abiertamente o recurrir a la justicia. Distinguir entre medios “legales” e “ilegales” es entender esas acciones solo desde la perspectiva estatal, no desde la percepción que tenían esos actores sobre sus acciones (Guardino 1996: 27).

⁹¹ Aunque Scott no argumenta a la manera de los teóricos de la Rational Choice, su análisis confirma los resultados a los que han llegado estudios sobre rebeliones basados en esa teoría. Esta critica la suposición de un enlace causal entre descontento y rebelión. Postula que hay muchos casos en que hay descontento y no por lo mismo rebelión. El descontento no es causa suficiente, y a veces ni siquiera necesaria, para que ocurra un levantamiento popular. La bibliografía sobre el tema es abundante. Para una introducción cf. Moore 1995.

largo del siglo XIX se fueron organizando en torno a sus intereses y que fueron conectando estos con las ideologías de los partidos Liberal y Conservador. Nos distanciamos así de las conclusiones a las que llega el historiador norteamericano James Sanders (2004) en su estudio sobre “política subalterna” en el estado del Cauca en la época del liberalismo radical (1863-1885). Sanders analiza conflictos del tipo que hemos estudiado aquí y busca mostrar cómo también en Colombia del siglo XIX, al igual que lo había postulado Florencia Mallon (1995) para México y Perú, la acción de los campesinos tuvo un carácter organizado, orientado por ideales trascendentes y por ello político, en el sentido estrecho que señalamos en la introducción. Para Sanders, después de la Independencia, y en particular en el período en que se concentra su estudio, emergió una nueva forma en que los subalternos pelearon por sus intereses que iba más allá de la negociación diaria que se practicaba desde la Colonia. Esta nueva forma de negociación (*bargaining*) tuvo unas características particulares. Fue menos personalista: “*bargaining took place [...] often between individuals and groups who had little or no personal connection*”. Fue más pública: “*negotiations were not limited to the conditions on any single site of production but began to concern themselves with the whole society’s economic, social, and political life*”. Fue más programática: “*the two dominant political parties began to negotiate with their plebeian allies in a sustained and planned manner over time*”. Y fue republicana: “*Subalterns used bargaining to reframe elite republicanism, often significantly democratizing it to better suit the needs and visions of Colombia’s lower classes*”. Por ese camino, argumenta Sanders, las clases bajas llegaron a formular una “política popular” cuyos objetivos defendieron, no en la arena política tradicional de las elecciones y los cuerpos legislativos, sino por medio de los reclamos o también en las guerras (Sanders 2004: 4).

Para mostrar esto, Sanders le da gran importancia a los memoriales. Estos representan para él la producción grupal de un discurso. En ese sentido revelan ideales que los grupos compartían. Sanders señala características particulares en los discursos de los tres grupos que investiga: indígenas, negros y pequeños propietarios antioqueños. Encuentra por ejemplo que mientras los indígenas solían reivindicar como el principal criterio de propiedad de la tierra el hecho de que la habitaban desde tiempos inmemoriales, los colonos recientes enfatizaban era en el trabajo, en el hecho de “tumar monte” y poner a producir la tierra, como lo que realmente debía contar al hacerse las adjudicaciones (26-27). Cada grupo defendía así una diferente “*moral economy of landholding*”, que se guiaba por un ideal republicano distinto: los indígenas se orientaron principalmente por el ideal de

la fraternidad, los pequeños colonos por el de la libertad y los afrodescendientes por el de la igualdad (23-55). Esta politización, sin embargo, habría tenido su fin justamente con la Regeneración. El principal objetivo que ese nuevo sistema habría perseguido sistemáticamente, según Sanders, habría sido el desmonte de los actores populares como actores políticos y la monopolización de la política de nuevo en manos de las élites (186-187).

Sin embargo, los conflictos que hemos estudiado en las anteriores páginas dan cuenta de que al menos en el Tolima la situación era diferente. Si bien la Regeneración pudo haber tenido entre sus objetivos un mayor control del poder por parte del gobierno, en la práctica no contaba el Estado con los medios suficientes para hacer realidad ese objetivo.⁹² Por otra parte, no hemos encontrado en estos conflictos analizados en el Tolima grupos claramente politizados a la manera como lo supone Sanders, que hubieran sido sistemáticamente atacados por el gobierno para disminuir sus posibilidades de participación. Habría que hacer un análisis comparativo con el tiempo del liberalismo radical, pero tenemos la impresión, a partir de los conflictos que hemos estudiado, que en el Tolima, no hubo, como lo postula Sanders para el Cauca, la cohesión de grupos según unos intereses claros, ni que estos hubieran cumplido un rol político en el sentido estrecho de acciones en conjunto con grupos de otras localidades, orientadas a conseguir reformas en beneficio de la sociedad entera, guiadas por los idearios de los partidos políticos y más comprometidas con ideales republicanos y democráticos. Como hemos tratado de mostrar aquí, la acción de la población rural tolimense fue intermitente, poco organizada y sin objetivos trascendentes.

En particular en los memoriales que consultamos no encontramos muchas diferencias en los discursos, que revelen la existencia de grupos con tipos de intereses específicos. El

⁹² Sanders expresa (Capítulo 7, n. 20) que su interpretación de la Regeneración se asemeja a la de Miguel Ángel Urrego (1997). Pero Urrego da una visión poco matizada del régimen, poniendo el énfasis en los aspectos religiosos: “La restricción de la participación en política del liberalismo y el peso de la Iglesia en la conformación del nuevo orden llevó a la constitución de un sistema político definido por la maniqueización, una noción específica de orden y la constitución de un nuevo tipo de ciudadano. [...] La maniqueización se entiende como la definición de enemigos y amigos del orden social desde criterios religiosos. [...] La formación de un nuevo tipo de ciudadano se expresó en la sustitución del ciudadano liberal por el católico virtuoso” (657-658). Urrego basa su análisis en las ideas sostenidas por algunos de los representantes de la Regeneración: su principal fuente la constituyen pastorales y otros documentos eclesiásticos. Ello explica por qué Urrego ve la Regeneración como un programa tan fundamentalista y excluyente. Por nuestra parte, hemos subrayado cómo los ideales de la Regeneración sufrieron transformaciones y perdieron radicalidad al tratar de ponerse en práctica. Especialmente en el capítulo 4 veremos que durante la guerra de los Mil Días el gobierno atacó a los liberales con el argumento religioso solo en momentos específicos, pero en otras ocasiones asumió una actitud más conciliadora con ese partido. De manera bastante innovadora, Malcolm Deas sugería en 1983 que la historiografía sobre la Regeneración se ha basado en sus opositores y por ello suele aparecer como un régimen muy radical e intolerante (Deas 1983).

discurso solía ser muy similar y usar formas que eran al parecer generalizadas. Eran continuas las menciones sobre la ignorancia de los que escribían el memorial, su falta de conocimientos jurídicos, su pobreza y la necesidad que tenían de ser protegidos por el gobierno. Estas quejas, sin embargo, solían combinarse con el uso del lenguaje reinante de progreso por la vía del desarrollo económico, aduciendo argumentos como el de haber “sembrado la tierra con el sudor de la frente”, el de haber trabajado para garantizar un buen futuro para los hijos, el de trabajar pacíficamente las tierras, o el de haber contribuido, a través del trabajo, al progreso de la nación. Pero estas fórmulas eran parte tanto del discurso de los pequeños colonos como de los grandes hacendados.⁹³ Por tanto, más que mostrar ideologías claras de parte de los grupos populares y formas como entendían su pertenencia a la nación, pueden leerse como estrategias retóricas que podían ser efectivas para poner a las autoridades a su favor.

Señalamos también cómo, en un mismo pleito y por una misma causa, diversos grupos, o incluso individuos, levantaban memoriales haciendo peticiones diferentes, lo que indica que no actuaban necesariamente como un solo grupo. Las diferentes discusiones muestran más bien la dificultad de la gente de unirse y levantar quejas conjuntas, a pesar de compartir unos mismos problemas. En muchas ocasiones había rivalidades grandes entre actores de intereses parecidos. Aun sobre quejas levantadas en grupo no podemos decir que fueran producto de la deliberación de grupos constituidos en el transcurso de los años con una cierta homogeneidad en las peticiones y con un discurso en que pudieran descubrirse planes de largo plazo, más allá de la solución inmediata del pleito en cuestión.

Nuestras constataciones no coinciden pues con las de Sanders. Quedan, en cambio, mejor enmarcadas en esta afirmación de Catherine Legrand:

En este período [segunda mitad del siglo XIX], que precedió a la diseminación de la política de masas e ideologías izquierdistas en América Latina, los defensores de los colonos, como los colonos mismos, tenían una visión limitada y particularista de los conflictos en que tomaban parte. No hicieron intento alguno por ayudar a los colonos a percibir su predicamento en términos más generales ni por estimular la coordinación horizontal entre los distintos grupos de colonos. En consecuencia, la reacción de los colonos ante la usurpación de los empresarios siguió teniendo un carácter defensivo, estrecho e inmediato (Legrand 1988: 110).

Pero en el tono de Legrand puede advertirse su decepción, su crítica a la “visión limitada y particularista” de estos actores, al carácter “estrecho e inmediato” de sus

⁹³ Antes citamos el memorial de Pedro Pineda en el pleito de Palocabildo. Cf. también carta de John Vaughan al cónsul PRO 135/186-XC 197671, 01.12.1892. Sanders sostiene que aducir ignorancia era una forma de discurso usada principalmente por los indígenas, mientras los argumentos sobre el espíritu trabajador eran principalmente usados por los colonos. Cf. Sanders 2004: 26, 32.

acciones contra “la usurpación de los empresarios”. Es en parte respondiendo a ese tipo de críticas que estudios recientes sobre la cultura política popular han tratado de dar a estos grupos también la categoría de políticos, republicanos, democráticos, nacionalistas (hemos ejemplificado esta postura con el estudio de James Sanders). Sin embargo, según la evidencia que poseemos sobre el Tolima a finales del siglo XIX, no es claro que allí se hubieran dado entre los grupos populares formaciones tan “modernas”. Pero no queremos plantear esto como una crítica a las formas de acción de los grupos populares, sino simplemente mostrarlas como una estrategia racional de los actores para hacer frente al día a día, porque tratar de sacar provecho a las situaciones tal como se fueran presentando era más práctico y menos riesgoso que forjar unos ideales a largo plazo y comprometerse a luchar por ellos. En la búsqueda de acciones políticas, en un sentido fuerte, de los grupos populares, se desprecian las acciones políticas más cotidianas, menos espectaculares, pero también más efectivas realizadas por estos para compensar las diferencias de poder.

Veremos a continuación en otro contexto, diferente al de los conflictos por tierras, cómo el tema de la dificultad de formar grupos cohesionados a largo plazo no solo concernía a la gente de origen popular, sino también a miembros de la sociedad con mayor capacidad económica, dificultad que ya habíamos vislumbrado al estudiar la polémica por la venta de ejidos en Ibagué. Nos ocuparemos ahora del conflicto generado por el proyecto departamental de establecer mayores impuestos a la producción de licor. Tales impuestos perjudicaban principalmente a personas de alto nivel económico, que producían licor a gran escala. Pero a pesar de una cierta coincidencia de intereses, a la vez que una pertenencia social semejante, no se generó la identificación de estos productores como grupo dispuesto a defender un bien común más allá del provecho propio.

3.2. Conflicto por la renta de aguardiente

Los esfuerzos del gobierno tolimense durante la Regeneración de organizar departamentalmente las rentas por la producción de licores generaron constantes conflictos con los productores. En tanto en su producción a gran escala participaban personas de capacidad económica relativamente alta, que invertían buenas sumas de dinero en el negocio, las discusiones generadas fueron muy publicitadas en los periódicos locales, así como en algunos nacionales, e igualmente en folletos publicados por los propios productores. El conflicto generado a partir de la confrontación entre el Estado y los

productores ha tratado de entenderse también como una confrontación partidista y por esa vía, como causa del entusiasmo de los tolimenses en la guerra de los Mil Días (cf. especialmente Clavijo 1993b). Pero el análisis de estos conflictos permitirá mostrar que también entre los notables, a pesar de que muchos tenían una pertenencia partidista clara, no existía una hermandad influenciada por esa pertenencia y la confluencia de intereses fue igualmente dificultosa. En todo momento se trató de leer el conflicto como un enfrentamiento partidista, pero el conflicto se dio más bien entre grupos que se fueron formando y reformando según cada nueva legislación, obedeciendo a intereses individuales más que a proyectos colectivos que representaran ideologías claras.

3.2.1. Los impuestos en el contexto de la constitución del Estado nación

El control fiscal es uno de los elementos más importantes en la constitución del Estado moderno. Un control efectivo y centralizado de los impuestos otorga al Estado la capacidad económica para ejercer el monopolio de la fuerza. Al mismo tiempo el Estado se compromete con los contribuyentes a mantener el orden y garantizar así su seguridad. A su vez, para poder controlar el pago de los impuestos y evitar los fraudes, el Estado tiene que aumentar su capacidad de ejercer la fuerza física sobre la población. Pero el Estado no solo requiere el control de la fuerza, sino gozar de legitimidad. La legitimidad del Estado le da a este un “poder simbólico casi divino”, en palabras del sociólogo Pierre Bourdieu (1994), por medio del cual valida sus actos, que en principio son autoritarios, por ejemplo el acto de recoger impuestos entre los pobladores del territorio, sin que estos reciban *directamente* nada a cambio.

En el siglo XIX, las medidas del Estado que comenzaba a formarse en Colombia, así como sucedía en otros países de América Latina, carecían de legitimidad y por consiguiente eran percibidas como actos arbitrarios. La población tenía además amplias posibilidades de resistir, ya que el Estado estaba lejos de tener el monopolio de la fuerza. Los conflictos por la administración de impuestos muestran el juego entre el Estado naciente, que procuraba establecer mayor control de la población, y esos pobladores, que eran reacios a medidas ajenas a su voluntad, que limitaran sus intereses y su acción.

En un artículo sobre los problemas fiscales de Colombia durante el siglo XIX, Malcolm Deas afirma que “[l]a de Colombia era una economía de las menos gravables de Latinoamérica, un país donde muchos podían subsistir, pero con una población abrumadoramente rural y dispersa” (1993a: 68). El autor muestra la dificultad de recolectar

impuestos en Colombia dado el poco control que ejercían las autoridades sobre la población desde la época colonial, la atomización del mercado, la difícil geografía, que permitía la dispersión de la población y al mismo tiempo la abundancia de la naturaleza, que concedía a los habitantes un alto grado de autonomía. Estos factores hacían muy costosos la recolección de los impuestos y el control de los fraudes y el contrabando, una situación que ya en la época colonial se presentaba⁹⁴ y que en el siglo XIX se agudizó debido a las guerras de Independencia y al cambio de régimen. La pobreza fiscal fue permanente durante todo el siglo y la principal fuente alternativa de ingresos, las exportaciones, se mantuvieron en niveles bajos, que se elevaron solo por bonanzas pasajeras. Consecuencia de la precariedad de la economía del Estado era la falta de medios para obtener datos estadísticos sobre sus pobladores, como el número de habitantes, su lugar de residencia, sus propiedades o rentas, información que de nuevo era necesaria para un buen control de los impuestos. El Estado era igualmente incapaz de pagar suficientes recolectores de impuestos y vigilantes que controlaran el contrabando, el fraude o la corrupción. Diferentes tipos de impuestos y maneras de cobrarlos se ensayaron, pero en general estos generaron pocos ingresos, cuando no fracasaron completamente.

También consecuencia de la pobreza y de nuevo fuente de problemas para recolectar impuestos era la falta de legitimidad del Estado en creación. Los gobiernos se sucedieron durante todo el siglo, o bien por elecciones fraudulentas o bien por guerras civiles. Estos además eran gobiernos de un partido que procuraba excluir de los puestos de poder a los miembros del otro. Había así un gran número de individuos que no se sentían representados por ese Estado.

El Estado además no era un ente abstracto, sus funcionarios no estaban separados de manera precisa del resto de los pobladores. En regiones como el Tolima, el poder funcionaba de manera muy privatizada, pero no en manos de un caudillo o de unos pocos líderes, sino extendido a amplios sectores de la población. Este factor hacía que muchas de las medidas estatales aparecieran como meros actos de violencia, movidos por el interés personal de los agentes del gobierno, más que impulsados por el deseo de alcanzar un bien común.

⁹⁴ Deas anota que el virreinato del Nuevo Reino de Granada no se autosostenía económicamente: sus tropas, por ejemplo, eran financiadas por los virreinos de Perú y México (1993a: 61, cita a Guillermo Torres, *Historia de la moneda en Colombia*, 1945). De otro lado, mientras el tributo de indios en el Nuevo Reino de Granada era de \$47.000 en los años anteriores a 1810 y fue abolido tempranamente en 1832, en Ecuador, en 1836, este mismo tributo era de \$184.000 (1993a: n. 28) y en Bolivia representó entre 26 y 52 % del ingreso total del gobierno hasta 1850 (Platt 1987: 287).

Queremos mostrar que la debilidad del Estado en el Tolima, así como la poca cohesión de la sociedad en grupos de intereses definidos, determinaron la intensidad de la oposición al impuesto a los licores. De hecho, no siempre los impuestos producen la misma actitud de rechazo que encontramos en el caso de la renta de aguardiente en el Tolima a finales del siglo XIX. Tristan Platt (1987), por ejemplo, en un estudio sobre la expansión del Estado liberal en la provincia de Chayanta, Bolivia, durante el siglo XIX, señala que la población subalterna, predominantemente indígena, exigía de ese Estado una determinada política en materia de impuestos. Según la ideología liberal reinante en la época, el progreso de la sociedad, su “civilización”, pasaba necesariamente por la expansión de la propiedad privada y el libre comercio. El sistema colonial del tributo que pagaban los indios iba en contra de las ideas liberales; los indios debían ser convertidos en ciudadanos propietarios, sometidos a los mismos impuestos que el resto de la población. Ello implicaba también la abolición de las tierras comunales. El nuevo sistema creó un gran caos en la economía indígena. Por ello, los indios mismos pedían continuar pagando los antiguos tributos a cambio de seguir teniendo acceso a tierras comunales. Aunque tales peticiones eran vistas por los gobernantes “progresistas” como un signo del tradicionalismo indígena, Platt afirma que los indios usaban incluso un lenguaje republicano para hacer esas demandas: “For Indians, ‘citizenship’ [...] was not incompatible with what they considered the *equitable principle* of the Tributary State, based on their right to dispose collectively of their ayllu lands in exchange for the labor prestations and tribute they provided” (286). Este era el pacto que se había constituido a lo largo de los años con el Estado español. Así, del nuevo Estado que se estaba formando tras la Independencia, los indígenas no exigían la abolición de los impuestos, sino su conservación, a cambio de gozar de las mismas prebendas que gozaban en tiempos coloniales a través de su condición de “tributarios”.

Una relación similar con los impuestos encuentra Mark Thurner (1997) entre las comunidades indígenas de la región de Huaylas-Ancash en Perú en la misma época. Thurner argumenta que los historiadores del caso peruano parten de la idea de que los campesinos tenían una predisposición contra los impuestos. Estos asumen “that all fiscal exactions by the state are necessarily exploitative because they intrude upon peasant’s individual freedom or resources” (81). Thurner sostiene, en cambio, que la actitud frente a los impuestos no era siempre de rechazo. De nuevo allí la sociedad, predominantemente indígena, exigía unas ciertas condiciones para pagar el impuesto personal que se les imponía. Entre las exigencias de los indios estaban el acceso a tierras comunales, pero

también el derecho a no ser reclutados para guerras y a tener más participación en las decisiones estatales sobre sus comunidades, en tanto ellos eran también tributarios del Estado (98). Thurner muestra igualmente que en 1885 hubo un fuerte alzamiento contra la “contribución personal”, que más que evidenciar un rechazo al impuesto, sería un rechazo a ese gobierno en particular, que era considerado ilegítimo, en tanto había sido colaboracionista con Chile durante la guerra contra ese país en los años inmediatamente anteriores (81).

Ambos historiadores en sus respectivas regiones de estudio coinciden en mostrar cómo la población, marcadamente indígena, más que oponerse a los impuestos, los instrumentalizó, para hacer por medio de ellos exigencias al Estado en formación, que intentaba imponer un determinado estatus a esa población.⁹⁵

En el Tolima, sin embargo, encontramos otra situación: las polémicas por la cuestión de los impuestos a los licores evidencia un rechazo permanente de la población a las medidas estatales conducentes a controlar su producción. Podría pensarse que en el Tolima la falta de comunidades que subsistieran de tiempo atrás y el predominio de población reciente y de origen variado, que perseguía por ello básicamente intereses individuales, más que comunitarios, fue lo que generó una tal hostilidad frente a medidas centralizadoras y dificultó la conformación de grupos cohesionados por medio de intereses similares.

3.2.2. Las vicisitudes de la renta de aguardiente en Tolima

El citado botánico francés Edouard André, que realizó un viaje por el territorio colombiano en 1876, incluyendo el valle del Magdalena, describió con sorpresa el alto consumo de bebidas fermentadas entre la población de esta región. Según comentaba, la comida era muy sobria, pero normalmente finalizaba con el anisado, la chicha o el guarapo: “On est stupéfait de voir les femmes, les jeunes filles, les enfants même, absorber sans sourciller, de grands verres de cet alcool et n’en ressentir en apparence aucun trouble fonctionnel” (André 1878: 210). El aguardiente de caña era un producto básico de la alimentación, así como de la socialización. Además podía producirse a bajos costos con técnicas precarias. En muchas zonas del Tolima, especialmente en el centro y sur, era una industria casera manejada por mujeres. Pero también existían productores a mayor escala

⁹⁵ Guy P. C. Thomson sostiene una argumento parecido en su estudio sobre comunidades de población indígena en Puebla, México, en el siglo XIX. Cf. Thomson 1999: 10.

que contaban con aparatos más sofisticados.⁹⁶ Fue este último grupo el que intervino de manera más contundente en las discusiones sobre la legislación de la producción de aguardiente.

A mediados del siglo XIX, cuando empezaron a conocerse otros licores como la cerveza y el vino, los productores grandes se encargaron de desestimular su consumo impulsando la asignación de impuestos muy altos a estas bebidas y haciendo bajar los del aguardiente. Durante todo el período liberal, los impuestos a este producto fueron muy bajos, incluso entre 1866 y 1868 el gobierno liberal del estado del Tolima los abolió completamente, tanto sobre la producción como sobre la venta (Pelález 1898b: 4-5).

Con el ascenso al poder de los conservadores en 1885, los impuestos sobre el aguardiente pasaron a desempeñar un rol mayor, ya que estos fueron convertidos en rentas departamentales y según las proyecciones representarían el mayor ingreso para los nacientes departamentos.⁹⁷ El sistema que había funcionado normalmente para la recolección de la renta había sido el de patentes. Por este sistema todas las personas estaban autorizadas a producir el licor, bastando para ello pagar un impuesto para obtener la patente de producción. El impuesto era bajo para los aparatos “comunes”, como los que se usaban en las producciones caseras, y más alto para aparatos “reformados” (aparatos “comunes” a los que se les hacían modificaciones) y los importados, que producían más.⁹⁸ El gobierno regenerador elevó los impuestos a todos los aparatos e incluso intentó en varias ocasiones monopolizar la producción. Esto significaba que un solo productor se encargaría de producir el aguardiente para todo el departamento, o bien, subcontrataría a algunos productores en las regiones. El productor se comprometía a pagar al gobierno una determinada suma y el resto eran ganancias para él. Este era el sistema más efectivo para el

⁹⁶ Debe advertirse, de todos modos, que en general el tratamiento de la caña no estaba muy tecnificado en Colombia en esta época. André describe un trapiche que observó en Panche, Cundinamarca, aunque este solo se usaba para producir panela. La máquina era tirada por mulas. Esta le permitía a un productor “grande” sacar 125 kg de panela diarios. Esta escala de producción, según André, no podía en absoluto ser comparada con la de los trapiches de las Antillas. La novela *Manuela* de Eugenio Díaz Castro describe también la precariedad de los trapiches, aun los de productores “grandes” (1967: Capítulo 5).

⁹⁷ Antes de la llegada de los conservadores al poder en 1885, la renta de licores del Tolima se cotizaba en \$ 50.000 anuales y se recogía menos que eso. En 1898 la renta producía \$ 533.000 anuales (Pelález 1898b: 6-7).

⁹⁸ Así se describe un aparato casero con que se estaba produciendo ilícitamente aguardiente: “un timbo (olla) de barro, puesto en un fogón, cinco ollas también de barro ocupadas con mostos [...]; una paila de cobre; una damajuana grande con dos botellas de aguardiente; un utensilio llamado cuchara; un tubo de caña en forma de triángulo, a manera de sifón, que se emplea en los sacatines para manejar el agua en la paila; y un tubo de caña llamado flauta [por la cual pasa el licor ya condensado al receptor] junto con un embudo de lata metálica” (AHI, cj. 344, f. 248-249v). Los nombres coloquiales de varias de las partes de los aparatos hablan de lo extendida que era la producción casera. Los aparatos “reformados” tenían más piezas en metal y otros accesorios como calentadores y refrigerantes que permitían acelerar y aumentar la producción (para descripciones de estos aparatos cf. por ejemplo Decreto n° 162 de 1899 en RO 04.04.1899).

gobierno, desde el punto de vista fiscal, porque eran los administradores del monopolio y no agentes estatales quienes se encargaban de la expedición de las patentes, y sobre todo de la difícil tarea del control del contrabando y del fraude a la renta. El departamento simplemente recibía la suma que le daba el administrador del monopolio y era este el que debía controlar la producción y eliminar a sus competidores.

Pero el monopolio era inconveniente para el gobierno desde un punto de vista político. Esto porque aunque el monopolio hacía que el precio del licor subiera y eliminaba la producción casera, lo que hacía aumentar la producción de los productores grandes, no todos ellos lograban negociar con el administrador del monopolio, o bien, negociaban en condiciones desventajosas impuestas por este, lo que generaba gran descontento y un alto número de detractores. Por ello, a pesar de los múltiples intentos de adoptar el monopolio (intentos que se emprendían generalmente después de época de elecciones), este nunca llegó a funcionar con éxito.

Por el contrario, el sistema de producción libre con patente permitía a todos participar del negocio y parecía ser la forma que gozaba de mayor acogida. No obstante, el sistema de patentes tampoco era acogido sin descontento. De nuevo el aumento de la producción (en especial de la producción casera) hacía que el precio bajara, mientras que el gobierno intentaba subir el impuesto para mantener las proyecciones de recaudo. Al gobierno el sistema de libre producción con patentes le representaba menos ingresos, en especial cuando este administraba directamente el control de las patentes. Santiago Sánchez Soto, Secretario de Hacienda en 1898, pensaba que la poca efectividad del sistema de administración directa radicaba en que así “no es tan oportuna y eficaz como se requiere la acción del administrador”, porque este no estaba en capacidad de ejercer el mismo control que los arrendatistas privados. Un control permanente era necesario porque “hay general tendencia a favorecer el interés particular” y “el ingenio particular” se las arreglaba para evadir el impuesto. Por ejemplo los productores hacían pasar sus aparatos por “comunes”, que pagaban menos. O bien, se aliaban con las juntas que clasificaban los aparatos, para que alteraran la clasificación. De otro lado, el contrabando aumentaba por la falta de control, pues no se contaba con los agentes suficientes, estos eran fácilmente sobornables y para el gobierno era muy costoso pagar, además de los colectores, a agentes de control (en 1896 había en todo el Tolima setenta celadores y trece visitantes que

vigilaban a los celadores; los visitantes tuvieron que ser reducidos a ocho en 1897) (Sánchez 1898: 17-28).⁹⁹

Muchas veces el problema no era la falta de control, sino la creatividad de los productores para actuar de manera “legítima”, pero por medio de una interpretación amañada de las leyes. Por ejemplo Alí Cardoso pedía pagar un impuesto bajo por un aparato que había importado, aunque este tenía un alto ritmo de producción. Su argumento era que el aparato no estaba incluido en la ordenanza de licores:

sí es cierto que los aparatos *Egrot*, con calentador, no eran conocidos entonces [cuando se dictó a ordenanza de los gravámenes]. Pero ¿quién tiene la culpa de esto? ¿La tienen los productores que perdidos, que arruinados con el monopolio han hecho venir del extranjero aparatos nuevos que no están gravados con el doble impuesto para ver de trabajar con menos pérdida para sus industrias? Creo que no (Cardoso 1894: 15).

El “ingenio particular” se refleja también en la extensión de las ordenanzas y decretos sobre la renta, que debían especificar hasta el más mínimo detalle de los aparatos para evitar interpretaciones amañadas de la ley por parte de los productores. En los decretos de finales del siglo se precisaban aspectos como las formas y dimensiones de los aparatos destiladores, el material del que estaban hechos, la temperatura a la que se llevaba a cabo la destilación, el tiempo que demoraba esta.¹⁰⁰ Todos estos detalles indican maneras en que los aparatos eran modificados por los productores para aumentar su producción sin salirse de las normas.

La solución del gobierno, al no poder imponer el monopolio y al no poder administrar por sí mismo las patentes, era arrendar la renta. El arrendatario de la renta era el que tenía que cobrar el impuesto por la patente, controlar a los productores y evitar los fraudes. Este negocio seguía siendo bueno para el fisco del departamento, porque este recibía una suma fija, así como para quien obtuviera la administración de la renta. Muchos productores competían por obtener la renta, que se adjudicaba por medio de remate (se propuso a veces la asignación directa, pero el gobierno temía a la reacción de los no beneficiados¹⁰¹, por lo que siempre se optó por el remate). El descontento empezaba justamente desde el momento de la adjudicación, porque quienes no resultaban beneficiados, calificaban el remate de fraudulento. Otra complicación radicaba en el hecho

⁹⁹ Los celadores eran fácilmente sobornables ya que su sueldo era bajo. Normalmente se les pagaban sobresueldos, pero se encuentran quejas por la falta de pago de estos (cf. AHI, Actas Concejo Ibagué 1898-1901, pp. 214, 247). Quizás en contraprestación por el mal pago, los celadores solían apropiarse el aguardiente confiscado (cf. AHI, cj. 344, fs. 246-266; fs. 282-195v). Podría pensarse que este cargo lo ocupaban personas de origen humilde, en tanto algunos no sabían firmar (cf. por ejemplo AHI, cj. 344, f. 248).

¹⁰⁰ Cf. por ejemplo Decreto n° 162 de 1899 en RO 04.04.1899.

¹⁰¹ Cf. por ejemplo Peláez 1898b: 31-32.

de que los que obtenían el arrendamiento de la renta eran normalmente a su vez productores.¹⁰² Así, los arrendatarios de la renta solían tomar medidas para desestimular la producción de sus competidores, por ejemplo hacer muy costosas las patentes, realizar revisiones permanentes a los aparatos destiladores, que hacían bajar el ritmo de producción, otorgar solo cierta cantidad de patentes a cada productor, o simplemente negarse a dar patentes. Gozaban para ello de mucho poder, pues estaban facultados para contratar agentes que controlaran el fraude y el contrabando, que tenían el carácter de agentes de policía.¹⁰³

Las quejas no se hacían solo contra los administradores de la renta, sino también contra el Estado, que, se aducía, los estaba favoreciendo. Así lo advertía el Secretario de Hacienda en 1897, quien recomendaba hacer cambios al sistema de las rentas, ya que la legislación que regía había hecho que en 1894 los rematantes arruinaran a productores competidores con medidas extremas de control y altos impuestos, lo cual creó un descontento general que se volcó contra el gobierno: “tornó desafectos al Gobierno a no pocos de los que antes eran sus sostenedores decididos e inflamó las iras de los enemigos de antaño” (Sánchez 1898: 18).

Desde 1897 el gobierno intentó imponer definitivamente el sistema de monopolio. En 1898 se asignó el monopolio directamente al empresario antioqueño José María (“Pepe”) Sierra. El gobierno justificaba esta medida aduciendo razones de salud pública y moralidad. Aquilino Aparicio, gobernador en 1897, argumentaba que la producción debía controlarse hasta hacerse prohibitiva, en tanto las bebidas alcohólicas eran nocivas, conducían al abuso, degradaban al individuo y lo arrastraban al delito: “Los derechos fiscales con que son gravadas [las bebidas embriagantes], por crecidos que parezcan, deberían ser considerados por los que las producen y expenden, como compensación, nunca justa, de los gastos que el gobierno se ve obligado a hacer para contrarrestar los malos efectos del vicio” (LV 21.05.1897: 1).

En otro artículo en pro del monopolio se decía:

Los productores de aguardiente aspiran a constituirse en casta privilegiada, y no es justo que la carne y la sal estén gravadas excesivamente, a tiempo que la bebida embrutecedora y degradante esté, por su bajo precio, al alcance de todas las clases sociales. Tanto para proporcionarle entradas al fisco como por motivos de moralidad pública, el gobierno está en

¹⁰² El sistema funcionó así hasta el final del siglo, pero sabemos que para 1911 fue claramente estipulado en la Ordenanza n° 39 sobre licores de ese año, artículo 113, que los empleados de la renta no podían tener participación directa o indirecta en negocios relacionados con producción o venta de licor.

¹⁰³ Sobre el estatuto de los agentes de la renta cf. Ordenanza n° 1 de 1892, art. 21, en: Ordenanzas, decretos y resoluciones relativos a la renta de licores del departamento del Tolima (1894), p. 8.

el deber de gravar los productos alcohólicos, desoyendo los clamores de los que miran solo por sus propios intereses (LV 24.09.1897: 1).

Pero para los productores, era justo mirar a sus “propios intereses”, por cuanto, según ellos, el gobierno estaba restringiendo la libre empresa y violando el derecho a la propiedad. Muchos de ellos alegaban que habían ejercido aquella industria por muchos años sin tantas restricciones y de ella habían derivado su fortuna. Por eso no toleraban tan fácilmente los nuevos controles. También se alegaba frecuentemente que imponer el monopolio era dejar morir la agricultura del Tolima. Quien lo describió más patéticamente fue Manuel Angarita, abogado apoderado de algunos industriales perjudicados por el monopolio, que publicó varios folletos sobre el tema. En un folleto de 1898, Angarita escribía que la tercera parte de la población tolimense vivía de la industria del aguardiente o de industrias adyacentes a esta: cultivos de café, caucho, cacao. Declarar el monopolio podía aumentar las rentas del departamento, pero a costa de la pobreza de los pobladores. Angarita terminaba este escrito dando un aterrador cuadro del Tolima: tras la plaga de langosta, que aún no había terminado, y la depreciación del café, se cerraba con el monopolio otra importante fuente de empleo. Y ya se notaban los efectos de esa crisis:

Véanse por todas partes rostros macilentos y ojos apagados de personas que apenas tienen aliento para moverse. [...] Las modestas casas del camino están abandonadas [...]. Después de varias leguas de camino, en aquellos climas abrasadores, no se halla ni una miserable refacción, ni agua para apagar la sed, ni sombra que a uno lo cubra. Todo allí está desierto, triste, desolado... Tal es la situación actual del Tolima (Angarita 1898: 52).

Los productores veían el trabajo de sus industrias como un valor en sí mismo. En efecto, el auge económico del Tolima desde la segunda mitad del siglo XIX se debía en buena parte a esos hacendados, agricultores y comerciantes que habían desarrollado recientemente la industria agrícola allí con poca intervención del Estado. Puede entenderse así que las medidas cada vez más intervencionistas del Estado regenerador les resultaran injustificadas. En últimas, decían estar dispuestos a recibir indemnización por los perjuicios causados por el monopolio, pero tampoco lograron llegar a acuerdos con el gobierno, porque cada parte valoraba de manera muy distinta las propiedades. Surgieron tal número de críticas al monopolio, y fue tan fervientemente debatido, que el gobernador, Manuel Casabianca, se vio obligado a renunciar, y su sucesor, Emilio A. Escobar, tuvo que optar por cancelar el contrato de monopolio con José María Sierra y establecer de nuevo el sistema de patentes, que fue adjudicado en remate a varios productores.

3.2.3. La relación Estado - productores

En general cada nueva ordenanza y cada nuevo decreto reglamentando las ordenanzas, generaban una serie de discusiones en las que el gobierno debía servir de árbitro, tratando al mismo tiempo de defender sus intereses y de no ganarse muchos enemigos entre los productores. En tanto el proyecto regenerador requería de ingresos altos para ejercer el mayor control que implicaba la centralización de las instituciones y el crecimiento del aparato estatal, el departamento dependía en gran medida de las entradas que le llegaban de la renta, que era su principal fuente de ingresos. Por ello la asignación de la renta se convertía en un problema político. Los productores ejercían gran poder, además poseían medios económicos para comprar alcaldes y agentes judiciales (y en el caso de quienes administraban la renta, contaban también con un cuerpo de policía privado y legal). Ello les permitía conformar una especie de Estado dentro del Estado. Varios artículos del periódico *La Voz del Pueblo*, de Honda, se quejaban de esta situación. En uno se decía que el nombramiento de los alcaldes de los pueblos lo estaba llevando a cabo la junta rematadora “en personas no de la confianza de los pueblos sino de la Compañía” (*LVP* 31.07.1899: 4). En otro número del periódico se manifestaba:

Tenemos todavía otra cosa que objetar, tolerada indebidamente por el señor Gobernador: nos referimos al sobresueldo que la Compañía rematadora paga a todos o algunos Alcaldes por su intervención en lo relacionado con la Renta. Es el peculado consentido por el encargado de vigilar el cumplimiento de las leyes (*LVP* 08.08.1899: 2)

Y en otro artículo se resumía la cuestión así: “en ramo licores Rematador es Gobernador Departamento” (*LVP* 31.08.1899: 1).¹⁰⁴ Armados de este poder, los productores estaban en capacidad de asumir una oposición fuerte frente al gobierno cada vez que veían sus intereses afectados. Fue por su oposición que, desde que ascendieron los conservadores al poder en 1885, hasta el momento de comenzar la guerra, ninguna de las adjudicaciones hechas a empresas particulares, tanto para monopolio como para expedición de patentes, duró el tiempo estipulado en el contrato. La misma oposición generó la renuncia del gobernador, Manuel Casabianca, en 1898. Había también muchos productores que simplemente optaban por la resistencia a las medidas gubernamentales y seguían produciendo a pesar de existir monopolios o de no tener patentes. El gobierno del

¹⁰⁴ En otro artículo, titulado “Escriben de Manzanares”, se denunciaba que el alcalde de ese municipio había sido nombrado por la compañía rematadora, sin ser originario de allí, y que esta le pagaba sobresueldo (*LVP* 18.08.1899: 1).

departamento tenía poco poder para evitar esa resistencia, en tanto muchos productores contaban con el consentimiento de funcionarios públicos locales.¹⁰⁵

No obstante, si bien los productores podían ejercer una influencia fuerte sobre el gobierno, no constituían un cuerpo homogéneo. Eran numerosas las denuncias, tanto de parte de los agentes del Estado como de los mismos productores, en que se acusaba a estos de haber hecho campañas contra el monopolio o contra el arrendatario de la renta, y luego haber negociado con el monopolista o el arrendatario para seguir produciendo para ellos. El constante cambio de legislación también muestra que no había un solo grupo con el que se pudiera negociar, de modo que al menos una mayoría quedara satisfecha con los cambios realizados en la legislación. Se trataba más bien de múltiples intereses contrapuestos. Así, no podemos asumir que la discusión por la renta enfrentara claramente a dos grupos: productores contra Estado. El conflicto era menos frontal.

Estos múltiples intereses explicarían también actitudes frente al Estado que en principio podrían parecer paradójicas. De un lado, los productores criticaban duramente las medidas estatales como represivas y contrarias a la libertad de empresa y de propiedad. Parecían preferir un sistema en el que por su propia industria conseguían lo que podían, a uno en que tenían que esperar la redistribución del Estado, sabiendo, por lo demás, que eran unos pocos los que gozaban de los favores del gobierno. Pero de otro lado, recurrían permanentemente a ese mismo Estado por medio de memoriales, hojas sueltas, columnas en los periódicos, para que revisara la legislación a favor de los productores y para que controlara los abusos de los que habían obtenido el privilegio del monopolio o de la expedición de patentes.

Pero en estas discusiones se ve que, del mismo modo, el Estado tampoco representaba una entidad neutral que estuviera por encima de los intereses de los individuos. Tenía, por el contrario, un carácter personalista. Sus agentes no se distinguían claramente del resto de la población y sus medidas muchas veces beneficiaban solo a los gobernantes mismos, y a sus familiares y amigos. Esto era parte de la práctica política cotidiana y ocurría abiertamente. En la última década del siglo fue común en las protestas contra la adjudicación de la renta, acusar al gobernador Casabianca de beneficiar a

¹⁰⁵ Productores como Vicente Carrera del Líbano (*ES* 27.02.1899), Rafael Flórez (Flórez 1898) y Elías González de Fresno (*LVP* 31.07.1899: 2-3) siguieron destilando, a pesar de no contar con patentes. González negaba ser “defraudador de la renta”, antes bien, consideraba “asalto al domicilio” el hecho de que agentes de la renta ingresaran a sus fábricas a revisar la producción y a buscar aparatos destiladores escondidos, y llamaba “despojo de bienes” al decomiso de esos aparatos. Tal interpretación de las medidas estatales es muestra de la poca legitimidad con que gozaba el Estado. González escribió varios artículos al respecto en los números de julio y agosto de 1899 de *La Voz del Pueblo* y *La Crónica*.

determinados productores que eran también sus socios. Y esas acusaciones eran ciertas: Aparicio Rebolledo, quien obtuvo el monopolio en el primer período de Casabianca como gobernador, le escribió a este meses antes de ganar la adjudicación: “En este negocio podemos ganar mucho con toda limpieza, sin ningún fraude ni nada indigno”.¹⁰⁶ Casabianca también tuvo sociedad comercial con Fabio Lozano Torrijos (destacado líder liberal) y con José María Sierra, quienes hicieron parte en varias ocasiones de las compañías rematadoras de la renta. Así mismo, otros funcionarios también tenían vínculos con la renta, por ejemplo Fidel Peláez, Secretario de Hacienda y Gobierno de Casabianca en varias ocasiones, respaldó con sus propiedades a Guillermo Vila (reputado liberal), a quien se le asignó la renta de licores en 1893.¹⁰⁷

Pero a pesar de los fraudes que podían generar las relaciones comerciales entre miembros del gobierno y administradores de las rentas, las acciones de los gobernantes no deben leerse automáticamente como malintencionadas. Podía haber en ellas un sincero deseo de llevar a cabo políticas beneficiosas para el departamento. Es dicente al respecto esta carta recibida por Casabianca de Fidel Peláez, en tanto Secretario de Gobierno. En los días anteriores a un remate de la renta, Peláez advertía a Casabianca: “Si el gobierno le adjudica la renta al que puge más, este no pagará. Si busca cliente de recursos, hay que hacer trampa [para] evitar que la renta [...] caiga en poder de gentes hambreadas que se coman unos pocos meses y luego la abandonen desorganizada, como sucederá si triunfan las compañías ibaguereñas en formación.” Así mismo el Ministro de Hacienda, Antonio Roldán, le recomendaba a Casabianca adjudicar el monopolio directamente y no someterlo “a la confabulación de una licitación.”¹⁰⁸ Los funcionarios, más que regir solo en pro del beneficio personal, parecían tratar de propiciar la coincidencia entre su beneficio y el interés común, en tanto la política no era su actividad exclusiva: probablemente ningún mandatario de la época vivía solo de su trabajo en la política, tal rol no estaba claramente dissociado de otras actividades que estos ejercían para su subsistencia.

La difusa distancia entre el Estado y los dirigidos hacía a aquel muy vulnerable. Las discusiones por la legislación a la renta muestran la inestable posición del Estado y la gran capacidad que tenían los actores de emprender acciones que entorpecían el funcionamiento del Estado e impedían que se estableciera una legislación permanente. El Estado se movía

¹⁰⁶ 01.03.1886. Citada en Clavijo 1993b: <http.../monopo3.htm>.

¹⁰⁷ Ordenanzas, decretos y resoluciones relativos a la renta de licores del departamento del Tolima (1894), p. 132.

¹⁰⁸ Carta de Peláez: 27.08.1897. Carta de Roldán: 22.05.1898. Citadas en Clavijo 1993b: <http.../monopo4.htm>.

en esa tensión permanente por obtener recursos para poder sostener sus políticas centralistas, y mantener buenas relaciones con los notables locales para no estar en vilo constantemente. Igualmente los productores tenían una relación ambigua con ese Estado, de un lado oponiéndose a sus medidas, en tanto controlaban su libre acción, de otro exigiendo control del Estado para ejercer sus actividades económicas con seguridad.

3.2.4. La renta de aguardiente como conflicto social

En su documentado artículo sobre la renta de aguardiente en el Tolima, que hemos venido citando, Hernán Clavijo interpreta del siguiente modo el conflicto de la renta de aguardiente: “los hacendados-comerciantes que fueron grandes destiladores tendían a ser partidarios del monopolio, por cuanto les evitaba, en gran parte, la ‘ruinosa competencia del pequeño campesinado destilador’, mientras que este y otros sectores populares lo rechazaban, porque los privaba de sus medios de subsistencia”.¹⁰⁹ Esta oposición entre sectores populares y grandes propietarios es sugerida por los periódicos y los diferentes folletos que se refirieron al tema de la renta, pero mirando con más sospecha estos documentos y revisando otras fuentes, encontramos que tal división no estaba tan claramente definida.

La discusión que hemos venido reconstruyendo la llevaron a cabo principalmente productores grandes en contrapunteo con el gobierno. Al menos los que comandaron las discusiones eran hombres de nivel socioeconómico alto, en tanto podían escribir en los periódicos y publicar sus opiniones en folletos y hojas volantes. Muchos de ellos también contaban con conexiones con el gobierno central y eran líderes locales. Otros vivían directamente en Bogotá y poseían diversos negocios además de la producción de aguardiente. Los establecimientos de producción no consistían solo en los alambiques, sino también en plantaciones de caña, potreros, animales de carga, casas. Algunos poseían aparatos para destilar importados.

En las fuentes que consultamos no encontramos documentos producidos por grupos populares en que pidieran ayuda al gobierno o lo amenazaran con realizar acciones de resistencia para impedir la imposición de sus medidas. Esto puede deberse más bien a un problema de la precariedad de las fuentes, que a la ausencia de acciones conjuntas de los grupos populares. Por ejemplo, había regiones, en especial en el centro y sur, donde

¹⁰⁹ Clavijo 1993b: <http://monopo6.htm>

predominaba la producción casera sobre la producción industrial. Estos pequeños productores debieron de ejercer una dura oposición al monopolio, que era el sistema que les era más perjudicial.¹¹⁰ Pero debemos dejar claro que, a partir de las fuentes que usamos, no puede deducirse que la acción de los grupos populares hubiera sido la que más influyó en los cambios a la legislación sobre la renta. Esto tampoco quiere decir que esos grupos subalternos se hayan adaptado a ella de manera pasiva. Muestra de esto son numerosos juicios por fraude a la renta de licores que se encuentran entre los documentos del Archivo de la Alcaldía de Ibagué.¹¹¹ La acción fraudulenta que se describe en esos documentos consistía normalmente en la posesión de aparatos de destilación que se encontraban sin la debida patente. Pero estos casos eran tratados como delitos menores, en tanto la capacidad de producción de los aparatos era muy pequeña. Una señora justificó la posesión de un aguardiente que había preparado diciendo que lo usaría no para vender, sino para hacer un convite (trabajo en conjunto con otras personas, a las que se ofrecía comida y bebida como forma de “pago”). En su caso, le rebajaron la condena a la pena mínima: el pago de 100 pesos.¹¹² En otro caso revisado, la sospechosa fue absuelta porque la cantidad de aguardiente que poseía era mínima y no pudo comprobarse que un aparato de destilación encontrado cerca a su casa pertenecía a ella.¹¹³ Así mismo Pedro Varón fue condenado por el juez local, pero luego absuelto por el secretario de hacienda departamental, aduciéndose que si bien se había encontrado un alambique cerca a su casa y aun “revueltos” de licor en su casa, esto no indicaba que Varón hubiera destilado fraudulentamente aguardiente.¹¹⁴

El alto número de casos de fraude evidencian resistencia contra la ley, pero resistencia individual, en tanto no se trataba de acciones conjuntas en pro de determinados objetivos y metas que favorecieran a una comunidad o a una clase social.

No obstante, los periódicos y folletos hacen aparecer la causa de los productores contra el monopolio o contra la renta como una “causa popular”. Alguno de estos productores se describía como “pobre y humilde labriego”, “[o]scuro agricultor, mido el tiempo por los golpes de mi herramienta, de los cuales derivó la humilde subsistencia de

¹¹⁰ Clavijo 1993b: <http://monopo2.htm>.

¹¹¹ Cf. por ejemplo AHI, cj. 263, fs. 373-386v; cj. 265, fs. 1120-1174v; cj. 344, fs. 246-456.

¹¹² AHI, cj. 265, fs. 1131-1142, Sumario contra Jorgia Varón. Otro caso de fraude a la renta en que se aplicó también la pena mínima en: AHI, cj. 263, fs. 373-386v, Sumario contra Eusebio Varón.

¹¹³ AHI, cj. 344, fs. 246-266. Sumario contra Nicolasa Sánchez. También fue absuelto Jesús Güiza por una razón similar, en tanto se encontraron elementos para la fabricación de aguardiente cerca a su casa, pero no se pudo comprobar que fueran suyos AHI, cj. 344, fs. 267-281, Sumario contra Jesús Güiza.

¹¹⁴ AHI, cj. 265, fs. 1120-1130v, Sumario contra Pedro Varón. (Parece ser que el apellido Varón era muy generalizado en Ibagué; no puede decirse de los mencionados anteriormente que fueran familiares entre sí o familiares del líder liberal Tulio Varón).

mi esposa y de mis hijos” (ES 27.02.1899: 4). Pero se trataba de Vicente Carrera, quien lideraba la elaboración de memoriales contra la renta en el Líbano (RO 20.03.1899: 1182) y participó en la guerra de los Mil Días con título de general; estas características poco compaginan con la imagen de “pobre y humilde labriego”.

El abogado Manuel José Angarita usaba este tipo de argumentos conmovedores de manera recurrente, como en su escrito de 1898 que citamos más arriba. En ese escrito también declaraba que el monopolio tendía “a producir los horrores de la miseria en las clases desvalidas de la sociedad” (Angarita 1898: 44-45). En otro texto del siguiente año, que se oponía a la adjudicación de la renta realizada recientemente (escrito patrocinado por los editores de *La Crónica*, quienes decían preocuparse por la causa de “las clases trabajadoras” del Tolima –Angarita 1899: 3–), hacía Angarita causa común con los productores más humildes, tratando de mostrar que en la forma como el gobierno había clasificado los aparatos de destilación para cobrar los impuestos, había equiparado todos estos, incluso las ollas de barro caseras, a los que pagaban mayor impuesto:

Impuesto tan oneroso producirá necesariamente el resultado de que los industriales pobres, que usan aparatos rudimentarios de olla de barro, no podrán continuar ejerciendo su modestísima industria, de la cual derivan la subsistencia de sus hijos. ¡Cuántas infelices mujeres, que hoy observan conducta irreprochable porque su miserable alambique les proporciona el sustento, condenadas a morir de hambre habrán de lanzarse en el camino de la perdición! (Angarita 1899: 30).

El mismo tono usó el congresista José Vicente Concha cuando defendió ante el Senado una propuesta de ley para prohibir los monopolios: “Yo he visto, Honorables Representantes, un ejemplo doloroso de aquel sistema. [...]. Era una pobre y desvalida viuda rodeada de nueve hijos, que por todo bien sobre la tierra habían heredado pequeño pedazo de tierra sembrado de cañas, un trapiche y un aparato de destilación”. Concha vaticinaba que si el dueño de la renta le hacía cerrar su destiladora, “al día siguiente vagarán por plazas y calles, los niños con frío y hambre, extendiendo la mano, las niñas pisando acaso los primeros peldaños de la prostitución o el deshonor!” (Citado en Cardoso 1899: 19).

Otro ejemplo de este modo de argumentar lo presenta Elías González, un gran productor que opuso fuerte resistencia a las medidas del gobierno. En 1899 escribió varias cartas denunciando a los arrendatarios de la renta, porque le estaban saboteado su producción. Una de esas cartas fue un telegrama que dirigieron los trabajadores de su destiladora al presidente. En este pedían que no se permitiera a los dueños de la renta sellar los aparatos de González, porque la fábrica “dábanos pan diario cambio trabajo honrado”.

Si se interrumpía la producción, “se nos aguarda hambre, frío y miseria” (*LVP* 31.07.1899: 3).

Los productores grandes perjudicados con las medidas del gobierno solían hacer aparecer su causa como una “causa popular”, ya que incluir a los más pobres en el grupo de los perjudicados podía hacer el discurso más efectivo. Pero se deben mirar críticamente esas descripciones para no deducir de ellas tan fácilmente que había una efectiva unión de intereses. La medida que realmente satisfacía a esos pequeños productores era la libre producción. Pero esta fórmula no era lucrativa para los productores más grandes, porque cada quien producía en su casa para su propio consumo. En este caso, estos productores pobres resultaban una competencia real, porque producían para sí mismos, pero también podían vender su aguardiente más barato que el de productores grandes, en tanto no pagaban mano de obra. Pero en los periódicos, en los folletos, en los discursos políticos, como una forma de dar más fuerza a la oposición contra la legislación departamental sobre la producción de licor, se mostraba a productores grandes y pequeños como si constituyeran una coalición enfrentada al gobierno.

La historiadora Marie-Danielle Demélas (2003) en un estudio sobre el Estado, las élites y las comunidades indígenas en Perú y Bolivia en los años posteriores a la Independencia, problematiza estos “actores colectivos”. Postular la existencia de actores colectivos facilita la comprensión de la realidad pero también hace que se homogenice la multiplicidad y contradicción de las actitudes y las acciones de esos actores:

A propósito de los actores colectivos, es necesario recordar que son sucesivas políticas y miradas exteriores quienes los constituyen. Un mismo individuo, sometido a múltiples dependencias, acabará engrosando las filas de diversos actores colectivos, de acciones igualmente variadas [...]. ¿Quién fija el lazo principal que integrará a estos actores en tal o cual conjunto, si no es la coyuntura a la cual se enfrentan y la mirada del historiador que determina el relato en el cual sus acciones cobrarán sentido? (348).

Más allá de la indicación a la mirada parcial del historiador, que está presente en toda reconstrucción histórica, es interesante el llamado de atención acerca de que a los actores colectivos los definen las coyunturas y las miradas exteriores. En el caso que venimos estudiando hemos podido ver cómo los discursos publicados en periódicos y folletos estaban constantemente creando y rehaciendo agrupaciones que supuestamente estaban unidas por sus intereses, pero que finalmente resultaban tan efímeras como esos discursos. A continuación lo constataremos de manera más contundente analizando las interpretaciones partidistas que intentaron hacerse del conflicto en torno a la renta de aguardiente.

3.2.5. La renta de aguardiente como conflicto partidista

Fueron los liberales quienes más politizaron el problema de la renta de aguardiente en el Tolima. Su intervención alcanzó un punto álgido en 1899, cuando *La Crónica*, el periódico oficial del Directorio Nacional del Partido Liberal, publicado en Bogotá, asumió una comprometida posición por quienes estaban en contra del último remate de la renta que se había hecho en marzo de ese año. Con este se abolía de nuevo el sistema de monopolio y se volvía a las patentes, que serían administradas por la sociedad anónima “Compañía arrendataria de la renta de licores del Tolima”. Los productores que no resultaron elegidos en el remate para ser parte de esa compañía se quejaban de su carácter fraudulento y de que en el fondo el nuevo sistema era también un monopolio, en tanto los que habían ganado el remate ofrecían condiciones muy desventajosas a los productores; además, peor aun que en el caso del monopolio, el Estado no se comprometía a pagar indemnizaciones.

La Crónica contrató al mencionado abogado Manuel José Angarita para que demostrara la invalidez del sistema de renta adoptado. Este sostenía sus afirmaciones por medio de la cita permanente de la constitución, de leyes y de códigos. El periódico trataba de dar así una base jurídica a la discusión para hacer más fuerte la posición de los detractores de la renta, que en últimas se estaban oponiendo al gobierno conservador del Tolima. Pero la intervención de *La Crónica* resultaba contraproducente, en tanto muchos de los que se beneficiaban con el remate eran liberales, y muchos de los que estaban en contra eran conservadores. Así, el periódico liberal generó una división dentro de sus filas al querer darle coherencia partidista a una discusión que no era, en principio, partidista. Un liberal, autor anónimo (firmaba X.X.) de un folleto en defensa de la legislación de 1899 manifestaba lo paradójica de esta posición: “No deja de ser muy curioso el caso de un Directorio liberal que le pide a un gobierno regenerador la remoción de un Gobernador para traer al Gobierno del Tolima *ideas de mayor devoción* a las instituciones... regeneradoras!” (X.X. 1899: 7).

El cuadro se hizo más complicado con la intervención del periódico *El Autonomista* en apoyo de los que habían obtenido el remate. Este periódico era también liberal, de Bogotá, pero dirigido por el ala belicista del partido, que incitaba a la guerra como única opción para tomar el poder. Su director, Rafael Uribe Uribe, fue el principal impulsor de la guerra que se llamaría posteriormente de los Mil Días. Si sus intenciones consistían en promover la guerra, la opción más coherente habría sido hacer también campaña en contra

de la renta, es decir, en contra del gobierno conservador. No obstante, *El Autonomista* adoptó la posición contraria: apoyó la Compañía de Licores promovida por el gobierno conservador del Tolima. Esto creó una total confusión entre los miembros del partido liberal.

Pero Uribe Uribe parecía tener razones para tomar posición en pro de la Compañía de Licores. Dijimos antes que con el control de la renta podía ejercerse un importante poder por debajo del poder estatal. Los liberales en efecto aprovecharon parcialmente esa oportunidad. Dos de los más poderosos productores de aguardiente del Tolima, que en varias ocasiones durante la última década del siglo obtuvieron el manejo del monopolio o presidieron las compañías rematadoras de la renta, eran prestantes liberales: Guillermo Vila fue director del Partido Liberal del departamento en varias ocasiones y en la guerra de los Mil Días figuró por un tiempo con el título de Jefe Civil y Militar liberal del Tolima (Pérez 1904: 112); Fabio Lozano Torrijos fue también un importante líder político de la región, que en las décadas posteriores a la guerra ganó preponderancia nacional. Además de esta influencia por lo alto, al parecer muchos de los agentes contratados para recolectar la renta y vigilar el contrabando y el fraude eran liberales. Ya en 1895 Casabianca notaba cómo había crecido el poderío liberal a través de esa intervención en las rentas departamentales. Así explicaba al presidente Caro la fuerza que ganó el levantamiento de ese año en el Tolima: “La renta estaba en manos de entusiastas radicales, que fueron los primeros en irse al campamento enemigo con los fondos que manejaban.”¹¹⁵ Tal vez fuera esta una de las razones por las que Casabianca trató en los últimos años del siglo de asignar directamente la renta (no por medio de remate). Aun así, a finales de siglo, los liberales seguían gozando de gran poder por medio de su intervención en la renta. El problema estaba en que, como no constituían un grupo homogéneo, no lograron sacar gran provecho de ese poder. El director del Partido Liberal del Tolima, Belisario Esponda, describía cómo influía el tema de la renta en la división de los liberales en ese departamento, en una carta enviada a uno de los jefes del Directorio Liberal en Bogotá a mediados de 1899:

Aparte de la división [del Partido Liberal entre belicistas y pacifistas] que en todo el país se advierte, ocurren aquí dificultades excepcionales, creadas por la intervención del General Uribe Uribe en el remate de los aguardientes: Como U. sabrá, en la compañía rematadora han tomado parte muchos liberales, unos como interesados en el remate y otros como empleados, predominando un grupo de Antioqueños adictos a Uribe U. Ligados estos con el Gbno. por el interés que ambos tienen en la especulación, resulta que han hecho causa común y que de la decidida protección oficial que reciben, por razón del negocio, están

¹¹⁵ 17.04.1895. Citada en Clavijo 1993b: <http://monopo3.htm>.

serviéndose como arma política que esgrimen a favor del Uribismo y en contra del Directorio y sus partidarios.¹¹⁶

Esponda muestra de un lado que los liberales tenían fuerte influencia en el Tolima a través de su participación en la renta, no solo como productores, sino también como empleados, o sea como aquellos agentes que por ley estaban autorizados para ejercer labores de policía. Pero al mismo tiempo, la carta de Esponda evidencia que esta intervención no era beneficiosa para el partido, en tanto era comandada por el principal detractor del Directorio Nacional. Podríamos entender la intervención del periódico *La Crónica* en contra de la renta en 1899, como un intento del Directorio del partido de debilitar a los seguidores de Uribe en el Tolima asumiendo la causa contraria a este, que era apoyada también por poderosos liberales.

El Autonomista, en efecto, parece verse obligado a participar en la discusión contra su voluntad. De cualquier modo, fue más moderada su intervención en la discusión que la de *La Crónica*. Mientras este periódico dedicaba editoriales al tema, discutía sobre él en varias columnas y, como dijimos, trató de darle un tono académico a su posición, *El Autonomista* hablaba del tema en artículos de tercera página, firmados por seudónimos, sin que los editores del periódico discutieran, comentaran o se comprometieran claramente con su contenido. Además este periódico insistió varias veces en lo absurdo que resultaba tomar partido en el tema, en tanto era claro que no se trataba de una discusión partidista. En uno de sus artículos se decía: “Entre aquellos a quienes aparece hoy defendiendo el Directorio [liberal] hay conservadores, como entre aquellos a quienes aparece atacando hay muchos liberales.” Según el articulista, ello impedía considerar al Directorio como apoderado y vocero de todos los liberales (*EA* 04.07.1899: 3). En otro número del periódico se recomendaba: “no debe plegarse la política de nuestro partido a las exigencias apasionadas del debate sobre la renta de licores en aquel departamento [Tolima]” (*EA* 11.07.1899: 3).

Uribe Uribe además apoyaba a Rafael Camacho como candidato a la jefatura liberal del departamento, a pesar de que este estaba también en contra del remate. Camacho trató de dar un sentido a esta contradicción cuando escribió: “[La discusión sobre la renta] es una cuestión entre un gobierno Departamental arbitrario, usurpador de funciones, perseguidor de un pueblo, violador de leyes y expoliador, y ese pueblo perseguido y expoliado en el cual hay liberales y conservadores, mujeres, ancianos y niños”. En cuanto a

¹¹⁶ AGN, ACH, Juan E. Manrique, cj. 1, cr. 8, fs. 57-58. Belisario Esponda a Juan E. Manrique, 14.08.1899.

la oposición entre *La Crónica* y *El Autonomista*, consideraba Camacho que la rencilla era pasajera, porque ambos periódicos representaban al liberalismo entero (EA 04.08.1899).

Los liberales tuvieron medios para mantener una fuerza política por debajo de la fuerza oficial. Pero el partido no era todo lo que los movía actuar, tenían otros intereses a los que parecen haberles dado prioridad y de ahí que no lograran sacar gran provecho del dominio económico-político que habían conseguido.¹¹⁷ En general, la división entre quienes estaban en pro y quienes estaban contra la renta no la marcaba ni la división entre liberales y conservadores, ni las divisiones dentro de los partidos.

Esto se puede observar por ejemplo en la lista de veinte socios que formaron la “Compañía arrendataria de la Renta de Licores del Tolima” en agosto de 1899. De ellos cinco eran liberales y seis eran conservadores (carecemos de información sobre los otros nueve).¹¹⁸ Una situación similar se observa a partir de una lista publicada en *El Autonomista*, en que se mostraba que al menos 95 personas habían hecho acuerdos con la Compañía arrendataria para producir el aguardiente para determinadas regiones. Pudimos establecer la adscripción política de 39 de ellos: 18 eran liberales y 21 conservadores.¹¹⁹ Por su parte, los oponentes eran tanto conservadores (como la familia Uribe de Honda y Elías González de Fresno¹²⁰), como liberales (Alí Cardoso de la provincia de Neiva y Rafael Camacho de Líbano). Beneficiarios y perjudicados por la renta pertenecían a ambos partidos.

Ello deja entrever que estos productores se movían más por el interés individual que pensando en su determinada adscripción a un partido. Los mismos productores se denunciaban entre ellos, porque no actuaban en concordancia con los objetivos por los que estaban peleando. Por ejemplo Rafael Flórez, productor bogotano perjudicado por el monopolio, criticaba a los productores con los que había luchado conjuntamente para que se aboliera el monopolio, quienes al momento de ser finalmente asignado este a Pepe

¹¹⁷ No obstante, podría relacionarse el dominio liberal en ciertas localidades al principio de la guerra con el hecho de que agentes de la renta liberales tenían una posición fuerte en ellas. Este es el caso al menos de Ramón Chaves, un importante jefe de guerrillas en la zona de Anaime, cerca a Ibagué, que en los meses anteriores a la guerra trabajó como agente de la renta allí y era reconocido como tal en la zona.

¹¹⁸ Lista en RO 30.08.1899: 1272. La identidad partidista la dedujimos a partir de las firmas de mensajes de adscripción a partidos o a candidatos que publicaban los periódicos locales y nacionales que consultamos.

¹¹⁹ Listas en EA 06.07.1899; 07.09.1899.

¹²⁰ A pesar de su pertenencia política, Elías González le escribió una carta a Rafael Uribe Uribe pidiéndole que investigara desfalcos, estafas y despojos que estaba cometiendo el gobierno en Fresno (probablemente se refería de nuevo a las acciones de los agentes de la renta de aguardiente). González le decía a Uribe que era amigo y condiscípulo de su hermano Heraclio. En cuanto a su posición política, se describía ante Uribe como “republicano” y que por tanto deseaba la participación de liberales y conservadores y no la exclusión de algún grupo (AGN, ACH, Rafael Uribe Uribe 01.10.1898, cj. 5, f. 2227, rollo 02).

Sierra, fueron a ofrecerle su aguardiente. Flórez decía asumir la posición de resistencia frente al monopolio hasta recibir la justa indemnización (Flórez 1898). Esta sin embargo era la actitud de la minoría, eran más los que resultaban negociando con el mejor postor.¹²¹

Hemos visto cómo, en la discusión sobre la renta, lo que más parece mover a la gente es el interés individual, mientras que las alianzas temporales que pudieron a veces formarse, por ejemplo entre fracciones de empresarios, estos con el gobierno (cuyos agentes también eran empresarios) o entre empresarios o gobierno con gente de nivel económico bajo, fueron normalmente muy frágiles. Así, la relación entre esos conflictos y la explosión y desarrollo de la guerra de los Mil Días no aparece de manera clara. Ello contradice otra de las tesis mantenidas por Hernán Clavijo en el ensayo que hemos venido citando. Clavijo concluye que “la relación entre el problema del monopolio de la renta de aguardiente y la guerra de los Mil Días en el Tolima es, en buena parte, de causalidad”. El conflicto por la renta, según su lectura, formó dos grupos: productores contra gobierno. En tanto el gobierno era conservador nacionalista, los productores se unieron en torno al liberalismo o el conservatismo histórico, que fueron los bandos que se enfrentaron en la guerra, al menos al comienzo.¹²²

En efecto, el malestar causado por la renta generaba preocupación a los gobernantes. El gobernador Emilio A. Escobar en su discurso del 20 de julio (el día de la fiesta nacional) en 1899 aseguraba que el gran problema, quizás el único, que aquejaba al Tolima en ese momento era la discusión sobre la renta de aguardiente (*RO* 26.07.1899: 1245). Además de la constante discusión al respecto en los periódicos locales en ese año, la intervención de los periódicos liberales de Bogotá, *La Crónica* y *El Autonomista*, había hecho que el problema trascendiera la escala local y generara incluso reflexiones sobre el liberalismo como partido. La discusión adquiría un tono cada vez más partidista, en un momento en que otras tensiones entre los partidos y un malestar general contra el gobierno se profundizaban. Pero hemos tratado de mostrar que las agrupaciones eran muy efímeras y que no es posible encontrar grupos consolidados en torno a unos intereses definidos. No había un régimen de la renta con el que todos o la mayoría de los productores estuvieran satisfechos y contra el que el gobierno se estuviera oponiendo. De ahí que es difícil entender el conflicto de la renta como una *causa* de la guerra de los Mil Días o como una

¹²¹ Denuncias en el mismo sentido hace Elías González (*LVP* 31.07.1899: 2-3). A Alí Cardoso fue a uno de los que se acusaba de oponer resistencia al monopolio y luego negociar con el monopolista. En 1898 Cardoso publicó un folleto en el que intentaba justificar su proceder (Cardoso 1898).

¹²² Clavijo 1993b: <http://monopo6.htm>

causa de la determinada manera como se formaron los bandos en ella. La guerra no se hizo en pro o en contra de un determinado régimen de la renta de licores. En la lista ya mencionada de 95 personas que habían hecho contratos con la Compañía de Licores en 1899 aparecen nombres de personas que luego tomaron armas o estuvieron al servicio en ambos bandos de la guerra: del lado liberal por ejemplo Clodomiro Castilla, Juan de la Rosa Barrios, Belisario Arciniegas, Trifón Molano, Baudelino Aguilar, Belisario Torres; del lado conservador Ricardo Morales Tobar, Alejandro Villoria, Gabriel Echeverri, Tiberio Díaz, Roberto Leiva.

Los contemporáneos también constataban este fenómeno. En los primeros meses de la guerra, el periódico oficial *El Orden Público* advertía que la intensidad del conflicto en el Tolima

[n]o es, como algunos lo creen aquí [en Bogotá], por causa del monopolio de los licores, pues los mismos radicales [los liberales] son los que han contribuido a implantarlo. Todos los agentes de la Compañía rematadora están en los campamentos de la rebelión. *El Autonomista*, como se recordará, asumió en esta capital la defensa de esa misma Compañía. Luego el monopolio no es la causa principal de lo que allá sucede. Esta causa hay que buscarla en otra parte” (*EOP* 05.03.1900: 366).

La afiliación partidista, a pesar de que fue usada constantemente en las discusiones por la renta, no definió dos bandos contrapuestos. La posición acerca de la política que debía adoptar el gobierno departamental en materia de la renta era móvil, coyuntural, y por eso la asimilación de monopolio con Regeneración o libre producción con liberalismo no es útil para comprender la complejidad de la discusión. En la pugna por la renta encontramos en mayor medida individuos que trataban de mantenerse en el negocio de la producción, el cual parecía ser muy lucrativo, a pesar de las restricciones interpuestas por los legisladores. Si bien estos individuos podían formar temporalmente causa común con otros, no constituyeron grupos fuertes, definidos, sino formados *ad-hoc* según las circunstancias lo fueran exigiendo.

La multiplicidad de grupos que generó el problema de la renta, no alineados claramente con alguno de los partidos, pone de nuevo en evidencia que los partidos políticos, si bien son esenciales para entender la historia del siglo XIX en Colombia, no marcan todos los eventos de ese período. La sociedad no estaba completamente polarizada en dos partidos, como podía aparecer en los periódicos o como podría pensarse analizando ese período solamente como una serie de guerras civiles partidistas. Veremos en el cuarto capítulo que fueron las propias acciones de guerra y las medidas del gobierno como las

expropiaciones, los empréstitos forzosos, los reclutamientos, las que fueron acentuando las divisiones y llevando a los pobladores a entrar de manera más decidida en ella.

3.3. Fundación de poblados

Otro de los temas que generó alta conflictividad en el Tolima para finales del siglo XIX fue el de la fundación de poblados. Como lo indicamos en el apartado 3.1.1., los gobiernos liberales de la segunda mitad del siglo XIX fomentaron la apropiación de la tierra por medio de la adjudicación de tierras a particulares, pero también se incentivó la creación de poblaciones. La intención de los legisladores era convertir a los pobladores de esas aldeas en ciudadanos bajo el control estatal. En el procedimiento de creación de poblados se adjudicaban áreas específicas a las poblaciones según la disponibilidad de tierra (en la zona norte del Tolima para la segunda mitad del siglo XIX encontramos adjudicaciones de 7.000 a 20.000 hectáreas para las nuevas poblaciones), pero esa adjudicación debía subdividirse entre los pobladores estableciendo claramente el predio adjudicado a cada vecino con sus límites específicos. Convertirse en adjudicatario implicaba convertirse en propietario (de nuevo aparece el ideal liberal de incentivar la propiedad privada) pero también en contribuyente y posible recluta para las guerras, pues entre las condiciones para la adjudicación de las tierras estaba la creación de listados de los vecinos para los registros pertinentes, aunque en los primeros cuatro años de gestación del municipio se les cedía a los vecinos el producto de los impuestos y se les eximía de ser reclutados.¹²³ La creación de poblados promovida por el Estado estaba pues dirigida a tener este un mayor control sobre los pobladores haciendo de ellos propietarios, eventuales soldados y por esa vía ciudadanos.

Hemos venido citando al historiador Hermes Tovar (1995), quien estudia ampliamente la colonización de baldíos, en especial en Antioquia y Tolima, durante el siglo XIX. El principal contraste que encuentra Tovar entre las dos regiones es que al occidente de la Cordillera Central (sur de Antioquia, norte del Cauca) predominó la colonización auspiciada por terratenientes y empresarios que recibieron vastas concesiones de tierras en las que fundaron aldeas con el fin de atraer colonos que explotaran la tierra. Por el contrario, al otro lado de la Cordillera, en el norte del Tolima, no existió esta

¹²³ La especificación de estas medidas aparece por ejemplo en el decreto 48 del 11 de febrero de 1884 con el que se crearon las aldeas de California y Victoria al norte del Tolima. Cf. AGN, Baldíos, t. 7, fs. 31-32.

modalidad de apropiación, sino que la colonización fue realizada por colonos espontáneos. Tovar subraya el espíritu comunitario y fraternal de esos nuevos poblados, un tono que mantiene en otras partes del libro, como hemos citado antes. Sobre la fundación de aldeas Tovar sostiene que

los colonos se organizaron en pueblos para defender mancomunadamente sus derechos frente a las ambiciones de empresarios que quisieron hacerse adjudicar sus tierras. Las aldeas actuaron como el eje ordenador de la distribución de tierras entre los pobladores; mantuvieron conflictos con otros entes que pretendieron tierras y derechos en contra de los intereses de la comunidad, y, del mismo modo, gracias a las comisiones agrarias, resolvieron disputas entre cultivadores en el momento de efectuar repartos (15)

Más allá de las pretensiones de la ley y de la supuesta confluencia de intereses de las comunidades, la creación de muchos de los municipios del norte del Tolima evidencia más bien conflictivos procesos en que se oponían intereses privados. Esas fundaciones fueron resultado de olas colonizadoras que llegaban a los territorios en diferentes momentos, provenientes de zonas distintas, por ello la identificación entre vecinos, como veíamos en los conflictos por tierras, no era la regla. Estas fundaciones refuerzan las observaciones que hacíamos describiendo esos conflictos: los grupos no eran tan claros ni la oposición colonos - terratenientes o colonos - estado tan evidente.

El conflicto Soledad - Fresno es un caso paradigmático porque generó muchas quejas de los vecinos, en especial de Fresno, consignadas en varios de los tomos del Fondo Baldíos. Dada la relativa abundancia de documentos sobre el conflicto entre las dos poblaciones, se ha mencionado ya en otros trabajos historiográficos (cf. Tovar 1995, Palacios 2002).¹²⁴

Se trata de un conflicto por tierras en el límite entre ambos poblados. A Fresno, que fue una de las primeras poblaciones creadas por la ola colonizadora de la segunda mitad del siglo XIX, le asignaron 7.680 hectáreas en 1858. Posteriormente fue creada en tierras aledañas la población de Soledad, a la que le fueron cedidas 12.000 hectáreas en 1873. Luego, en 1879, Fresno obtuvo otras 20.000 hectáreas más. Ya desde la creación de Soledad empezaron las quejas de los habitantes de Fresno, en las que se aducía que las asignaciones hechas a Soledad se solapaban con tierras ya asignadas a Fresno y por tanto se exigía la intervención del Estado para establecer bien los límites, levantar de nuevo los planos y, sobre todo, invalidar las asignaciones hechas a Soledad (t. 3, fs. 365-379v). Estas peticiones las repitieron en varios memoriales grupales. Es interesante mirar el tipo de

¹²⁴ Sobre este conflicto cf. AGN, Baldíos, t. 2, f. 123; t. 3, fs. 326-379v; t. 4, fs. 9-10, 163-174v; t. 5, fs. 15-27; t. 7, fs. 102-120; t. 8, fs. 106-124v; t. 10, fs. 269-271; t. 11, fs. 174-175v; t. 12, fs. 22-26, 252-269, 300-302; t. 13, fs. 5-7, 22-28, 37-38; t. 14, fs. 235-283; t. 15, fs. 299-317, 365-367.

lenguaje que se usaba en estos memoriales. Generalmente se mostraba un acentuado sentimiento comunitario que reclamaba determinados modos de actuar del Estado. Además se buscaba mover a la compasión de los dirigentes enfatizando en el trabajo que había costado la adaptación de las tierras para su cultivo. Se adulaba también la acción estatal y se aseguraba que la población sería fiel a esos mandatarios. El memorial que citamos a continuación ilustra el tono que solían tener. En este los vecinos de Fresno agradecían al gobierno nacional por un agrimensor que les había sido enviado en 1882 para dirimir el conflicto:

La junta administrativa de la aldea de Fresno, a nombre de la población que representa, saluda atentamente al señor Secretario de Hacienda de la Unión, y le manifiesta que el señor ingeniero a quien tuvo a bien mandar a esta población para practicar la mensura de las veinte mil hectáreas de terrenos que nos fueron cedidos por el Congreso de 1879, está ya practicando sus operaciones con esmero escrupuloso, para dejar bien deslindados los derechos que nos ha concedido la Nación.

Hoy es ya cierto para nosotros, que hemos logrado la realización de nuestros más ardientes deseos; podemos considerar que hemos adquirido ya la propiedad de estos terrenos, tantas veces regados con el sudor de nuestra frente, y a donde hemos venido a establecer nuestros hogares, sosteniendo una lucha constante con la naturaleza, pero confiamos siempre en la generosa protección del Gobierno de la Unión, que vela por el progreso de los pueblos.

[...] Os deberemos el progreso futuro de la aldea, y vuestro nombre vivirá siempre en el corazón de sus habitantes (t. 4, fs. 163-164).

Otro memorial escrito en 1887 por este mismo pleito vuelve a emplear el argumento de la dureza de su trabajo al tiempo que muestran su identificación con el gobierno de turno (que en 1887 ya era el gobierno conservador regenerador): “Seguros de hoy en adelante en nuestra propiedad, sabemos que tan grande bien lo debemos a vuestra sabiduría y a vuestra justicia; y confiados en absoluto en la protección del Gobierno, seguiremos con fe nuestro duro camino de colonizadores, enriqueciendo a la República, y asegurando el porvenir de nuestras familias, con nuestros perseverantes esfuerzos en la lucha honrada del trabajo” (t. 8, fs. 116v).

Este lenguaje unido a las numerosas firmas que concluían estos memoriales nos pueden hacer pensar que había una comunidad detrás de esos memoriales impulsando sus causas de manera mancomunada. No obstante, otros documentos nos advierten contra esa impresión. Los memoriales provenientes de Soledad mostraban otros aspectos del conflicto. En 1887 vecinos de Soledad se dirigieron al gobierno (t. 8, fs. 119-124v) manifestando que no era cierto que los terrenos asignados a Soledad se traslaparan con los de Fresno, sino que *algunos particulares* se aprovecharon de la incertidumbre de los límites y hostigaron a personas que cultivaban en la zona limítrofe diciéndoles que esos

terrenos pertenecían a Fresno y ya tenían dueño. Las resoluciones auspiciadas por el gobierno local y ratificadas luego por el gobierno regional y el nacional habían servido de pretexto a esos particulares para sacar a varios cultivadores de las tierras.

Además de los memoriales de Soledad, también peticiones de particulares que cultivaban en los terrenos en cuestión acusaban a las autoridades de Fresno de usar en provecho propio el poder de hacer adjudicar tierras “para su población”, basándose en una normativa que ellos mismos habían impulsado. Así por ejemplo, dos poseedores de tierras en el límite en cuestión entre Fresno y Soledad, Acisclo Hincapié y Francisco Valencia, se quejaban en 1884 por “los abusos y depredaciones de unos pocos gamonales que quieren adueñarse por vías de hecho de grandes extensiones de tierras baldías, quitándoselas a sus legítimos poseedores” (t. 5, f. 16). Y más adelante expresaban:

Sabido es el poder discrecional que ejerce un gamonal de pueblo sobre las autoridades, y ya está sucediendo en estos pueblos de la Cordillera, que esos gamonales tratan de apoderarse de todos los baldíos lanzando a los pobres colonos, porque cuentan con el influjo que ejercen no solo sobre las autoridades de sus pueblos sino en el alto Gobierno (t. 5, f. 25v).

Acusaban al alcalde del momento, Norberto Gaviria, como ese “impuesto gamonal déspota de los pobladores y colonos” (t. 7, f. 102). De igual manera acusaban al exalcalde, a los agrimensores y a personas del círculo de Gaviria, justamente aquellos que firmaron el documento de 1882 anteriormente citado (t. 4, fs. 163-164), agradeciendo en nombre de la comunidad que representaban, en tanto miembros de la junta administrativa de la aldea, por la labor que había realizado el agrimensor.

Otro particular, Antonio María Toro, se quejaba en 1887 igualmente de la actuación de Norberto Gaviria en los mismos terrenos en disputa: “el señor Gaviria [...] ha pretendido y pretende para sí un grandísimo globo de terreno pidiendo con encarnecimiento en muchos casos el despojo violento de nuestros cultivos”. En ello lo apoyan los abogados Clemente Salazar y Federico Escobar, basados en planos y mediciones que ellos mismos habían patrocinado (t. 11, fs. 174-175v).

El gobernador Manuel Casabianca, quien dio al Ministerio de Hacienda un informe aclaratorio sobre el pleito Fresno-Soledad en 1889, también recalca este hecho de que en últimas el conflicto era entre particulares: “los más infelices de aquellos pobladores [del límite entre las dos poblaciones], han sido notablemente perjudicados en sus derechos por los más astutos y audaces que con el carácter de gamonales dominaron en tiempos anteriores aquella población [Fresno]” (t. 10, fs. 269-271).

El pleito, presentado desde Fresno como un conflicto limítrofe entre municipios, se revela, mirando otros documentos como un conflicto de particulares que querían aprovecharse de otros usando el argumento de los beneficios o los perjuicios *a su comunidad*. Estos documentos muestran cómo era instrumentalizado el discurso del interés comunitario por aquellos que se decían representantes de esos intereses, por ejemplo las juntas administrativas (después de 1886 convertidas en “concejos municipales”), para beneficios personales.¹²⁵

En la adjudicación de tierras en Manzanares, otra de las aldeas fundadas en la segunda mitad del siglo XIX en el norte del Tolima (hoy en día pertenece al departamento de Caldas)¹²⁶ se observa un caos similar, producto del afán del Estado en construcción que pretendía comenzar a tomar control sobre la tierra y los habitantes mientras estos trataban de conjugar sus modos anteriores de tenencia de la tierra con las nuevas regulaciones. Ese conflicto entre regulaciones y prácticas es interesante porque se observa cómo se usaba la nueva normatividad para dar validez a determinadas distribuciones de tierra que ya se habían realizado de hecho.

En el año 1866, el Estado le asignó 12.000 hectáreas al naciente poblado de Manzanares. Al poco tiempo comenzaron las quejas de los vecinos. En distintas ocasiones, grupos de vecinos o autoridades locales denunciaron la realización de adjudicaciones hechas siguiendo las querencias de los jefes locales de turno, que se nombraban a sí mismos como agrimensores. Así, un grupo de vecinos escribía un memorial en 1879 (t. 2, fs. 379-381) acusando a un agrimensor que, “prevalido de sus recursos y de la pobreza e ignorancia de algunos de los agraciados”, había hecho las adjudicaciones “dando menos al que le tocaba más y más al que le tocaba menos, usando de preferencias y favoritismos injustos y, en fin, continuando en las adjudicaciones después del período en que la comisión agraria debía funcionar” (t. 2, f. 379). Un visitador que estuvo tratando de dirimir

¹²⁵ Marco Palacios en su libro *El café en Colombia* menciona también este conflicto entre Fresno y Soledad (2002: 299-300). En su lectura, hace énfasis en el conflicto entre colonos y gamonales, estos últimos aliados al Estado: “Emergen dos personajes principales de la colonización organizada: los gamonales y los agrimensores: los ‘políticos’ y los ‘técnicos’. En alianza redistribuyeron las tierras de las colonias en su provecho personal o en el de sus favoritos, parientes y allegados [...]: los gamonales se amparaban en la legislación provincial para atizar luchas municipales a cuya sombra acaparaban la tierra, o la distribuían entre su clientela política, suprimiendo los conflictos sociales internos” (299). Como hemos tratado de mostrar, esos “gamonales”, lejos de actuar como un grupo con intereses comunes, opuestos a los de los colonos, tenían disputas permanentes (era entre ellos que se acusaban de “gamonales”) y se aliaban con colonos para levantar quejas que hacían aparecer como reclamos de una comunidad que decían representar.

¹²⁶ AGN, Baldíos, t. 2, f. 377-381; t. 5, f. 46-48v, 280, 297; t. 7, fs. 1-50; t. 8, fs. 59-63; t. 10, fs. 50-56; t. 11, fs. 28-29; t. 12, fs. 30-30v.

algunos conflictos en 1886 denunciaba también esa práctica de los repartidores de asignarse tierras para ellos sin las debidas diligencias (t. 7, fs. 27v). Así mismo, en el año 87, uno de los alcaldes denunciaba al síndico municipal (el encargado de defender jurídicamente los intereses municipales), en este caso no por una mala repartición sino por oponerse a una nueva, dado que, según la denuncia, era un “interesado directo o hermano de uno de los señores que hoy retienen gran parte de los solares del área de población, y que impiden la fomentación de aquella aldea” (t. 8, f. 60v). El síndico a su vez decía oponerse a nuevas reparticiones, dado que ya no había más baldíos que otorgar y una nueva distribución de la tierra perjudicaría a quienes ya tenían terrenos asignados (t. 7, fs. 18-21).

Estas denuncias solían hacerse para justificar nuevas reparticiones de los terrenos, distribuciones que beneficiarían a otros vecinos. Así, unos memoriales pedían hacer nuevas adjudicaciones mientras otros pedían volver a una distribución anterior, ambos basados en las denuncias a quienes habían hecho anteriormente las adjudicaciones. En esta sucesión de reparticiones y anulaciones de las reparticiones hechas, se generó una caótica situación en la que se superponían ocupaciones de hecho, “certificadas” con documentos sin valor legal, pero que pretendían una validez local. En donde mejor se describió esa situación fue en el informe del visitador Antonio Quintero que acabamos de citar (t. 7, fs. 27-29v).

Su visita se realizaba para establecer la validez de los títulos de posesión sobre los terrenos del área de la población, sobre los cuales se habían presentado reclamaciones. Para regularizar la situación de los predios, el visitador pidió a los poseedores mostrar títulos de sus tierras. Esto porque la lista de adjudicatarios, que normalmente debía estar en poder de la alcaldía, había sido robada: “Hay que hacer constar ante todo, que el libro en que debían constar las diligencias de entrega de baldíos [...] [dejó] de existir junto con el padrón de pobladores a consecuencia del robo que en dos ocasiones se ha hecho del archivo de la Alcaldía, en donde tales documentos se custodiaban” (f. 27). Tales robos o simulaciones de robos eran usados por las personas para reclamar nuevas reparticiones de la tierra.¹²⁷

¹²⁷ Los libros de repartición eran el principal documento que daba expresión legal a la ocupación de las tierras, listando los nombres de los favorecidos con adjudicaciones y los linderos de sus tierras. Por lo mismo constituyen documentos constantemente intervenidos y falsificados, cuando no eran robados. Pero también los visitadores estatales se quejaban de la irregularidad con que eran llevados por los funcionarios locales, lo que indica cómo se buscaba una legitimidad por este medio. Sobre un libro de adjudicaciones en Fresno el visitador describía que las primeras 94 diligencias eran copias, las originales no existían. Al libro le faltaban páginas y estaba descuadrado. Varias diligencias carecían de firma del alcalde, del síndico o del secretario, o eran completamente anónimas (t. 7, f. 113). También se encuentran denuncias de irregularidades similares en un libro de adjudicaciones de Murillo (t. 10, f. 257).

En el proceso de revisión de los títulos, el visitador constató que muchos de los poseedores carecían de uno. Pero incluso aquellos títulos que le fueron mostrados al visitador no tenían validez en su mayoría. En muchos de los documentos faltaba la expresión de los linderos de los lotes, más grave aún, no se trataba de escrituras públicas sino de documentos hechos en papel común y no sellado, y normalmente otorgados de manera privada, sin haber pasado por un proceso de legalización de la venta.

El visitador también señalaba otras irregularidades en la posesión de las tierras. Muchos no tenían vivienda construida a pesar de que se había vencido el plazo para hacerlo, o bien, habían construido viviendas en lotes que no les habían sido adjudicados por ley. Había documentos que indicaban ventas sobre lotes aún no adjudicados. Así el visitador hablaba de un documento en que aparecía “la venta de un solar *que puede corresponderle* al otorgante como vecino de Manzanares para que el comprador lo reclame cuando y en donde le parezca”. Y otros “títulos de propiedad” que consistían “en simples documentos de venta de los derechos que *pusieron tener* los vendedores en el área de población” (f. 27v. Subrayado en el original). Es decir, había pobladores que de hecho ocupaban los terrenos y en tanto colonos pretendían que algún día les fuera adjudicada la tierra como vecinos y era ese pretendido derecho el que vendían. En otros casos los primeros adjudicatarios habían vendido su posesión al poco tiempo de haberles sido otorgada, cuando la ley exigía permanencia de al menos un año en ella.

El informe mostraba que durante todo el período desde la adjudicación de los primeros lotes en 1868, se habían practicado cesiones, remates, ventas sobre esos terrenos, todo ello sin que mediaran procesos legales. Esto había llevado a múltiples asignaciones de las mismas tierras y a quejas permanentes de los vecinos exigiendo o bien la reasignación de terrenos o bien volver a una antigua distribución.

El desorden no se debía pues solamente a la ineptitud de los dirigentes locales o de los agentes estatales, o al afán acaparador de algunos, sino también al hecho de que había prácticas y concepciones ya establecidas sobre la tierra que estaban siendo revaluadas por la nueva legislación. Y de esa incertidumbre se podía sacar provecho. Como lo deja ver esa complicada trama de intereses, más que una identidad de los vecinos de Manzanares como miembros de una comunidad, lo que había era la búsqueda de beneficios particulares, aunque en el discurso se afirmaran como beneficios colectivos.

De nuevo aquí, como en el punto 3.1. en que analizamos conflictos de tierras, encontramos entre los habitantes de estos poblados un carácter menos organizado y menos orientado por el bienestar común que lo que supone James Sanders en su análisis sobre el

Cauca ni los memoriales revelan esos ideales que los grupos compartían, sino más bien la rivalidad entre colonos y su afán de obtener provecho cada uno para sí mismo, aunque es interesante ver cómo estos documentos aparecen como un instrumento (entre otros) para dar legitimidad a las posiciones asumidas.

Uno de los casos a los que Sanders da más importancia en su argumentación es también el de la fundación de un poblado: la Aldea de María, ubicada en los límites entre Antioquia y Cauca. A la Aldea de María le fue otorgado su territorio por un gobierno liberal del Cauca. Por el contrario, el gobierno conservador de Antioquia amenazaba su existencia aduciendo que el territorio hacía parte de la jurisdicción antioqueña. Los vecinos de Aldea de María, en agradecimiento al gobierno caucano que los había reconocido como aldea, adoptaron el partido liberal y en nombre de este partido participaron en la guerra de 1876, que se desató al poco tiempo de fundada la aldea.

A esta aproximación de Sanders pueden contraponérsele los ejemplos que acabamos de desarrollar, Fresno, Soledad y Manzanares, e igualmente otras fundaciones del norte del Tolima¹²⁸, donde el proceso de asignación de tierras se prolongó por mucho tiempo y por tanto fue obra finalmente de gobiernos liberales y conservadores. Como vimos, a estos pueblos se les asignaron tierras en las décadas del 50 y 60, pero la división de los lotes se hizo posteriormente y tal proceso de asignación se extendió por varios años, durante los cuales enviados de diferentes gobiernos participaron en la resolución de los conflictos por la tierra. Además de esto, como vimos, los pobladores no se sentían necesariamente identificados con unos mismos proyectos, sino que prevalecía el ambiente conflictivo.

Habría dos fundaciones realizadas en este mismo contexto, en las que podemos ver un proceso más exitoso de constitución de una identidad local y una cierta unidad de intereses de más largo plazo como comunidad. Se trata de las poblaciones de Anaime y Líbano. En ambos casos observaremos cómo se trató de dar cohesión por medio de un discurso que reivindicaba el origen antioqueño. Y en ambos casos también se dio una identificación partidista con el liberalismo. Pero también mostraremos, en especial para el Líbano, que tal unificación por medio del origen, si bien pudo haber contribuido a un desarrollo económico importante, trajo consigo su radicalización política y por lo mismo un malestar permanente con las autoridades departamentales, que no encontramos del mismo modo en otros poblados.

¹²⁸ Sobre fundación de Victoria cf. AGN, Baldíos, t. 7, fs. 31-33, t. 8, fs. 59-63. Sobre Santo Domingo: t. 1, fs. 115-138.

3.3.1. Anaime

Cuando se erigió Anaime como aldea en 1880, ya habitaba allí un alto número de colonos. Estos, en número de más de 100, firmaron un memorial (solo cuatro no sabían firmar) en el que decían habitar densamente aquel territorio, pero estaban temiendo por sus tierras, pues habían sabido que un particular estaba preparando una petición de un vasto terreno en la misma zona donde se ubicaban ellos. Si la mensura no se llevaba a cabo prontamente, decían en tono fatalista, “los dos mil quinientos habitantes con que cuenta en la actualidad [el caserío] desaparecerán como por encanto, pues se irán a habitar otras tierras donde no abriguen un temor tan inmediato de quedar de arrendatarios de grandes propietarios”. Si en cambio atendían su petición “ofrecemos que antes de terminar la administración actual se levantará un nuevo pueblo a donde irán a agruparse un crecido número de pobladores” (Baldíos, t. 3, f. 296v). El cabildo de Ibagué también respaldó la petición de estos colonos. Mencionaba igualmente a compañías que estaban preparando expedientes para pedir concesiones de grandes baldíos, especialmente al norte del Estado (Baldíos, t. 3, fs. 45-46). El gobierno, interesado en fomentar el surgimiento de poblaciones nucleadas, respondió favorablemente a la petición de los colonos enviando a un agrimensor en 1881. Además, se opuso a las pretensiones de Antonio Barrios, quien había pedido también en 1880 la concesión de 3.000 hectáreas en la misma zona en la que los colonos de Anaime pensaban fundar su aldea. El gobierno respondió, en defensa de los colonos, que no se podía hacer la concesión a la compañía de Barrios sin antes haber medido lo que le correspondía a Anaime (Baldíos, t. 3, fs. 28-29v). Tal decisión es particularmente diciente, porque el gobierno nacional y el del estado estaban en ese momento al mando de liberales y Barrios pertenecía a una influyente familia liberal de Ibagué. No obstante, los legisladores apoyaron la petición de los pobladores de Anaime.

En el informe que presentó el agrimensor Julio Liévano en 1881¹²⁹ se observa que esta zona se había poblado densamente y había sufrido un importante desarrollo económico, sin que en ello hubiera intervenido el Estado central. En el territorio se concentraban colonos que habían venido en su mayoría de Antioquia en la segunda mitad del siglo XIX, siendo Anaime un punto de paso obligado de varias de las rutas que comunicaban a Tolima con el Quindío y Antioquia. Anaime se pobló aceleradamente y se

¹²⁹ Su informe se encuentra en Baldíos, t. 3, fs. 229-236v.

hizo muy próspera, en tanto las tierras eran particularmente fértiles y el comercio de productos agrícolas con Quindío y con Ibagué era muy activo. Liévano encontró pobladores establecidos en diferentes partes con sembrados de maíz, trigo y dehesas de ganado. También había algunos hacendados con “labranzas considerables”. En el punto de “Las Hormas” (donde fue finalmente ubicada la cabecera del poblado) los pobladores habían “principiado trabajos para levantar una capilla y una casa destinada para escuela” (f. 232). Así mismo todos los caminos habían sido abiertos por la iniciativa de los pobladores sin intervención del gobierno. Algunos de ellos trataron de negociar con el agrimensor para que designara su zona de habitación como la cabecera del poblado y ellos a cambio se comprometían a hacer un nuevo camino de Ibagué al Cauca (fs. 234-235). En general, el agrimensor elogiaba la iniciativa, disciplina y espíritu trabajador de los habitantes de la región que por su cuenta habían desarrollado un activo comercio con Cauca y Antioquia y con ello habían conseguido aumentar el intercambio entre el Tolima y aquellos dos estados.

La intervención del Estado le permitió a los pobladores de Anaime proteger sus tierras de acaparadores, que habrían podido desterrarlos, y erigirse en aldea. Pero la intervención estatal también traía efectos que quizás no eran tan bien vistos por los pobladores. El orden alcanzado en Anaime se había establecido por fuera del orden estatal pero en el informe de Liévano se ve cómo el Estado trató de imponer su orden aduciendo mayor racionalidad que el orden establecido por los particulares:

vi que casi todos los pobladores de aquella comarca tenían escrituras de sus terrenos, otorgadas unas por cultivadores anteriores, y otras por individuos que se han llamado agrimensores oficiales, o que pretendían estar investidos de poderes suficientes de alguna autoridad para hacer adjudicaciones, o bien que validos de la ignorancia de sus víctimas, les vendían como de su propiedad, las porciones que a fuerza de trabajo, de constancia y privaciones habían cultivado estableciendo ya plantaciones de maíz o bien dehesas de ganados, etc. Desde luego que estas escrituras, así obtenidas, yo no podía tomarlas en consideración para el efecto de separar esas porciones de terreno en mis trabajos, pues que tales títulos no podían transmitir dominio alguno y los terrenos debían considerarse como pertenecientes a la Nación (f. 232v).

Desde la lógica de los pobladores de Anaime, el desconocimiento de su organización de las tierras debió aparecer como un acto arbitrario. Anaime además fue adscrito a Ibagué en calidad de corregimiento (el único que tuvo Ibagué durante el siglo XIX). El hecho de ser un corregimiento muestra la relativa importancia de Anaime, que requería de autoridades propias aparte de las de Ibagué; al mismo tiempo evidencia que para Ibagué era importante mantener el control sobre esa zona que tenía una gran riqueza agrícola y

minera y además estaba ubicada en un lugar de paso importante hacia el occidente, lo que auguraba un próspero futuro a la zona.¹³⁰

Pero la relación entre los dos poblados no era muy buena. Para Anaime, Ibagué representaba la autoridad impuesta y en cierta medida un obstáculo a su desarrollo. Constantemente Ibagué trataba de hacer valer su predominio político aunque su poder fuera débil. Era desde la cabecera, a una jornada a caballo por malos caminos, desde donde se nombraban los corregidores de Anaime. Normalmente estos no eran originarios de allí. Por ello, eran más bien ajenos a los intereses de los anaimeños y no eran muy respetados. Así describe Fortunato Pereira Gamba, ingeniero bogotano que habitó en Anaime a finales de los años 80, cómo actuaba uno de esos corregidores para poder imponer su autoridad:

El Corregidor, los días de fiesta, era un arsenal andante. Qué figura aquella! Pequeño, con gran sombrero de paja, pendíale del cinto un enorme chafarote; por los bolsillos de los pantalones asomaban las culatas de dos S & W calibre 44 y en la mano llevaba una carabina. Con todo esto costábale trabajo sostener a los transgresores que por lo general no se rendían sino a tiros o cogidos con horqueta como se coge una sierpe ponzoñosa.¹³¹

Así mismo, Pedro Grisales, corregidor en 1896, originario de Fresno, se quejaba de que los vecinos no apoyaban sus medidas, y que era constantemente desautorizado. Este decidió marcharse antes de terminar su período (AHI, cj 264, fs. 687-720).

Desde Ibagué también se decidían cuestiones de importancia para Anaime. Una de ellas era la construcción de un camino para pasar al Quindío que reemplazara el tortuoso camino tradicional que llegaba a Salento. Ya en la década del 60, Agustín Codazzi como director de la Comisión Corográfica, había recomendado usar una depresión que se encontraba en Anaime para trazar el camino por allí. No obstante hasta el final del siglo el camino nacional siguió siendo el antiguo. Como mencionamos, ya por la época de la fundación de Anaime, los pobladores tenían construido un camino al Quindío y habían comenzado a construir otro hacia el valle del Cauca. En los años posteriores siguieron usando su camino al Quindío e insistiendo en que estaban dispuestos a ayudar a mejorarlo para que se convirtiera en el camino nacional. En 1897 por ejemplo varios vecinos escribieron al concejo de Ibagué ofreciendo trabajar ellos mismos para hacer un camino de herradura. Para ello pedían al concejo una suma que, según aducían, era pequeña, puesto que el municipio de Calarcá, al otro lado de la cordillera, había ofrecido financiar la mitad

¹³⁰ Sobre la creación de corregimientos decía el Código Político y Municipal de 1888: “Art. 198. Cuando un Distrito tenga caseríos de alguna importancia en los cuales convenga establecer una administración especial, se erigirán en Corregimientos y serán regidos por un Inspector de Policía, que ejercerá sus funciones bajo la dependencia y de acuerdo con las instrucciones del Alcalde”.

¹³¹ Pereira 1919: <http://www.lablaa.org/blaavirtual/modosycostumbres/andcol/anco2a.htm>.

del tramo (AHI, cj 276, fs. 161-161v). Esta iniciativa tuvo gran eco en el periódico oficial de Ibagué, *La Verdad*. En un artículo que escribieron al respecto, alababan el espíritu emprendedor de los anaimunos que, por iniciativa propia, habían abierto el camino y, aunque precario, lo transitaban constantemente. Por ese camino de cazadores, afirmaba el periódico, el viaje de Ibagué a Quindío duraba cuatro días, mientras que por el camino nacional se gastaban seis. El camino de Anaime se había convertido pues en una importante ruta comercial en la que el Estado no había tenido incidencia alguna hasta ese momento. Su ampliación, continuaba el artículo, “abre a la agricultura un extenso y fértil territorio de variados climas, donde se han fundado ya dos poblaciones, Anaime en el Tolima y Calarcá en el Cauca, hacia las cuales se dirigen hoy antioqueños, caucanos y tolimenses”. El camino comunicaría así las Provincias de Norte y Centro del Tolima con el valle del Cauca y tendrían estas más fácil acceso al océano Pacífico por Cali y Buenaventura (donde se construía un ferrocarril) que al Atlántico por el Magdalena. También sería de mucho provecho

Sobre todo [para] Anaime y Calarcá y el núcleo de incipientes poblaciones, de origen antioqueño, que en estos últimos años se han fundado en la hoya del río La Vieja [Quindío] [...]. Para dar una idea de lo que es hoy la agricultura en ella, bastará decir que en estos últimos años se han fundado potreros de pastos artificiales en los cuales se ceban ya no menos de 20.000 novillos. Los cerdos gordos de Calarcá y Anaime van a Medellín y a La Mesa en número de 5.000 por año (LV 13.08.1897: 2).¹³²

A pesar de la importancia que tenía el camino de Anaime, en un número posterior el mismo periódico informaba que no se podían hacer estas obras pues habían sido asignadas a un contratista desde 1893. El gobierno había intentado declarar inválido el contrato, porque el contratista no había adelantado obra alguna, pero ello no había sido posible, de modo que el camino oficial al Quindío siguió siendo el antiguo (LV 17.09.1897: 2).

Así mismo, en una ocasión en que vecinos de Anaime requirieron un dinero al concejo de Ibagué para poner en funcionamiento una escuela de niñas, el concejo respondió que no tenían fuentes para financiar dicho proyecto. Amenazaba incluso con suprimir empleos “si la prensa y los vecinos continúan reclamándole obras públicas”.¹³³

Pero la pugna entre las dos poblaciones se dio en gran medida en términos de las diferencias culturales. La autonomía y prosperidad alcanzadas por Anaime en tan poco tiempo de existencia solían explicarse por el origen predominantemente antioqueño de sus

¹³² Es interesante constatar cómo el articulista, que probablemente provenía de Ibagué, ve a Anaime, no como parte del Tolima, sino como una prolongación del Quindío.

¹³³ La petición de los vecinos de Anaime en AHI, cj 285, fs. 104-106. La respuesta del concejo en AHI, Actas del concejo, 1899, p. 224.

habitantes, idea compartida tanto por los habitantes de Anaimé como por personas de afuera. Durante el siglo XIX los antioqueños fueron desarrollando una fuerte identidad regional (que en parte sobrevive todavía) fomentada por una élite regional que estaba bastante cohesionada (a diferencia de los notables del Tolima, por ejemplo). Se consideraban componentes de esa identidad la dedicación al trabajo, la pujanza, la sencillez de las maneras, la indiferencia por las jerarquías sociales y la religiosidad. Tales características solían adscribirse además a un supuesto origen racial diferente al del resto de los colombianos e incluso se hablaba de la “raza paisa”.¹³⁴ Esta identidad regional no solo estaba fuertemente arraigada entre los antioqueños, sino que también las personas de otras regiones solían ver en los antioqueños un grupo aparte e incluso culturalmente superior a los otros colombianos.¹³⁵ Tales ideas se observan de manera patente, por ejemplo, en la citada autobiografía del ingeniero Fortunato Pereira Gamba, que estuvo trabajando en una mina de cinabrio en la zona de Anaimé a finales de los años 80. Pereira Gamba mostraba en su escrito su admiración por los pobladores de Anaimé. Todos ellos eran para él colonos antioqueños que, por razón de su origen, poseían virtudes excepcionales. Por ejemplo, sobre sus casas decía: “brillaba el aseo que caracteriza al antioqueño y que diferencia su morada de las demás de las clases pobres en el resto del país”. O encontraba una justificación positiva para explicar la criminalidad en Anaimé: “escenas violentas, pendencias y crímenes [...] son inseparables de toda nueva fundación cuando esta se efectúa por una raza activa y pujante”. Además de los elogios hacia los antioqueños, Pereira Gamba criticaba constantemente a los tolimeses. En su relato los calificaba de perezosos o incapacitados para el trabajo y hablaba del progreso que vivió el Tolima “al mezclar su raza con la de los antioqueños”.¹³⁶ Tal pensamiento era compartido por muchos tolimeses. Los periódicos, por ejemplo, se referían a esas diferencias culturales entre antioqueños y tolimeses, a veces de manera fatalista, a veces irónica.¹³⁷ Y

¹³⁴ A pesar de que entre los académicos domina actualmente una mirada crítica hacia esa idealización de lo antioqueño, tal percepción sigue alimentando aun hoy la percepción de la gente del común sobre los antioqueños. Referencias a bibliografía que hace reflexiones críticas sobre el tema se encuentran en Appelbaum 1999: n. 5, 28.

¹³⁵ Nancy Appelbaum analiza un caso ejemplar de esa reificación de la “identidad paisa” cuando se formó el departamento de Caldas en 1905 a partir de territorios colonizados predominantemente por antioqueños en la zona de frontera entre Antioquia, Cauca y Tolima. Los argumentos de quienes defendían la creación del nuevo departamento se basaban en la idea de la homogeneidad racial y cultural de sus habitantes, ignorando amplios sectores de la población que no correspondían con ese patrón (Appelbaum 1999; 2003: Capítulo 6).

¹³⁶ Pereira 1919: <http://www.lablaa.org/blaavirtual/modosycostumbres/andcol/anco2b.htm>.

¹³⁷ Ejemplos de la primera mirada en: *EC* 03.10.1903: 1 “La feria”; *EC* 07.11.1903: 3-4 “Estímulos”. Ambos artículos se referían a los rápidos progresos logrados por los pueblos antioqueños y los comparaban con el lento desarrollo de poblaciones más antiguas como Ibagué. Una mirada menos pesimista de esas

en general en la vida cotidiana se presentaban roces permanentes. Pereira escribía por ejemplo que en Ibagué se hacían bailes, unos más “cosmopolitas” en los que predominaban antioqueños, y otros a los que iban solo tolimenses. “Muy a menudo los de uno u otro barrio invadían al contrario y aquí el pugilato, el garrote y la barbera que los mineros [se refiere a los antioqueños] manejaran con tan grande maestría”. El autor explicaba esa constante rivalidad así:

La progresiva invasión del elemento antioqueño sobre el Tolima era [...] mirada con recelo; el ibaguereño que no pudo conquistar las montañas de su territorio miraba con malos ojos ese otro elemento agresivo que con el hacha al hombro y la mujer siguiendo sus huellas, cargada con los utensilios del menaje, se entraba al monte, lo descuajaba y lo abría; ese elemento activo que con el sudor de su frente fecundara la tierra propicia. La ineptitud de los tolimenses para la colonización de las tierras, en presencia de la aptitud antioqueña para dominarlas, produjo en el débil el odio contra el fuerte, de aquí rencillas y escándalos a cada momento cuando los maiceros [así se denominaba a los antioqueños] se emborrachaban [en] los pueblos.¹³⁸

Por lo que dice Pereira Gamba podemos pensar que la autonomía y prosperidad de Anaime, unidas al fuerte regionalismo de sus pobladores, eran causa de constantes roces con Ibagué. Anaime era una población que había prosperado económicamente y había creado vínculos comerciales con Cauca y Antioquia por su propia cuenta, además, su privilegiada posición geográfica y su riqueza agrícola le auguraban un promisorio futuro; parecía no requerir de Ibagué para funcionar. En cambio, la pertenencia a Ibagué podía ser vista como un lastre para su progreso. A finales del siglo, Anaime se había convertido en una gran comarca. Según cálculos del periódico ibaguereño *La Tregua*, en 1896 Anaime tenía 6.000 habitantes, mientras que “el marco de la ciudad de Ibagué” tenía unos 8.000 (*LT* 07.02.1896: 59). Resulta importante anotar que Anaime consiguió finalmente desmembrarse de Ibagué en los primeros años del siglo XX, pero el proceso fue un tanto tortuoso. En 1908 fue convertido en municipio, pero rápidamente, en 1911, volvió a ser anexado a Ibagué. Luego en 1914 fue declarado de nuevo municipio independiente, pero la cabecera fue trasladada de Anaime al punto llamado Ibagué Viejo. Este terreno pertenecía a un hacendado local, Manuel Gómez, quien lo cedió al obispo de Ibagué, Ismael Perdomo, para crear el nuevo poblado. Perdomo creó en 1916 otra población llamada La Yuca, en límites con el municipio de Líbano. Para ello parceló las tierras de la hacienda del mismo nombre que había comprado a los herederos de Manuel Casabianca y las ofreció a

diferencias aparece en esta anécdota, contada por Pereira Gamba: “Preguntábale yo a alguno por qué en Antioquia todos los ríos tienen puentes y en el Tolima hay que vadear o nadar, y contestóme el tolimense ‘No ve Ud. las cosas claras, los antioqueños no saben nadar’” (Pereira, *ibíd.*).

¹³⁸ Pereira, *ibíd.*

campesinos pobres que podían pagarlas con trabajo. La oferta se dirigió solamente a campesinos conservadores (Henderson 1984: 33). Podemos pensar que las medidas tomadas en La Yuca también fueron las que rigieron en la creación de la nueva cabecera de Anaime, que fue llamada a partir de entonces con un nombre católico: San Miguel de Perdomo. En 1932, probablemente relacionado con el ascenso de los liberales al poder, el poblado cambió de nombre tres veces: Quesada, Herrera (en honor al líder liberal Benjamín Herrera) y finalmente Cajamarca, que resultaba más neutral. Este es el nombre que conserva hoy.¹³⁹

Un último elemento que debemos señalar es que muchos de los pobladores de Anaime de posición económica alta fueron de adscripción liberal. Se observa en las numerosas mociones de apoyo al Partido Liberal que se encuentran en la prensa, en comparación a la escasez de adhesiones a los conservadores. Y en particular en que la mayoría de sus hacendados fueron entusiastas liberales y apoyaron la acción de estos al menos al comienzo de la guerra de los Mil Días. En el capítulo cuarto detallaremos este aspecto de la participación de Anaime en la guerra.

3.3.2. Líbano

En el caso del Líbano, quizás porque se ha estudiado más, puede observarse aún mejor la cohesión de su notabilidad en torno a su identidad antioqueña. Allí, además, la alianza de sus notables con el Partido Liberal fue evidente y ello se constituyó en otro vínculo identitario de la población. Pero su fuerte identidad, definida como diferente a la tolimense, si bien hizo del Líbano una entidad excepcionalmente cohesionada, llevó a una radical rivalidad con las poblaciones vecinas y con el gobierno departamental que se observaba ya en el siglo XIX y se prolongó en el XX.

La unidad entre los notables se creó por medio del predominio de unas cuantas familias, en especial los Parra, que llegaron de Antioquia a habitar tierras tolimenses en los años 1860. Por medio de enlaces matrimoniales, los Parra y otras pocas familias consolidaron un fuerte dominio en la población, que se comprueba ya al momento de la fundación de la aldea en 1866. En efecto, cuando el grupo de antioqueños llegó a aquella zona, ya había allí pobladores con títulos de poseedores (aunque no propietarios) de las tierras, e incluso el caserío ya se llamaba Líbano. Los antioqueños recién llegados les

¹³⁹ Sobre las vicisitudes de la fundación de Anaime cf. Gutiérrez 1921: <http://www.lablaa.org/blaavirtual/historia/dos/dos14a.htm>; Torres 1923: 203-205; Valencia 1935.

disputaron esas tierras recurriendo al gobierno del estado del Tolima. Este reunió en 1866 una Asamblea Constituyente.¹⁴⁰ Los colonos antioqueños enviaron un representante a la Asamblea para que mediara ante esta para obtener el título de “aldea” para el Líbano. Al mismo tiempo el representante daba apoyo a la nueva constitución que se estaba elaborando. El estado del Tolima en efecto concedió el título de “aldea” y le asignó a esta 16.000 fanegadas de baldíos; además expidió una resolución por la cual recordaba que los títulos de posesión exigían permanecer por cuatro años en las tierras y dado que muchos de los primeros pobladores del Líbano no lo habían hecho, habían perdido sus derechos sobre ellas. Por medio de ese ardid jurídico los nuevos colonos provenientes de Antioquia quedaron habilitados para hacerse dueños de esas tierras. Posteriormente los Parra y su círculo le dieron forma urbana a la aldea, según sus criterios y preferencias, y distribuyeron los solares según su conveniencia, nombrándose además ellos mismos como las autoridades locales.¹⁴¹ Más aun, uno de los hermanos Parra, Isidro, pasó a la historia como el fundador del Líbano (Santa 1984: 9-52).

Es innegable la influencia de Isidro Parra, su familia y su círculo en el Líbano, tanto en el campo económico como cultural y político. Estos dominaron el mercado de tierras del Líbano: intervinieron en la distribución de las tierras, se adueñaron también de grandes latifundios, fundaron haciendas, parcelaron tierras para la venta, impulsaron la explotación minera y también incursionaron en la siembra de café, negocio que posteriormente representaría para el Líbano su mayor fuente de ingresos (Ramírez 1999: 85-98). Isidro Parra también aparece como el fundador del primer colegio del Líbano, abierto con dinero suyo y en su propia casa (Santa 1984: 196). Así mismo, el primer nacimiento consignado en el registro de la parroquia del pueblo fue de una hija suya (Santa 1984: 83, n. 1).

Pero la influencia quizás más decisiva de los Parra en el Líbano fue su alianza con el liberalismo. En la guerra de 1861 los hermanos Parra, junto a su padre, lucharon del lado del líder liberal Tomás Cipriano de Mosquera. Luego, como vimos, enviaron a un representante del Líbano para apoyar la constitución mosquerista del Tolima en 1866, lo que se vio a su vez recompensado con el otorgamiento del título de “aldea” para el poblado, al tiempo que les sirvió a los antioqueños para imponerse sobre los pobladores

¹⁴⁰ El estado del Tolima estaba regido en ese momento por una constitución liberal firmada en 1863, que se había elaborado según los preceptos de la constitución nacional del mismo año. La nueva Asamblea Constituyente que se reunió en 1866 era de liberales pero mosqueristas. Mosquera, en efecto, ganó las elecciones presidenciales de aquel año, contando, entre otros, con el voto del estado del Tolima (Cuartas 2003: 80-83).

¹⁴¹ En 1867 Isidro Parra era alcalde y juez de la aldea, su hermano Joaquín era el sustituto del alcalde y otro hermano, Rafael, era el secretario (cf. Santa 1984: 55-57).

que ya había allí. De nuevo en la guerra de 1876, varios hermanos Parra tomaron armas por el Partido Liberal al mando de un batallón numeroso. Su padre cayó muerto en combate (Santa 1984: 104) y dos hermanos fueron fusilados (Gómez 1861: 16). Por su parte, Isidro fue ascendido a general y, tras el triunfo liberal, ocupó importantes cargos estatales, entre ellos fue miembro de la Asamblea Constituyente del Tolima de 1877, que reinstauró el régimen liberal en el Tolima (después de un lapso de casi diez años en que los conservadores gobernaron el estado). Una de las medidas de la nueva Asamblea fue la ampliación de los límites del Líbano (Santa 1984: 67-71). Muy posiblemente Isidro Parra también intervino en la repartición de los solares de la cabecera que se realizó entre mayo y septiembre de 1878.¹⁴² El compromiso de los Parra y su familia con el liberalismo continuó cuando los conservadores retomaron el poder en 1886. De nuevo en la revuelta de 1895, Isidro, varios hermanos y sobrinos se levantaron en nombre del liberalismo. Allí cayó muerto el propio Isidro. A la siguiente guerra, en 1899, en el Líbano se formó una de las primeras guerrillas liberales, de la que hicieron parte miembros de familias de alta posición social de allí (Pérez 1904: 88). En uno de sus primeros encuentros de armas murió un hijo de Isidro. También tomó parte en esa guerrilla Ramón Chaves quien, como veremos en el cuarto capítulo, formó luego su propia guerrilla en Anaime. Igualmente perteneció a ese ejército Antonio María Echeverri, casado con una hija de Isidro, quien se convertiría en las primeras décadas del siglo XX en el principal líder liberal del Líbano.

La cohesión que alcanzaron los notables del Líbano por medio de enlaces familiares, la alianza con el partido liberal y la reivindicación de su origen antioqueño llevaron a que el poblado se desarrollara aceleradamente en comparación con otros municipios del Tolima, incluyendo Ibagué. A comienzos del siglo XX, Líbano se había convertido en un pueblo cafetero con un importante movimiento comercial, mayor incluso que el de Ibagué, constituyéndose, en las décadas del veinte y el treinta, en el tercer productor de café de Colombia (Sánchez 1976: 15). También había alcanzado un desarrollo cultural excepcional en el contexto del Tolima; lo evidencia la existencia de varias empresas editoriales y periódicos (así como clubes de espiritismo y teosofía) por la misma época (Santa 1984: 95-98, 179-205). De otro lado, las ideas comunistas alcanzaron una relativa importancia, al punto que un grupo de artesanos y campesinos hicieron en 1929 un levantamiento, fallido

¹⁴² Baldíos, t. 4, fs. 165-166.

pero de dimensiones considerables, con la idea de propagar una revolución comunista desde el Líbano.¹⁴³

Este particular desarrollo económico y cultural suele leerse como resultado de la acción de los antioqueños “fundadores” y en especial de Isidro Parra. Eduardo Santa, abogado y ensayista oriundo del Líbano, ha influido particularmente en esta interpretación del desarrollo histórico del Líbano. Su estudio más citado, *Arrieros y fundadores*, que ya va por la tercera edición, fue publicado por primera vez en 1961 con motivo del centenario del Líbano.¹⁴⁴ Santa utilizó para ese estudio algunas fuentes de archivo que aparecen también en una recopilación de documentos hecha por Luis Eduardo Gómez (1961) también en conmemoración del centenario de la población, pero la base fue fuente oral, en especial entrevistas con miembros de las familias Parra y Echeverri (Santa 1984: 19-20, 105, 106, 149). Por ello, no es sorprendente que en su escrito, de interés ensayístico y costumbrista más que académico, Santa reivindique la “gesta colonizadora” de los pobladores antioqueños, y de Isidro Parra en particular, y que los vea como quienes pusieron las bases para que el Líbano se volviera el rico municipio en que se convirtió en el siglo XX. Más tarde James Henderson, en su influyente estudio sobre el período de la Violencia en el Tolima, basándose en los apologéticos escritos de Santa y Gómez, denomina a Parra como el “patrono espiritual y físico” del pueblo que a lo largo de toda su vida persiguió el plan “de crear allí una ciudad que no tuviera rival dentro del Tolima” y que “hizo del Líbano un bastión del liberalismo” (Henderson 1984: 60).

Pero se debe señalar que a lo largo del siglo XX, en las reseñas biográficas de Isidro Parra, hechas por amigos y parientes, en las historias locales y también en la memoria de los familiares y adictos a Parra, que fueron las fuentes en las que se basó Santa, su figura se fue cargando simbólicamente, de modo que aparece personificando o jugando parte crucial en todos los acontecimientos importantes del Líbano en el siglo XIX: fue *el* fundador del Líbano, él trazó las calles de la aldea, él fue su primer gobernador, su casa fue el primer colegio, él consiguió el párroco para la aldea, explotó las minas, fue el primero que sembró café. En tanto tales acciones significaban el progreso de la población, los pobladores le habrían dado un respaldo completo. Santa en particular idealiza las relaciones entre esos pobladores, asumiendo que entre ellos, por ser en gran parte de origen antioqueño, reinaba

¹⁴³ Gonzalo Sánchez (1976) hizo un estudio detallado de este levantamiento de los “Bolcheviques del Líbano”.

¹⁴⁴ Aquí citamos la edición de 1984. Posteriormente Santa ha publicado otros estudios que reelaboran y detallan ideas de ese libro, como *La Colonización Antioqueña. Una empresa de caminos* (1993).

la concordia y la coincidencia de ideas. Pero tal dominio debió de haberse conseguido en un clima mucho más conflictivo que como lo describe Santa.

De cualquier modo, es evidente que los liberales alcanzaron una fuerte hegemonía en el Líbano, que preocupó particularmente al gobierno conservador cuando subió al poder en 1886. La primera Ordenanza emitida por la nueva Asamblea Departamental reunida ese año fue la reorganización de los límites del Líbano. Al parecer, se le segregó territorio tanto al norte como al sur (Ramírez 1999: 93-94).¹⁴⁵ Además en 1891 se hizo una nueva repartición de lotes y solares en el distrito vecino de Murillo, que ya habían sido repartidos en 1873 por una comisión en la que había participado Isidro Parra.¹⁴⁶

Quizás también coincidió con esta política conservadora de tomar un mayor control de la región, los varios intentos de subdividir la provincia del Norte. Las dificultades para imponer esta medida hablan del recelo con que estas poblaciones veían tal subdivisión, en tanto representaba de hecho cambios en la distribución del poder; pero muestran también la débil autoridad con que finalmente contaba el gobierno departamental sobre esas poblaciones. El secretario de gobierno en su informe al gobernador en 1898 decía:

En 1894 se trató en el Congreso de dividir en dos la actual provincia del Norte, a saber: una compuesta de todas las poblaciones del Valle, con su capital en donde hoy está, o sea en Ambalema; y otra, de las poblaciones de la Cordillera, de origen antioqueño todas ellas, con su capital en Soledad. Este proyecto no pasó, por causas que no hay para qué recordar en este momento (Peláez 1898a: 10).

Ignoramos por qué Peláez no quería volver sobre esas causas, acaso para no despertar una polémica.¹⁴⁷ El caso es que el secretario insistía en llevar a cabo la división,

¹⁴⁵ En Gómez (1961: 61-70) se encuentran citadas las Ordenanzas y Exposiciones de motivos para justificar estos cambios.

¹⁴⁶ Para reasignar los lotes se adujo que había habido irregularidades en la primera repartición: Baldíos, t. 10, fs. 256-257v. El gobierno departamental también participó activamente por estos mismos años en la repartición de lotes en Santo Domingo (que a los pocos años pasó de ser corregimiento a municipio con el nombre de Casabianca) y Villahermosa. En este último distrito ya existía una repartición de 1877 que fue también puesta en cuestión para justificar las nuevas asignaciones. Coincidimos con Renzo Ramírez en que la redefinición de límites y propiedades en estos distritos bien puede leerse como maniobras del gobierno regenerador contra “el poder político-administrativo” que habían alcanzado los Parra en esa región (Ramírez 1999: 94). Eutimio Sandoval, quien fue miembro de las comisiones agrarias de repartición de tierras en ambos distritos, al tiempo que beneficiario de la repartición en Villahermosa, se convertiría en un destacado líder conservador de la región, con poder militar, económico y también intelectual, ejercido por medio de su periódico *La Cordillera*. Quizás no es tampoco coincidencia que los informes sobre esas reparticiones, en las que el gobierno del Tolima puso tanto empeño, son de los pocos que se encuentran completos en el Fondo Baldíos, con reportes de lo hecho por las comisiones repartidoras día por día y listados de los colonos favorecidos. Estos informes se encuentran en Baldíos, t. 1, fs. 115-138v; t. 12, fs. 32-53v, 270-271v, 285-289. Hermes Tovar hace un interesante análisis sociológico de los colonos a partir de la información que traen esos informes, como el promedio de hectáreas que recibieron los colonos, sus edades, el número de hijos. Cf. Tovar 1995: 157-178.

¹⁴⁷ El periódico de Honda *El Día* (02.08.1894: 193) informó que se estaba discutiendo en la Asamblea Departamental la formación de la nueva provincia y que vecinos de Honda habían pedido al Concejo que abogara para que Honda fuera nombrada la capital de dicha provincia.

pero designando otras capitales: Honda para la provincia del Valle e Ibagué para la de la Cordillera, porque “hay en el Tolima una anomalía que conviene corregir, y consiste en que la capital del Departamento no es capital de Provincia. Acaso sea esta la única sección de la República donde tal cosa sucede” (11). La medida sin embargo tuvo que esperar hasta el estado de sitio generado por la guerra de los Mil Días. Por decreto n° 817 del 18 de mayo de 1902 se creó temporalmente la provincia de Herveo con capital Fresno.¹⁴⁸ Después de terminada la guerra, en 1903, el Congreso ratificó este decreto (*EC* 17.10.1903: 4). En 1910 esta provincia se llamaba Líbano (Santa 1984: 93).

Además de replantear la geografía política de la región circundante al Líbano, el gobierno regenerador también se preocupó por imponer en el municipio alcaldes adeptos. Uno de ellos fue Juan María Fonnegra.¹⁴⁹ Fonnegra era un conservador costeño vecino de Bogotá con numerosas inversiones, varias de ellas en el Líbano. La notabilidad local acogía a Fonnegra favorablemente, a pesar de su adscripción partidista. Pero las relaciones cambiaron totalmente cuando Fonnegra fue nombrado por Casabianca alcalde de la localidad en 1892. Según se quejaba Fonnegra a Casabianca, fue víctima de un tumulto de vecinos entre los que había miembros de las familias más prestigiosas (Parra, Ferreira). El rechazo generado por su compromiso con el gobierno de Casabianca lo obligó a abandonar el Líbano al poco tiempo.¹⁵⁰

Otro de los alcaldes nombrados por Casabianca fue Juan de Jesús Renjifo. Renjifo había sido mayordomo de la hacienda “La Yuca”, propiedad de Casabianca en límites entre Líbano y Santa Isabel. También él sufrió el rechazo de los vecinos de Líbano: se le atribuyó nada menos que la muerte de Isidro Parra. A pesar que esta ocurrió durante el conflicto armado de 1895, en que Parra tomó armas, corrió la versión de que la muerte no había ocurrido en combate, sino habiendo ya capitulado los levantados del Tolima y estando Parra en estado de indefensión. Además, se afirmaba que su cadáver había sido objeto de atrocidades. Por su parte, el párroco de Líbano no permitió su entierro en el cementerio católico. El gobierno presentó la muerte como una acción de guerra, pero la polémica fue tal que el gobernador se vio obligado a ordenar una investigación que indagara las circunstancias de la muerte y luego la reapertura del caso, promovida por la

¹⁴⁸ Decretos Legislativos expedidos durante la guerra de 1899 a 1902 (1902).

¹⁴⁹ Hernán Clavijo cita varias cartas que escribió Fonnegra a Casabianca en 1892 y 1893. Cf. Clavijo 2007: 354-356.

¹⁵⁰ Según explicaba Fonnegra, el motín organizado contra él no estuvo compuesto solo por liberales, sino también por conservadores, pero que apoyaban el ala disidente de los “históricos”, dirigida por el antioqueño Marceliano Vélez. Es posible que esta facción de los conservadores hubiera gozado de cierta aceptación en el Líbano por ser de origen antioqueño.

Corte Suprema de Justicia. Más que el resultado de la investigación en que, como era de esperarse, se concluyó que la muerte había ocurrido en combate, la discusión sobre ella y el hecho de que se hubiera inculpado directamente al alcalde del Líbano e indirectamente a Casabianca muestran bien el grado de polarización al que había llegado en el Líbano la pugna partidista a nivel local y que esa tensión se conectó con el conflicto de los partidos a nivel departamental y nacional.¹⁵¹ Siguiendo la disputa en torno a la muerte de Isidro Parra, al comenzar la guerra de 1899 varios de sus hermanos e hijos conformaron un grupo armado y uno de los primeros enfrentamientos que tuvieron fue contra los hombres dirigidos por Luis María Arango, quien había sido el jefe de las fuerzas que supuestamente habían matado a Isidro (Santa 1984: 106).

En el siglo XX el Líbano se identificó cada vez más como una población liberal rodeada por municipios conservadores. Pero en el interior del territorio del municipio también había concentraciones de conservadores y la distribución poblacional según la pertenencia política estaba demarcada: corregimientos exclusivamente conservadores y otros netamente liberales. En las jornadas electorales se presentaban normalmente muertos y durante la época de la Violencia a mediados del siglo XX hubo allí un alto número de asesinatos (Henderson 1984: 32-38; 191-225). Yendo más allá, el hecho de que aún en los años 60 del siglo XX Eduardo Santa (1984: 104-107) siguiera tratando de demostrar que Rengifo, Casabianca y el Partido Conservador habían sido los autores de la muerte de Isidro Parra muestra que el conflicto de varias décadas, en parte liberal-conservador, en parte lo antioqueño contra lo no antioqueño, se reactualizó varias veces en el siglo XX y definió también las interpretaciones del pasado.

Basándonos en la multiplicidad de conflictos que hemos analizado, esta relativa cohesión comunitaria en Anaimé y Líbano resulta excepcional. Y así mismo, como sostendremos en el cuarto capítulo, fue excepcional la manera como se comprometieron desde el inicio de la guerra y durante todo su curso claramente con el Partido Liberal. En ello jugó un papel central, más que una real homogeneidad cultural, el uso que se hizo de ese discurso del común origen antioqueño de la población como rasgo característico de su identidad y diferenciador de “lo tolimense”.

¹⁵¹ Un abogado conservador, Enrique Ramírez, inculpó a Renjifo como autor intelectual de la muerte de Parra en una larga diatriba que publicó contra Manuel Casabianca con el título *Defensa* en 1897. Por su parte, Renjifo (1897) publicó una réplica en defensa de Casabianca y suya. En los periódicos conservadores *El Guasca* de Bogotá y *La Verdad* de Ibagué, se comentó y se hizo uso partidista de esta discusión: *LV* 22.10.1897: 4; 29.10.1897: 2.

3.4. Conclusión

Hemos reconstruido varios conflictos en el Tolima buscando entender qué problemas aquejaban a sus pobladores a finales de siglo, cómo se desarrollaban sus enfrentamientos, qué tipo de alineamientos generaron y cómo se relacionaron esos enfrentamientos con la polarización acaecida en la guerra civil al final del siglo. Partíamos de ideas sostenidas por diferentes estudios de cultura política popular en América Latina, que en los últimos años han tratado de mostrar una conciencia política en los grupos populares que les permitió organizarse en torno a intereses, aliarse a partidos y entrar a los conflictos civiles defendiendo agendas políticas diseñadas por ellos.

Pero las discusiones que reconstruimos no muestran que esos actores persiguieran la abolición de impuestos, el sufragio universal, o el federalismo, sino que solo estaban defendiendo *sus* posesiones, no pagaban *sus* impuestos, o bien, no obedecían a la autoridad, aunque no se organizaran para desconocerla.

También hemos hallado que aunque hubo rivalidades del tipo grandes hacendados y campesinos pobres, mineros ricos y agricultores pobres, no fueron conflictos permanentes que generaran la identificación de amigos y enemigos de manera definitiva. Como hemos visto, hubo muchas ocasiones en que se unieron personas de nivel económico muy diferente, o bien, en que se enfrentaron los de nivel económico similar.

De la misma manera, no debe asumirse que los grupos populares tuvieran un descontento permanente contra las autoridades, en tanto sus intereses fueran completamente opuestos. Es implausible pensar que el gobierno hubiera sido visto como el principal enemigo a combatir, en tanto este no actuaba de una manera sistemática. Tanto a escala de los funcionarios locales (corregidores, alcaldes, concejos), como al nivel del ejecutivo nacional (Ministerio de Hacienda), encontramos que no siempre se defendían las causas de los más influyentes y en cambio los más débiles gozaron muchas veces de la protección de las autoridades. Las contradicciones entre las diferentes instancias estatales daban cierto espacio de acción, pues los actores en conflicto podían tener apoyo de algunas autoridades, aunque otras estuvieran en contra suya. Incluso aunque el ejecutivo nacional interviniera en un conflicto, sus resoluciones no eran siempre la última palabra, pues las instancias de menos poder a veces no las acataban.

En cuanto a los líderes, solo en contadas ocasiones se encuentran a aquellos que encabezaron memoriales como figuras militares importantes durante la guerra de los Mil

Días. En sentido contrario, los líderes de esa contienda que se movieron por el Tolima no aparecen como actores de los conflictos que hemos reconstruido.

Los conflictos que hemos analizado hasta ahora tuvieron una dinámica propia y en ellos se enfrentaron grupos diferentes a los que se opusieron después en la guerra. Ni el partido, ni el nivel social, ni determinadas ideas sobre el manejo de los impuestos del departamento, dieron base a grupos de individuos con intereses comunes para actuar de manera conjunta por un tiempo prolongado. El conflicto liberal-conservador que tuvo lugar en la guerra no logra dar cuenta de la multiplicidad de pleitos que había en esa zona a finales del siglo XIX. Había en efecto muchos notables que tenían una clara adscripción a un partido. No obstante, en los negocios, en la vida familiar, en la cotidianidad tenían que estarse relacionando con los del partido contrario. En cuanto a los grupos populares, tenían también que vérselas con patrones de un partido, con autoridades de otro, y si, como hemos visto, estos actuaban en varios frentes en defensa de sus intereses, debía ser poco pragmático hacer alianzas exclusivas con un solo partido.

La poca cohesión que alcanzaron los pobladores del Tolima a la hora de hacer frente a sus conflictos cotidianos puede estar de nuevo en relación con las características de la sociedad tolimense que describimos en el capítulo anterior. En esta región había mucha población nueva, movimiento poblacional permanente, una renovada explotación de las tierras, el trabajo agrícola se venía tecnificando recientemente, la agricultura se estaba orientando aceleradamente al comercio y la exportación, y muchas fortunas habían nacido y crecido recientemente por medio de esfuerzos individuales, más que por la intervención del Estado. Podía aparecer como una tarea difícil y quizás no muy útil formar grupos para luchar por la protección de derechos conjuntos. Anaime y Líbano aparecen como casos excepcionales en que los notables lograron organizarse e imponer un proyecto propio, basado en la canalización de las actividades económicas para el propio provecho de la aldea y no solo el provecho individual, discursos de reivindicación de la identidad cultural e identificación con un partido. En ambos lugares, como expondremos, se formaron rápidamente fuerzas liberales desde el comienzo de la guerra de los Mil Días.

4. LA GUERRA DE LOS MIL DÍAS

4.1. La construcción del discurso sobre la guerra de los Mil Días

4.1.1. El concepto “guerra civil” y su uso en la historiografía colombiana

Los estudios recientes sobre las guerras civiles han venido señalando cómo, por mucho tiempo, el análisis de la guerra en general y las civiles en particular fue influenciado por una historiografía y una filosofía política que tenían como base de análisis los Estados nacionales de Europa occidental. Martin van Creveld, haciendo un recorrido por guerras de diferentes períodos y espacios geográficos, muestra que las guerras entre Estados solo constituyen una pequeña minoría de conflictos. No obstante, con teorías como la de Clausewitz, que se basan en el concepto de “guerra trinitaria”, en que se distinguen Estado, ejército y población, se sigue analizando aún hasta hoy todo tipo de conflictos sin tener en cuenta que en la mayoría de los contextos (a Van Creveld le interesan en particular conflictos del tiempo presente en países desarrollados) tal distinción no se presenta (Van Creveld 1991: Capítulo II).

La guerra civil también se ha analizado desde esta perspectiva. A partir de la definición de Estado dada por Max Weber, como entidad que monopoliza la violencia en un determinado territorio, se entiende la guerra civil como una lucha de una colectividad que está bajo el dominio de ese Estado y pretende ganar para sí ese monopolio. Pero de nuevo, al mirar casos particulares, puede observarse que la mayoría de las guerras internas no cabe dentro de esta definición. Para Waldmann/Reinares (1999), los conflictos internos del presente no pueden analizarse bajo esos presupuestos, ya que “En muchos de los países donde existen actualmente conflictos armados, el Estado se encuentra en proceso de evidente disolución y las tropas regulares ya no obedecen a las autoridades”. Predominan en cambio “warlords” que tienen sus propios ejércitos y combaten por intereses privados, más que con la intención de conquistar el poder nacional. Este poder además no está en manos del Estado: “Hace tiempo que, de alguna manera, hemos dejado atrás la época en que el Estado, en línea con los argumentos de Max Weber, reclamaba para sí con éxito el monopolio de la coacción física dentro de su propio territorio” (Waldmann/Reinares 1999: 14).

Estas afirmaciones de Waldmann/Reinares pueden transponerse también para los conflictos internos en diferentes países de América Latina en el siglo XIX. Para aquel tiempo, los Estados en América Latina tampoco reclamaban con éxito el monopolio de la violencia. Al tener en cuenta este hecho, se hace problemático el uso mismo del término “guerra civil” para calificar muchos de esos conflictos (Riekenberg 2007: 217). Aun las definiciones más amplias de guerra civil requieren como exigencia mínima que el conflicto sea entre individuos que pertenezcan a un mismo marco estatal y que los combatientes busquen la conquista del poder manejado por esa entidad estatal. Por ejemplo Stathis Kalyvas define la guerra civil como: “armed combat within the boundaries of a recognized sovereign entity between parties subject to a common authority at the outset of the hostilities” (Kalyvas 2006: 17). Gabriele Ranzato también coincide en afirmar que la principal característica de las guerras civiles es que se desarrollan en el interior de un mismo Estado, entre partes, partidos, facciones, constituidos por los ciudadanos de ese Estado (Ranzato 1994: xxvi). Ambas definiciones permiten incluir, bajo el concepto “guerra civil”, revoluciones, conflictos étnicos, rebeliones campesinas, movimientos independentistas, conflictos a los que no se les ha dado normalmente ese nombre. Esto porque el término se evita, y se prefieren términos como “revolución”, “resistencia” o “guerra de independencia” que tienen una connotación más positiva (Ranzato 1994: xi-xviii), o bien porque el propio Estado le niega validez a movimientos en su contra calificando a los sublevados de bandidos, criminales o terroristas (Kalyvas 2006: 17).

Al definir las guerras civiles a partir de la característica de que los combatientes buscan la conquista del poder estatal, Kalyvas y Ranzato distinguen las guerras civiles de otro tipo de conflictividades que aparecen en el marco de un territorio estatal. La mafia, por ejemplo, dice Ranzato, si bien aprovecha espacios en los que el Estado no tiene el monopolio de la violencia, no busca imponer completamente un nuevo monopolio (xxxvi). De igual modo, los desórdenes, el crimen, el bandidaje en pequeña escala, las protestas campesinas o urbanas pasajeras, en cuanto no buscan el control del Estado, no pueden clasificarse tampoco como guerras civiles (Kalyvas 2006: 19).

Pero si este es el rasgo distintivo del concepto “guerra civil”, muchos de los conflictos internos sucedidos en América Latina durante el siglo XIX no podrían denominarse guerras civiles, ya que, como lo hemos venido detallando, el Estado no controlaba el monopolio de la violencia y los levantamientos contra el gobierno no podían hacerse con el objetivo de obtener ese monopolio. En cuanto a que las partes deben estar sujetas a una autoridad común al comienzo del conflicto o ser “ciudadanos” del Estado a

combatir, tal condición no puede ser más implausible en los Estados en formación en el siglo XIX en América Latina, en los que los términos de la nación se estaban definiendo y amplias porciones de la población eran excluidas de esta categoría.¹⁵²

La historiografía en Colombia ha tomado como un dato cierto que en el transcurso del siglo XIX se dieron allí nueve guerras civiles además de las guerras de Independencia. El renombrado historiador Álvaro Tirado Mejía hace el listado de estas nueve guerras, que es generalmente citado por otros estudios sobre el siglo XIX (Tirado 1976: 13). Sobre cada guerra se han hecho estudios y también existen análisis de conjunto sobre “el período de guerras civiles”. El siglo XIX mismo suele entenderse como una sucesión de guerras civiles. Esta percepción viene de vieja data. El listado de Tirado a su vez se basa en estudios de análisis político de finales del siglo XIX y comienzos del siglo XX¹⁵³, en que solían hacerse reconstrucciones cronológicas de la sucesión de presidentes, de partidos en el poder, de constituciones adoptadas y también de las guerras, consideradas como otra forma de hacer política. Hemos citado ya a María Teresa Uribe (2001), quien ha mostrado, a partir del análisis del discurso político de la época, cómo la guerra se convirtió desde el siglo XIX en el hilo que conectaba la reconstrucción narrativa de la historia de Colombia. Cada partido iba acumulando glorias de guerras pasadas, pero también agravios cometidos en ellas en su contra, lo que permitía justificar nuevos intentos de tomar las armas en contra del gobierno de turno, tanto para vengar a los muertos como para hacer honor a su sacrificio. Darle a los levantamientos contra el gobierno central el nombre de guerras civiles les concedía legitimidad, generaba la impresión de un movimiento planeado, con unos objetivos claros, con una ideología de base y con un alcance nacional. Así se fue estableciendo el listado que mencionamos, con los conflictos quizás más representativos o más prolongados. Pero en realidad tal listado incluye conflictos de muy diversa especie. Algunos duraron unos pocos meses y tuvieron una restringida difusión y otros duraron varios años e incluyeron amplios sectores de la sociedad (por ejemplo el levantamiento de 1895 solo duró unos meses, se limitó a unos cuantos departamentos y hubo pocos muertos, mientras que la guerra de los Mil Días que se prolongó por tres años, participaron

¹⁵² El concepto de ciudadanía en el siglo XIX en América Latina ha sido de gran interés para la historiografía reciente, en particular a partir de los trabajos de François-Xavier Guerra. De él cf. esp. 1985: t. 1, Capítulos 3, 4 y 1992: Capítulo 10. Estudios sobre la definición de ciudadanía en diferentes países de América Latina en: Sabato 2002. Mark Thurner (1997) muestra cómo en Perú, a pesar de que se mantuvo una definición amplia de ciudadano en el siglo XIX, la población indígena, por diferentes mecanismos, fue sistemáticamente excluida de esa definición en la práctica.

¹⁵³ Tirado toma el listado de un estudio del político conservador Jorge Holguín de 1908, pero cita también a otros políticos de la época como Rafael Núñez y Carlos Martínez Silva, que hicieron recuentos similares de las guerras nacionales y regionales. Cf. Tirado 1976: 83-90.

pobladores de todo el país y perecieron miles de personas). La historiografía contemporánea sobre el siglo XIX colombiano ha usado esa clasificación sin tener en cuenta las diferencias entre los conflictos y los problemas del uso mismo del término “guerra civil”.¹⁵⁴

Para la guerra de los Mil Días, el término puede ser apto, dependiendo del enfoque que se adopte. Los principales líderes liberales que impulsaron la guerra eran netamente ciudadanos que participaban o habían participado activamente en el mundo de la política, no solo en su región de origen sino también en Bogotá. Para su movilización contra el gobierno precisamente aducían que este se oponía a su participación política y de esa forma les estaba negando su condición de ciudadanos. A pesar de que la organización para la lucha armada se hizo en una región específica, el departamento de Santander, los impulsores de la contienda no pretendían solo el dominio de esa zona particular, ni pretendían que su región de dominio ganara peso con respecto a Bogotá (como sucedía en los conflictos de los primeros años de la República), sino que levantaron la guerra con el objetivo de que el liberalismo triunfara sobre el gobierno conservador y dominar así el poder estatal “nacional” (independientemente de la efectiva hegemonía con que contara el gobierno en el territorio entero).

Por ser líderes con capacidad económica y poder político grandes, lograron que sus comunicaciones y discursos llamando a la guerra fueran discutidos y comentados por diferentes periódicos y fueran entendidos como *el* discurso del partido (o al menos de la facción belicista), así, lograron unir a su causa a personas de distantes puntos del país y diferente condición económica, movilizando desde el centro a gran número de personas. Además contaban con reconocimiento para pedir préstamos con los cuales hacerse a armas, municiones, uniformes, y demás elementos de guerra y también para cooptar hombres para la guerra y organizar “ejércitos”, aunque precarios, para enfrentar a los del gobierno. Por estas características de movimiento levantado por ciudadanos y que se enfrentó al gobierno nacional con la motivación de ganar el control del poder estatal, puede denominarse plenamente a la guerra de los Mil Días como “guerra civil”. Es en efecto, como veremos en seguida, el enfoque que ha dominado en los estudios sobre esta guerra.

Pero aun con la fuerza con que contó el movimiento, este se restringió a una pequeña porción de la sociedad. La población en Colombia, aun al final del siglo, era poco

¹⁵⁴ Excepcionalmente Luis Ervin Prado ha criticado el término “guerra civil” para calificar la guerra de los Supremos, dado que, según él, para los años treinta y cuarenta del siglo XIX no puede hablarse todavía de la existencia de un Estado en Colombia. En su reemplazo propone el término “guerras patrimoniales” (Prado 2007: 34-35).

cohesionada y era impensable para los insurgentes (como lo era para el gobierno) hacer una guerra centralizada como la pretendían. Así, además de la acción de esos líderes “nacionales” que se desarrolló entre el comienzo de la guerra en octubre de 1899 hasta mayo de 1900 de manera ligeramente coordinada, y luego completamente desintegrada hasta 1902, se superpusieron múltiples conflictos en diversos puntos del país durante el tiempo que duró la guerra. Tales conflictos, a pesar de que se originaron durante la guerra de los Mil Días, no pueden leerse como “guerra civil”, ya que en su caso fueron conflictos de carácter local, o si mucho regional, que no tuvieron como mira la conquista del poder nacional. Por más que los líderes nacionales trataran de acoger esos movimientos en sus discursos y hacerlos aparecer como parte del movimiento centralizado por ellos, era evidente que estos funcionaban de manera bastante independiente. Así como amplios sectores de la población no hacían claramente parte del Estado, en tiempo de guerra era difícil para los movimientos insurgentes pretender control sobre esos sectores. Por ello, si bien desde la perspectiva de los líderes de más notoriedad (quienes dominaron los discursos en los que se han basado los recuentos de la guerra) puede hablarse de guerra civil, a la escala local la guerra exige de otros términos para poder comprenderla.

Encontramos aquí pertinente el término de “guerras segmentarias” (*segmentäre Kriege*) que acuña Michael Riekenberg (2003) apoyándose en estudios antropológicos y sociológicos. Riekenberg se basa en el sociólogo Christian Sigrist, que en los años setenta elaboró su teoría social basado en el concepto de “sociedades segmentadas” de Durkheim para analizar sociedades sin Estado de África. Partiendo de Sigrist para entender las sociedades latinoamericanas en el siglo XIX, Riekenberg sostiene que muchas regiones de Latinoamérica de ese período, en las que el poder era dominado por redes locales, sin que el Estado central tuviera una real incidencia en esas redes, fueron terreno de guerras segmentarias. Estas guerras se daban entre grupos locales cuya capacidad de uso de la violencia era parecida. Cuando había conflictos entre esos grupos, bien fuera por recursos, territorio o poder, en tanto no había una entidad superior que gozara de legitimidad para dirimirlos, los grupos recurrían a la violencia, porque al mantener una actitud pacífica se estaba en riesgo de que los otros recurrieran a ella primero. Anticiparse a asumir una actitud violenta, en cambio, podía causar el efecto de intimidar al otro. Por ello había en esas sociedades una situación de tensión y de miedo al otro permanentes. No obstante, en tanto la capacidad de violencia de los actores era muy similar, si bien se amenazaba constantemente con violencia, el grado de violencia efectivamente usada era bajo. Para Riekenberg, este tipo de relaciones violentas caracterizaba amplios sectores de las

sociedades en los nacientes Estados latinoamericanos en el siglo XIX y aun en el siglo XX. Así mismo, el tipo de conflicto que dominó no fue aquel entre el Estado que detentaba el poder hegemónico sobre la sociedad y sectores de esta que se alzaban en contra de ese Estado (guerras civiles), sino justamente las guerras segmentarias en que se enfrentaban diferentes actores a escala local sin interés de conquistar el poder del Estado; cuando este participaba, era solo uno más dentro de esos actores en conflicto. Sin embargo Riekenberg señala que cuando se presentaban guerras civiles, las guerras segmentarias solían conectarse con ellas, en tanto los actores locales intentaban apropiarse de otros motivos de violencia (ideológicos o de tipo étnico) como los que aparecían en las guerras civiles. De este modo, los conflictos segmentados contribuyeron a la solidificación de instituciones estatales, porque los actores de conflictos locales, en la medida en que el Estado fue imponiendo sus instituciones, trataron de aprovechar también el poder concedido por el Estado como otra forma de ponerse por encima de sus contendores y legitimar su poder por medio de los recursos y el poder simbólico que fue ganando el Estado durante el siglo, que si bien no era hegemónico, concedía superioridad sobre los demás (Riekenberg 2003: Capítulos I y II).

Este tipo de conflictos es justamente el que encontramos en Tolima. En el tiempo anterior a la guerra, como analizamos en el capítulo anterior, reinaba un ambiente conflictivo entre los actores. Estos, incluso los de mayor nivel económico, los notables o los agentes del Estado, tenían una capacidad de violencia relativamente baja. Sus conflictos se basaban generalmente en amenazas y contraamenazas; que la violencia llegara a la muerte del contrario no fue la regla en los conflictos que analizamos. Cuando el Estado era llamado a participar, su real capacidad de dirimir los conflictos era muy baja y los actores, aun los más “débiles”, escapaban fácilmente a sus mecanismos de coacción. Si bien había relaciones conflictivas de diferente naturaleza y grado, como tratamos de mostrar, esos conflictos no generaron la guerra, no generaron agrupaciones masivas en torno a determinados intereses, o el apoyo a partidos, ni un descontento creciente con el gobierno que se convirtiera en cierto momento en levantamiento popular contra este. Su ámbito de influencia fue local.

Riekenberg también señala otro aspecto de la forma en que se desarrolla la violencia localmente, que igualmente encontramos en el Tolima (26-33). Las guerras segmentarias se rigen por reglas de reciprocidad. En ellas el contrario no es solo enemigo sino también un “espejo”. Los contendientes solo llegan hasta un cierto límite, pues su capacidad de violencia es limitada y conocen hasta dónde puede llegar su contrario. Con las guerras de

tinte nacional, religioso o étnico, aparecen discursos que buscan movilizar a las personas llamando a sus sentimientos. Además, suelen justificar la eliminación de los contrarios como ajenos a la nación o a la comunidad a la que se esté defendiendo. Los conflictos segmentarios se unen a esos discursos y tienden a acentuarse y a aumentar su grado de violencia. En el caso colombiano estos discursos fueron producidos por los partidos Liberal y Conservador. Ellos fueron usados por los líderes de ambos partidos para tratar de mantener una imagen de cierta comunidad de intereses con los grupos locales. Pero al mismo tiempo también fueron usados por esos grupos locales para dar trascendencia a sus conflictos. E igualmente sirvieron para delimitar los bandos en confrontación, es decir, para identificar más claramente a amigos y enemigos. Veremos al describir el desarrollo de la guerra que los discursos cambiaron en su transcurso, haciéndose a veces más intransigentes con el contrario, a veces más conciliadores. También detallaremos cómo esos discursos en que se insistía en la afinidad de los intereses de los que estaban participando en un bando o el otro, llegaron en efecto a generar acciones colectivas de gran dimensión. Se observa en los varios intentos de organizar un “Ejército Liberal del Tolima” y atacar a Bogotá por medio de esa formación. Con la creación de ese ejército se intentaban unificar los conflictos locales segmentados en un solo conflicto con trascendencia nacional. Pero debido a la imposibilidad de establecer jerarquías entre sus miembros, dado que ninguno de ellos contaba con un poder tal que le permitiera superponerse sobre los demás, los varios intentos de unificación fracasaron y los conflictos volvieron a adquirir su carácter segmentario, de lucha por el reparto de poder a nivel local.

También en otro sentido, las guerras civiles hacen que se redimensionen los conflictos segmentarios: una guerra que se proclama contra el Estado central hace que este reaccione destinando gran parte de sus recursos y la población a su mando a la guerra. Y por débil que sea su poder, deja de ser un contendiente más en los conflictos locales para convertirse en un actor desmedidamente fuerte y con más recursos (armas, capacidad económica para apertrear ejércitos, hombres para garantizar el control, mejor infraestructura para las comunicaciones), que puede rápidamente cruzar el umbral de violencia cotidiana local, basado en la reciprocidad. Este otro factor también hace que la violencia de los conflictos locales escale.

Y como se señala repetidamente en estudios sobre las guerras, una vez el conflicto civil se ha establecido y empieza a prolongarse, aparecen nuevas razones para participar que van agrandando el círculo de la violencia y marcando una distancia cada vez más grande entre los bandos.

Así, la guerra proclamada por líderes de influencia nacional se enlaza con los conflictos locales, pero dependiendo del punto de vista que se la observe, puede aparecer como una guerra civil nacional o como múltiples guerras segmentarias. La forma como se desarrolló la guerra de los Mil Días evidencia una sociedad desintegrada, un Estado débil, poco poder de los partidos (contrario a lo que ha afirmado la historiografía), poca capacidad representacional de los líderes que comandaban el discurso nacional. Así como la sociedad estaba lejos de poder ser administrada desde un Estado central, también era difícil organizarla centralmente para llevar a cabo una guerra contra ese gobierno. Pero los intentos, por ciertos momentos exitosos, de conectar intereses, de movilizar hacia unas causas comunes diferentes conflictos locales, evidencia que la guerra era un momento de creación de lazos nacionales, aunque fueran frágiles y aunque esa nación se presentara, como mucho se ha dicho, no como una sola entidad, sino escindida por los dos partidos políticos.

Problematizar el concepto de guerra civil e introducir en la comprensión de la guerra de los Mil Días el concepto de guerras segmentarias hace que esta adquiera otra dimensión, dejada de lado hasta ahora en los estudios sobre ella. Miremos cómo se ha construido el discurso sobre la guerra de los Mil Días y en particular cómo se ha entendido el vínculo entre quienes impulsaron la guerra, los líderes liberales del ala belicista, y quienes hicieron la guerra en localidades lejanas o poco vinculadas con esos líderes.

4.1.2. Las interpretaciones de la guerra de los Mil Días

La guerra de los Mil Días constituye un hito en la historia de Colombia, en tanto fue muy larga y cerró un ciclo de conflictos civiles que marcaron el siglo XIX. En la memoria nacional permaneció como arquetipo de las guerras civiles de ese período. Esta además sucedió en una fase de refundación de la nación, que desde 1886 pasó de ser la federación con gobierno liberal que había sido por 25 años, a ser una república centralizada (como lo es aún hoy día), regida por el Partido Conservador, que prevaleció en el poder hasta 1930, y con un proyecto cultural basado en el catolicismo, cuya influencia se percibe todavía en el presente. La guerra y la reforma constitucional que esta generó (firmada finalmente en 1910) marcaron el inicio de un tiempo de relativa calma entre los partidos, en tanto sus dirigentes no volvieron a intentar tomar el poder por las armas. Más que los episodios mismos de la guerra, fueron las narraciones y los estudios sobre ella los que le han dado el carácter de “prototípica guerra civil de la historia republicana de Colombia”, como la

denominan Gonzalo Sánchez y Mario Aguilera en la introducción a la compilación de ensayos, *Memoria de un país en guerra* (2001), conmemorativa de los cien años de la guerra. A continuación analizaremos cómo se configuró esa interpretación.

La idea que tenemos hoy es que la guerra de los Mil Días fue particularmente larga y sangrienta. En la interpretación de Charles Bergquist (1999, 1ª ed. 1978), que es la más aceptada hoy, ello se debió a que la guerra tuvo dos fases. La primera, la “guerra de caballeros”, se desarrolló principalmente en el departamento de Santander desde octubre de 1899 y fue comandada por los jefes principales del Partido Liberal (Germán Vargas Santos, Rafael Uribe Uribe, Benjamín Herrera), quienes formaron y dirigieron ejércitos. Esta fase tuvo fin en mayo de 1900 con la batalla de Palonegro, en que resultaron derrotados los liberales. Hasta allí, la guerra se había desarrollado como las otras guerras del siglo XIX. Pero en este caso la guerra continuó con una segunda fase, la “guerra de guerrilleros”. Las guerrillas liberales se movieron por todo el país, aunque en algunas zonas, como el Tolima, fueron más fuertes, y llevaron a cabo la guerra por fuera del control de los líderes nacionales. En noviembre de 1902 se firmó finalmente un acuerdo de paz que puso fin a la guerra. En el numeral 4.1.3. veremos que esta interpretación se enfoca en los líderes de figuración nacional, pero al mirar desde la perspectiva de los grupos populares que participaron en la guerra, tal periodización se hace problemática.

¿Fue la guerra más cruenta que los conflictos anteriores o fue esta una visión creada por los discursos? Es difícil vislumbrarlo. No tenemos cifras seguras sobre el número de muertos provocados por la guerra, aunque se sabe que causó una alta mortandad.¹⁵⁵ Tampoco sabemos si los actos de crueldad fueron mayores que en otras contiendas. Un artículo en el periódico *La Opinión*, a finales de 1900 afirmaba que la guerra no había sido más sangrienta que las demás, sino que las otras ya se habían olvidado (aunque se debe tener en cuenta que en ese momento aún faltaban dos años de conflicto). El artículo señalaba que en particular desde el uso del telégrafo (que comenzó a usarse en la guerra de 1876) se tendía a agrandar las dimensiones de la guerra:

¹⁵⁵ El último censo nacional oficial del siglo XIX se hizo en 1870. El siguiente se hizo en 1912. Diferentes autores calculan a partir de esos datos y de las tasas de crecimiento una población nacional de entre 4 y 5 millones de habitantes para finales de siglo (Díaz 1894; Arboleda 1905). Si fuera cierta la cifra de 100.000 muertos que se encuentra en diferentes textos, se trataría en efecto de una tasa de mortandad muy alta. Pero Charles Bergquist (1999: 207 n. 1) señala con razón que esa cifra es una mera conjetura. El cálculo es difícil de hacer por lo vasto del territorio en que se combatió y la falta de centralidad de los ejércitos. Muchas de las muertes en la guerra además no fueron provocadas por los combates, sino por las enfermedades. Al respecto cf. Dickey 1929: Capítulo 3.

Otra causal de ciertos fenómenos psíquicos la hallamos en el telégrafo, que si es un poderoso elemento de lucha, también sirve para aumentar la tensión nerviosa de las masas, [...] por la rapidez con que comunica los sucesos, registrando hasta los más insignificantes [...].

[E]n la actualidad no se ignoran ni aun los tiroteos en que sólo resulta algún caballo herido; [...] se suelen saber hasta los diminutos desplazamientos de minúsculas guerrillas.

Y el cerebro trabaja y funciona con las ideas que percibe, sean de la magnitud que fueren, y las situaciones expectantes lo fatigan más que el conocimiento de graves sucesos, después de cumplidos éstos. (LO 23.11.1900: 322)

Creemos que más allá de los sucesos mismos de la guerra, lo que hizo que dejara una mayor impresión fue el hecho de que esta guerra fue la última que se llevó a cabo en forma de ejércitos enfrentados (o formaciones que pretendían serlo), liderados por los principales jefes de los partidos Liberal y Conservador, una forma de conflicto que desapareció en el siglo XX.

Pero la guerra adquirió una connotación particular por el uso político que se siguió haciendo de ella, en especial por parte de los liberales. Los conservadores, en cambio, no se pusieron a la tarea de dar una versión resumen de la guerra, a pesar de que triunfaron.¹⁵⁶ Pudo esto deberse a que el triunfo del gobierno sobre los liberales se vio opacado por la separación de Panamá, ocurrida a los pocos meses de finalizar la guerra y que fue una clara consecuencia de esta.¹⁵⁷ Esta circunstancia pudo haber impedido construir un discurso elogioso sobre los logros militares obtenidos por el gobierno en la guerra. De otro lado, Rafael Reyes, presidente entre 1904 y 1909, impulsó una política de conciliación con los liberales y es posible que hubiera impedido la publicación de estudios que reivindicaran el triunfo del gobierno sobre los liberales.

De cualquier modo, los relatos sobre la guerra fueron en su mayoría liberales y estos empezaron a aparecer ya poco después de terminada la guerra. Varios de estos primeros relatos fueron escritos por líderes nacionales y se concentraron en justificar su levantamiento en armas y hacer acusaciones entre los mismos miembros del partido para

¹⁵⁶ Aunque, como veremos, sí hicieron un uso político del triunfo obtenido en la batalla de Palonegro en mayo de 1900.

¹⁵⁷ Con los éxitos militares que estaban teniendo los liberales en Panamá en 1902, los Estados Unidos vieron sus intereses en el canal amenazados y comenzaron a asumir una posición cada vez más intervencionista en el istmo. En parte por la presión de ese país, los líderes liberales, que estaban llevando una campaña exitosa en Panamá, decidieron capitular y firmar la paz a finales de ese año. El acuerdo se firmó justamente a bordo de un vapor que el gobierno de los Estados Unidos facilitó para ello. Finalmente, Estados Unidos aprovechó la posición de poder que había logrado asumir en la zona, al mismo tiempo que la debilidad en la que se encontraba el gobierno colombiano, para estimular los deseos de autonomía de algunos sectores de la población del departamento, lo que llevó a su separación y constitución como país independiente. Sobre la relación entre la guerra y la posterior separación de Panamá se ha escrito mucho. Se encuentra un buen resumen en Fischer 2001b.

explicar por qué habían sido finalmente derrotados.¹⁵⁸ En las siguientes décadas siguieron apareciendo publicaciones, con un tono ya menos de acusación que de recuento de las vivencias.¹⁵⁹ También en algunas se hizo un uso político de la guerra, por ejemplo dos tomos publicados por José María Vesga y Ávila (1914, 1922), quien aunque decía hacer recuentos imparciales, buscó claramente elogiar la campaña del general Benjamín Herrera, que se perfiló como gran líder liberal en las décadas del diez y el veinte, siendo incluso candidato presidencial para las elecciones de 1922. Pero particularmente después de 1930 los liberales renovaron su interés por la guerra y le dieron una nueva interpretación.¹⁶⁰ Según puede verse en los títulos de las diferentes memorias y estudios publicados hasta entonces, fue en esa década (posiblemente a partir del estudio de Lucas Caballero, 1980 – 1ª ed. 1938–) que se extendió el uso del nombre “guerra de los Mil Días”, subrayando su connotación de un conflicto fuera de lo común. La importancia dada por los liberales a esta guerra a partir de 1930 se debió a que, después de más de cuarenta años de gobiernos conservadores, el liberalismo llegó al poder en aquel año. Estos promovieron una nueva lectura de la historia del país, en la cual la guerra de los Mil Días fue interpretada como la última gran lucha armada del pueblo liberal contra el régimen opresivo del gobierno conservador, una lucha que finalmente vino a dar sus frutos treinta años después.¹⁶¹ El interés del gobierno en recuperar la historia de la guerra de los Mil Días se manifestó de varias maneras. Apoyaron la publicación de memorias de excombatientes, o su reedición¹⁶² y el periódico liberal *El Tiempo* publicó varios de estos relatos por entregas.¹⁶³ Promovieron una ley de recompensas a los excombatientes, a quienes insertaron en el escalafón militar. Emitieron también “leyes de honores” en nombre de líderes caídos que

¹⁵⁸ Cf. por ejemplo Urueta 1904 (compilación de documentos producidos por Rafael Uribe Uribe); Vargas Santos 1904; Durán 1904. También líderes liberales de menos poder (por ejemplo Muñoz 1903) así como varios jefes conservadores (Folíaco 1903; Villamizar 1903; González 1904), publicaron relatos en que hacían acusaciones puntuales contra sus copartidarios o se defendían de acusaciones.

¹⁵⁹ Cf. por ejemplo Lamus 1911; Gómez 1917.

¹⁶⁰ Una comparación entre los relatos sobre la guerra de principios de siglo y la reinterpretación del acontecimiento a partir de 1930 se encuentra en Escobar 2005.

¹⁶¹ La metáfora se usó frecuentemente en los relatos publicados en estos años. Por ejemplo José Manuel Pérez, en la reedición de 1938 de su compilación de relatos *La guerra en el Tolima*, publicada originalmente en 1904, expresaba: “los luchadores liberales de 1899 a 1903 no araron en el mar. Ellos fueron los precursores, los sembradores de la opima cosecha que ahora recoge y disfruta la actual generación” (Pérez 1938: 192). El autor de otra de las memorias publicadas en la década del treinta escribía: “la guerra de los Mil Días dejó la Patria agotada, pero plantó una semilla en terrenos abonados con nuestra sangre, que germinó y se ha desarrollado frondoso ese árbol cuyos frutos ya se principian a cosechar” (Rodríguez 1934: 117).

¹⁶² Sabemos de la publicación de ocho memorias y la reedición de dos más en la década de 1930.

¹⁶³ Por ejemplo Socarrás 1977 (1ª ed. 1930); Caballero 1980 (1ª ed. 1938).

antes habían sido descalificados como “guerrilleros” como Ramón Marín y Cesáreo Pulido.¹⁶⁴

Además Joaquín Tamayo, historiador liberal, miembro de la Academia de Historia, publicó en 1938 un estudio “fiel y desapasionado” de la guerra, de afán meramente académico, según afirmaba. El estudio de Tamayo se refiere principalmente a la parte de la campaña ocurrida en los primeros meses en Santander. Pero hace interesantes comentarios también sobre el resto de los combatientes. Le concede a los campesinos, por ejemplo, un rol central en la guerra, aunque es claro que los trata como víctimas: “[l]a revolución de 1899 no tuvo sino un protagonista: el campesino[...]. Fue el héroe anónimo, también la víctima” (11). En su lectura, los campesinos constituían una masa pasiva a la que los caudillos arrojaban a la guerra en nombre de ideales extraños a su mentalidad. Iban a la guerra en pos de sus jefes, sin saber por qué huían, por qué avanzaban, por qué mataban y por qué morían (45). Cuando se refiere a los guerrilleros liberales, enfatiza en su carácter díscolo y aventurero (160).

Se destaca en esta misma década la aparición de otro de estos estudios “neutrales”, que se refiere en particular a la guerra en el Tolima: los *Guerrilleros del Tolima* de otro intelectual liberal, Gonzalo París Lozano (1984, 1ª ed. 1937). Este concentró su estudio en la vida de un líder de Tolima que hasta el momento no había aparecido con tanta importancia: Tulio Varón, pariente suyo. París hacía de Varón un héroe local, que personificaba los valores del tolimense: hombría, valentía, destreza como jinete. Leía la guerra en el Tolima como una sola campaña que habría funcionado bajo la dirección de Varón, hasta su muerte acaecida en combate en 1901. También lo mostraba como el elemento vinculante entre la guerra nacional y la guerra local en tanto Varón aparecía como un aliado de Rafael Uribe Uribe. Por su parte sus soldados son descritos como hombres valientes, amantes del riesgo, que fueron a la guerra con entusiasmo, pero ignorando lo que en ella estaba en juego.

Memorias y estudios trataron de dar una imagen de la guerra como lucha cohesionada de comprometidos copartidarios que asistieron al llamado de sus jefes por fidelidad a su partido y que combatieron con entusiasmo hasta el final de la contienda. Esta interpretación tuvo una gran influencia en la comprensión posterior de la guerra. Varios de los estudios publicados en esta época fueron reeditados en décadas posteriores.

¹⁶⁴ La discusión que se dio en el Congreso para aprobar la Ley de Honores en nombre de Cesáreo Pulido se encuentra reproducida en Arbeláez 1936: 191-263. Sobre la Ley de Honores en nombre de Ramón Marín cf. Latorre 1938: 148-151. Sobre las connotaciones negativas del término ‘guerrillero’ ver punto 4.1.3.

En los años setenta, con la renovación que sufrió la historiografía colombiana y el interés que ganaron los aspectos socioeconómicos en la interpretación del pasado, también las guerras civiles fueron miradas desde otra óptica, aunque permaneció la idea de que estas habían sido resultado del fervor partidista de la sociedad de aquella época. En cuanto a los grupos populares, se entendió también su participación como originada por un partidismo ciego, o bien como forzada por caudillos regionales o locales. Álvaro Tirado (1976), a quien ya hemos mencionado como uno de los más destacados historiadores de la “Nueva Historia”, publicó un estudio sobre “las guerras civiles del siglo XIX” que influyó en gran medida los estudios sobre estas y sobre la guerra de los Mil Días en particular.¹⁶⁵ El trabajo pretendía estudiar “aspectos sociales” de las guerras civiles para ir más allá de “la representación común que se tiene en Colombia, especialmente del período republicano [según la cual] el país ha estado enmarcado en cauces institucionales y constitucionales”. Más que describir los debates políticos y hacer una reconstrucción cronológica de las guerras, más que “la pretensión de abarcar las guerras civiles en cuanto a su explicación y sus efectos”, Tirado recogió documentos que se referían a los actores que participaron en ellas (oficiales, soldados, guerrilleros, mujeres), a su cotidianidad (formas de reclutamiento y mantenimiento de las tropas, condiciones de vida), y a las formas de conducción de la guerra (pronunciamientos, levantamientos, el armamento, la legislación en la guerra, el trato a los contrarios). Con ello aportó, como decía, un “trabajo introductorio”, importante en cuanto abrió una ventana a actores que hasta ese momento no habían sido tenidos en cuenta. Pero desde la perspectiva de lucha de clases, Tirado veía en las tropas gente llevada a la guerra a la fuerza y a los dirigentes y al Estado como entes opresores de esas masas. Expresiones de esas ideas son por ejemplo: “Uno de los aspectos en los que aparece más claramente la distinción clasista durante las guerras civiles es la división tajante entre oficiales y soldados. Los primeros pertenecían casi siempre a las clases dominantes” (32). “Durante las guerras el procedimiento de enganche fue el mismo. A la fuerza se llevaba a los campesinos a luchar por ideas que no conocían y por intereses que no eran los suyos” (37-38). “En la guerra la tropa servía como carne de cañón” (40).

En la década del setenta apareció también la importante monografía de Charles Bergquist, *Café y conflicto en Colombia* (1999, 1ª ed. en inglés 1978, 1ª ed. en español 1981), que a pesar de haber sido escrita hace ya más de treinta años, sigue siendo hasta

¹⁶⁵ El trabajo tuvo amplia difusión por haber sido publicado en la Colección “Biblioteca básica colombiana” del Instituto Colombiano de Cultura.

ahora el estudio mejor documentado y más acreditado sobre la guerra de los Mil Días.¹⁶⁶ El trabajo se concentraba en las élites nacionales, pero ofrecía sobre ellas y sobre el surgimiento de la guerra una innovadora interpretación claramente economicista: relacionaba la guerra con una crisis internacional en los precios del café y afirmaba que quienes impulsaron la guerra habían sido personas afectadas por esa baja en los precios.¹⁶⁷ En cuanto a las masas populares, Bergquist señalaba que habían desempeñado un rol determinante en la guerra y en la política. Más que verlos como carne de cañón, como los mostraba Tirado, Bergquist los veía como fieles partidarios, al punto que no habían permitido que triunfaran varios ensayos de los líderes moderados de ambos partidos de formar coaliciones partidistas para hacer contrapeso al bipartidismo, y habían rechazado los acuerdos que los partidos intentaron hacer, primero para que no empezara la guerra y luego para que se acabara pronto (122-123, 196-199). En la lectura de Bergquist, esto se debía a que, mientras los líderes de los partidos generalmente pertenecían al mismo sector social y tenían entre sí relaciones corteses y respetuosas, e incluso amistosas, para la gente de origen popular, en especial en el campo, la diferencia entre ser liberal y ser conservador era más extrema y por eso no aceptaban esos pactos que pretendían hacer las élites. Entre los grupos populares, la adscripción partidista venía por herencia y formaba parte de la identidad de las personas; el del partido contrario era un enemigo, al que se le negaba todo derecho y al que debía combatirse por las armas, no negociar con él (153-159). Fue así como las masas populares hicieron que predominaran las facciones belicistas de cada partido, que desataron la guerra; y esas mismas masas fanáticas fueron las que prolongaron el conflicto, como protagonistas de la segunda fase de la guerra postulada por Bergquist, la “guerra de los guerrilleros”. Así, si bien Bergquist le concedía una participación activa a los pobladores rurales, se acercaba a la interpretación de Tamayo, en cuanto señalaba su importancia, pero describiéndolos como poco reflexivos, irracionales, presos de su fanatismo por el partido.

Un libro posterior, también muy citado, es el de Carlos Jaramillo (1991). Su monografía se dedicó justamente a la “fase guerrillera” de la guerra de los Mil Días, poniendo el acento en lo sucedido en Tolima. En su intención se asemeja al estudio citado

¹⁶⁶ En 1999 fue reeditado por el Banco de la República.

¹⁶⁷ Esta posición, aunque sólidamente mostrada, ha sido muy criticada. Ya desde el prólogo a la primera edición en español, de 1981, David Bushnell señalaba críticamente que la interpretación de Bergquist daba mucha importancia a la incidencia del comercio internacional en la economía nacional, cuando esta era muy débil y no estaba tan bien integrada con el exterior. Para el caso del Tolima debemos agregar que al momento de la guerra no había muchos pueblos cafeteros, las inversiones grandes en ese producto empezaron a hacerse solo en el siglo XX.

de Álvaro Tirado, en tanto no buscaba explicar las razones de la agudización del conflicto en esa región, sino que hacía más bien un “análisis descriptivo” de los combatientes y la forma de conducción de la guerra allí (15). Hablaba del origen social de jefes y seguidores (entre ellos también mujeres, niños e indígenas), de sus lugares de procedencia, de sus maneras de organizarse, de sus tácticas de guerra y espionaje, armas usadas, formas de reclutamiento, la vida cotidiana en la guerrilla, el uso de bebidas alcohólicas, la alimentación, el vestuario, la jerga, los momentos de diversión, las enfermedades y los métodos de curación, etc. Basado en el mencionado estudio de Gonzalo París (1984) y complementando con documentos de archivo, Jaramillo logra una descripción de diferentes aspectos de la guerra, pero no hace un trabajo de comprensión general, ni avanza explicaciones sobre por qué se formaron esas guerrillas, por qué proliferaron en el Tolima en ciertas zonas, o sobre el contexto social y político en que surgieron. Al hablar sobre las motivaciones de sus integrantes, reúne en un párrafo las diferentes opciones que aparecen en los estudios que hemos mencionado antes: algunos fueron obligados por un terrateniente, otros fueron como clientelas políticas de un caudillo, otros tomaron parte por su espíritu aventurero, afanes de venganza o sectarismo político (45). Jaramillo no hace ninguna jerarquía entre esas motivaciones, ni las desarrolla de manera sistemática.

En 2001, en conmemoración del centenario de la guerra, se publicó una compilación de ensayos, algunos originales y otros publicados recientemente. Los ensayos muestran bien, como se indica en la introducción de la compilación, que desde los años 90 el espectro de intereses se amplió y se ha asumido de manera cada vez más clara la guerra como “una práctica social y cultural”, no solo militar o de discusión entre los políticos. Pero a pesar de la mirada novedosa de la guerra que ofrecen estos ensayos (que a veces se quedan solo en la propuesta de temas y fuentes que deberían ser mejor investigados), en varios de ellos vuelve a aparecer la interpretación tradicional sobre el comprometido partidismo de los participantes. Charles Bergquist, en un artículo de 2004, critica la posición de dos de los ensayos de la compilación y su propia postura de los años setenta sobre el tema del partidismo. Se trata del ensayo de Hermes Tovar (sobre soldados y guerrilleros) y el de Aída Martínez (sobre mujeres). Para Bergquist, “ambos, Martínez y Tovar, concluyen que los participantes en el conflicto incluyendo miembros de las clases populares estuvieron profundamente motivados por las ideologías partidistas”. Y cita a Tovar: “Entre la conscripción y la incorporación voluntaria hay una gama de actitudes que no dejan lugar a dudas sobre el poder ideológico de los partidos. La política era una especie de religión. Las ideas liberales y conservadoras operaban como libro sagrado capaz

de condicionar la vida de quienes veían en ellas un evangelio irrenunciable” (Tovar 2001: 162). Bergquist se pregunta a continuación: “¿puede uno realmente esperar llegar a una conclusión diferente basado en el tipo de evidencia en los documentos en cuestión?” (86). Se refiere a la fuente en que estos historiadores basan su análisis: se trata de los expedientes de los veteranos de la guerra, a quienes, como mencionamos antes, a partir de los años treinta se les permitió ingresar al escalafón militar y recibir una recompensa por su participación en la guerra. Allí los veteranos se describían como apasionados, obedientes y fieles partidarios, desde el tiempo de la guerra hasta el momento en que estaban pidiendo su retribución. Con ello buscaban convencer a la comisión de escalafonamiento de que habían estado muy comprometidos con el partido y merecían ser recompensados. Así, al revisar este gran cuerpo documental (más de 20.000 expedientes conservados en el Archivo General de la Nación) parecería que el fervor partidista hubiera sido el principal móvil de estos veteranos, o incluso que el partido hubiera sido asumido como una religión, como lo afirma Tovar. En esta interpretación, de nuevo los grupos populares son vistos como ciegos seguidores de su partido, que estaban dispuestos a abandonarlo todo por ir en su defensa, cada vez que sus líderes los llamaban a ello.

Resumiendo estos diferentes estudios sobre la guerra de los Mil Días, podemos decir que, desde los primeros análisis académicos de la década de los treinta, la participación de los grupos populares ha despertado gran interés en la historiografía. Dos interpretaciones han sido las más recurrentes: estos fueron a la guerra por presión de sus superiores, sin saber los motivos de su lucha, o bien, estos participaron en ella por un sentimiento partidista furibundo e irracional. Estas interpretaciones no se ajustan a las formas de acción de los grupos populares que observábamos en el capítulo anterior, por el contrario, oscurecen la capacidad de decisión de esos actores y el control que podían ejercer sobre sus propias vidas. Esta capacidad de los grupos populares de actuar en pro de sus propios intereses, la “agency” subrayada por los estudios de cultura política de los últimos años (como lo señalamos en la introducción), es la que hemos tratado de destacar al mirar la conflictividad de la sociedad tolimense de finales de siglo, estudiada en el capítulo anterior, y que de nuevo encontraremos al reconstruir el desarrollo de la guerra de los Mil Días en el Tolima. Para hacer esa reconstrucción, plantearemos primero algunas críticas a conceptos utilizados generalmente en el análisis de la guerra de los Mil Días.

4.1.3. ¿Caballeros y guerrilleros? ¿Ejércitos y guerrillas? ¿Caudillos y clientelas?

La reconstrucción de la guerra de los Mil Días se ha basado en los documentos y memorias de o sobre los líderes que se lanzaron a la guerra aduciendo estar actuando en nombre de la nación.¹⁶⁸ Según este recuento, la guerra en sus primeros meses se habría desarrollado siguiendo un patrón parecido al de las otras guerras civiles: después de constantes manifestaciones de descontento contra el gobierno y amenazas de guerra, desde alguna región donde la oposición fuera particularmente fuerte se hacía un levantamiento. El objetivo final de esos levantamientos era la toma de Bogotá, solo esto otorgaba la victoria a los levantados (de hecho solo ocurrió una vez, en la guerra de 1861). Líderes de otras regiones eventualmente también hacían levantamientos, pero su acción se orientaba a apoyar la acción principal. Al mismo tiempo, el ejército del gobierno se desplazaba a combatir el levantamiento principal. Tras unos meses el ejército del gobierno obtenía el triunfo y luego se desplazaba a atender las “acciones secundarias”, aunque, en muchos casos, esos grupos se disolvían al ser derrotados los rebeldes principales. El gobierno proponía acuerdos de paz, que los rebeldes debilitados terminaban por aceptar. Todo esto sucedía en un lapso de algunos meses, ninguna guerra civil en el siglo XIX se prolongó por más de dos años. Pero en el caso de la guerra de los Mil Días, la guerra continuó por dos años más.

Bergquist propuso entonces la división de las dos fases de la guerra, que ya hemos mencionado (1999: Segunda parte): la primera sería la guerra de caballeros, seguida luego por la guerra de guerrilleros. Esta división tiene un carácter clasista que se basa en el lenguaje de las fuentes, pero sin tomar distancia de él.

Siguiendo esta narración, la primera fase de la guerra se inició cuando los jefes más reconocidos del Partido Liberal proclamaron la guerra, el 18 de octubre de 1899, en el departamento de Santander. Los liberales escogieron este lugar como escenario de la guerra por ser un departamento de gran tradición liberal, donde tenían acceso fácil al río Magdalena, al mar por el Golfo de Maracaibo, y a Venezuela, cuyo gobierno parecía dispuesto a apoyar el levantamiento liberal. También era conveniente Santander porque había allí liberales con capacidad económica para financiar levantamientos como Benjamín Herrera y Justo L. Durán. Ello les permitió organizar allí un gran número de hombres con el nombre de “Ejército Liberal”. Pero ya desde ese momento puede observarse que el

¹⁶⁸ Las reconstrucciones históricas de la guerra que más se citan en el presente son la de Charles Bergquist (1999: Segunda Parte) y la de Carlos Jaramillo (1991: 21-43), que apareció también como el artículo sobre la guerra de los Mil Días de la *Nueva Historia de Colombia* (Jaramillo 1989). El recuento de Jaramillo se basa en el de Bergquist. Bergquist se basa en obras de “observadores y participantes” como Urueta (1904), José María Vesga y Ávila (1914, 1922), Lucas Caballero (1980), Joaquín Tamayo (1938) (cf. Bergquist 1999: 218-219, n. 35).

“ejército liberal” no era tal, sino que estaba formado por subgrupos que seguían cada uno con más o menos entusiasmo a su líder (Uribe Uribe, Herrera, etc.). Solo a comienzos de 1900 fue elegido Gabriel Vargas Santos como jefe supremo de ese ejército, lo que en la práctica no trajo muchos cambios. Pero a pesar de estar poco cohesionados, el 16 de diciembre de 1899 los liberales lograron una victoria sobre los conservadores en Peralonso, cerca de Cúcuta (Santander). Este triunfo fue de mucha importancia para los liberales, porque con él su levantamiento tomó nuevos alicios, asumieron el dominio casi completo del departamento de Santander y fundaron allí un gobierno liberal temporal. Además, esa victoria hizo que muchos partidarios antes indecisos apoyaran más abiertamente el levantamiento armado. De otro lado, obligó al gobierno a aumentar las conscripciones para reforzar su ejército.

Pero a pesar de ganar el poder en Santander, los liberales tenían como objetivo la toma de Bogotá, por ello trataron de seguir desplazándose hacia el sur. En este camino, cerca a Bucaramanga, en el punto de Palonegro se abrió una batalla de grandes dimensiones en que se encontraron los dos grupos enfrentados por varios días (según las crónicas, duró quince días seguidos y dejó unos cinco mil muertos¹⁶⁹). No hubo una victoria clara de los conservadores, pero los jefes liberales tuvieron que huir al extranjero, y muchos de sus hombres se entregaron. Esto marcaría el fin de la “guerra de caballeros” y el comienzo de la “guerra de guerrilleros”, que tuvo lugar en regiones periféricas, de manera desordenada, sin líderes claros y cuyos participantes no se comportaron de forma “caballerosa”, sino en extremo violenta. Los líderes liberales nacionales también hicieron intentos por reorganizar “ejércitos”. Uribe Uribe retornó dos veces al país a organizar hombres pero siempre salió derrotado. Benjamín Herrera, por su parte, logró formar en Panamá en 1902 un grupo bien apertrechado, con el que consiguió importantes victorias: lograron un canje de prisioneros, fue dado de baja el jefe civil y militar conservador del departamento y tomaron el control de ciudades importantes. Pero controlar Panamá era poco estratégico, si el triunfo final lo daba solo la conquista de Bogotá. Con la intervención de Estados Unidos, que amenazó con tomarse a Panamá para defender sus intereses en el canal, también los liberales allí sucumbieron. El 21 de noviembre de 1902 se firmó el Tratado de Wisconsin, documento que dio término oficial a la guerra.

¹⁶⁹ La cifra de muertos es incierta, pero sí fue muy alta. Por esa alta mortandad y por su importancia para la guerra, se han publicado sobre este combate numerosos de análisis. La versión “oficial”, es decir, la de los conservadores, es la de Enrique Arboleda (1950, 1ª ed. 1900). La versión liberal es más discutida, porque en tanto resultaron vencidos, ninguno de los jefes del partido quería cargar con la responsabilidad de la derrota. Para esta discusión cf. Urueta 1904: 69-89, 328-344; Vargas 1904 y Durán 1904. Un análisis militar se encuentra en Plazas 1985: Capítulo 8.

Ahora bien, si se miran críticamente las fuentes en las que se basa esta reconstrucción histórica y se observa la guerra no a partir de los líderes nacionales, sino de las vivencias locales, la guerra aparece de otra manera, la división en dos fases se vuelve problemática y aun la propia distinción entre “ejércitos” y “guerrillas” se hace complicada.

En las diferentes guerras del XIX aparecieron guerrillas aunque se ha dado más relevancia a las de la guerra de los Mil Días y solo últimamente se ha señalado su importante actuación en otras guerras.¹⁷⁰ Como veremos a continuación, estas guerrillas no representan en realidad agrupaciones armadas muy diferentes de los llamados ejércitos y que ante todo la distinción la hacían quienes detentaban el control del gobierno para deslegitimar levantamientos en contra suya.

No es problemático decir que aún a final de siglo no existía realmente un “ejército” en el país, de hecho, la dificultad de formar uno habla del difícil proceso de conformación del Estado en Colombia. Durante el siglo XIX la distinción entre militares y civiles no fue nunca muy clara. En el período de dominio liberal, desde la década del 50 hasta 1886, el ejército fue reducido al mínimo y se estableció el sistema de milicias, una organización basada en la idea de “ciudadanía en armas”, es decir, que los individuos tenían entre sus deberes de ciudadanos el de asumir la defensa del Estado.¹⁷¹ Por la misma razón, en este tiempo el porte de armas era libre. Con el ascenso de los conservadores en 1886, uno de los principales proyectos del nuevo Estado centralizado fue la monopolización de la violencia a través de la creación de un ejército nacional. Pero a pesar de que se fundó una Academia Militar y se trajeron militares instructores de Europa y Estados Unidos, por problemas fiscales la organización del ejército tuvo que posponerse y fue solo en la primera década del siglo XX que pudo empezar en serio esa organización. En 1899, meses antes del comienzo de la guerra, el pie de fuerza del ejército fue incluso reducido a solo 4.000 hombres (Atehortúa/Vélez 1994: Capítulo 1).

No obstante, en las guerras se habla de “ejércitos” conservadores y liberales. Se trata de grupos cuyos dirigentes podían tener grados militares y ser respetados como tales, pero esos grados no se debían generalmente a una educación militar, sino a su experiencia en guerras civiles anteriores. En cuanto a los soldados, estos eran cooptados durante la guerra, sin importar su experiencia ni su inclinación por algún partido. Los agentes del gobierno sabían de la impopularidad de esas levas. Al comienzo de la guerra de los Mil Días (el 18

¹⁷⁰ Cf. por ejemplo Ortiz 2004.

¹⁷¹ No conocemos estudios sobre la institución de las milicias en Colombia en el siglo XIX. Para Argentina cf. Sabato 2008.

de diciembre de 1899) un jefe del ejército ordenaba al alcalde de Ibagué reclutar un contingente advirtiéndolo: “Creo conveniente que por ahora no debe reclutarse en el centro de la ciudad para no alarmar” (AHI, cj. 321, fs. 231-231v). En abril de 1902 otro comunicado ordenaba al alcalde reunir 300 conscriptos “tomándolos de los campos y alrededores de la ciudad y procurando que sean hombres bien constituidos y robustos en lo posible, solteros y amigos del gobierno. Obre usted en esto con alguna circunspección y reserva.” (AHI, cj. 341, f. 416).

Obviamente, esas impopulares levadas debían hacerse usando la fuerza. En la historiografía sobre guerras civiles en Colombia se ha enfatizado en la violencia de los reclutamientos: agentes del gobierno iban a las plazas de los pueblos en días de mercado y encerraban a quienes se encontraran en ellas, incluyendo niños y ancianos, o personas con impedimentos físicos. Para desplazarlos muchas veces los amarraban. Y al momento de los combates, así como había dirigentes en la vanguardia dando órdenes de combate, también se apostaban jefes al final de las filas, controlando que no se escaparan los soldados.¹⁷² En nuestra región de estudio también encontramos descripciones de violentos reclutamientos por parte de conservadores. Un inglés, administrador de una mina en Malpaso (Mariquita), dio un reporte de un reclutamiento llevado a cabo en aquellas minas en noviembre de 1900¹⁷³: los agentes del gobierno entraron a las siete de la mañana a las minas y se dirigieron a la fonda. Los trabajadores que estaban allí salieron corriendo a esconderse, por lo que los agentes del gobierno empezaron a disparar y continuaron haciéndolo hasta que no hubo más gente en el lugar. Otra parte de los soldados se dirigió al lugar de laboreo de la mina y allí cogieron a cinco peones que estaban trabajando. Al siguiente día volvieron a hacer reclutamientos usando el mismo mecanismo de disparos. Esta vez capturaron a veinte trabajadores entre los túneles de las minas. También en el pueblo apresaron a los vigilantes nocturnos que estaban durmiendo en sus casas y al encargado de la fonda. A la siguiente noche, hubo otra comisión. Tras nuevos disparos en el pueblo y cogieron a cinco hombres en sus casas. Luego volvieron en la madrugada y también los siguientes dos días, pero ya no pudieron coger a nadie más porque los peones habían huido atemorizados. El

¹⁷² Numerosas descripciones se encuentran en documentos citados por Tirado 1976: 265-308. Se ha popularizado un grabado de las memorias *Viaje a la Nueva Granada* del francés Charles Saffray, quien visitó al país en la década de 1860. El grabado se titula, irónicamente, “Los voluntarios” pues en realidad muestra a unos campesinos descalzos y pobremente vestidos, caminando en fila con bayoneta al hombro y amarrados a un hombre a caballo que los custodia (cf. <http://www.banrepcultural.org/blaavirtual/historia/galeria/216.htm>, visitado 28.06.2012). También se encuentran caricaturas de levadas y reclutas en los periódicos de la época, imágenes que han sido recopiladas y analizadas por Diana Luz Ceballos (2005) en un artículo sobre la iconografía de las guerras civiles en Colombia.

¹⁷³ PRO 135/255-19786, informe de Thomas Bevan, 19.11.1900.

inglés se quejaba de que los agentes del gobierno habían provocado así que se interrumpieran los trabajos en las minas, a pesar de que los trabajadores tenían salvoconductos, y que si bien las propiedades no habían sido dañadas, los agentes estatales habían tomado posesiones como gallinas, sombreros y ruanas de las casas de los peones.

Se debe, sin embargo, señalar que así como el ejército del gobierno se constituía por medios violentos, para formar un levantamiento armado contra el gobierno el partido insurgente también debía recurrir a reclutamientos a la fuerza, pues no bastaban el discurso persuasivo ni el alistamiento voluntario de algunos entusiastas. Es implausible sostener, como lo hace Carlos Jaramillo, que en la guerra de los Mil Días, a diferencia de las tropas conservadoras, que estaban conformadas por reclutados, las guerrillas liberales se componían principalmente de voluntarios, lo que “hizo de ellas núcleos bastante permanentes, relativamente amparados de la desertión” (Jaramillo 1991: 45). También entre los liberales, como observaremos, las levas se llevaron a cabo usando principalmente medios violentos.

Los ejércitos en las guerras civiles, aún los del gobierno, que contaban con una mejor organización, fueron organizaciones *ad hoc*, basadas en la represión más que en la disciplina militar. Siendo así, no usaban formaciones determinadas ni tácticas guerreras provenientes de la teoría militar. Además, en especial en el caso de las fuerzas insurgentes, la escasez de armas los obligaba a usar de manera indistinta las que consiguieran o ganaran en los combates, lo que dificultaba aún más la organización. Los combates grandes que llevaron a cabo estos ejércitos reflejan esa desorganización (por ejemplo la batalla de Palonegro, en que durante quince días los jefes, sin seguir una estrategia definida, enviaron tropas a la línea de batalla esperando que el otro bando finalmente se rindiera).

Para legitimar la acción era muy importante para ambos bandos mostrar que sus hombres se organizaban como ejércitos. Los conservadores tenían mayor capacidad de hacer público su discurso porque controlaban los periódicos. En estos, como veremos, publicaban constantemente descripciones detalladas de cada encuentro de armas, la estrategia utilizada, la manera como se formaron las tropas, el número de soldados, el trato condescendiente con los derrotados. Es de anotar que tales justificaciones eran también hechas por los liberales, aunque en su caso la formación de opinión era más difícil, pues durante la guerra solo pudieron publicar sus periódicos de manera clandestina.¹⁷⁴

¹⁷⁴ Descripciones en que los liberales trataban de mostrar sus combates como ordenados y siguiendo una estrategia se encuentran por ejemplo en Pérez 1904 y en Arbeláez 1936.

Con respecto a las semejanzas en la organización de ejércitos conservadores y liberales en la guerra, son útiles las observaciones del médico estadounidense Herbert Spencer Dickey (1929), quien estuvo en Colombia durante la guerra de los Mil Días. Su escrito resulta valioso en tanto Dickey no tenía compromisos con ninguno de los dos partidos, ni durante la guerra ni al momento de escribir sus memorias, casi treinta años después (aunque en general se puede notar una mayor simpatía hacia los liberales). No obstante, esta distancia en el tiempo, sumada al hecho de que Dickey escribió para divertimento del público estadounidense, que no tenía por qué tener ideas precisas sobre Colombia, nos permiten sospechar que el relato contiene exageraciones. Aun con esto, se trata de una fuente útil para observar la práctica militar durante la guerra.

Así describe Dickey las diferencias entre ejércitos conservadores y liberales en Barranquilla (ciudad sobre la Costa Atlántica) al comienzo de la guerra: “Now imagine two contending forces of ignorant peons, one group in Federal¹⁷⁵ uniforms, and the other without uniforms and not especially overburdened with other belongings” (9). Si bien Dickey menciona aquí el uniforme como rasgo distintivo de los conservadores, más adelante, al describir los “uniformes” de una “Compañía suelta” del ejército conservador del Tolima, nos percatamos de que tampoco en esto se diferenciaban mucho las dos fuerzas. La primera vez que Dickey se encontró con estos hombres, no tenían uniformes. Al volver a verlos:

they were especially picturesque this time, for they managed to lay their hands on some uniforms, though there were not enough to go around. The mounted men, of whom there were about forty, wore laced boots with huge spurs [...], nondescript trousers of khaki, or dirty white duck, or blue dungaree [...]. The foot soldiers wore whatever they had been able to find, and I recall very few whose costumes could, even by a great stretch of the imagination, be called a uniform. None of them wore shoes, although those that were not barefoot wore ‘alpargates’ or rope soled sandals. They did, however, with unanimity, sport some bit of blue ribbon about them somewhere (64).

En este caso la precariedad debía ser extrema, pues se trataba de una compañía suelta. Pero al observar fotos de soldados, tanto liberales como conservadores se pueden hacer constataciones similares con respecto a lo diverso y pintoresco de los “uniformes” de las tropas (a diferencia de la elegancia de los altos mandos).¹⁷⁶

Dickey también describe la manera como se conformaban los ejércitos. Si bien los gobiernistas llamaban a sus hombres “voluntarios”, “[s]oldiers –or even ‘volunteers’– in

¹⁷⁵ Dickey llama erróneamente “Federal” a los gobiernistas.

¹⁷⁶ El Boletín Cultural y Bibliográfico, vol. 37, n° 54 de 2000, publicó un número especial dedicado a la exposición “Cien años de los Mil Días” realizada en 1999 en el Museo Nacional en Bogotá. En la revista aparecen las fotos y objetos exhibidos en la exposición. Para fotos de soldados cf. esp. pp. 15, 48, 53.

the true sense they certainly were not. [...] Peons from farms, from mines, and from the city streets were ‘recruited’ by means of rawhide thongs with which they were bound” (10). Ya acuartelados “[t]he course of training through which these patriots went was of the simplest. Their commanding officers seemed to believe that uniforms somehow automatically made their *voluntarios* into soldiers” (11).

A Dickey también le sorprendía que ninguno de los dos grupos tuviera campamentos:

Federals and Revolutionists alike ‘camped’, usually, in villages. If a village was not handy when night overtook them they tried to select a pasture where there were cattle. In the former case they merely took possession after threatening the inhabitants. They looted the shops and gave receipts. If the new arrivals were Revolutionists the receipts were said to be cashable when the revolution was successful. If they were Federals the receipts were said to be cashable when the war was over (59).

Estas descripciones de Dickey ilustran la extrema precariedad de los ejércitos oficiales, lo que permite imaginarlos como muy cercanos a los ejércitos irregulares. No obstante, los contemporáneos marcaban una diferencia entre ejércitos oficiales y guerrillas. En la literatura sobre cuestiones militares pueden encontrarse caracterizaciones de la “guerra regular” y de la “irregular”. Estas se diferenciarían por

the relative size of engagements, decentralization of logistics, use of fixed formations in given tactical situations, involvement of civilian populations, recruiting standards and methods, professional education of leadership, prevalence of hit-and-run tactics, attacks against economic targets, independence of decision-making at lower levels of command (Demarest 2001: 18).

Según la descripción de los ejércitos hecha arriba, en el caso de la guerra de los Mil Días estos criterios no funcionan bien, puesto que los ejércitos también tenían que usar tácticas de “guerra irregular” dada su falta de recursos. Y a medida que se prolongaba la guerra y los medios se hacían más precarios, la distinción entre ejército y guerrilla se hacía cada vez más difusa.

Pueden encontrarse diferencias en el tamaño de los grupos, porque las guerrillas, solo cuando se unían temporalmente podían agrupar un número importante de combatientes, pero no mayor de 2.500 ó 3.000 hombres (Pérez 1904: 210; Jaramillo 1991: 103, n. 44; *LO* 12.01.1901: 462). Ejércitos y guerrillas también se diferenciaban con respecto a las armas. Los conservadores generalmente contaron con armas y municiones, aunque se encuentran en los documentos constantes quejas de los jefes de batallones, en especial los que estaban más alejados de Bogotá, por la falta de armamento. Los liberales por su parte contaron con algún armamento en buen estado, provisto por agentes del partido en el exterior, solo en la

primera fase del conflicto en Santander y en la campaña de Panamá en 1902. En las campañas adelantadas en otras partes del país, el armamento estuvo constituido normalmente por armas viejas de propiedad privada, o las que podían tomar a los enemigos en combate. Pero el machete fue el arma más generalizada, por ser también la herramienta común de trabajo de la gente del campo (Jaramillo 1991: 192-214). El empleo generalizado del machete entre las fuerzas liberales (aunque también llegaron a usarlo los conservadores) fue objeto de constantes críticas por parte del gobierno, que acusaba a los liberales de sanguinarios y crueles. El uso de machete en efecto exigía el combate cuerpo a cuerpo y propinar al contrario terribles heridas. Pero no es apropiado calificar de “crueles” a los combatientes por esa razón, como suelen hacerlo las fuentes y, por ese camino, la historiografía (cf. por ejemplo París 1984: 113-127; también Tamayo 1938: 160-162, 171-174). Como señala Stathis Kalyvas, el uso del machete solo indica que los contendores son pobres, no que son bárbaros (Kalyvas 2006: 53, n. 3).

No obstante, para los contemporáneos era importante distinguir entre ejércitos y guerrillas, pero por cuestiones de tipo más bien moral y clasista. Era digno de un “ciudadano” estar listo a defender su partido y su Patria aun con medios violentos. Como lo indica Michael Riekenberg (2003), entre las personas de clase social alta en América Latina en el siglo XIX, “es gab eine Verherrlichung kriegerischer Tugenden als Eigenschaft des Bürgers” (57). “Die Vorstellung des tätigen Staatsbürgers umfaßte die Idee des Gewaltgebrauchs gegen politische Gegner” (58). La violencia era un medio político legítimo que gozaba de reconocimiento y los verdaderos caballeros debían estar dispuestos a usar la violencia en defensa de sus ideas. Pero la guerra debía conducirse obedeciendo a unos códigos de cortesía y de honor. Tanto los defensores de la legitimidad como los rebeldes debían formar a sus hombres en ejércitos, bajo la dirección de un mando centralizado y enfrentarse por medio de batallas frontales contra sus contendores (Aguilera 2001: 314). Por ello los líderes de los partidos daban tanta importancia a llamar “ejércitos” a los grupos que formaban y a conducirlos personalmente. Igualmente podían llamar “ejércitos” a grupos que funcionaban en regiones diferentes a donde ellos combatían, pero con cuyos líderes tenían contacto o amistad. Tal denominación generaba la sensación de que esos grupos estaban subordinados como batallones de un gran ejército nacional, y que este merecía respeto como contendor. Se puede encontrar dicha preocupación en esta observación del jefe liberal Siervo Sarmiento, al narrar los acontecimientos del levantamiento que dirigió en contra del gobierno en 1895: “Advertiré que, para valernos de términos adecuados, aplicaré los nombres de ‘Fuerzas’, ‘Ejércitos’, ‘División’,

‘Escuadrón’, etc. a los que, en puridad de la verdad, sin merecer tales nombres, por su escaso número, solo debe llamarse ‘agrupación de amigos’ ” (Sarmiento 1898: 18).

Las guerrillas, en cambio, eran fuerzas formadas por fuera del mando de esos líderes. En algunas ocasiones las guerrillas podían prestar un servicio al ejército, por ejemplo entretener al enemigo, o entorpecer su acción. Pero normalmente eran fuerzas muy independientes, con poca disposición para ponerse a órdenes de otros. El término “guerrilla” tenía un carácter peyorativo; la guerrilla era considerada como una fuerza militar degenerada, no como una forma alternativa de guerra. Esta concepción no solo era mantenida por el gobierno, sino también por los jefes del Partido Liberal. Al respecto es diciente un decreto expedido por Rafael Uribe Uribe, en octubre de 1900, que exigía a los liberales del departamento de Bolívar unirse a su ejército y tildaba de “cuadrillas de malhechores” a los grupos que no quisieran ponerse bajo su mando (el decreto está transcrito en Tirado 1976: 412-413).¹⁷⁷

Las que eran denominadas guerrillas eran grupos armados locales que no tenían el respaldo de los directores de la guerra y por ello no podían formar grandes agrupaciones, sino cuerpos pequeños. Esta formación les impedía luchar como lo indicaban las normas sociales, por medio de batallas frontales; ellos estaban obligados a recurrir al ataque sorpresivo, el repliegue rápido después del ataque, a las escaramuzas. Además, en estos grupos había relaciones más horizontales entre sus miembros, porque muchas veces los unían lazos familiares, de compadrazgo o de amistad. Esto hacía difícil imponer una disciplina muy estricta (Aguilera 2001: 305). Dadas estas características, los líderes de los partidos solían considerar a las que llamaban “guerrillas” como fuerzas desordenadas y sin objetivos.

En enero de 1901 (siete meses después de Palonegro) el gobierno expidió un decreto que declaraba que todos los liberales que aun continuaban en armas, en tanto ya no constituían ningún ejército regular capaz de hacer “batallas formales”, sino solo guerrillas, serían considerados “cuadrillas de malhechores”, si no entregaban las armas en el siguiente mes (transcrito en Sánchez/Aguilera 2001: 405-406). Con ello los liberales aun en armas perdieron el tácito carácter político con el que contaban hasta ese momento y el gobierno monopolizó la palabra “ejército” para referirla únicamente a las tropas de su bando.¹⁷⁸

¹⁷⁷ Sobre la calificación a grupos armados no “autorizados” por los líderes liberales cf. también las cartas entre Foción Soto (líder liberal) y el ministro de guerra, José Vicente Concha, transcritas en Sánchez/Aguilera 2001: 409-410.

¹⁷⁸ Posteriormente también el grupo armado que organizó Benjamín Herrera en Panamá en 1902 fue llamado por los conservadores “ejército liberal” para poder firmar la paz y dar un fin oficial a la guerra.

Además de esta distinción hecha por las élites de los partidos, los propios combatientes también establecían una diferencia entre ejércitos y guerrillas. Los liberales del Tolima, por ejemplo, se denominaban a sí mismos, normalmente, “guerrillas”, denotando con ello que eran grupos de pocos hombres.¹⁷⁹ “Ejércitos” eran las uniones de guerrillas (uniones temporales que fracasaron siempre en el largo plazo). Aquí tampoco eran las tácticas utilizadas lo que distinguía a unos de otros. Aunque se sabe que por esa época circuló un manual de guerrillas traído al país por un renombrado líder liberal, Avelino Rosas, que había aprendido tácticas guerrilleras junto a Antonio Maceo en la guerra de independencia de Cuba (Jaramillo 1991: 151-152), no fueron los manuales los que rigieron las formas de acción de los guerrilleros. Las guerrillas usaban formas de combate dictadas por las condiciones a las cuales se enfrentaban: pocos recursos, armamento escaso, conocimiento de su territorio, enemigo mayor en número y mejor equipado. Como lo dice Walter Laqueur en su estudio sobre la guerra guerrillera, citando a Eric Hobsbawm (*Revolutionaries*, 1973), “there is nothing in the purely military pages of Mao, Giap or Che Guevara which a traditional *guerrillero* or band leader would regard as other than simple common sense” (Laqueur 1998: 384-385).¹⁸⁰

Al mirar la guerra desde la región del Tolima se hace pues inválida una diferenciación entre caballeros y guerrilleros como la propuesta por Bergquist, el conflicto en Santander pasa a un segundo plano al igual que los líderes liberales que dirigieron tropas allí. En Tolima hubo otros líderes, llamados desde el centro “guerrilleros”, pero que en realidad en sus comarcas podían ser vistos también como líderes legítimos, que buscaron dar un orden a sus hombres y sobre todo aparecer como ejércitos organizados.

¹⁷⁹ También se pueden encontrar referencias a “guerrillas conservadoras”, en el sentido de tropas de pocos hombres.

¹⁸⁰ Nos oponemos a una interpretación frecuente que busca mostrar la “larga duración” de las guerrillas en Colombia, vinculando las guerrillas del siglo XIX con las del XX. Cf. por ejemplo Ibáñez 2000: 646, 672; Luis Javier Ortiz 2004: Capítulo 2. Ortiz propone la hipótesis de que las FARC podrían hundir sus raíces a las guerrillas de la Independencia (48-49), o de manera más general, que “las tradiciones guerrilleras de ambos bandos subsistieron en el inconsciente colectivo hasta el siglo XX y, por qué no decirlo, en el caso colombiano hasta los albores del siglo XXI, con las peculiaridades propias de las nuevas épocas” (53). Lo que pensamos es que la guerrilla es una forma “de sentido común” de realizar una guerra, cuando se tienen pocos recursos y el enemigo puede acceder más fácilmente a ellos. Que se hayan generado guerrillas a mediados del siglo XX en Colombia no tiene que ver con el hecho de que hubiera una tradición guerrillera. Su surgimiento obedeció a la coyuntura histórica de la Guerra Fría, la Revolución Cubana, etc. Es posible que los guerrilleros de los años 60 hayan invocado a personajes de las guerras civiles, o tracen una trayectoria de malestar social que se remita a esos años, pero el dominio de tácticas guerrilleras no obedece al hecho de que ya en otro tiempo se hubiera practicado ese tipo de guerra y se hubieran conservado esas tradiciones, sino a que esas tácticas son las propias de un ejército pobre y pequeño que se enfrenta a uno más grande y con mejores medios.

En cuanto a los términos “caudillos” y “clientelas”, estos han sido muy utilizados para explicar no solo las guerras, sino en general cómo se ha dado en Colombia la integración de sectores sociales diversos y dispersos en el territorio en torno a unos determinados proyectos de nación, tanto en el siglo XIX como en el XX. Se postula la existencia de “caudillos” que en diferentes momentos de la historia del país han arrastrado a sus “clientelas” a apoyar ciertas ideologías y a actuar acorde a ellas. Las guerras civiles sirven para ejemplificar esas relaciones. Fernán González, como lo indicamos en la introducción, ha logrado un modelo explicativo muy elaborado a partir de estos conceptos. Según su interpretación (1989b), desde la época colonial dominaron jefes de poder regional (“caudillos” o “gamonales”), cuyo poder alcanzó su culmen en la época del federalismo. Con los intentos de centralización de la Regeneración, el poder de estos jefes no se debilitó, en tanto se volvieron mediadores entre la nación y las regiones. Estos gamonales podían negociar con el centro, o bien, hacerle la guerra, movilizándolo para ello a la gente de sus regiones, sobre las que regían por medio de relaciones clientelistas. En un estudio más reciente vuelve a decir González que en las guerras civiles “Muchos de los guerrilleros iban movidos por el poder de los terratenientes sobre los hombres vinculados a su propiedad, otros por sus lazos de clientela con los caudillos locales” (2006: 174). El estudio del Tolima nos permite ponderar de manera crítica estas afirmaciones.

Michael Riekenberg (1995) ha indicado cómo el término “caudillo” se ha utilizado en los análisis sociológicos, políticos e históricos sobre América Latina de manera constante y para diferentes contextos históricos. Ello ha hecho que se dificulte su análisis y se haga problemático su uso (237-238). Riekenberg trata de limitar el empleo del término para describir una figura típica de la primera mitad del siglo XIX en los diferentes países en formación en América Latina. Tras las independencias, los caudillos jugaron un importante rol como actores que si bien ejercían violencia, también ayudaban a controlarla. En tanto los nuevos gobiernos no tenían los medios, ni contaban con la legitimidad para controlar a los individuos, los miembros de estructuras de poder fuertes que venían desde la Colonia pudieron oponerse a esos gobiernos, detentar un poder mayor que estos y cumplir incluso labores de orden y justicia que los nacientes Estados no podían garantizar. Ellos fueron en últimas el Estado. Pero en el transcurso del siglo, las condiciones políticas y económicas en los diferentes países fueron cambiando. El desarrollo económico permitió el ascenso social de muchos que dejaron así de depender de esos caudillos, o pudieron competir en poder con ellos. En algunos países se afianzaron instituciones estatales como el ejército, que fueron consiguiendo impedir el uso de la violencia por fuera del control del

Estado. Así, a finales del siglo ya no se encuentran esos caudillos del período de la temprana postindependencia (244-246). Después habrían aparecido o se habrían seguido desarrollando otros fenómenos como el caciquismo, organizaciones corporatistas, formas políticas populistas, burocracia, ejército, etc. Pero Riekenberg aboga por que eso ya no sea denominado como caudillismo (247). En este sentido, a los líderes militares colombianos de finales de siglo ya no sería apropiado llamarlos caudillos.

En el caso colombiano además, no existieron caudillos con un gran poder regional o supraregional, a diferencia de Argentina por ejemplo. De hecho, se ha señalado esta como una de las características de la sociedad colombiana del siglo XIX y una de los principales dificultades en el proceso de su constitución como Estado nación: la sociedad estaba muy fragmentada y las redes de poder eran muy débiles, de ahí la falta de grandes caudillos y la proliferación de figuras de menos poder en pugna constante (Deas 1993d: 207-208). En el Tolima aun las familias de más poder no pasaban de ser solo grandes propietarias, quizás con alguna capacidad de mando sobre sus arrendatarios, pero no con el rol de imponer justicia y ejercer control sobre amplias zonas. En los siguientes apartados observaremos perfiles de conservadores y liberales que lideraron grupos armados en el Tolima durante la guerra de los Mil Días y mostraremos que estos no poseen las características para calificarlos como “caudillos”.

Para Colombia se han usado otros apelativos para denominar a líderes políticos o militares, como lo vemos en la misma cita de Fernán González. Este se refiere a “caudillos locales”, pero se habla también de “gamonales” o de “caciques” (cf. por ejemplo Henderson 1984: 93-94). No obstante, en la descripción que hace de ellos el historiador inglés Malcolm Deas en un ensayo sobre el “caciquismo” en Colombia (1993d), les da gran importancia en el contexto local. Para Deas, se trata de líderes locales de nivel social medio que solían ocupar cargos públicos, una tarea que no interesaba a las élites, o a los dueños de haciendas más acaudalados. Su acceso a la administración les permitía controlar importantes fuentes de poder a nivel local, al tiempo que repartir favores. Por ejemplo, manejaban los monopolios de producción y venta de licor, controlaban el trabajo subsidiario, tenían autoridad para multar, dirigían los reclutamientos, influían en las actividades judiciales (217-218). Por lo mismo, podían favorecer a sus clientelas, con quienes estaban vinculados por relaciones familiares, de compadrazgo o de vecindad (Zambrano 1998: 239). Otra característica importante de esos gamonales, según se ha dicho, es su papel de mediadores. Fabio Zambrano (1998), basándose en el ensayo de Malcolm Deas que estamos citando, habla de los gamonales como los garantes de la

vinculación entre lo que en su terminología se denomina el “pueblo real”, es decir, quienes ejercían plenos derechos de ciudadanía en la constitución, y el “pueblo ficticio”, quienes carecían del derecho al voto y estaban excluidos de la política institucional, es decir, la mayoría de la población que no tenía acceso a la ciudadanía.¹⁸¹ Entre ambos existía una brecha que llenaba el caudillo regional. “Todos estos personajes se convirtieron en los articuladores culturales, en los sujetos intermediarios entre los dos mundos que conformaban el escenario de la política”, y que transmitieron un sentimiento de nación y de “comunidad imaginada” (Zambrano 1998: 239).¹⁸²

En un ensayo posterior, sobre la política en zonas rurales, Malcolm Deas (1993c: n. 2) señala que su escrito sobre caciquismo tiene el problema de que no tiene muy en cuenta diferencias regionales.¹⁸³ Se basó en efecto principalmente en observaciones hechas en pueblos de la sabana cundiboyacense por Rufino Cuervo, “inspector del gobierno conservador que escribió después de la Regeneración” (1993d: 213). Aunque Cuervo caricaturiza la política en los pueblos a partir de sus concepciones ciudadanas de lo que *debería* ser la política, puede ser que, en efecto, en esos pueblos los gamonales fueran personas con mucha autoridad y que controlaran en gran medida los poderes judicial, legislativo y ejecutivo. Pero como observaremos, para describir a los jefes militares que participaron en la guerra de los Mil Días en el Tolima, aun ese término debilitado de gamonal o caudillo local resulta muy fuerte. En especial entre los liberales, varios de los que se hicieron jefes militares en el Tolima no pertenecían a las notabilidades locales o a redes familiares de poder. Se trataba de personas de origen más bien popular, que habían ganado su puesto de mando en las guerras mismas o que lo ganaron en esta guerra. No contaban con mucho poder económico o político antes de la guerra como para poder ofrecer favores a sus seguidores. Tampoco habían sido tradicionalmente intermediarios, pues ninguno de ellos apareció como mediador entre sus comunidades y el Estado o como un líder que encauzara las quejas de sus vecinos en los conflictos que estudiamos en el tercer capítulo.

¹⁸¹ Parecería más coherente denominar como “pueblo real” a la población entera existente y ficticio al que se creaba con la noción de ciudadano.

¹⁸² El politólogo mexicano Fernando Escalante (1999) le da un valor fundamental a esa capacidad de intermediación de los jefes regionales. Esta capacidad garantizó en muchas zonas de América Latina (aún hoy) que el Estado llegara a las localidades. Desde esta perspectiva se ha cambiado la interpretación sobre ellos. En la historiografía tradicional aparecían como obstáculos al desarrollo de las instituciones liberales que las élites intentaban instaurar con la intención de acelerar el proceso de modernización de sus países. Ahora se los mira como agentes que contribuyeron a canalizar los intereses divergentes de la población y conciliarlos con los ideales de los Estados nacientes. Cf. también Riekenberg 1995: 245-246.

¹⁸³ El ensayo sobre caciquismo es originalmente del año 1973, el de la vida política en provincia es de 1983. Cf. Deas 1993: 345-346.

Al otro lado de los gamonales o caudillos locales están sus “clientelas”, aunque el término no solo se usa en el contexto de los caudillos, sino que ha sido usado para muy diferentes ámbitos culturales y épocas (Riekenberg 1995: 243). El término denota de manera general una relación entre actores que tienen un acceso asimétrico al poder, aunque dependen el uno del otro: de un lado de la relación está el que goza de más poder, lo que le permite repartir favores y servir de intermediario a las demandas de sus clientes que están al otro lado de la relación; pero él también necesita de su clientela para asegurar ese poder. Se trata de una relación de reciprocidad, a pesar de que es asimétrica (Scott/Marshall 2009).

Nancy Appelbaum (2003: Introducción) señala que, en los últimos años, los estudios sobre cultura política popular en América Latina han evitado usar el término “clientelismo”, en tanto supone una relación muy vertical entre patrones y clientes y desconoce el rol activo y autónomo de los últimos. Esto es lo que han buscado resaltar los trabajos inspirados en los estudios subalternos. Esas “clientelas” pueden actuar por cuenta propia y son agentes sociales plenos. James Sanders (2004: 3-7, *passim*), por ejemplo, no habla de clientelismo sino de “political bargaining”, indicando con ello que también los que tienen un acceso más limitado al poder suelen imponer ciertas exigencias a los más poderosos por medio de la constante negociación en el juego social. Guy P. C. Thomson (1999), por su parte, enfatiza también en la negociación entre líderes y seguidores al estudiar un carismático líder de Puebla (México) de la segunda mitad del siglo XIX, Juan Francisco Lucas. En tiempo de paz, Lucas representaba a su comunidad ante las autoridades nacionales, por ello, en tiempo de guerra, lograba movilizar a sus representados sin emplear el reclutamiento forzoso. Ello porque la comunidad *negociaba* con él su participación a cambio de mejoras colectivas, como reformas a los impuestos, redistribuciones de tierra, reorganización de jurisdicciones.¹⁸⁴ Pero a pesar de la aprehensión que se tiene al término clientelismo en los estudios contemporáneos, Appelbaum insiste en usar el término “clientelismo”, en tanto al hablar de “negociación” no se observa bien la asimetría de la relación.

Pero para el contexto del Tolima el uso del término tendría otro problema: hace referencia a una relación muy fuerte entre patrones y clientes, incluso de largo plazo (McLean/McMillan 2009). De hecho, muchas veces la relación está asegurada con lazos de

¹⁸⁴ Florencia Mallon también se refiere a las capacidades de negociación de Lucas (1995: Part 1). Peter Guardino sostiene ideas similares sobre el liderato de Juan Álvarez en Guerrero (Guardino 1996: cap. 6).

parentesco o padrinazgo. No es este el caso de los grupos armados que se formaron en el Tolima. La relación entre jefes y seguidores fue más bien circunstancial y en esa medida débil. Asumieron una posición de liderazgo sin pertenecer a redes de poder de mucho tiempo ni gozar de antemano de la superioridad frente a un grupo o de la capacidad de reclamar agradecimiento por favores que hubieran recibido de ellos. Muchos de sus seguidores ni siquiera habían sido antes peones suyos. Así, esos líderes no pueden verse como las “cabezas de redes preexistentes” que manejaran la política local en tiempos de calma y en los de conflicto. Ver esta relación como de caudillos con clientelas resulta inapropiado. Muchos de esos jefes no tenían capacidad económica para repartir favores ni gozaban de reconocimiento para exigir respeto. Quienes los siguieron no tenían lazos de parentesco con ellos, no debían pagarles beneficios recibidos ni estaban forzados a obedecer sus mandatos. Nos resulta más pertinente entender el vínculo simplemente como una relación jefe - dirigido, que habla también de la asimetría de la relación, pero denota un vínculo más frágil y circunstancial. En aquella sociedad poco cohesionada, en la que las jerarquías estaban en transformación permanente y no había estructuras sociales muy claras que facilitaran el posicionamiento de unos sobre otros, no se crearon entre jefes y dirigidos lazos muy fuertes ni relaciones muy obligantes como las que sugiere el término “clientelismo”.¹⁸⁵

La resignificación de estos conceptos nos permite proponer una nueva interpretación de la acción de los hombres del común en la guerra de los Mil Días, que no los reduzca a ser víctimas pasivas de los mandos de otros o de su propio fanatismo. Para analizar esas acciones haremos una reconstrucción de la manera como se desarrolló la guerra en el Tolima y como se fueron conformando y reconfigurando fuerzas liberales y conservadoras en su transcurso.

4.2. La guerra de los Mil Días en el Tolima

Hacer una narración detallada del desarrollo de la guerra en el Tolima es una tarea complicada por la precaria organización de las fuentes, incluso por la ausencia de ellas. Debemos recurrir a periódicos nacionales y del gobierno, porque los regionales y la prensa liberal clandestina no se conservaron. La reconstrucción que sigue se basa principalmente

¹⁸⁵ En nuestro concepto, es solo hacia la segunda y tercera década del siglo XX, cuando se amplía el criterio de ciudadanía y los partidos políticos adoptan una ideología que realmente pretende representar a las masas, que empieza a generalizarse el fenómeno del clientelismo en Colombia.

en los dos periódicos oficiales durante la guerra: *El Orden Público*, que comenzó a aparecer el 14 de noviembre de 1899 como único periódico nacional autorizado para informar sobre la guerra; y *La Opinión*, que se publicó desde el 20 de agosto de 1900 como reemplazo de *El Orden Público*, después del golpe de Estado del 31 de julio de 1900, al que nos referiremos en seguida. Para la versión liberal de la guerra en el Tolima, es central la compilación de relatos de las campañas de importantes líderes del Tolima, publicada por el publicista José Manuel Pérez, que ya mencionamos antes (Pérez 1904). La compilación contiene un relato de las campañas de Nicolás Buendía Carreño quien se movió por el centro del Tolima, escrito por “Capitán ayudante” y F. de P. G. (probablemente Francisco de Paula Gómez) (pp. 1-73); dos relatos escritos por el influyente liberal Fabio Lozano Torrijos, uno sobre Ramón Chaves, que centró su campaña principalmente en Anaime (pp. 74-105) y uno sobre Cesáreo Pulido, jefe de Cundinamarca (pp. 229-243); y narraciones anónimas de las campañas de José Joaquín Caicedo, quien también se movió por el centro del Tolima (pp. 105-142) y Aristóbulo Ibáñez, quien estuvo en el norte y centro del Tolima así como en Cundinamarca y Boyacá (pp. 142-222).¹⁸⁶ La compilación constituye una importante fuente, porque se produjo muy poco después de terminada la guerra y por ello parece, en parte, una prolongación de la guerra por escrito; de hecho, la publicación fue decomisada por el presidente Rafael Reyes (1904-1909), aduciendo que esta podría revivir los odios que él estaba buscando suavizar con su programa de paz y concordia entre los partidos (Pérez 1938: 131). El hecho de que estos relatos hubieran sido producidos poco después de terminada la guerra, dan versiones de ella menos coherentes que las versiones que se produjeron años después, por ejemplo en la década de los treinta, que hablan de una gran campaña del Tolima, de un Ejército Liberal del Tolima, de acciones coordinadas entre los jefes y en que se procura borrar los muchos conflictos que se dieron entre ellos. Justamente que *La guerra en el Tolima* sean relatos de diferentes campañas hechas por distintos narradores, cuyos datos no siempre coinciden, da cuenta de la manera descoordinada en que se llevó a cabo allí la guerra. No obstante, en esta compilación se buscó dar trascendencia nacional a las campañas militares que tuvieron lugar en el Tolima. En la introducción (I-XLV), por ejemplo, se empieza reproduciendo las mismas razones aducidas por los liberales belicistas para llevar a cabo la guerra, es decir, mayor participación en las instituciones políticas para los liberales, control del fraude en las elecciones, eliminación del papel moneda. Con ello se vinculan en un mismo relato las

¹⁸⁶ Para facilitar las referencias citaremos siempre como “Pérez 1904” con el número de la página.

quejas del partido con las campañas que luego son reconstruidas en las narraciones de la compilación, cuya relación con la “guerra nacional” no es tan evidente. También esas narraciones tratan de subrayar la coordinación de las acciones bélicas de los liberales del Tolima, por ejemplo mostrando que se intentó formar un “Ejército Liberal del Tolima”, aunque lo que se evidencia son los problemas que ello generó, en especial por el rechazo de los líderes locales a subordinarse a otros. En ciertas ocasiones se citan cartas en que se trata de mostrar que había un coordinador central de la guerra y estos líderes trabajaban bajo su mando. Las narraciones enfatizan en la respetabilidad de los jefes que dirigieron la campaña liberal en el Tolima, ya que el gobierno les hizo muy mala prensa y los calificó continuamente de salvajes. De hecho, el gobierno nunca reconoció a los jefes liberales tolimenses como dignos representantes del partido, con los que pudiera llegarse a un acuerdo de paz. La compilación de Pérez busca dar lustre a esos jefes liberales del Tolima, intenta transmitir la imagen de que actuaron de manera ordenada, obedeciendo mandatos del centro, y por medio de estrategias que tenían como fin también el triunfo del Partido Liberal.

Las diferentes fuentes muestran que muchos liberales en el Tolima entraron a la guerra desde el mismo momento en que empezó esta, porque sentían un compromiso con el partido.¹⁸⁷ Esa forma de acción es la que normalmente ha sido tenida en cuenta por la historiografía. Ahora bien, en algunos casos la entrada a la guerra obedeció más bien a una estrategia de defensa: se sabía, por la experiencia en otras guerras, que las autoridades comenzaban arrestando a aquellos de sus contrarios que tuvieran cierta influencia en las localidades. Fue el caso de José Joaquín Caicedo, liberal que vivía en el Guamo (poblado de predominio conservador). Allí, en Ortega y en Chaparral, se dio orden de capturarlo, pero él escapó de ser apresado vinculándose activamente desde el comienzo en la guerra (Pérez 1904: 106).

En el caso de Vicente Carrera, líder del Líbano, su enrolamiento, también desde el comienzo de la guerra, puede entenderse a partir de los conflictos que existían desde antes en esa población, como analizamos en el punto 3.3.2. Por un lado, Carrera, como pequeño productor de aguardiente, era un gran opositor del gobierno tolimense por el tema de la renta de aguardiente (cf. punto 3.2.4). De otro lado, a su grupo se unieron personas

¹⁸⁷ Además de los combatientes que escribieron sus memorias, también se refirieron al compromiso con su partido varios de los presos políticos liberales que estaban reclusos en la cárcel de Ibagué en 1901, cuyos interrogatorios analizaremos en el punto 4.2.3.

cercanas e incluso hijos de Isidro Parra, quien, como dijimos, había caído muerto en 1895 en enfrentamiento con conservadores. Pero esta fuerza fue combatida rápidamente. Ya el 14 de noviembre, en un combate en San Luis (al sur de Ibagué), cayeron muertos Carrera (según la versión liberal, este fue asesinado después de haber sido capturado) y otros liberales prestantes del Líbano, entre ellos uno de los hijos de Isidro Parra (Pérez 1904: 88). Pocos meses después, en febrero de 1900, el general conservador que derrotó a Vicente Carrera, Lucas Gallo, fue asesinado en una emboscada, lo que siguió alimentando el conflicto presente en esta zona desde antes de la guerra.¹⁸⁸

Pero el carácter combativo del grupo comandado por Vicente Carrera en el Líbano podría decirse que fue excepcional. Los primeros grupos liberales que se formaron en otras partes del Tolima carecían de armas y lo que buscaron en principio fue solo atacar las poblaciones para hacerse al armamento que había en las guarniciones de las plazas. Así procedió por ejemplo el legendario Tulio Varón, aunque también trató de entorpecer las comunicaciones del gobierno, cortando cables y dañando o robando los aparatos telegráficos.¹⁸⁹

En esos primeros ataques de los liberales, los agentes del gobierno presentaron también una débil defensa o prefirieron huir. Según uno de los relatos de la compilación de Pérez, los liberales dominaron en un primer momento una amplia zona del centro (Pérez 1904: 107-111). Una derrota importante que propinaron los conservadores a unos liberales movilizados en la población de Rioblanco, provincia de Neiva, fue obra de tropas venidas del Cauca, no de conservadores del Tolima o de un “Ejército del Tolima”.¹⁹⁰

Los conservadores comenzaron a intervenir de manera más decidida en la guerra al cabo de unos meses. Pudo ser importante la victoria de los liberales en el encuentro de armas en Peralonso, Santander, en diciembre de 1899. A juzgar por los numerosos análisis, explicaciones y recriminaciones que los conservadores hicieron de ese combate, podría pensarse que, a partir de él, los gobiernistas comenzaron a tomar a sus contendores más en serio.¹⁹¹ Al menos se observa que, desde comienzos del siguiente año, aumentaron los reclutamientos y el hostigamiento contra los liberales. Podría pensarse que de esos reclutamientos y cobro de impuestos de guerra surgieron las tropas al mando de Ramón,

¹⁸⁸ Las venganzas y contravenganzas por esta muerte continuaron. Según el relato de Gonzalo París, el coronel gobiernista Carlos Mejía apresó, mató e incluso exhibió el cadáver del presunto asesino de Gallo, Joaquín Rojas. Trece años después el hijo de Rojas asesinó a su vez a Mejía (París 1984: 90-93).

¹⁸⁹ Descripción de ataques de Varón a Girardot y Agua de Dios en *EOP* 15.11.1899: 5.

¹⁹⁰ No obstante, fue presentada en la prensa nacional como una campaña liderada por los conservadores del Tolima, aunque después los caucanos exigieron que se les dieran los créditos del triunfo a ellos (*EOP* 29.12.1899: 155).

¹⁹¹ Relatos conservadores sobre Peralonso: García 1900; Villamizar 1903; González Valencia 1904.

“el Negro”, Marín, un líder de gran importancia durante la guerra que se mantuvo activo hasta el final de esta, sin que los conservadores logran apresarlos. Marín era un comprometido liberal que había participado ya en guerras anteriores (París 1984: 86). Pero quienes lo siguieron, en su mayoría trabajadores de minas de la población de Frías, donde Marín también trabajaba, quizás no se sentían muy identificados con la ideología liberal. Según la interpretación del vicecónsul inglés de Honda, John Gillies, su enrolamiento en filas liberales se debió a una actitud de defensa propia contra las exacciones del gobierno¹⁹²:

These poor men [los mineros] were supplied by the Minister of War with salvoconductos which have not been respected by the local authorities, and those who were not seized as recruits escaped to the hills where they remained hidden until they heard of the result of the negotiation for the release of the captured men. This not being entirely satisfactory they had no other recourse open to them but to join the ranks of the liberals.

Al mismo tiempo el vicecónsul denunciaba que la actitud de las autoridades contra los mineros era una cuestión de venganza contra las minas (y no entonces una cuestión ideológica o de defensa de los intereses del gobierno). Explicaba que Manuel Gallego, jefe conservador de la provincia del Norte, en donde estaban ubicadas las minas en cuestión, había sido abogado de las minas de Frías y hacía unos meses había sido despedido. Para Gillies, Gallego había desconocido los salvoconductos para vengarse de ese hecho (PRO 135/254-197863, vicecónsul a cónsul, 19.01.1900).

En otra de las minas administradas por ingleses, Malpaso, cerca a Mariquita, se presentó una situación similar, según su administrador Thomas Sharman. Agentes del gobierno habían llegado a apresar y aun asesinar mineros, a pesar de que estos no se habían pronunciado ni tenían armas. De nuevo interpretaba ese ataque unilateral de los conservadores como un acto de venganza de un trabajador que había tenido conflictos con los administradores de la mina. Decía que los jefes conservadores de la zona, Benigno Gutiérrez y Floro Moreno, le habían dado armas a él y a otras personas que tenían enemigos en la mina, sin tener en cuenta su identidad partidista, para hacer reclutamientos en ella. Así, enemigos personales se habían convertido en objetivos militares. Sharman indicaba su indignación con este modo de proceder de los gobiernistas, que permitían que lo civil se entremezclara con lo militar:

¹⁹² Citamos en el apartado anterior el informe de Thomas Bevan, administrador de minas en Frías, sobre los procedimientos de reclutamiento usados por los agentes del gobierno en estas mismas minas.

Men who a few hours previously had been working under me were allowed without any form of enlistment, or any kind of uniform, to take the government arms and kill who they chose.

It is hardly to be believed that General Gutiérrez is not far better acquainted with the usages of civilized warfare than I am; but I utterly failed to make him see anything irregular in a civilian taking up a government rifle and taking part in military operations for a few hours' amusement; and then laying down his rifle and retiring again to private life. In fact General Gutiérrez actually alleged that such proceedings were perfectly correct.

Por su parte, los agentes del gobierno también acusaban a los ingleses de estar en su contra, por cuanto pretendían proteger a sus trabajadores de prestar el servicio militar, que era deber de todo colombiano (PRO 135/255-197863, Thomas Sharman a cónsul, 07.02.1900).

Mirando los primeros enrolamientos a la guerra, aparece que ellos se dieron de manera fragmentada, obedeciendo a las dinámicas de cada localidad, o bien a estrategias de defensa propia o de compromiso político individual. Fue solo durante la guerra que se fueron construyendo intereses comunes entre quienes se habían levantado y, al menos por tiempos, se trató de dirigir las acciones en coordinación con otros, formando un “Ejército Liberal del Tolima” a partir de los diferentes grupos en armas. Los varios intentos son muestra de que la guerra generaba discursos de identidad más allá de la localidad, que tenían repercusiones en las acciones. Pero también su fracaso vuelve a evidenciar la poca base real que podían tener este tipo de agrupaciones por la falta de cohesión de la sociedad.

Según los relatos de la compilación de Pérez, los primeros intentos de formar ese ejército se hicieron desde comienzos de 1900. Para ello se ensayaron diferentes divisiones de las fuerzas y distintos jefes. Pero ese ejército agrupaba a personas de rango social y prestigio militar diversos, no solo originarios de Tolima, sino también de Cundinamarca, Quindío y el Cauca. El poder de los distintos jefes lo aseguraba el número de hombres que tenía cada quien a su mando. Estos generalmente se identificaban más con su jefe que con cualquier otro líder, así fuera de rango superior. Aun jefes que tenían un renombre ya ganado como militares, por su participación en otras guerras, tuvieron problemas para imponerse. Esto sucedió con Aristóbulo Ibáñez, quien tenía un título militar, no solo otorgado por su experiencia en otras guerras, sino también por haberse educado en una escuela militar en la época federal. Un caso más representativo fue el de Avelino Rosas. Este gozaba de gran reconocimiento por haber participado en la planeación de varios levantamientos liberales durante la Regeneración, tras los cuales fue incluso exiliado. Durante su exilio participó en la guerra de Independencia de Cuba al lado de Antonio Maceo y de allá retornó a Colombia al comenzar la guerra de los Mil Días. Pero a pesar de

su experiencia guerrera y de su prestigio como liberal, tampoco él pudo imponerse como jefe del ejército tolimense. En un artículo de *El Orden Público* (27.03.1900: 440) se decía que “Rosas estaba muy desautorizado entre los suyos, en términos que los otros Jefes lo miraban como un intruso ambicioso y quijotesco, cuyas pretensiones de mando supremo rechazaban”. En el mes de marzo de 1900 sufrió además una gran derrota en un lugar llamado Matamundo, cerca a Neiva, lo que aumentó su desprestigio. Debido a una herida que sufrió en la cabeza durante ese combate, los liberales tuvieron otra razón para desobedecerle, tildándolo de loco (París 1984: 40). Finalmente Rosas se vio obligado a salir del Tolima e integrarse a la guerra en el sur del país.

Del desacuerdo sobre la jerarquía en las filas liberales resultaron también múltiples estrategias de guerra: algunos buscaban llegar a Bogotá por el occidente de Cundinamarca; otros ubicarse en los Llanos Orientales y ascender a la sabana de Bogotá por el oriente; otros insistían en unirse primero a liberales del Cauca a través del sur del Tolima. Pero dada la relativa igualdad de poder de estos jefes, cualquier plan coordinado era rápidamente desobedecido, del mismo modo que cada nuevo intento de jerarquización creaba pugnas.

Es por eso que la formación más recurrente fue la menospreciada guerrilla: aun en los momentos que estos grupos actuaron como “ejércitos”, sus batallones eran comandados por un determinado jefe y al salir vencidos seguían siendo fieles a ese jefe, no al ejército, lo que muestra que no se entendían como subalternos de esa jerarquía mayor.

Como “Ejército Unido de Cundinamarca y Tolima”, los liberales no tuvieron muchos triunfos. Tal vez el más importante fue la toma de Sibaté el 24 de julio de 1900, una población cercana a Bogotá. Pero a este triunfo siguió rápidamente una nueva derrota que obligó a los rebeldes a retornar al Tolima (cf. Pérez 1904: 139-142; 187-199). Según uno de los relatos compilados por Pérez, el fin de ese ejército conjunto lo marcó un combate en Girardot el 24 de noviembre de 1900 en que hubo una amplia participación de liberales: el periódico oficial aseguró que habían sido 3.000. La derrota llevó a varios jefes importantes a renunciar a la guerra (*LO* 12.01.1901: 462; Pérez 1904: XXIX, 213). Pero otros siguieron actuando en pequeños grupos.

La guerra se prolongó por la acción independiente de estos grupos que tenían la capacidad de organizarse y fragmentarse según las circunstancias y con los que el gobierno se rehusó por mucho tiempo a negociar, en tanto no les atribuía un real carácter político. Por su parte, los jefes liberales que habían gozado en mayor medida de un reconocimiento como contendores “dignos” habían huido del país.

Pero de otro lado, también resultó difícil llegar a acuerdos de paz porque los conservadores estaban igualmente divididos. El punto culmen de esta división lo marcó un golpe de Estado adelantado por la facción de los conservadores históricos el 31 de julio de 1900. Esta facción ya tenía varios años de existencia.¹⁹³ El cambio del régimen federal liberal al régimen centralista conservador en 1885 se debió a una alianza de una facción liberal, dirigida por Rafael Núñez, quien era en ese momento el presidente de los Estados Unidos de Colombia, y los conservadores. Adoptaron el nombre de “Partido Nacional”, con lo que pretendían superar el bipartidismo tradicional. Pero en realidad esa unión fue dominada por los conservadores, como lo muestra la tendencia claramente conservadora de la Constitución de 1886. No obstante, hubo un grupo de conservadores que se sintió excluido del gobierno. Se autodenominaron “conservadores históricos”, en tanto pretendían defender las doctrinas del conservatismo originario. Para las elecciones de 1892 presentaron al antioqueño Marceliano Vélez como candidato alternativo al candidato nacionalista y aunque no obtuvieron una votación importante, se consolidaron como grupo disidente, al punto que en las siguientes elecciones, en 1898, los nacionalistas tuvieron que presentar su candidato a la presidencia, junto con un histórico como candidato a la vicepresidencia. Esta fue la fórmula que ganó. Aun con esto, antes de empezar la guerra, conservadores históricos escribieron un manifiesto en el que se declaraban completamente ajenos a las políticas del gobierno nacionalista, y que fue interpretado por los liberales como un mensaje de apoyo soterrado hacia ellos.¹⁹⁴

Cuando empezó la guerra, los históricos no apoyaron abiertamente a los liberales, pero sí mantuvieron una actitud neutral por unos meses. Las editoriales de *El Orden Público* de noviembre y diciembre de 1899 se dirigían principalmente a ellos, tratándolos de convencer de que debían unirse al gobierno para enfrentar al verdadero enemigo, que había sido tradicionalmente el liberalismo. En efecto, con la prolongación del conflicto varios históricos comenzaron a abandonar su neutralidad y manifestaron su apoyo al gobierno.

A pesar de esto, los principales líderes de la disidencia, Marceliano Vélez y Carlos Martínez Silva, continuaban oponiéndose al gobierno y con tal objeto impulsaron un golpe de Estado. El golpe consistió simplemente en poner el gobierno a cargo del vicepresidente,

¹⁹³ La reconstrucción del surgimiento de los conservadores históricos, que a continuación hacemos, se basa en Bergquist 1999: 78-80; 100-111; 232-240.

¹⁹⁴ Este manifiesto y otras declaraciones de los históricos contra el régimen nacionalista, y la interpretación que los liberales dieron a esas declaraciones se encuentran en Pérez 1904: I-XLV y Urueta 1904: XXXV-XXXVI.

que era histórico. Tal acción no era muy complicada, de hecho el vicepresidente ya había asumido muchas labores presidenciales, dado que el presidente, por problemas de salud, no vivía en Bogotá. Para justificar el golpe se adujo precisamente que por su avanzada edad (más de ochenta años) y su imposibilidad de habitar en Bogotá, el presidente no podía ejercer bien su cargo. Se argumentaba también que los históricos estaban mucho más abiertos a firmar la paz con los liberales, mientras que los nacionalistas no habían sabido aprovechar el triunfo de Palonegro para llegar a un acuerdo que pusiera fin a la guerra. Sin embargo, el golpe puede leerse como una oportunidad que aprovecharon los históricos de tomarse el poder, en un momento en que ya parecía cercano el fin de la guerra. Después del triunfo que se vislumbraba sobre los liberales, quedarían los históricos comandando plenamente el gobierno.

En efecto, en los meses que siguieron al golpe, el nuevo gobierno adoptó una actitud conciliadora frente a los liberales, como puede observarse en los editoriales del nuevo periódico oficial, *La Opinión*. Este periódico manifestaba continuamente la intención de los nuevos dirigentes de adoptar una forma de gobierno diferente a la de sus antecesores, orientada en sentido más práctico y menos influenciada por debates ideológicos. Desde agosto de 1900 se expidió un decreto ofreciendo salvoconductos a los liberales que entregaran sus armas (transcrito en *LO* 21.08.1900: 5). Un representante del gobierno trató de negociar la entrega de los armados en Tolima y Cundinamarca pero su misión no fue exitosa (*LO* 15.09.1900: 90). No obstante, en diciembre se entregaron dos jefes importantes de Cundinamarca, quizás aprovechando la actitud conciliadora del gobierno, aunque su entrega obedeció sobre todo a discusiones entre los jefes liberales de Cundinamarca (*LO* 22.12.1900: 418). Desde comienzos de 1901 el gobierno trató de volver a poner en funcionamiento labores administrativas, servicios de correo, comercio exterior y colegios. También por esta época se expidió el decreto que citamos antes, que declaraba cuadrillas de malhechores a aquellos que seguían aún en armas. Lo que llevó a la expedición de ese decreto, pudo haber sido menos una intención de radicalizar la guerra, que la convicción de que esta ya se estaba acabando, y que los pocos que seguían en la contienda se disuadirían de continuarla en razón del decreto.¹⁹⁵ En Ambalema también se emitió en abril un decreto para la provincia del Norte del Tolima ofreciendo garantías para los que se entregaran y depusieran sus armas. Pero en ese decreto no se declaraba “cuadrillas de malhechores” a los que siguieran en armas, sino que se decía solamente:

¹⁹⁵ Transcrito en Sánchez/Aguilera 2001: 405-406. En la guerra de 1876-1877, el gobierno había procedido de un modo parecido en los días finales del conflicto. Cf. Ortiz 2004: 159-160.

“Los individuos que sean capturados como guerrilleros serán castigados severamente” (AHH, pq. 8008, lg. 24, 23.04.1901). No sabemos si en el norte del Tolima el decreto tuvo buenos resultados. Pero sí se dieron entregas de grupos armados en los departamentos de la Costa en marzo y en Caparrapí, una zona muy guerrillera de Cundinamarca, en junio (*LO* 05.06.1901: 928).

De otro lado, Uribe Uribe, que después de la derrota en Palonegro siguió en la guerra comandando una campaña en el departamento de Bolívar, finalmente también salió derrotado hacia el extranjero a comienzos de 1901.¹⁹⁶ En abril de ese año Uribe Uribe envió un mensaje desde Estados Unidos titulado “Por la patria y por la paz”, en que incitaba a los liberales a entregar las armas. No obstante, la situación finalmente no se normalizó y fueron pocos los que atendieron su llamado. Él mismo abandonó sus intenciones de paz y volvió a tomar las armas en agosto de 1901, aunque de nuevo sin éxito.

En el Tolima el golpe de los históricos más bien agudizó la guerra. A raíz de su ascenso al poder, varios conservadores del sur del Tolima, que hasta ese momento habían figurado poco, entraron de lleno a la guerra. Al parecer, esto se debió a que la división entre nacionalistas e históricos había sido adaptada en el Tolima a un conflicto entre subregiones que venía desde el comienzo del gobierno regenerador. La provincia de Neiva se sintió discriminada por el gobierno de Ibagué, desde que la capital fue trasladada a esa ciudad por Manuel Casabianca (nacionalista) desde el comienzo de su gobierno en 1887. Su descontento se observa en varios artículos del periódico oficial local *El Municipal*. En un artículo de 1893 (19.08.1893: 1-2) se aseguraba: “Neiva es, sin disputa, la primera población del Departamento por su ventajosa situación, su comercio de exportación e importación”. Por sus tierras, ganado, cacao, localización, navegación, industrias, “no tiene rival en el Tolima”. El artículo buscaba demostrar que Ibagué había sido elegida capital usando falsos argumentos sobre supuestas riquezas y propagando la idea de que Neiva tenía un clima insano que hacía que la fiebre palúdica fuera endémica. Aun con ello, a sus habitantes no los amedrentaban esas envidias: “Entregados sus hijos al trabajo no sienten

¹⁹⁶ En esta campaña Uribe Uribe se constituyó en el jefe superior de un grupo al que llamó “Ejército Liberal de Bolívar” y trató de organizar en ese departamento un gobierno liberal con nombramiento de alcaldes liberales y control de la justicia. Sobre esta campaña hay numerosos documentos entre la correspondencia de Uribe Uribe: informes de audiciones de guerra, notas entre los generales, órdenes de pago de raciones, informes sobre organización de pertrechos de guerra y alimentos, establecimiento de alcaldías liberales, decretos, etc. Cf. AGN, ACH, Rafael Uribe Uribe, cj. 7 (rollo 02).

ya ni la pérdida de sus mejores esperanzas: la quina, ni la causa de animadversión de algunos pueblos hermanos hacia ella: la Capital”.¹⁹⁷

Los neivanos además presentaban el resentimiento de Neiva contra la supremacía ganada por Ibagué como un sentimiento compartido regionalmente por las provincias de Neiva y el Sur. Olegario Rivera, líder político conservador de Neiva¹⁹⁸, le escribió al gobernador Manuel Casabianca en 1898, advirtiéndole que debía poner más atención a las provincias del sur, que habían sido descuidadas por su antecesor, Aquilino Aparicio. Esto había hecho “fortalecer las tendencias al caucanismo [deseos de anexión al departamento del Cauca], especialmente en el sur” (carta de Olegario Rivera a Casabianca citada por Clavijo 2007: 374).¹⁹⁹

Esta actitud hostil hacia Ibagué y el gobierno allí instalado fue reforzada igualmente por medio de la discusión entre nacionalistas e históricos. Prestantes neivanos como Toribio Rivera (en varias ocasiones presidente del Concejo de Neiva, gobernador de Tolima en 1901) y la familia Puyo apoyaron la disidencia histórica y a sus candidatos para las elecciones presidenciales de 1892 (Clavijo 2007: 353-354, 358). Debe indicarse, no obstante, que a pesar de ese apoyo a los históricos, en las provincias del sur los nacionalistas obtuvieron mayoría en las votaciones presidenciales tanto en 1892 como en 1898.²⁰⁰

Pero la preferencia de notables del sur hacia la disidencia de los históricos se hace evidente al mirar su escasa participación en los primeros meses de la guerra y su nuevo protagonismo tras el golpe de los históricos en 1900. Después del golpe, Toribio Rivera

¹⁹⁷ En otro artículo del mismo periódico había una queja de los neivanos porque sus fuentes de riqueza eran usadas por el gobierno departamental para mantener el orden, sin ser por ello reconocidos a la hora de celebrar los triunfos de ese gobierno (23.06.1894: 169). Otro artículo más (09.04.1898: 287) se quejaba de las pocas obras de infraestructura que se habían hecho en las provincias del sur durante la Regeneración.

¹⁹⁸ No era hermano del jefe militar conservador Toribio Rivera, como a veces se asegura.

¹⁹⁹ Este descontento fue instrumentalizado para respaldar el deseo de separación de las provincias del sur del departamento del Tolima, que llevó a la formación del departamento del Huila en 1905. Pero ello no es muestra de que las provincias del sur formaran una unidad con una identidad como región, como ya habíamos mencionado antes. La anexión a Cauca que, como advertía Olegario Rivera, algunos apoyaban, no se correspondía con los intereses de Neiva, por ejemplo, que más bien deseaba volver a ser capital departamental. Las dificultades para la elección de la capital episcopal de la Diócesis del Tolima, creada en 1894, evidencian que había también una disputa entre Neiva y Garzón, capital de la provincia del Sur (sobre este conflicto cf. *ET* 19.04.1894: 3). Finalmente fue Neiva la capital episcopal elegida, pero solo hasta 1900, año en que se dividió la diócesis del Tolima en dos, y la del sur pasó a llamarse diócesis de Garzón con capital allí. La disputa por la capital episcopal alimentó tensiones anteriores en tanto en el siglo XIX Garzón fue perdiendo el poder del que había gozado en la Colonia, mientras que Neiva ganó en importancia. Por otra parte, el municipio de Campoalegre, que pertenecía a la provincia de Neiva, pugnaba contra Neiva por ser capital de provincia, aduciendo que allí reinaba “la fiebre perniciososa” (AGN, República, Min. Gobierno, Sección 1, t. 22, fs. 723-723v). Los conflictos entre provincias, entre localidades, entre familias y entre partidos y facciones, continuaron tras la creación del Huila como departamento independiente (cf. Salas 1996).

²⁰⁰ Al menos así se observa en los promedios de votaciones presentados por Salas 1996: 240.

asumió la jefatura de operaciones del Ejército Conservador del Tolima (*LO* 29.09.1900: 137). Así mismo, Manuel José Uribe, también del sur, fue nombrado gobernador del Tolima desde diciembre de 1900 (*LO* 02.01.1901: 428). Uribe aprovechó para trasladar de nuevo la capital de Ibagué a Neiva, con lo que logró temporalmente que los conservadores del sur dominaran el poder político y militar del Tolima.²⁰¹ Es posible pues pensar que la participación en la guerra de estos conservadores del sur no solo obedeciera a su fidelidad al partido, como ellos lo formulaban, sino que también buscaban adquirir por esa vía una posición ventajosa en la vieja pugna entre Neiva e Ibagué, que beneficiaba a su región y a ellos como personas de poder en esa región.

El grupo comandado por Rivera, con el nombre de “Ejército Conservador del Tolima”, fue el principal contendor de los liberales del Tolima en 1901 y 1902. Estas fuerzas lograron asumir el dominio de las provincias del Sur y del valle del Magdalena, en la provincia del Centro, en donde, al comienzo de la guerra, habían tenido predominio los liberales. Estos, por su parte, tuvieron que ubicarse en zonas montañosas, como la población de Colombia, provincia de Neiva, sobre la Cordillera Oriental, y el territorio entre Chaparral e Ibagué, en la Cordillera Central. Estas eran zonas con muchos recursos, que facilitaban la subsistencia de los liberales formados en guerrillas, pero al mismo tiempo estaban aisladas y por ello los liberales no representaban una verdadera amenaza contra el gobierno conservador, ni siquiera para el gobierno del Tolima. Intentos de los liberales de volver al valle del Magdalena a mediados de 1901 resultaron en una gran derrota en la población de Purificación (Pérez 1904: 66-73). Así mismo, intentaron varias veces tomarse Ibagué sin éxito. En uno de esos intentos, en septiembre de 1901 cayó muerto el principal líder liberal de esa zona, Tulio Varón (París 1984: 128-140).

Al norte del Tolima, en las llanuras entre Ibagué y Honda la fuerza más importante y resistente fue la de Ramón Marín. Estas fuerzas se mantuvieron en movimiento constante en esa zona, atacaron en varias ocasiones poblaciones como Honda, Ambalema y Líbano, así como los caminos a Manizales y el ferrocarril que viajaba entre la Costa Atlántica y

²⁰¹ El traslado se decretó en octubre de 1901 (decreto 1179 del 8 de octubre), pero con él solo se confirmaba el traslado de la administración, que ya se había realizado de hecho. Un periódico de Ibagué en 1903 criticaba al gobernador Manuel José Uribe, quien había aprovechado el desorden de la guerra para resolver “añejas aspiraciones regionalistas”: “Vino la guerra [...] y en medio de esa situación desesperante, el encargado de debelar la rebelión, de normalizar las cosas, señor de vidas, soldados y haciendas, abandona su misión y vuela con los archivos y menesteres del gobierno a su tierra natal”. En el artículo, escrito poco después del fin de la guerra, se observa que en esa época se estaba discutiendo de nuevo el traslado de la capital, esta vez a Purificación, como punto intermedio entre norte y sur. El periódico propugnaba porque la capital siguiera siendo Ibagué, en tanto ya se habían emprendido allí varias obras de infraestructura durante la Regeneración. Pero la discusión permite observar que a comienzos del siglo la primacía regional de Ibagué seguía poniéndose en duda (*EC* 17.10.1903: 1-2).

Honda. Los ingleses, dueños de numerosas minas y haciendas en ese territorio, fueron acusados constantemente a lo largo de la guerra de ayudar a los liberales. Se decía que los hombres de Marín se escondían en los socavones de las minas, ocultaban allí también lo que expropiaban, trabajaban en las minas, podían movilizarse por los potreros de las haciendas de los ingleses, obtenían de ellos víveres y armas, podían usar líneas telefónicas de las haciendas para comunicarse. También se acusó a los ingleses de no aceptar a las autoridades impuestas por el gobierno, sino a las que nombraban los guerrilleros. Por otro lado, se decía que los ingleses hacían de testaferros de propiedades de los liberales, como estrategia de estos para proteger sus intereses. Estas quejas llegaban continuamente al vicecónsul inglés en Honda quien procuraba llamar al orden a los aludidos y disculparlos ante las autoridades.²⁰² Pero es evidente la inclinación de muchos de ellos hacia los liberales, que se ve en las continuas quejas por las acciones del gobierno contra sus trabajadores, sus propiedades y sus intereses, las exigencias a que esos agentes fueran castigados y de otro lado expresiones de aprobación y aun estima hacia los guerrilleros.²⁰³ La ayuda de los ingleses fue esencial para las fuerzas de Marín y estos adquirieron un importante poder en la zona, a pesar de que tenían que estar desplazándose continuamente por el asedio constante de los conservadores.

Por su parte, muchos de los conservadores que actuaron por esta zona no provenían tampoco del Tolima. Varios eran de Cundinamarca, pero sobre todo de Antioquia. Para mencionar un caso, al menos dieciocho miembros de la familia Gutiérrez Arango, originaria de Manizales, ocuparon puestos militares en el norte del Tolima durante la guerra, empezando por Pompilio Gutiérrez, quien fue jefe de operaciones y gobernador de la plaza de Honda durante varios meses (*LO* 19.12.1900: 408; *AHH*, pq. 7246, lg. 2, telegramas del ministro de guerra 22.05.1900, 26.05.1900). Los antioqueños colaboraron

²⁰² Sobre el uso de los socavones de las minas como escondites cf. *LO* 02.11.1900: 251. Sobre acusaciones al inglés James Jones por prestar ayuda a las fuerzas liberales: *AHH*, pq. 7246, lg. 2, telegramas de Abel Paúl, 01.06.1900, 04.05.1900 y Rafael S. Restrepo, 18.09.1901; *PRO* 135/254-197863, James Jones a vicecónsul, 21.06.1900; 135/259-197958, vicecónsul a cónsul, 28.01.1901, 31.01.1901, 14.06.1901, 03.07.1901, 04.07.1901; 135/260-197863, general Luis M. Arango G. a James Jones, 04.05.1901. Acusaciones similares contra John Vaughan: *PRO* 135/261-197958, Vaughan a cónsul, 27.06.1900, 08.10.1900. Acusaciones contra Mr. Carleton, empleado de minas de Frías: *PRO* 135/259-197958, vicecónsul a cónsul, 22.07.1901. Sobre rechazo a agentes del gobierno en las minas: *PRO* 135/254-197863, cónsul 30.10.1900; 135/255-197863, Thomas Bevan a vicecónsul, 31.10.1900. Sobre propiedades de liberales a nombre de los ingleses: *PRO* 135/251-198061, cónsul a Lord Salisbury en Inglaterra, 16.04.1900; 135/258-198153, cónsul al marqués Lans-Downe en Inglaterra, 20.06.1901.

²⁰³ Por ejemplo los documentos que hemos citado en que los ingleses justifican que sus trabajadores se hayan formado en guerrillas como respuesta a exacciones del gobierno contra población indefensa, así como aquellos en que se defienden de acusaciones que les han hecho las autoridades. Cf. también *PRO* 135/261-197958, William Cooke a cónsul, 18.10.1901; 135/259-197958, John Owen a vicecónsul, 13.12.1901; 135/258-198153, John Owen a vicecónsul, 14.12.1901; 135/264-198153, cónsul al marqués Lans-Downe en Inglaterra, 15.09.1902.

principalmente en la protección de la zona de Villahermosa y Soledad.²⁰⁴ Pero también en esas poblaciones se formaron fuerzas conservadoras con habitantes de ellas. Al menos sabemos de la existencia de batallones llamados Soledad, Fresno y Villahermosa.²⁰⁵ Este último batallón fue comandado por el coronel Eutimio Sandoval, quien había servido de agrimensor en la repartición de tierras en Villahermosa (*LO* 02.11.1900: 250).²⁰⁶ Posiblemente varios de sus miembros eran nuevos propietarios beneficiados por esas reparticiones de tierras promovidas por el gobierno conservador del Tolima, que fueron impulsados u obligados a participar en la guerra del lado del gobierno que los había beneficiado.

Pero al parecer también se recurrió a los vecinos para que defendieran sus poblaciones en momentos en que los liberales las atacaban. El prefecto de la provincia del Norte, Eulogio Castaño, llamaba a ello en julio de 1900. Según decía, la revolución estaba ya agonizante en la provincia, pero habían empezado a reunirse guerrillas en esa zona. Para evitarlas “necesitamos que todos ayuden eficazmente a esa obra; y yo confío en que con armas o sin ellas, salga todo el mundo a prestar su cooperación. Es el medio de acabar con los bandidos” (AHH, pq. 7246, lg. 2, telegrama 24.07.1900). En septiembre de 1901 se informó que una guerrilla liberal había atacado Fresno y la población la había resistido; solo después había llegado una fuerza del gobierno (AHH, pq. 7246, lg. 2, telegrama de Rafael S. Restrepo, 12.09.1901).

Los conservadores controlaron principalmente esas poblaciones de la cordillera, que era por donde pasaba el camino de Honda a Manizales: Fresno, Villahermosa, Casabianca, Soledad. Mantuvieron también el control sobre el río Magdalena, pero eran constantes los tiroteos a los barcos desde las costas y el contrabando de los liberales por el río fue permanente. Fuera de las poblaciones el control era bastante débil. En varias ocasiones, por ejemplo, fue atacado el tren de Honda en el tramo entre Honda y la siguiente población al norte, La Dorada. El jefe militar de Honda, Olegario Ferreira, se justificaba diciendo que esa zona ya no pertenecía a su jurisdicción y no podía defenderla.²⁰⁷ También la zona al sur y suroccidente de Honda, tanto en el valle del Magdalena como en la parte baja de la cordillera, territorio de haciendas ganaderas y de explotaciones mineras, varias de

²⁰⁴ *EOP* 28.02.1900: 351; *LO* 29.09.1900: 137; AHH, pq. 7246, lg. 2, telegrama de Fermín González, 26.05.1901; PRO 135/255-197863, Arthur Russell a cónsul, 23.01.1900; AHI, cj. 288, Libro copiadador del general Manuel J. Gallego, pp. 231-232.

²⁰⁵ AHI, cj. 321, f. 545v; Libro 1 copiadador del general Manuel J. Gallego, pp. 97-98.

²⁰⁶ Nos referimos a esas reparticiones de tierras en 3.1.1. y 3.3.

²⁰⁷ Ataques al tren: AHH, pq. 7246, lg. 2, telegrama de Floro Moreno, 11.08.1901; PRO 135/259-197958, vicecónsul a cónsul, 19.11.1901. Defensa de Ferreira: AHH, pq. 7246, lg. 2, telegrama de Olegario Ferreira, 13.08.1901.

propiedad de ingleses, estuvo en múltiples ocasiones al mando de los liberales. Estos nombraron incluso alcaldes y comandantes de policía en las poblaciones.²⁰⁸ Los conservadores hacían constantemente incursiones en esos territorios, pero sin permanecer allí. Aun en Honda y Ambalema, puerto sobre el río Magdalena al sur de Honda, las fuerzas del gobierno se sentían en constante amenaza.²⁰⁹ Y no contaban con muchos hombres para defenderse de ataques grandes. El jefe de la división militar guarnecida en Honda, Lucio Ruiz, decía en junio de 1901 al alcalde que como no había suficiente fuerza militar para proteger la ciudad, convocara a los vecinos conservadores para colocar vigilancia en una de las entradas de la población (AHH, pq. 8254, lg. 1, 12.06.1901). Al parecer, no había tampoco muchos conservadores disponibles, porque otro jefe advertía que “se fijen mucho al citar la gente para el servicio nocturno, pues se tiene noticia de que citan y ocupan en puestos importantes a enemigos acérrimos del Gobierno y a individuos que habiendo estado en la revolución tienen esta ciudad por cárcel mediante fianza que han prestado” (AHH, pq. 8254, lg. 1, comunicado de José de los Santos Cuervo, 11.06.1901). Esta debilidad de los gobiernistas en efecto fue aprovechada por las fuerzas liberales, quienes pudieron tomarse Honda y Ambalema en varias ocasiones.²¹⁰ Esas tomas, sin embargo, eran hechas para proveerse de dinero y mercancías, pero no pretendían el dominio permanente de las poblaciones. Las fuerzas volvían a refugiarse en el campo. Hasta allí se desplazaban eventualmente los conservadores para dar algún combate, con lo cual obligaban a las guerrillas a desintegrarse, pero después de un tiempo sus jefes volvían a surgir o se ubicaban temporalmente en otras zonas, para reunirse de nuevo después. En general, en esta zona los liberales no fueron combatidos con gran fuerza, exceptuando un combate grande que hubo al comienzo de la guerra, en mayo de 1900, cuando se reunieron cerca al Líbano varios jefes liberales de todo Tolima, entre ellos el propio Aristóbulo Ibáñez, Joaquín Caicedo y Ramón Marín. En esa ocasión fueron derrotados los liberales

²⁰⁸ Sobre presencia de guerrillas en el valle, desde Ambalema hasta San Lorenzo, cerca a Honda: AHH, pq. 7246, lg. 2, telegrama 14.08.1901. Sobre su presencia en territorios mineros de Frías y Santana: PRO 135/258-198153, John Owen a vicecónsul, 14.12.1901. Owen se quejaba de que el gobierno del Tolima solo se preocupaba por mantener vigiladas las vías de comercio con Bogotá y con Antioquia, mientras que la zona minera permanecía inatendida por el gobierno, en tanto por allí no pasaban vías comerciales importantes.

²⁰⁹ Sobre temores a ataques guerrilleros cf. AHH, pq. 8254, lg. 1, cartas del Gobernador Militar de la Plaza de Honda, José de los Santos Cuervo, 26.05.1901, 08.06.1901, 12.06.1901; AHH, pq. 7246, lg. 2, telegrama de Rafael S. Restrepo (sin fecha, probablemente 01.09.1901); PRO 135/259-197958, vicecónsul a cónsul, 28.01.1901, 14.06.1901, 22.07.1901, 19.11.1901; 135/267-XC198190, 12.01.1902.

²¹⁰ Informes sobre tomas a Honda: LO 23.01.1901: 499; AHH, pq. 8254, lg. 1, carta del Juzgado 1º al alcalde, 16.02.1901; carta del administrador de correos al alcalde, 06.03.1901; pq. 6512, lgs. 79, 81, Sumario de averiguación de hurto al juzgado, 19.02.1901, 26.07.1901; PRO 135/258-198153, cónsul al marqués Lans-Downe en Inglaterra, 21.12.1901; LO 12.12.1901: 1554. Sobre tomas a Ambalema: AHI, cj. 321, f. 682.

por batallones venidos de Cundinamarca y Antioquia.²¹¹ Pero durante la mayoría del tiempo los conservadores se contentaron con hacer escaramuzas y tratar de cerrarles los pasos, evitando confrontaciones de gran envergadura. Esta fue también la actitud asumida por los liberales.

La guerra en el Tolima fue alcanzando un punto muerto. Los conservadores dominaban unos territorios, los liberales otros, pero ningún grupo emprendía ataques decisivos. Esto a pesar de que sabían dónde se encontraba el enemigo y estaban al corriente de sus movimientos, según se vislumbra en los telegramas enviados por el ministro de guerra a los generales conservadores en Tolima y occidente de Cundinamarca.²¹² Por su parte los liberales se movían de un sitio a otro, realizaban concentraciones temporales entre algunos jefes, hacían ataques que entorpecían el comercio, causaban daños parciales. Así alteraban la vida normal de las poblaciones pero sin lograr desestabilizar realmente al gobierno. No obstante, contaban con el poder suficiente para no estar obligados a aceptar las condiciones de rendición que les ofrecía el gobierno. El gobierno proponía a los insurrectos que entregaran las armas y sería indultados (cf. por ejemplo *LO* 20.09.1901: 1274). Pero visto desde la perspectiva de los insurrectos, la entrega de las armas no era una condición fácil de cumplir, pues por medio de estas era que podían dominar los territorios en que se encontraban. Entregar las armas era aceptar someterse a un gobierno que contaba con poca o ninguna legitimidad en esas zonas. El gobierno podía tener buena capacidad de control sobre Bogotá o Ibagué, pero en las regiones dominadas por los insurrectos reinaba otro orden. También los insurrectos nombraron alcaldes, recogían impuestos y redistribuían, daban trabajo, aseguraban el comercio de los productos, protegían de las levadas, tenían mecanismos de justicia y contaban con el apoyo de ciertas porciones de la población. Si entregaban las armas, el gobierno establecería su orden de una manera que para ellos debía aparecer como ilegal, o al menos no más legal que el propio orden que ellos habían establecido allí.

Nacionalmente, el gobierno de los históricos había sido igualmente incapaz de terminar la guerra. Uribe Uribe volvió al ataque, esta vez claramente aliado a Venezuela, al punto que hubo una amenaza de guerra internacional (sobre esto se habla constantemente en *La Opinión* desde agosto de 1901), cuya inminencia llevó al gobierno colombiano a

²¹¹ AHI, cj. 288, Libro copiador del general Manuel J. Gallego, pp. 231-239. También Pérez 1904: 128-131.

²¹² AGN, Archivo Anexo, Min. Guerra, Correspondencia: Telegramas, cj 1, cr 1, 2; cj 2, cr 4; cj 3, cr 2, 4; cj 7, cr 3. Corresponden a los meses de marzo, abril, septiembre y diciembre de 1901, y mayo y junio de 1902.

declarar interrumpidas las relaciones diplomáticas con Venezuela el 16 de noviembre de 1901. La incapacidad del gobierno de poner un punto final a la guerra generó una nueva disidencia dentro de los conservadores, quienes comandados por el ministro de guerra, Pedro Nel Ospina, intentaron hacer un nuevo golpe de Estado el 24 de septiembre de 1901, similar al que se había realizado hacía un año, para poner nuevamente en el poder al presidente. Quienes hicieron el intento de golpe justificaron su acción aduciendo que pretendían llegar inmediatamente a un acuerdo de paz con los liberales, así fuera haciendo concesiones. Pero su fracaso generó una mayor cohesión del gobierno, una radicalización de su discurso y el acceso de personas cada vez más recalcitrantes a ocupar puestos de decisión. Así mismo, como se observa en las adhesiones llegadas de las diferentes regiones después del fallido golpe, los conservadores de las provincias no solo manifestaban su apoyo al gobierno, sino que decían no estar dispuestos a negociar con los liberales después de tanto tiempo de haber luchado (cf. por ejemplo adhesión de Honda en *LO* 28.10.1901: 1398). Un intento de acuerdo de paz, diseñado por Ramón Marín y con el apoyo de Cesáreo Pulido y Max Carriazo en octubre de ese año, fue totalmente rechazado por el gobierno (*LO* 09.11.1901: 1438-1439).

Por su parte, el ejército liberal “oficial” revivió en 1902. Aunque la amenaza de Uribe Uribe por el lado de Venezuela fracasó, Benjamín Herrera organizó un numeroso ejército en Panamá, que ejecutó duros golpes, entre ellos el sitio de David, una población importante de aquel departamento, y la muerte del jefe civil y militar de Panamá, Carlos Albán. Esta parte de la campaña fue de crucial importancia, porque puso en jaque la soberanía del Estado sobre ese territorio, ya que Estados Unidos, con grandes intereses depositados en la construcción del canal de Panamá, amenazó con intervenir militarmente en el conflicto, si los liberales continuaban su invasión. Esta amenaza llevó a los liberales comandados por Herrera a capitular en noviembre de 1902. El tratado firmado con Herrera (Tratado de Wisconsin) fue presentado como el tratado oficial que dio fin a la guerra. Con ello se daba de nuevo la idea de que la guerra había sido un conflicto convencional en el que se habían enfrentado dos ejércitos cuyos representantes oficiales se habían puesto de acuerdo para terminarlo. Pero una guerra que había sido conducida de manera tan fragmentada, incluso del lado del gobierno, no podía terminar con la firma de un tratado. Uribe Uribe ya había firmado un tratado un mes antes, después de otra fracasada campaña en el departamento de Bolívar. En el Tolima igualmente, se había hecho un indulto general en julio de 1902 coordinado por Toribio Rivera, al que se acogieron un buen número de combatientes, incluyendo líderes de cierto renombre como Nicolás Cantor, Tomás Gómez,

Aniceto Luna y Sandalio Delgado.²¹³ Ramón Marín renunció a la guerra en septiembre, al parecer con la mediación de los ingleses de Honda, cuyo vicecónsul había visitado en abril el campamento de Marín para averiguar las exigencias que hacía este para entregarse.²¹⁴ Para los que persistieron en armas no hubo tregua: notorios líderes como Cesáreo Pulido y Ramón Chaves fueron apresados y fusilados junto con sus compañeros de fuga en septiembre y noviembre de 1902.²¹⁵ En los últimos meses de la guerra aumentaron también los actos de extrema violencia cometidos por los gobiernistas: asesinatos fuera de combate, incendio de poblaciones, incendio de cultivos y pastos, actos de sevicia con los cadáveres.²¹⁶

A partir de esta exposición detallada del desarrollo de la guerra en el Tolima, analizaremos ahora, de manera diferenciada, cómo funcionaron los bandos conservador y liberal en ella. ¿Qué diferencias se encuentran en las relaciones entre jefes y seguidores de ambos bandos? ¿En los discursos empleados para movilizar a la gente? ¿En los mecanismos usados para conformar y mantener la cohesión de los grupos armados? Comenzaremos con el bando conservador, para el que contamos con menos información, y posteriormente estudiaremos con más detalle a los liberales.

4.3. El funcionamiento del bando conservador en la guerra

Las noticias sobre la guerra divulgadas por *El Orden Público* y *La Opinión* transmiten la idea de que los líderes conservadores consiguieron actuar de manera unificada, persiguiendo unos mismos objetivos. Sin embargo, una observación más detallada del desarrollo de la guerra, permite deducir que en este bando predominó la división más que la armonía.

El gobernador debía ser, en teoría, quien ejerciera el papel de cabeza de la redes regionales y bisagra entre fuerzas locales y fuerzas nacionales. Sin embargo, en el Tolima esta figura estaba particularmente desacreditada entre amplios sectores conservadores, dadas las medidas centralizantes tratadas de introducir por el gobierno regeneracionista, en

²¹³ Reportes sobre esas entregas y aclaraciones sobre la forma en que debían darse esos indultos y las condiciones que debían cumplir los indultados se encuentran en AHI, cj. 341, fs. 231-277.

²¹⁴ Sobre la visita a Marín: PRO 135/267-XC198190, vicecónsul a cónsul, 12.04.1902. Sobre la entrega de Marín: PRO 135/264-198153, cónsul al marqués Lans-Downe en Inglaterra, 03.10.1902.

²¹⁵ Sobre estos fusilamientos cf. Pérez 1904: 74-105, 229-244; Arbeláez 1936: 98-117; Calderón 1911b: 10-12, 15-20.

²¹⁶ Acusaciones contra actos de crueldad cometidos por los gobiernistas: PRO 135/264-198153, cónsul al marqués Lans-Downe, 15.09.1902; Pérez 1904: 217-218; Calderón 1911a, 1911b.

particular el tema de los impuestos departamentales que analizamos en el punto 3.2. Más aún, Emilio A. Escobar, quien ocupaba el cargo cuando empezó la guerra, no era un líder de la fuerza de su antecesor, Manuel Casabianca, quien al menos contaba con influencia política entre algunos círculos del gobierno central.

Es posible ver la tibia reacción de los conservadores del Tolima al inicio de la guerra, limitada en el mejor de los casos a la defensa de las plazas (cuando no huyeron) como una consecuencia de las malas relaciones con el gobernador y de la división del conservatismo en nacionalistas e históricos. En una carta escrita por Benigno Velasco, general conservador de Garzón, en la provincia del Sur, se observa bien cómo el ingreso a la guerra podía obedecer a intereses personalistas, más que al compromiso con el partido: Velasco anunciaba a Maximiliano Neira, quien acababa de dejar su puesto de secretario de gobierno del Tolima, que renunciaba a su cargo de jefe de las fuerzas del Sur, debido a la salida de Neira, y de otros amigos suyos, del gobierno del Tolima. Velasco decía que había hecho campaña en el sur “por consideraciones personales hacia ustedes como miembros del Gobierno” (*EOP* 20.01.1900: 222).²¹⁷

Que los conservadores del Tolima estaban débiles al comienzo de la guerra lo muestra también el hecho de que tuvieron que desplazarse allí tropas del Cauca, Cundinamarca y Antioquia a auxiliarlos. La discusión que se generó en torno a la participación de conservadores caucanos en el combate de Rioblanco en diciembre de 1899 ilustra la división existente en el seno de las tropas conservadoras. Después de que el gobernador del Tolima informó del triunfo de las tropas del gobierno en dicho combate, Ángel Córdoba, como jefe del contingente de soldados que habían llegado del Cauca, hizo otro informe argumentando que el triunfo de aquella fecha había obedecido exclusivamente a las fuerzas del Cauca y que las del Tolima no habían participado en el combate. Al parecer, hacer esa rectificación era importante para Córdoba, porque exigía al periódico, en lenguaje amenazante, la publicación de su informe. De hecho, sorprende que esta discusión aparezca en el periódico oficial, donde normalmente no se difundían noticias que mostraran problemas dentro de las fuerzas del gobierno (*EOP* 29.12.1899: 155).

Los constantes cambios de las jefaturas militares también son una pista para sospechar de la coherencia de la acción del gobierno. Incluso el ministro de guerra fue cambiado al menos ocho veces durante la guerra. El periódico oficial generalmente no

²¹⁷ Por el contrario, desde los primeros números del periódico del nuevo gobierno de los históricos aparecieron adhesiones encabezadas por Velasco junto a otros conservadores de Garzón. Cf. por ejemplo *LO* 21.08.1900: 6.

explicaba por qué salían de sus cargos los jefes militares, pero muchas veces esto se relacionaba con conflictos entre ellos, o con intrigas del gobierno en Bogotá. Estos conflictos, en cambio, aparecían constantemente en los telegramas entre el ministro de guerra y los jefes provinciales. El ministro normalmente servía de árbitro en las disputas de esos jefes, debía muchas veces suplicar para que estos no renunciaran y estaba permanentemente insistiendo en que se hicieran esfuerzos por mantener la unión.²¹⁸

La manera como se desarrolló la guerra también habla de la desunión de los conservadores a escala nacional y regional. El gobierno tuvo un importante poder de decisión sobre las campañas de los jefes apostados en los distintos pueblos de Cundinamarca. Su principal preocupación era impedir que los rebeldes se acercaran a Bogotá, o que ocuparan posiciones que pusieran en peligro la capital. En consecuencia, se ordenaba combatir a los liberales del Tolima cuando estos estaban acercándose al río Magdalena, o cuando intentaban cruzar la Cordillera Oriental por la población de Colombia para ubicarse en los Llanos Orientales. También ponían particular atención a lo que pasaba en Honda y el camino Honda - Bogotá, pues por allí se movía el comercio hacia el Atlántico. De lo que sucedía más allá de esas zonas se enteraban por la información que enviaban los gobiernistas que se encontraran allí, pero no tenían mayor influencia sobre esas campañas. Los telegramas del Ministerio no daban instrucciones sobre la acción más allá de las zonas que acabamos de mencionar. En el caso del Tolima, las acciones que allí se presentaron no fueron planeadas por el Estado Mayor General del Ejército, sino que las organizaron autónomamente los jefes provinciales.

Sobre esto es interesante observar que en *El Orden Público*, el que informaba de los triunfos conservadores era el gobernador, quien transcribía los informes que le habían llegado a él y figuraba como el director general de la campaña. Pero ya para la época de *La Opinión*, los jefes locales o provinciales dirigían directamente sus informes a Bogotá. Esto puede mostrar que las fuerzas conservadoras se fueron desintegrando cada vez más en el nivel regional.

²¹⁸ Cf. por ejemplo telegramas con respecto a amenazas de renuncia del jefe militar de Honda, Rafael S. Restrepo, por problemas con otros jefes en: AHH, pq. 7246, lg. 2, Restrepo a ministro de guerra 09.1901; Teodoro Deyongh a Augusto Samper 11.09.1901. El puesto de Jefe militar de la plaza de Honda fue cambiado en numerosas ocasiones durante toda la guerra. Cf. también telegramas del ministro de guerra a Nicolás Perdomo, jefe militar del centro del Tolima. Se refieren a una amenaza de renuncia de Perdomo, quien aducía que los altos mandos en Bogotá estaban tratando de menoscabar su autoridad: AGN, Archivo Anexo, Min. Guerra, cj. 3, cr. 4, fs. 147-148, 154-158. Quejas de jefes militares de Cundinamarca al ministro de guerra por comportamiento de otros jefes en: AGN, Archivo Anexo, Min. Guerra, cj. 1, cr. 2, fs. 4, 9, 10, 13, 131.

Vale la pena también anotar que los jefes conservadores del Tolima trataron de permanecer en sus zonas de origen o donde tenían intereses. Solo pocos, como Casabianca, se desplazaron a hacer campaña a regiones lejanas. El gobierno debía a veces enviar a sus militares a una región que no conocían. Pero normalmente tales jefaturas no funcionaban bien, de un lado porque cuando el dirigente era desconocido gozaba de poca aceptación, y de otro porque carecía de conocimientos sobre el terreno en que debía combatir. Observamos bien esto en las fuerzas del Sur y del Centro del Tolima, dirigidas respectivamente por Toribio Rivera (originario de Neiva) y Nicolás Perdomo (originario de Purificación, provincia del Centro). Rivera se movió generalmente por los pueblos del sur e hizo algunas campañas en el centro, en especial en las riberas del Magdalena. Perdomo igualmente se concentró en el centro del Tolima y desde 1901 tuvo su cuartel en Tocaima, en Cundinamarca, desde donde seguía controlando las campañas en el centro del Tolima, pero también la ribera oriental del Magdalena, que pertenecía a Cundinamarca. Ambos jefes actuaron de manera conjunta contra las fuerzas liberales que se movieron en las provincias de Sur y Centro. Ya para finales de 1901 tenían la situación allí muy controlada; en 1902 se presentaron muy pocos combates en la zona y hubo entregas de guerrilleros en julio de ese año. El nombramiento de Manuel A. Uribe como gobernador del Tolima a finales de 1900, sucedido en el puesto tras su muerte por Toribio Rivera desde finales de 1901, además del traslado de la capital del Tolima de nuevo a Neiva, le dieron gran poder a esta región del departamento, y a los conservadores que la controlaron militarmente. De hecho, las tropas comandadas por Toribio Rivera y Nicolás Perdomo recibieron el nombre de “Ejército del Tolima”, aunque no actuaran en buena parte del territorio del Tolima, incluido el norte del departamento e Ibagué.

La campaña del norte se llevó a cabo aislada de la de Centro y Sur. Esta giró, como señalamos, en torno a Honda y el camino de Honda a Manizales. En los telegramas enviados y recibidos por los jefes militares de Honda en 1900 y 1901 no aparecen comunicaciones con las provincias de Centro y Sur, ni siquiera con Ibagué.²¹⁹ En cambio, los jefes conservadores de Honda tuvieron comunicación directa y constante con el ministro de guerra. Pero si bien mantenían a este informado de lo que pasaba allí, los planes para atacar a los liberales de esa zona los diseñaban y coordinaban ellos. Solo ocasionalmente hicieron ataques de dimensiones más grandes en conjunto con fuerzas de Cundinamarca, coordinados directamente por el ministro de guerra.

²¹⁹ AHH, pq. 7246, lgs. 1, 2, telegramas 1900-1901.

Ibagué fue otro punto de concentración de conservadores, pero estos estuvieron muy aislados, tanto de Rivera y Perdomo como de los conservadores de Honda y el Norte del Tolima. En realidad, a pesar de ser la capital del Tolima, su ubicación geográfica no representaba un punto neurálgico ni para Bogotá ni en el contexto regional. Además no gozaba de mucha importancia, dado que se había constituido como centro de poder regional solo recientemente y a la fuerza. De otro lado, para el escaso mercado interno era más relevante el acceso al Magdalena, que el dominio del camino al Quindío. El nuevo traslado de la capital a Neiva evidenció la pérdida de importancia de Ibagué en el contexto de la guerra. Durante todo este tiempo, dicha ciudad permaneció rodeada por liberales, haciéndose especialmente fuertes al occidente (fuerzas de Anaime, comandadas principalmente por Ramón Chaves) y al oriente (fuerzas de Doima, comandadas principalmente por Tulio Varón). Sin embargo, nunca sucumbió a los ataques liberales. En el combate de esos ataques fue decisiva la participación de los mismos vecinos. Estos conformaron un batallón llamado “Cívicos” en el que tenían que participar también empleados civiles y militares que no estuvieran en servicio (AHI, cj. 341, f. 575).

Los gobiernistas en el Tolima actuaron pues por zonas desligadas o con vínculos muy débiles entre ellas. No podía esperarse otra cosa teniendo en cuenta que el departamento del Tolima seguía siendo al final del siglo una economía desagregada, con redes sociales escasas y débiles y sin sentimientos de identidad como región. Sin embargo, a diferencia de los liberales, que analizaremos a continuación, los conservadores no se dividieron en pequeños grupos con intereses diversos, sino que lograron una cierta unión, no departamental pero sí al menos supralocal. Para ello fue crucial el rol del Estado mismo, como organismo centralizador de los diferentes intereses de los conservadores. Aunque muchos de ellos no se sintieran realmente identificados con el gobierno central, y aunque este no controlara directamente las campañas más allá de una zona muy restringida, seguía manteniendo su poder, en tanto proveedor de sueldos, armas y municiones. Estos eran difíciles de conseguir, si acaso llegaban era después de muchas súplicas de los jefes provinciales al gobierno, pero para ello se necesitaba estar atado a una jerarquía, que hacía que se dependiera de los superiores. Los liberales, en cambio, actuaron de manera más independiente, y esto también significaba para cada jefe el autosostenimiento de sus tropas. Además, como fuerza legal, los conservadores podían establecer más fácil la comunicación entre el centro y las regiones; así, como anotábamos antes, el ministro de guerra podía, al menos, tratar de apaciguar las constantes disputas e intentar conducir a los jefes hacia unos

mismos fines. La guerra en parte fortificó al Estado, permitió una cierta organización del comercio, hacer efectiva la recolección de impuestos, mantener los caminos, garantizar las comunicaciones, crear discursos identitarios, generar sentimientos nacionalistas, establecer jerarquías y solidificar redes. El gobierno colombiano logró una cierta organización a pesar de su debilidad y precariedad, de las divisiones del Partido Conservador y de la fragmentación de la sociedad.

Un elemento crucial en la unificación de las fuerzas conservadoras, del que carecieron casi completamente los liberales, fue el periódico.²²⁰ *El Orden Público* y *La Opinión*, como periódicos semioficiales diarios, trasmitían una imagen de coherencia de las acciones y de las ideas que, aunque correspondía poco con la realidad, debió de contribuir a encontrar acuerdos entre los intereses más contrapuestos. Ello se observa en la manera como fue cambiando el discurso de estos periódicos tanto sobre el partido, como sobre los contrarios.

Al comienzo de la guerra, el principal objetivo de *El Orden Público* fue atraer a la facción de los históricos. Para ello insistía en que las diferencias entre ambas facciones no eran tan grandes como las que separaban a liberales de conservadores. Con el tiempo, como vimos, los históricos fueron, en efecto, abandonando la neutralidad y posicionándose más claramente en pro del gobierno. Las editoriales fueron luego orientándose a la descalificación del liberalismo, recurriendo principalmente a la vieja idea de la irreligiosidad del liberalismo y su carácter herético (por ejemplo *EOP* 18.01.1900: 214). Como vimos, también desde comienzos de 1900 empezaba a hablarse cada vez con más frecuencia del salvajismo, crueldad y amoralidad con que los liberales estaban llevando a cabo la guerra.

Tras el golpe de Estado de los históricos en julio de 1900, el discurso asumió por un tiempo otra dirección. *La Opinión* comenzó siendo un periódico conciliador con los liberales, mientras que criticaba constantemente a los nacionalistas, como una manera de justificar el golpe de Estado contra ese gobierno. En ese sentido se mostraban casi copartidarios de los liberales, quienes estaban igualmente en armas contra el gobierno nacionalista. Sus primeras editoriales trataban de mostrar una imagen progresista del

²²⁰ Los periódicos liberales fueron cerrados al comenzar la guerra y la prensa liberal se hizo clandestina. Sabemos que existieron algunos periódicos, porque a veces la prensa conservadora citaba sus noticias con la intención de desmentirlas. Pero de ello no hay hoy existencias en las bibliotecas de Bogotá ni de Tolima. En 1902 comenzó a circular *El Nuevo Tiempo*, dirigido por liberales que ya desde antes de la guerra tenían una actitud pacifista. Pero en este periódico se hace muy poca referencia a la guerra. Lo mismo sucede con otros periódicos conservadores del tiempo de guerra. Es muy posible que les estuviera prohibido transmitir noticias de la guerra y tratar en general de temas políticos.

gobierno, que prometía renovar las prácticas políticas del nacionalismo, por medio de reformas en la administración, una educación más orientada a lo práctico y una actitud más abierta frente a la ideología liberal. Pero la persistencia de los liberales en la guerra llevó pronto a *La Opinión* a recurrir al discurso tradicional. Ya en noviembre de ese año, más que enfatizar en las divisiones entre nacionalistas e históricos, se apelaba de nuevo a la diferencia clásica entre conservadores y liberales. En ese mes, un articulista señalaba que el liberalismo estaba haciendo la guerra, no al nacionalismo ni al historicismo, sino al Partido Conservador. Y concluía: “En Colombia no pueden existir sino dos partidos; el Conservador y el Liberal” (04.11.1900: 258). De nuevo el periódico empezó a colmarse de descalificaciones a toda acción de los liberales y a hablar de su salvajismo y crueldad (cf. por ejemplo descripciones de martirios cometidos contra conservadores en 12.12.1900: 383). Además fueron adoptando otra vez el discurso religioso, que era una bandera de guerra muy efectiva para atraer el apoyo de la gente, crear un espíritu de grupo y justificar el enfrentamiento con los liberales. Aumentó así el número de artículos, y aun de editoriales, que hacían énfasis en la irreligiosidad de los liberales o denunciaban “excesos” cometidos por los liberales contra elementos de carácter sagrado como las iglesias o que acusaban al Partido Liberal como “enemigo de la religión” (cf. 17.12.1900: 399, editoriales de 18.12.1900: 402, 21.12.1900: 414, 02.01.1901: 427). En la editorial del 22 de diciembre de 1900 se argumentaba que la república podía subsistir solo si estaba unificada en torno a la religión católica. Y eso solo podía lograrlo el partido conservador, porque el liberal era por principio “anticatólico” (418). De otro lado, el número de columnas dedicadas a temas religiosos también aumentó, para muestra la edición del 10 de diciembre de 1900, que estuvo dedicada completamente al arzobispo Manuel José Mosquera, en conmemoración al centenario de su nacimiento.

Las “protestas” publicadas en *La Opinión* también evidencian esos cambios en el discurso del periódico. Estas eran renunciaciones públicas al partido al que se pertenecía. En los primeros números se encuentran protestas de nacionalistas que renunciaron a esa afiliación para ponerse del lado de los históricos. Pero después solo se encuentran protestas de liberales. Ahora bien, las protestas podían usar un lenguaje neutral, como en el caso de esta: “habiendo pertenecido al Partido Liberal, me he retractado, y en la actualidad estoy afiliado a la causa conservadora, y, por tanto, soy amigo del gobierno” (LO 02.11.1900: 252). Pero con el tiempo comenzó a enfatizarse más en el tema de la religión. Una protesta publicada posteriormente mostraba al liberalismo como contrario a la religión y equiparaba al conservatismo con la doctrina católica:

desisto de ahora y para siempre de pertenecer al Partido Liberal y aun de llevar su nombre, y protestando, como en efecto protesto, contra sus máximas y errores, declaro que de hoy en adelante no seguiré otras doctrinas que las que nos enseña nuestra santa Madre Iglesia, por ser las únicas verdaderas (LO 17.12.1900: 400).²²¹

Los fallidos intentos de paz en el primer semestre de 1901 y el fracaso del golpe adelantado por Pedro Nel Ospina en septiembre de ese año generaron la radicalización del discurso contra los liberales. En ellos se llegaba a negarse por completo el carácter político del partido. De esto son muestra, por ejemplo, los fusilamientos a jefes liberales provinciales, que se dieron en gran número en 1902. De ese año es también una protesta al Partido Liberal que resulta interesante porque muestra múltiples rasgos negativos con los que se había cargado la imagen de los liberales:

Yo Miguel Antonio Hernández mayor de edad y vecino de este municipio [Ibagué] por mi espontánea voluntad declaro lo siguiente:

1. Que he observado detenidamente las prácticas del Partido Liberal, sus principios y sus tendencias;
2. Que de esta observación he deducido que el Partido Liberal es revolucionario, enemigo de todo principio de autoridad y acérrimo perseguidor de la Iglesia Católica;
3. Que en la presente guerra que se le hace al Gobierno constituido se ha manifestado feroz perseguidor de todos los elementos sanos del país;
4. Que con la presente e injustificable rebelión, lo que pretende el Partido Liberal es la ruina completa de la riqueza pública, dejando en la desgracia a las familias colombianas;
5. Que la presente guerra, iniciada por el Partido Liberal, ha degenerado en cuadrillas de malhechores que saquean en los caminos, incendian las poblaciones y asesinan a los ciudadanos indefensos, permitiendo a la vez que el suelo de la Patria sea hollado por mercenarios extranjeros; y
6. Por último, que como hombre honrado, descendiente de una familia cristiana, y que me intereso por el bien de mi Patria, que está fundada en el trabajo y en el apoyo a las instituciones conservadoras, no puedo ni debo ser liberal, declaro de la manera más solemne, ante testigo, que me aparto para siempre de las filas liberales, que protesto de sus principios y me uno y afilio a los principios conservadores, en cuyo partido quiero vivir de hoy en adelante. [...] doy este paso porque tengo plena seguridad de que el Partido Conservador por sus sanos principios es el único llamado a gobernar este país (AHI, cj. 340, fs. 255-255v, 30.04.1902).

No sabemos si el documento fue en efecto escrito por quien lo firmó “por su espontánea voluntad”; es más plausible pensar que lo escribieron agentes del gobierno que obligaron a Hernández a firmar. De cualquier modo muestra cómo los discursos en contra de los liberales eran interpretados y apropiados por la gente en las provincias, en este caso habitantes de Ibagué. Al tema religioso se le da gran importancia. Igualmente se señala la

²²¹ Cf. también LO 18.12.1900: 404.

carencia de objetivos políticos de los liberales y sus ejércitos se califican de cuadrillas de malhechores. También se recurre al patriotismo: la Patria está representada en el gobierno y sus instituciones, que solo pueden pensarse como conservadores (“es el único [partido] llamado a gobernar este país”). Los enemigos del gobierno (los liberales) son también los enemigos de la Patria, en tanto propalan el desorden, arruinan la economía, asesinan a la población y destruyen las familias. Además amenazan la religión católica que es la religión de la Patria. Para ello han recurrido incluso a la ayuda extranjera. Estas imágenes de “la Patria”, a pesar de que resultan bastante vagas, podían movilizar emociones: la familia, el trabajo, la religión, la amenaza extranjera. Las ideas diferentes a las conservadoras ponían en peligro instituciones básicas para la vida en sociedad.

En testimonios de presos políticos liberales (que citaremos ampliamente en el próximo apartado) puede observarse que el discurso del gobierno contenido en los periódicos, logró influenciar de alguna manera a la gente del común. Al menos en algunos de esos testimonios se encuentran ideas que aparecían en esos discursos, pero expresadas en palabras de la gente. Alguno dijo que prefería al gobierno porque los liberales “no querían los curas” (AHI, cj. 321, f. 591v). Otro dijo “soy liberal pero me gusta el gobierno porque es religioso” (f. 443v). El preso político Lorenzo Varón decía estar contento de haberse salido de las fuerzas liberales porque el gobierno “da garantías a todos los hombres honrados y trabajadores”, y aseguraba también que “En Anaime hay opinión general de que las fuerzas del gobierno traen paz y orden” (f. 639v-640). José María Prado, por su parte, se expresaba así: “la gente del gobierno sí lleva a Anaime más paz y orden que las tales guerrillas” (f. 679). Estas expresiones muestran que los discursos del gobierno lograron permear entre la gente y alimentaron también sus interpretaciones sobre los bandos en conflicto y sobre la guerra.

Las variaciones que sufrió la ideología conservadora y las imágenes que elaboraron sobre los contrarios ponen en cuestión una idea de adscripción política estática, aun entre los dirigentes del partido, que es de quienes provienen los discursos que hemos analizado. Es un hecho que los líderes políticos provinciales y locales, tenían claramente definido el partido al que pertenecían, fuera porque habían heredado su adscripción de su familia, fuera por experiencias de vida específicas, como guerras anteriores, familia política o amistades. La afiliación partidista constituía parte de la identidad de muchas personas. Alguien lo expresaba así: “lo que sí exijo es que no se me niegue mi título de conservador, porque ese lo estimo tanto como mi apellido y como el recuerdo de mis padres” (*LO*

24.09.1900: 119). Sin embargo, no había una única manera de relacionarse con el partido y con los del partido contrario, no había una afinidad automática con los copartidarios y un odio sistemático a los contrarios, sino que había un espectro amplio de actitudes frente a los unos y los otros.

4.4. La movilización liberal

Del mismo modo que en el bando conservador, entre los levantados liberales también queremos mostrar que el ingreso de muchos de ellos a la guerra no fue el resultado de la mera fidelidad partidista, sino que se dio por las circunstancias del desarrollo mismo de la guerra. Para el Partido Liberal se ha mantenido una hipótesis que parte de nuevo de un análisis desde el centro. Se enfatiza en la división que había en el seno del liberalismo entre belicistas y pacifistas. Los círculos que rodeaban al Directorio Nacional y a su principal líder, Aquileo Parra, insistían en que se podrían lograr cambios en la Regeneración por medio de la acción política. Los belicistas, cuyo principal vocero era Rafael Uribe Uribe, se mostraban, por su parte, escépticos a esos cambios e impulsaban la acción armada. Cada grupo buscaba formar adeptos a través de sus periódicos: *La Crónica* y *El Autonomista* respectivamente. Así, como vimos al analizar la discusión sobre la renta de licores en Tolima, la división de los liberales de Bogotá intentó traspasarse a conflictos de escala regional y local, a pesar de que estos en principio se daban en otros términos. Finalmente Uribe Uribe y su grupo hicieron prevalecer su opinión y se lanzaron a la guerra. Pero ¿puede decirse que fue esta decisión del carismático Uribe Uribe y sus adeptos la que hizo que personas en todo el territorio se unieran a la guerra? Analizamos a continuación la correspondencia de Uribe Uribe en los meses anteriores a la guerra para observar cómo se daba la relación entre él y sus “seguidores”.²²²

Uribe Uribe fue un combativo opositor al régimen de la Regeneración. Ello lo hizo como Representante a la Cámara pero también desde fuera de las instituciones políticas. En 1895 fue uno de los principales líderes de un levantamiento contra el gobierno que duró solo unos meses. Tras ese fracaso siguió intentando hacer otro levantamiento, aun contra la voluntad de la Dirección Nacional del Partido Liberal. En sus discursos solía mostrar sus

²²² Los documentos que citamos a continuación se encuentran en AGN, ACH, Rafael Uribe Uribe, rollo 02. Indicaremos los folios, la fecha de la carta, si se encuentra, y el nombre del remitente, entendiendo que toda la correspondencia se dirige a Uribe Uribe.

desacuerdos con la política del Directorio Nacional y soterradamente incitaba a los liberales para organizarse para la guerra.

Uribe Uribe tenía una impresionante red. Las cartas que recibía le llegaban de los lugares más remotos del país: del sur, de los pueblos sobre el Río Magdalena, de la Costa Atlántica, de los Llanos orientales. En muchos casos se trata de fervientes admiradores suyos. Mensajes como este son muestra de ello:

Jamás he logrado allegármele personalmente por temor de serle inoportuno, pero hoy ya no puedo ocultar por más tiempo mi deseo de expresar a usted mi admiración por la bizarría con que ha defendido nuestro partido en todos los campos. Quizá mañana el destino nos una y hago votos porque la suerte me favorezca colocándome a su lado el día de la prueba para sellar mis palabras. Le ruego General me honre teniéndome en el número de sus adictos incondicionales y que crea en la lealtad de quien no tiene a los 28 años de su edad más que ofrendarle que la humilde personalidad que le dejo trazada, pues mi pobreza es extrema (Sixto B. Santos, 1899, cj. 6, fs. 2912-2912v).

O también este: “recibid Ilustre Caudillo nuestro, el óbolo de alabanza que os tributa desde esta prisión un soldado de la causa de la libertad” (fray Julio E. Villegas E., 19.08.1898, cj. 5, fs. 2191-2192). En otra carta se lo denomina “el hijo más grande de Antioquia hasta hoy día” (13.05.1899, cj. 6, f. 2684). Y otra carta muy significativa es una de Max Carriazo, quien fue durante la guerra un importante líder en Cundinamarca. A la muerte de la madre de Carriazo, Uribe Uribe le mandó un mensaje de pésame que se publicó también en *El Autonomista*. A estas manifestaciones, Carriazo respondió conmovido: “Cuando vi su firma en uno de los muchos telegramas que he recibido, sentí en el corazón un golpe de sangre, y sentí además algo indescriptible para mí, pero muy parecido a la satisfacción de llorar” (22.07.1899, cj. 6, f. 2751).

En otras cartas se habla de las maneras como esos entusiastas admiradores de Uribe Uribe difundían sus ideas en los pueblos. Virgilio Leiva, quien era director de un periódico liberal en Honda, informaba a Uribe Uribe que los liberales de la población le preguntaban por noticias sobre él. Le pedía por ello que le enviara informes de sus acciones y de sus discursos. Copias de uno de esos discursos, que fueron enviadas a Honda, las tomó un copartidario para llevarlas a Barranquilla, otra copia se la regaló a un amigo de Santana, de modo que no le quedaban más ejemplares, lo que es “verdadera lástima porque han hecho mucha falta para la propaganda de aquí, tan necesaria” (30.09.1898, cj. 5, f. 2224). Por su parte, un joven comerciante de Melgar, Fortunato Torres L., comentaba a Uribe que estaba inscrito a varios periódicos y los compartía con un amigo que estaba inscrito a otros, de modo que ambos leían periódicos liberales y conservadores, porque “de todo se ha de leer” (19.03.1899, cj. 6, f. 2650).

El entusiasmo expresado hacia Uribe también significaba, para algunos, compromiso con sus ideas belicistas. Varios hondanos le remitieron a Uribe Uribe una carta que habían escrito a la dirección del partido en la que prometían apoyar las afanes belicistas de Uribe Uribe y desobedecer los mandatos del Directorio Liberal (Clodomiro Castillo y otros, 29.10.1898, cj. 5, fs. 2351-2354). De El Banco (población sobre el río Magdalena) otro convencido seguidor de Uribe, J. de P. Sánchez, escribía sobre la necesidad de hacer la guerra, porque los nacionalistas no mostraban interés en hacer reformas (28.08.1898, cj. 5, fs. 2129-2131). Max Carriazo, por su parte, no solo manifestó su fidelidad a Uribe, sino que además le envió un plan de guerra diseñado por él para apoderarse del río Magdalena, que él mismo como navegante se ofrecía a dirigir. Al final decía estar dispuesto a rendir su vida “por él y el partido, si necesario fuera” (02.11.1898, cj. 5, fs. 2382-2390v).

El gran número de cartas, su diversa procedencia y el combativo lenguaje utilizado en muchas de ellas transmiten la idea de que había un interés grande en la guerra por todo el territorio. Charles Bergquist (1999) concluye, principalmente a partir del estudio de esa correspondencia, que “la mayoría del partido liberal [...] se inclinaba desde hacía tiempos a poner remedio violento a los males liberales” (140). Pero tal entusiasmo que evidencian las cartas debe tomarse con cautela. Se trata justamente de las cartas que recibió el líder de la causa belicista. Es de esperarse que recibiera cartas muy combativas que apoyaban esas mismas ideas. Además, hemos enfatizado sobre las cartas más exaltadas, pero también en esa correspondencia se encuentran cartas de personas que se mostraban en desacuerdo con el afán guerrerista de Uribe Uribe y con su posición frente al Directorio del partido (cf. por ejemplo cj. 5, fs. 2194-2195, 2275-2277). Había también quienes podían escribir a él como seguidores suyos, pero usar otro tono cuando escribían a otros corresponsales. Encontramos interesante por ejemplo las cartas de Daniel de la Pava, un liberal de cierto reconocimiento en la población de Salento (en límites entre Cauca, Antioquia y Tolima). Este escribió a Uribe en septiembre y en octubre de 1898 mostrando aparente admiración hacia él: “Por aquí suena su nombre como la campanada que anuncia libertad”. Le avisa que le llega *El Autonomista* y que lo hace circular. Y le ofrece además “de nuevo mis inútiles servicios”. Según estas cartas, podría pensarse que De la Pava era un comprometido seguidor de Uribe (cj. 5, fs. 2163-2164, 2275-2277). No obstante, también en noviembre de 1898 De la Pava escribió a Aquileo Parra, Director del partido, diciéndole que los partidarios de Uribe Uribe en Salento eran “seres despreciables por su ninguna honradez política y social”, “pobres y muy impopulares” (citado en Bergquist 1999: 147, n. 35). Esta actitud acomodaticia podría encontrarse también en otros liberales.

Postular a partir de esta correspondencia un generalizado entusiasmo por la guerra no resulta muy indicado. Ahora bien, para Bergquist la correspondencia de Uribe Uribe no solo muestra un sentimiento extendido en pro de la guerra, sino también el carácter predominantemente provincial de ese sentimiento: “el grueso de la fuerza y dirección de la facción belicista estaba en las provincias y es en el estudio de las diferencias entre el ambiente político de la capital y el de las provincias donde puede encontrarse el significado cabal de la división liberal” (153). Para explicar el comprometido liberalismo en los pueblos, Bergquist lanza la tesis de que en estos la política era de carácter más violento y la adscripción partidista jugaba un papel más vital. Así, Bergquist habla del “violento exclusivismo político característico de las áreas rurales y los pueblos pequeños, donde vivía la gran mayoría de los colombianos” (153). Allí las tensiones políticas impregnaban la vida entera de los pobladores, por ejemplo el acceso a empleos, la protección de la policía y los reclamos a la justicia. “Oponerse a quienes estaban en el poder [...] ponía en peligro tanto las propiedades como la vida” (156).

Como ejemplos de ese exclusivismo político en los pueblos, Bergquist menciona los cuentos y novelas de Gabriel García Márquez; pero estos tienen como base la Violencia de mediados del siglo XX, no puede inmediatamente asumirse que ese sectarismo se diera de igual manera a finales del siglo XIX.²²³ También se refiere a escritos de líderes políticos que habitaban en Bogotá (Carlos Martínez Silva, Carlos Holguín, Aquileo Parra). Estos tenían una mirada bastante crítica de la política en el campo, basada en sus prejuicios sobre la gente de allí y en su autoimagen como ciudadanos cultos. Como señala Malcolm Deas, refiriéndose a escritos de capitalinos sobre líderes políticos rurales, “esta literatura sobre política municipal y provincial está fuertemente impregnada de esnobismo urbano”, tiene “afán de caricaturizar” y muestra una “aversión superficial y bipartidista” hacia la política y los políticos de los pueblos (1993d: 211).

Bergquist también cita informes sobre jornadas de votación, enviadas a los líderes liberales Rafael Uribe Uribe y Aquileo Parra por sus agentes en algunos pueblos. Pero estos eran momentos específicos de mucha polarización y altos grados de violencia; no se deduce de ahí que la vida cotidiana de la mayoría de los pueblos estuviera marcada por la misma polaridad. De otro lado, Bergquist cita artículos de prensa que hablan de pueblos donde los liberales estaban amenazados de muerte o incluso fueron asesinados. Pero se

²²³ Eduardo Posada Carbó (1998) hace una fuerte crítica al uso frecuente de la literatura de García Márquez como fuente histórica por parte de periodistas o aficionados a la historia y advierte sobre los riesgos que ello representa.

trata de denuncias hechas en 1899 por *El Autonomista*, que era la publicación por medio de la cual los liberales belicistas trataban de atraer adeptos a la guerra. Es de esperarse que aparezcan allí acusaciones contra los conservadores de excluir a los liberales del juego político y justificar así su llamamiento a la guerra, no solo frente a los conservadores, sino frente a los liberales moderados.

En efecto había poblaciones de alta conflictividad y cuyos conflictos se reforzaban también por medio de la división partidista, pero hemos tratado de mostrar en el capítulo 3, a partir del estudio de conflictos en distintas poblaciones del Tolima, que la división partidista no se superponía fácilmente a esos conflictos y que la pertenencia política, si existía, no determinaba unas únicas actitudes (por ejemplo una actitud violenta) frente a los del partido contrario o una necesaria favorabilidad hacia los copartidarios. Miraremos a continuación el desarrollo de la guerra en el Tolima tratando de mostrar que aun aquellos que tenían una adscripción política clara, no manifestaron necesariamente un gran entusiasmo frente a la guerra, como lo describían los discursos y las memorias de los líderes, o una obediencia ciega a los mandatos de los líderes nacionales, sino que las actitudes frente a la guerra fueron cambiantes y respondieron más que todo a cuestiones prácticas. Aun en el Tolima, donde la guerra fue particularmente violenta y duradera, ello no se explica por una acentuada polarización partidista o por un “violento exclusivismo político” en provincia.

La mirada desde el centro y la suposición de que la división belicistas - pacifistas del Partido Liberal en Bogotá abarcaría al país entero, oscurece las formas en que se dio la movilización para la guerra a nivel local. ¿Qué estatus tenían los líderes liberales locales? ¿Cómo les fue posible movilizar a la gente? ¿Qué estrategias utilizaron para ello? ¿Qué tipos de personas se les unieron? ¿Qué puede saberse sobre lo que buscaban esos individuos al entrar a la guerra? A continuación analizaremos a los jefes liberales locales y sus seguidores para tratar de entender cómo se extendió la guerra partidista a escala local.

4.4.1. Los jefes liberales

Los principales líderes liberales que participaron en la guerra en el Tolima tuvieron perfiles variados. Miremos por ejemplo el caso de Guillermo Vila, quien fue por mucho tiempo y hasta poco antes de la guerra el director del Partido Liberal del Tolima. Vila tenía un nivel económico alto, en tanto ejercía con éxito la agricultura y el comercio en Ibagué y Girardot. Además era un comprometido partidario tanto desde el punto de vista político

como militar. Sabemos que como director departamental del partido tuvo bajo su responsabilidad la organización de comités liberales en los municipios del Tolima y su preparación para las elecciones de 1897.²²⁴ Pero al mismo tiempo estaba dispuesto a usar la violencia en la defensa del partido, en caso necesario (como dijimos, citando a Michael Riekenberg —2003: 57-58—, esta era una actitud aceptada por la ética política de esa época). En 1896 fue acusado de levantar junto con otros una asonada en la alcaldía de Ibagué para reclamar porque a un copartidario no querían inscribirlo en las listas de votantes para ese año (AHI, cj. 263, fs. 358-372). En el mismo año se le acusó también de estar consiguiendo armamento (AHI, cj. 264, fs. 586-598v).

Pero Vila, a pesar de que seguía siendo en 1899 el principal corresponsal con los directores nacionales del partido, no era realmente quien representaba a los liberales del Tolima, quienes se encontraban completamente divididos entre otras cosas por el conflicto en torno a la renta de aguardiente (AGN, ACH, Juan E. Manrique, cj. 1, cr. 8, fs. 57-61). En septiembre de 1899, Vila informó al directorio nacional que había liberales en Tolima que se estaban preparando para la guerra. Pero él no era el responsable de esa organización, solo se había enterado e informaba sobre ello (AGN, ACH, Juan E. Manrique, cj. 1, cr. 8, fs. 100-100v). Al comenzar la guerra, al parecer no se enroló en ella desde un principio (en el informe del gobierno sobre la toma liberal a Girardot el 29 de octubre de 1899, se dice que él no tomó parte, a pesar de encontrarse en Girardot: *EOP* 15.11.1899: 5), pero ya para enero de 1900 había sido nombrado Jefe Civil y Militar del Tolima (Pérez 1904: 112-113). Sin embargo, este era un título más simbólico que de poder real. En la práctica los otros jefes armados no le obedecían (Pérez 1904: 178). Con la desintegración del “Ejército del Tolima” Vila continuó actuando como otro jefe local más en la zona de Doima, donde tenía haciendas (AHI, cj. 342, fs. 489v-490). A pesar de los contactos que podía tener Vila, su papel no fue realmente de mediador entre lo nacional y lo local. El movimiento de las localidades no fue coordinado ni controlado por él. A pesar del título de jefe departamental, su liderato se restringió a una reducida zona.

La figura de Aristóbulo Ibáñez tampoco corresponde con la del caudillo local que sirve de mediador entre lo nacional y lo local.²²⁵ Ibáñez provenía de una familia liberal de importancia de Boyacá (era sobrino del expresidente liberal Santos Gutiérrez). Pero a

²²⁴ Al respecto cf. AGN, ACH, Aquileo Parra, cj. 4, cr. 8, fs. 305-307, 416-417, 421-422, 606-607, 794-796 (rollo 3).

²²⁵ Se encuentran datos biográficos de Ibáñez en Pérez 1904: 142-222; “La epopeya de los Mil Días” (anónimo), AGN, ACH, Otero D’Costa, rollo 156, f. 53 y ss; y en el periódico *La Palabra*, Pereira, mayo de 1910, número extraordinario en honor a Ibáñez.

finales de siglo tenía fundada familia y fortuna en Pereira, en límites entre Antioquia y Cauca. Al parecer, se había quedado en Antioquia desde que participó allí como militar en la guerra de 1876. A finales de siglo se escribía con liberales de Medellín, y posiblemente también tenía relaciones con liberales de Rionegro, Antioquia, de donde era su esposa. Por su parte en Pereira y los alrededores, donde se estaban fundando nuevas poblaciones y por tanto configurándose nuevas redes políticas, Ibáñez debía de gozar de importancia como general liberal de vieja data. Además, tenía una verdadera educación militar, adquirida no solo en las guerras civiles, como la mayoría de quienes tenían títulos militares, sino también en el Colegio Militar, aunque desde el final del federalismo se había desvinculado de la vida militar y trabajaba como agricultor de su finca en Pereira, que él mismo había fundado y cultivado, después de haber “tumbado monte”, como otros colonos en esa región. Ibáñez tenía un cierto grado de educación y algunas propiedades, además provenía de una familia liberal de importancia. Pero no era una persona acaudalada, vivía de su trabajo como agricultor. Uno de sus detractores lo describía como “un hombre campechano, francote, y propio solo para capitanear guerrillas de poca importancia”.²²⁶ Podemos también suponer, por la dedicatoria del libro *La guerra en el Tolima*, que su familia quedó en una situación difícil al morir él en la guerra. En la portada del libro se lee: “El producto líquido de este libro está destinado a las familias de los Generales Aristóbulo Ibáñez y Ramón Chaves” (Pérez 1904).

No sabemos por qué entró a la guerra. Pudo deberse a una mezcla de partidismo y defensa personal al empezar a ser hostigado por los conservadores. Tampoco encontramos que tuviera vínculos con los liberales del Tolima, aunque parece que sí gozaba de renombre y eso debió haberle permitido impulsar el proyecto de unificación de los liberales en un ejército. Sin embargo, tal proyecto no se llevó a cabo completamente e Ibáñez nunca pudo imponerse como el jefe supremo de los liberales del Tolima. Sus contactos con el centro no eran muy fuertes. En la correspondencia de Uribe Uribe no aparecen cartas de él que indiquen que hubiera ingresado a la guerra por el llamado de este, tampoco se encuentra correspondencia con los jefes nacionales del partido, Aquileo Parra y Juan E. Manrique, en el tiempo anterior a la guerra. En el relato de su campaña hay transcrita una carta que escribió a Parra ya durante la guerra, en julio de 1900. Aunque se muestra en la carta como subordinado de Parra, se observa en ella que el grupo de gente que Ibáñez conducía no estaba bajo la dirección real de Parra ni obedecía un plan

²²⁶ AGN, ACH, Otero D’Costa, “La epopeya de los Mil Días”, rollo 156, f. 55.

coordinado desde el centro. Ibáñez describe las acciones que ha emprendido y los planes que pretende llevar a cabo, pero solo para informarlo. Le pide también, en tono de ruego, que le responda sus cartas y que le mande noticias de la guerra en otras regiones, porque los informantes les dan noticias contradictorias o falsas. Habla de un dinero y auxilios que les ofrecieron, pero no provenían del partido oficial, sino de entusiastas de Bogotá reunidos en una “Junta Liberal” (Pérez 1904: 175-179). Se observa que él tampoco tiene las características de un caudillo que movilizó a sus clientelas o de un líder carismático con vínculos a escala nacional y local. Sus intentos de unificación de los liberales terminaron después de un tiempo y él, finalmente, se fue del Tolima a buscar suerte en otra zona. Murió en Boyacá en una emboscada en 1902 (se hicieron después escabrosas descripciones del trato que se dio a su cadáver).²²⁷

Tulio Varón quizás no fuera un jefe tan importante durante la guerra, pero es uno de los más mencionados en la bibliografía y el que más ha llamado la atención de los historiadores locales.²²⁸ Pertenecía a una familia de nivel social relativamente alto, propietarios de haciendas ganaderas en las cercanías de Ibagué, y estaba vinculado por lazos de parentesco con familias de poder de la zona. Sin embargo su nivel educativo era bajo. Además sabemos que su esposa y sus hijos no tuvieron una vida muy holgada tras su muerte, por lo que puede creerse que Varón estaba en decadencia económica al final del siglo (Cuartas 2002: Capítulo 2, n. 15). En cuanto a sus contactos más allá de su localidad, sabemos que apoyaba a Rafael Uribe Uribe por medio de adhesiones a las campañas emprendidas por el periódico *El Autonomista*.²²⁹ También en la correspondencia de Uribe Uribe encontramos una carta que Tulio Varón le dirigió en septiembre de 1899, justo antes de comenzar la guerra. Era respuesta a una circular que había enviado Uribe Uribe en julio, en la que al parecer incitaba a los liberales a ingresar en la guerra cuando esta comenzara. En la respuesta Varón decía que estaba dispuesto a prestar su “pequeño contingente” para apoyar “la empresa” impulsada por Uribe (AGN, ACH, Rafael Uribe Uribe, cj. 6, fs. 2827-2828). Varón entró efectivamente a la guerra desde que esta empezó, con su contingente formado por familiares y algunos arrendatarios. Puede ser exagerado el número de 250 hombres que, según *El Orden Público*, iban al mando de Varón al momento del ataque a Girardot en los primeros días de la guerra, el 29 de octubre de 1899 (*EOP* 15.11.1899:

²²⁷ Una detallada descripción de su muerte se encuentra en *La Palabra*, Pereira, 05.1910, número extraordinario.

²²⁸ Conocemos tres biografías de él: París 1984; Jaramillo 1987; Cuartas 2002. En 2010 el escritor Benhur Sánchez Suárez publicó una versión novelada de su vida con el título *Buen viaje, general*.

²²⁹ Cf. por ejemplo *EA* 03.07.1899; 28.07.1899.

5)²³⁰, pero sí es posible pensar que hubiera logrado formar un grupo numeroso uniéndose a otros levantados. Varón también participó en los intentos de unificación del Ejército Liberal del Tolima, pero tras los fracasos terminó dirigiendo un grupo pequeño que concentró su acción en Doima.

Pero es difícil ver a Varón como un ejemplo de cómo los jefes nacionales activaron desde arriba sus redes, al comprometer en la guerra a líderes de figuración local, quienes movilizaron a su vez a amigos y familiares de su localidad o de otras, al tiempo que condujeron a su “clientela”. Varón se mostró dispuesto a colaborar con la guerra cuando Uribe Uribe se lo propuso, pero Uribe no fue el jefe superior de Varón. Las acciones de Varón, las alianzas, las campañas, no obedecieron a un plan enviado por el centro. De otro lado, se observa que Varón, si bien tenía una zona a su mando, aun en ella no gozaba de hegemonía plena como para comandar el movimiento guerrero allí. Así, su papel de mediador entre lo nacional y lo local aparece como problemático. Tulio Varón incitó a gente que lo rodeaba, incluyendo algunos familiares, a que ingresaran a la guerra, pero no era la cabeza de una red que él controlara plenamente.

De José Joaquín Caicedo no contamos con muchos datos biográficos, pero podemos suponer que tenía una posición destacada como liberal del Guamo, población mayoritariamente conservadora.²³¹ De ahí que fuera perseguido desde el comienzo de la guerra, no solo en el Guamo, sino también en poblaciones vecinas. Podría pensarse que fue más el riesgo de ser capturado lo que lo obligó a entrar en la guerra. En un principio no logró atraer muchos seguidores a su movimiento: aunque trató de levantar gente en Chaparral, que era netamente liberal, solo 18 hombres lo secundaron. A medida que fue avanzando la guerra, fue consolidando un grupo más grande (en especial con reclutados del gobierno que “libertó”), que se unió después con otros jefes que comenzaban también a hacer sus pronunciamientos (Pérez 1904: 105-111).

Tampoco Ramón Marín entró a la guerra de manera coordinada con jefes de Bogotá o de la región. Antes de la guerra no parece que se hubiera escrito con Uribe Uribe o con los directores del Partido Liberal. Marín era de origen humilde. Además carecía de redes consolidadas de amistad o parentesco en el Tolima pues había llegado hacía poco tiempo a

²³⁰ Es difícil confiar en las cifras de participantes, así como de muertos y heridos en combates, que proveen estos periódicos oficiales, porque esa información no la podía corroborar nadie. Abultando las cifras de los contendores, los periódicos gobiernistas trataban de mostrar el heroísmo de sus soldados. Era también frecuente reportar equivocadamente que había sido muerto o apresado un jefe liberal importante. Tales informaciones no eran corregidas posteriormente.

²³¹ Firma por ejemplo de segundo en una petición escrita en el Guamo para el gobierno departamental instando a que se construyera el ferrocarril y que pasara por Guamo. Firmaron liberales y conservadores. *RO* 16.03.1899: 1174.

esa región, proveniente de Antioquia (era originario del pueblo minero de Marmato). Al momento de la guerra, como dijimos, era capataz de minas en Santana. A pesar de sus convicciones políticas, que hubiera podido atraer gente para formar un grupo armado fue quizás una respuesta de autodefensa frente a los reclutamientos forzosos que adelantaba el gobierno. Ante la perspectiva de ir a luchar lejos del terruño, y en pro de un gobierno con el que no se sentían identificados, la opción que daba Marín de ir a luchar con sus compañeros de trabajo y sus vecinos sin moverse mucho de la zona debía ser más atractiva. Dicho grupo alcanzó una importante cohesión, lo que les permitió actuar por su cuenta sin obedecer a jefes superiores, aunque actuando en un espacio limitado. Fue solo durante la guerra que Marín ganó importancia y reconocimiento por parte de los líderes nacionales.

Ramón Chaves era también antioqueño y provenía probablemente de una familia humilde.²³² Según parece, llegó al Tolima buscando suerte y antes de la guerra había trabajado como sastre, capataz de peones en una hacienda y recolector de rentas en Ibagué y poblaciones alrededor. Al morir en la guerra, dejó a sus hijos y esposa en situación bastante penosa. También las ganancias del libro *La guerra en el Tolima* se destinarían a la manutención de su familia, según citamos antes. Este líder tenía algunos contactos con propietarios en Líbano y en Anaime pero no se trataba de redes que conectaran lo nacional con lo local a través suyo; no hay, por ejemplo, correspondencia entre él y líderes nacionales.

Estos detalles de las biografías de diferentes líderes liberales del Tolima muestran que la guerra no partió de redes preexistentes, sino que sus líderes las construyeron *durante* el conflicto. Sin embargo lo máximo que lograron fueron uniones temporales, planes conjuntos a corto plazo, seguidos de nuevas fragmentaciones. Los relatos compilados por José Manuel Pérez están colmados de discusiones e inculpaciones entre los mismos liberales, que muestran lo poco cohesionadas que obraron esas fuerzas a lo largo de la guerra.²³³

²³² Se encuentran algunos datos biográficos dispersos sobre Ramón Chaves en Jaramillo 1984; Pérez 1904: 74-105; Arbeláez 1936: 265-267.

²³³ Cf. por ejemplo pp. 162, 170, 174, 178, 181-182, 206. Esto está confirmado en las declaraciones de los propios combatientes: “en los ejércitos liberales no ha podido haber uniformidad, ni unidad de plan. Cada cual ha querido hacer el triunfo por su propia cuenta.” Cesáreo Pulido no quiso reconocer a Aristóbulo Ibáñez, Ibáñez a su vez no había querido ponerse a las órdenes de Avelino Rosas cuando este llegó al Tolima. Ramón Marín tampoco obedecía a Ibáñez. Tulio Varón resolvió actuar solo, así como Joaquín Buendía. “Y por último todos obran por su propia cuenta sin obedecer órdenes de Bogotá” (AHI, cj. 321, fs. 663-664). Entre Ramón Marín y Ramón Chaves también hubo una desavenencia de la que resultó que Chaves se saliera de las fuerzas de Marín. Pero Chaves tampoco actuaba conjuntamente con la guerrilla de Tulio Varón en Doima, a pesar de estar geográficamente cerca y tener ambos grupos el plan de tomarse Ibagué (AHI, cj. 321, f. 677). En *La Opinión* se transcribe una carta del jefe liberal Max Carriazo al “Comité del Ejército

Además de la manera como se dieron esas campañas en el Tolima, independientes entre ellas y de las de los líderes nacionales, otro indicador de que la guerra no fue un movimiento de arriba hacia abajo son los intentos de pacificación emprendidos por esos líderes durante la guerra. En abril de 1901 Uribe Uribe escribió su manifiesto “Por la Patria y por la paz”. Lo escribió de manera unilateral invitando a otros liberales a seguir su ejemplo de dejar las armas. A una de las personas que Uribe envió el manifiesto fue a Ramón Marín. Esta parece ser la primera carta que le dirige Uribe Uribe a Marín. En ella se dirige en tono cauteloso y no dando órdenes, sino de igual a igual. Lo felicita por la importancia militar que ha ganado: “con íntima complacencia he visto surgir su figura y no sin cierto orgullo recuerdo que fui su compañero en la campaña del 85”. También aprovecha para felicitar a oficiales y soldados que lo han acompañado en “las brillantísimas campañas del Tolima”. Uribe envía el manifiesto como una propuesta de su parte que “ojalá sea de su aprobación”. Es decir, no impone la conducta que a partir de entonces debía seguir el partido, sino que se presenta como un combatiente más que ha decidido salirse de la guerra y recomienda esa conducta a otros levantados en armas. Uribe Uribe no se presenta como el jefe supremo, sino como otro de los jefes que estaba en armas. Y de hecho su recomendación no causa adhesiones, sino más bien rechazo.²³⁴

El mismo lenguaje cauteloso utilizan los jefes del Directorio Nacional del Partido Liberal en un comunicado que escriben desde Bogotá a diferentes jefes levantados en Tolima y Cundinamarca por la misma época. Juan E. Manrique, José María Ruiz, José María Quijano Wallis y otros liberales de Bogotá, de posición pacifista, escribieron un manifiesto de paz en marzo de 1901. Manrique envió al parecer el manifiesto a los líderes liberales de Cundinamarca y Tolima pero estos no dieron ninguna respuesta, así que insistió de nuevo en abril (AGN, ACH, Juan E. Manrique, cj. 1, cr. 10, fs. 31-34, 13.04.1901). Allí se dirige de manera muy respetuosa a los líderes, tratando de no despertar ningún descontento y de tratarlos como jefes políticos dignos de ser tenidos en cuenta en las decisiones del partido. Habla de ellos como “abnegados soldados”, dice que conoce “el patriotismo de ustedes” y que sabe que “todos Ustedes han dado pruebas elocuentes de su

Revolucionario” en Bogotá en que acusaba a jefes liberales que se movían por Cundinamarca de estar en la guerra solo para hacer ganancias económicas. A su vez se defendía de acusaciones que le habían hecho a él en el mismo sentido (LO 07.12.1900: 370).

²³⁴ AGN, ACH, Rafael Uribe Uribe, cj. 41, Libro copiadador 1, p. 174 (rollo 19). En el relato sobre la campaña de Nicolás Buendía se dice que el manifiesto de Uribe Uribe causó decepción entre las fuerzas de Buendía. En cambio por esa misma época les dio nuevos bríos una comunicación del conservador Marceliano Vélez, en que anunciaba que desconocía el gobierno de los históricos, que él había ayudado a instalar con el golpe de Estado de julio de 1900 (Pérez 1904: 44).

inquebrantable determinación de preferir la muerte a la servidumbre” (33v). También se disculpa de que la carta

no va dirigida en sendos ejemplares a cada jefe que con heroico valor se halla empeñado en la lucha, sino a todos en conjunto, por temor de incurrir en omisiones y por creer que la aceptación o el rechazo de esta especie de iniciación de negociaciones de paz deberán hacerlas Ustedes después de tomar en consideración el parecer de todos los oficiales generales que tengan fuerzas organizadas de alguna importancia (31v).

Luego indica cuáles son las garantías que ha ofrecido el gobierno para quienes se acojan a los acuerdos de paz y al final muestra que se dirige a ellos de igual a igual, no como jefe que está imponiendo su opinión a todos los copartidarios: “Ruego a los jefes que lean esta carta abierta se dignen honrarme con una respuesta en cualquier sentido que sea, pues no es mi ánimo ni el de ninguno de mis compañeros en esta labor de paz, el de tratar de imponer a nadie mis ideas” (34).

A pesar de los manifiestos, como dijimos, la guerra continuó en Tolima, evidenciando el poco control que tenían los jefes del partido sobre sus copartidarios. En la correspondencia de Manrique se encuentra la respuesta de Max Carriazo, el combativo liberal, cuya correspondencia con Uribe Uribe citamos antes. Este rechazó completamente la propuesta:

Decididamente Doctor Manrique y compañeros; nosotros no tememos que el Partido no triunfe por medio de las armas, ni implorando el perdón de un Gobierno que hemos combatido y combatiremos mientras subsistan las causas que nos lanzaron al bárbaro camino de la guerra. Esta es nuestra opinión que Ustedes desean conocer (AGN, ACH, Juan E. Manrique, cj. 1, cr. 10, fs. 40-44, 18.04.1901).

La fragmentación del conflicto en el Tolima hizo complicada la tarea de ponerle fin a la guerra, dado que no hubo entre los liberales unas determinadas exigencias que correspondieran con una unidad de intereses. La falta de unos voceros reconocidos por todos los liberales impedía llegar a un acuerdo de paz con el gobierno con el que se comprometieran todos. Así se planteaba este problema en *La Opinión*:

¿con quién habrán de celebrarse los tales tratados? ¿Hay un solo jefe entre los revolucionarios cuya voz sea obedecida y acatada por todos ellos? [...] Pero queremos suponer (suposición que raya en el delirio) que todos los guerrilleros se reunieran en la capital para fijar las bases de la paz. ¿Lograrían ponerse de acuerdo? ¿Aceptaría el país reformas constitucionales dictadas por ellos? (20.09.1901: 1274).

En este dilema cayeron los intentos de acuerdos de paz en varias oportunidades. Desde la mirada local, el tratado de Wisconsin no marcó el fin de la guerra. Fueron más importantes los acuerdos, indultos y entregas que se firmaron a escala local. Pero también dado su carácter local, estos acuerdos fueron frecuentemente rotos por ambas partes. El

recurso a la violencia extrema, incluyendo los fusilamientos a líderes, fue en últimas el modo más usado para forzar el fin de la guerra.

En conclusión, al observar el desarrollo de la guerra encontraremos que muchos lideratos se formaron en medio de ella, de modo que la relación entre estos líderes y sus seguidores fue más bien circunstancial y en esa medida débil. Jefes militares como Ramón Marín, Ramón Chaves, José Joaquín Caicedo, no eran originarios ni vivían desde hacía mucho tiempo en el lugar donde comenzaron sus acciones bélicas, por lo que puede creerse que no tenían relaciones muy fuertes con sus seguidores que vinieran de tiempo atrás.

De otro lado, su condición de líderes normalmente no perduró en el tiempo. Por ejemplo el papel político de Ramón Marín después de la guerra fue secundario. Tulio Varón, por su parte, no sobrevivió a la guerra, pero la cierta notoriedad local que tenía no la heredó a sus hijos. Es posible que su fortuna ya estuviera en decadencia a finales de siglo, pero tras su muerte, grandes haciendas que poseía su familia desde mediados de siglo (“El Aceituno” y “Doima”) pasaron a otros dueños (Clavijo 1993a: 39, 45), mientras que su esposa e hijos llevaron una vida bastante modesta (Jaramillo 1987: 14, 115). También las familias de Ramón Chaves y Aristóbulo Ibáñez, como mencionamos antes, quedaron en una precaria situación.

Los perfiles de estos líderes y sus actuaciones indican que no había un Partido Liberal del Tolima integrado ni tampoco redes sólidas manejadas por caudillos regionales. La posición mantenida por Fernán González, que expusimos en la introducción (punto 1.1.) no corresponde con lo que muestran nuestras fuentes. González parte de la idea de que existían unas redes regionales dirigidas por gamonales con una clara inclinación partidista, con las que el Estado central en formación tenía que negociar constantemente. En el Tolima del final de siglo no existían redes regionales bien constituidas y aquellos que se perfilaron como líderes militares no actuaron como gamonales regionales. No se trataba de hacendados que pudieran arrastrar a sus arrendatarios o subalternos a la fuerza a la guerra. No gozaban de mayor ascendencia sobre la población, ni se diferenciaban mucho de sus seguidores. Si bien algunos gozaban de cierto reconocimiento local, o en ciertas ocasiones supralocal, hubo también muchos líderes de origen popular y desconocido, que ganaron su importancia durante la guerra por su capacidad de liderazgo.

Además, aunque algunos fueron entusiastas desde el principio de la guerra, otros fueron llevados a participar, porque la neutralidad no era una posición fácil de mantener. Pero ellos no se constituyeron en brazos del conflicto nacional, coordinados desde el centro por líderes políticos de reconocimiento nacional, ni fueron intermediarios entre centro y

periferia. Sus formas de actuar respondían a las dinámicas propias de las localidades, desde ellas planearon estrategias de corto plazo para subsistir. Estas podían incluir eventualmente la unión con otros grupos, pero estas uniones nunca dejaron de ser agregaciones de jefes que terminada la coyuntura volvían a “su” localidad con “sus” tropas, al terreno de los “conflictos segmentarios”. En ocasiones hubo comunicaciones con los jefes nacionales del partido e incluso recibieron auxilios de ellos, pero las tropas liberales del Tolima no dependieron ni económica ni militarmente del Directorio Liberal nacional.

El hecho de que la guerra en el Tolima hubiera sido calificada como un conflicto muy violento y en que se presentaron mayor número de combates que en otros departamentos²³⁵ pudo deberse a la multiplicidad de jefes que se congregaron allí. Emilio A. Escobar, gobernador del Tolima en 1899 y 1900 sostenía que “la guerra en el Tolima no ha sido hecha por sus laboriosos hijos, sino llevada y fomentada en su mayor parte por individuos de distintas procedencias” (*EOP* 31.03.1900: 455). El diferente origen de los jefes y los diversos intereses que cada uno defendía impidió conformar una sola fuerza, combatir juntos y llegar a acuerdos en común. Así, en nombre del Partido Liberal se llevaron a cabo numerosos combates, aunque de dimensiones pequeñas.

De otro lado, las actitudes de estos jefes también ponen en vilo la afirmación de que la política provincial, o al menos la del Tolima, estuviera caracterizada por un “violento exclusivismo político”, como sostiene Charles Bergquist, según mencionamos antes (Bergquist 1999: 153). Es normal encontrar exclusivismo violento *durante la guerra*, pero al comparar distintos momentos dentro de ella y los tiempos de paz, hemos observado también actitudes más moderadas y conciliadoras. Como lo anotamos en el apartado 2.2., al final de siglo tanto los notables tradicionales como los que habían ascendido recientemente, tendían hacia la diversificación de sus inversiones y la multiplicidad de sus actividades económicas. Esto podía facilitarse si se tenían buenas relaciones con la gente, independientemente del partido al que perteneciera. De hecho, como lo describe Hernán Clavijo (1993a: 155-228), hubo varias compañías en que liberales y conservadores aunaron capitales, por ejemplo productoras de aguardiente, como vimos antes. Los intereses comerciales, o también las amistades y las relaciones de parentesco obligaban a trascender las diferencias partidistas.

Al comienzo de la guerra es todavía posible ver esa relación más pragmática, menos ideologizada con el partido, por ejemplo se podía ser conservador, pero no apoyar al

²³⁵ Cf. por ejemplo *EOP* 06.02.1900: 274; 05.03.1900: 366; 22.03.1900: 422; 31.03.1900: 455.

gobierno conservador de turno. O bien, se podía ser liberal, sin participar directamente en la guerra que estaba llevando a cabo su partido. Muchos esperaron a ver cómo se desarrollaba el conflicto antes de decidirse a apoyar al partido. Era reciente el recuerdo del levantamiento liberal de 1895 que fue sofocado en menos de tres meses. También fueron comunes los pactos de no agresión entre partidos. Por ejemplo en Chaparral, que era una plaza tradicionalmente liberal, los notables locales no quisieron entrar en un principio a la guerra, porque habían hecho un pacto con el prefecto de la provincia (Pérez 1904: 108). La existencia de facciones moderadas permitía mantener este tipo de posiciones conciliadoras con respecto a los del partido contrario, sin tener que renunciar al propio partido. Esta neutralidad, claro está, era muy difícil de mantener al prolongarse la guerra, en tanto esta iba obligando a la gente a tomar una posición clara y llevaba a que se trazaran con más radicalidad las diferencias entre ambos partidos. Charles Bergquist describe la disyuntiva en que se encontraban los conservadores históricos a medida que el conflicto se fue alargando: “Los conservadores que se declaraban neutrales eran calificados de traidores por sus copartidarios en armas, y de enemigos por los liberales belicistas. Sus propiedades quedaban expuestas a expropiaciones, tanto por las fuerzas del gobierno como por las revolucionarias” (Bergquist 1999: 198).

Las actitudes descritas aquí muestran que también en provincia, la relación con la política era más práctica, no tan pasional como se la ha supuesto. La política allí podía ser igualmente objeto de negociación, era flexible y en este sentido no era tan distante de la práctica política de Bogotá. Al mismo tiempo, las ideologías eran ajustables a las circunstancias. Mucha gente podía manifestar preferencia por un partido, pero las actitudes hacia este eran cambiantes, no llevaban a actuar de manera ciega en su defensa. Esa flexibilidad con relación a la adscripción política, como observaremos a continuación, no se encuentra solo entre los jefes, sino también entre los combatientes rasos.

4.4.2. Las tropas

La guerra de los Mil Días fue un conflicto levantado por líderes del Partido Liberal de cierta figuración nacional que se sentían excluidos por parte del gobierno conservador. En el Tolima, como vimos, la respuesta a ese llamamiento fue en principio débil, exceptuando unas zonas determinadas con conflictos específicos. Fue solo con su desarrollo que más gente se fue viendo envuelta en el conflicto y fue tomando claramente partido. La guerra, pues, se impuso desde afuera, no nació de un descontento popular

contra el gobierno. Procesos conflictivos que estaba viviendo el Tolima en los años anteriores a la guerra, que a veces implicaban directamente a grupos populares, como la colonización de tierras baldías, nuevas legislaciones sobre los impuestos, el auge minero, cambios en el ordenamiento territorial, primacía de unas poblaciones sobre otras, no explican el surgimiento de la guerra, aunque indudablemente determinaron su desarrollo. Como lo analizamos en el tercer capítulo, no se observa en tales conflictos grupos que luego se alinearan en la guerra de parte de un determinado bando y quienes fueron dirigentes en la contienda no aparecen como protagonistas de esos conflictos. En el apartado anterior estudiamos las interacciones entre esa guerra de origen nacional y su desarrollo en el ámbito local enfocándonos principalmente en los líderes locales y supralocales. Nos dedicaremos en este apartado a analizar a los miembros de esos grupos en armas, quienes procedían generalmente de un nivel social bajo. ¿De qué manera fue vivida y asumida la guerra por esos individuos? ¿Cómo se transformaron los discursos nacionales en el ámbito local, por parte de la gente del común?

Los liberales de la guerra aparecen en los recuentos y memorias de partidarios como grupos rebeldes que se levantaron contra el gobierno, formaron guerrillas y sacrificaron sus vidas en una guerra en pro de sus convicciones. Estas guerrillas campesinas liberales podrían así interpretarse como una manifestación de la organización de campesinos en torno a unos intereses comunes (en este caso identificados con el Partido Liberal). El análisis de las fuentes sin embargo nos muestra que las acciones de estos grupos se llevaron a cabo menos por el deseo de defender a su partido que por el simple afán de subsistencia o para sacar provecho de las circunstancias especiales aparecidas en la guerra. Que grupos populares hayan participado en las guerras y hayan seguido a unos jefes no demuestra que estuvieran luchando por una “agenda” construida paulatinamente a partir de los conflictos anteriores a la guerra. Por eso, si bien la acción popular fue un aspecto determinante del desarrollo de la guerra, nos distanciamos de una interpretación que conceda un carácter organizado, revolucionario y político, en un sentido fuerte del término, a los grupos populares que actuaron en la guerra.

La principal fuente para este apartado la constituye un interesante grupo de documentos que por suerte se conservó en el Archivo Histórico de Ibagué y puede ser de mucho provecho para hacer un análisis sociológico y del funcionamiento de las tropas liberales tolimenses en la guerra de los Mil Días. Se trata de 279 interrogatorios hechos en la alcaldía de Ibagué a los “presos políticos” durante el año 1901 (entre el 20 de marzo y el

26 de diciembre).²³⁶ Los prisioneros eran hombres, y en menor medida mujeres, que habían sido capturados en combates en Tolima o de quienes se sabía o se sospechaba que habían pertenecido a tropas liberales. La mayoría llevaban poco tiempo confinados en Ibagué²³⁷, pero algunos incluso más de un año. No todos estaban en prisión, pero debían permanecer en Ibagué y presentarse un día a la semana ante el alcalde, lo cual debían asegurar por medio de un fiador.²³⁸

El interrogatorio consistía en preguntas sobre la identidad del preso y su participación en la guerra. Por ello todos los interrogatorios eran muy similares. Normalmente el interrogado respondía de manera evasiva. Por su parte, a los interrogadores tampoco parecía interesarles ir más allá de las preguntas básicas. No obstante, ya esta información básica nos ofrece datos interesantes sobre la identidad de los integrantes de las tropas liberales. Así mismo, en algunos casos las respuestas son más detalladas y podemos obtener de ellas mayor información sobre el desarrollo de la guerra, la conformación y funcionamiento de esas tropas, su actividad cotidiana y, en casos excepcionales, motivaciones y modos de ver la guerra de quienes participaron en ella. Es difícil dar crédito a todo lo que dicen estos interrogados. En algunos casos se pueden claramente comprobar las imprecisiones de un testimonio, porque otros interrogados narran el mismo episodio de diferente manera. Pero más allá de las inexactitudes y el ocultamiento de información, al menos podemos suponer que eso que declaraban los presos debía de estar dentro de los límites de lo que las autoridades pudieran creer. Además, encontramos coincidencias entre los relatos de aquellos que confesaron abiertamente su participación y los que trataban de negarla.

Evaluaremos primero la información básica que traen los interrogatorios. Posteriormente usaremos los detalles de los relatos más descriptivos. La mayoría de los

²³⁶ AHI, cj. 321. Citaremos estos documentos dando solo el número del folio donde se encuentran las declaraciones, en las más descriptivas indicaremos también el nombre del interrogado. Carlos Jaramillo (1991) también se valió de estos interrogatorios, en especial para describir la vida cotidiana de los guerrilleros liberales en la guerra de los Mil Días.

²³⁷ 29 días en promedio, calculados entre la fecha en que dijeron que habían sido apresados y la fecha en que les hicieron el interrogatorio. Muchos no daban una fecha precisa, sino un cálculo aproximativo del tiempo que llevaban confinados.

²³⁸ Se encuentra por ejemplo una lista de presos que salieron de la prisión bajo fianza en octubre y noviembre de 1901 y constancias firmadas del compromiso adquirido en AHI, cj. 321, fs. 376-425. Cf. también AHI, cj. 320, fs. 378-388; cj. 340, fs. 218-221v. Al contrario de lo que podría pensarse, las autoridades evitaban tener prisioneros de guerra en la cárcel. Por ejemplo en abril de 1902 llegó a la alcaldía de Ibagué una orden del Estado Mayor de poner presos a todos los liberales, aun los que habían dado fianza, pues al parecer había alarma por una posible toma a Ibagué. El prefecto del Norte se opuso a esa orden: “Como la prisión general de los liberales es un pereque grandísimo para mi oficina por la aglomeración constante de todos los deudos que vienen a interesarse por ellos, hay necesidad de ver cómo nos aliviarnos de tanta exigencia.” Así, ordenaba al alcalde solo dejar presos “a los de carácter turbulento y malos precedentes” (AHI, cj. 341, fs. 394, 398).

acusados dijeron ser agricultores (139 de los 267 que respondieron a la pregunta por el oficio, es decir el 52%). A estos se puede sumar también los que dijeron ser agricultores y jornaleros (9) y otros que dijeron ejercer además de la agricultura actividades paralelas como comercio, minería, artesanía, ganadería o aserrío (14). Así, más del 60% de la muestra ejercía la agricultura como actividad económica. Pero el término “agricultor” es muy vago. No indica siempre un nivel económico bajo. Por ejemplo, entre los productores de aguardiente de los que hablamos en el numeral 3.2, varios se decían agricultores. Del mismo modo, en la muestra hay un grupo numeroso de los que se denominaron solo agricultores que sabían firmar (33, es decir 23%). El oficio de jornalero, que es el segundo más representado en la muestra (29), lo practicaba gente de origen claramente más humilde: ninguno de ellos sabía firmar. Tampoco firmó su declaración ninguno de los que se dijeron agricultores y jornaleros.

La actividad que sigue en número de casos son los comerciantes o negociantes (26: 9,7%) y muy cerca los artesanos (24: 8,9%): carpinteros, zapateros, talabarteros, albañiles (contamos aquí también a los que mencionamos arriba que dijeron realizar actividades paralelas a la agricultura). Del grupo de los comerciantes, 4 no saben firmar, entre ellos dos mujeres. De los artesanos 4 no firman.

Del ramo de la ganadería la participación es poca (10: 6 vaqueros, 2 carniceros, 1 “matancero” y 1 chalán) teniendo en cuenta que era una de las principales actividades agrícolas de la zona llana del departamento. Esto puede mostrar que se necesitaban pocos brazos en este oficio o que la gente no asumía la ganadería como su actividad principal, aunque pudieran hacer eventualmente labores de este tipo. Los mineros también están poco representados en la muestra (solo 7 dijeron ser mineros y de ellos 4 combinando con agricultura o ganadería), a pesar de la importancia de esta actividad en el Tolima, y en especial en la zona de Ibagué. Puede esto deberse de nuevo al hecho de que la gente se viera en primer lugar como agricultor, a pesar de que en ocasiones ejerciera otros oficios. Otras ocupaciones mencionadas son: aserradores (4), arregladores de cigarrillos (2), estudiantes (2), músicos (2), un aprendiz de dentistería, un médico, un hacendado. Las mujeres interrogadas fueron 9. De ellas 4 se desempeñaban en oficios domésticos (también 5 hombres dijeron desempeñarse de esa manera). Hubo dos mujeres a quienes no se les preguntó su ocupación, otras dos dijeron ser comerciantes y una dijo que trabajaba en lo que se le presentara.

El dato del oficio revela un origen pobre de la mayoría de los enrolados en las tropas liberales. No obstante, aquellos que ejercían ocupaciones que indican un nivel económico

más alto como los comerciantes, los estudiantes, el médico, el aprendiz de dentista, el hacendado, constituyen poco más del 10% de la muestra. Es también relativamente alto el promedio de los que firmaron su declaración: un 36%.

Del dato de la edad obtenemos que el promedio de los interrogados era de 27 años. En el rango entre 20 y 30 se ubica la gran mayoría (45,3%). 21,1% eran menores de edad (menores de 19 años). Hay en la muestra dos niños de 11 años. El preso mayor tenía 67.

El dato del lugar de nacimiento y lugar de vecindad resulta también interesante: de los 266 interrogatorios en los que están ambos datos, en un alto porcentaje (38%) los datos son distintos, lo que muestra que un grueso grupo había cambiado de lugar de vecindad durante su vida. De ellos más del 30% se había trasladado a otro departamento. El resto hicieron desplazamientos dentro del departamento. Los departamentos de donde más llegó gente a avecindarse al Tolima fueron Antioquia, Cauca y Cundinamarca. Tratamos de establecer también desplazamientos recientes de las personas comparando el lugar de vecindad con el lugar de apresamiento, o bien, mirando en las descripciones que algunos hicieron sobre sus actividades y desplazamientos durante la guerra. Tenemos esta información en 244 interrogatorios. De ellos 36% se desplazaron durante la guerra a regiones distintas o incluso por fuera de sus departamentos.

Estos datos iniciales nos ofrecen una idea general sobre la identidad de quienes participaron en la guerra del lado liberal en el Tolima: mayoritariamente jóvenes de origen pobre, pero no necesariamente iletrados, ni encerrados en el pequeño mundo de su aldea, sino con una cierta capacidad de movilidad y contacto con localidades diferentes a donde estaban avecindados.²³⁹ En gran medida, además, eran jornaleros, lo que si bien indica una situación económica precaria, también implica lazos menos permanentes con un determinado patrón.

Las pocas mujeres de la muestra indican, más que su ausencia en las tropas, una política condescendiente hacia ellas que las salvaba de la prisión. En realidad, como describe Carlos Jaramillo, las mujeres fueron parte permanente de las tropas, encargadas principalmente de la comida y los cuidados de los combatientes, así como de la transmisión de mensajes y el transporte de elementos de guerra (Jaramillo 1991: 60-74).

²³⁹ Estas observaciones confirman una crítica que hacía Malcolm Deas ya hace varios años a una imagen extendida de los campesinos del siglo XIX en Colombia como arraigados “a su tierrita, consumiendo sus monótonos días en la dura labor de su parcela”. Deas señala otras actividades que los campesinos solían ejercer: “desde los que van al mercado local hasta los que van a ferias menos locales, los reclutados, los que entran en las migraciones del tabaco, de la quina, del café, los colonizadores, los zapateros [zapadores?] de caminos, la gente de las riberas del Cauca y del Magdalena, bogas, guaqueros” (Deas 1993c: 187). Cf. también Jiménez 1996.

De las mujeres de la muestra, dos fueron apresadas con sus parejas después de algún combate, mientras las otras fueron confinadas en prisión porque se sospechaba que habían servido de postas.

Teniendo en cuenta ese perfil de los miembros de las tropas, miremos ahora el tema de su compromiso partidista. En estos interrogatorios son pocos los declarantes que afirman haber entrado voluntariamente a la guerrilla. La mayoría dicen haber estado solo temporalmente en ellas y haber desertado en varias ocasiones. Estas respuestas deben mirarse con cautela. Es de esperarse que esos combatientes minimizaran su acción frente a las autoridades que los iban a condenar.²⁴⁰ El Código Penal de 1890 estipulaba un castigo de ocho a diez años de presidio para los que promovieran o dirigieran rebeliones, de seis a ocho para los que tomaran parte con mando militar y de cuatro a seis para los que hubieran sido solo soldados (artículo 170). Más aun, no estaban sujetos a pena aquellos que hubieran sido reclutados (artículo 171). Estas perspectivas influenciaron de manera obvia las respuestas: de los 268 que respondieron la pregunta “¿Ha estado usted al servicio de la revolución?”, 208 (78%) negaron haber entrado o dijeron que fueron obligados a ello. Ahora bien, resulta interesante observar el perfil de los 60 restantes: 42 (70%) sabían firmar. 36 (60%) realizaban oficios que, podemos imaginar, hacían personas de buena condición económica como comerciantes, artesanos, uno de los estudiantes, el médico, el hacendado. Los otros dijeron ser agricultores y solo dos se desempeñaban en oficios domésticos. Ningún jornalero, en cambio, dijo haber entrado voluntariamente. Hay otro detalle que es importante. En la muestra total hay cinco vecinos de Bogotá; de ellos todos, excepto una mujer que fue apresada con su esposo, dijeron haber entrado voluntariamente. Muy diferente es el perfil de los que dijeron haber sido obligados a entrar a la guerra. Solo 56 (27%) sabían firmar y solo 20 tenían los oficios que arriba clasificamos como de un nivel social más alto (comerciantes, artesanos y un estudiante). El resto eran agricultores, jornaleros, vaqueros, mineros, carniceros, dedicados a oficios domésticos. Estos datos apuntan a mostrar que aquellos más comprometidos con el partido eran personas de un nivel social y económico mayor, que, podemos pensar, tenían una concepción más clara sobre la ideología del Partido Liberal y su diferencia con respecto al Partido Conservador. Aquí se observa de nuevo que personas de nivel social comparativamente alto podían estar

²⁴⁰ Esta es una actitud común entre los actores que participan en un proceso judicial y por tanto un problema en general de las fuentes judiciales: “All participants, defendants, plaintiffs, and witnesses had an incentive to testify in a way that maximize the extraction of favorable outcomes. The testimony of the defendants is often exculpatory and mendacious, misrepresenting motivations, deemphasizing commitment to political causes, repenting, and so on” (Kalyvas 2006: 394).

más dispuestas a usar la violencia y, cuando se trataba de enfrentar a los del partido contrario, ello estaba acompañado de un sentimiento de orgullo, propio de un ideal de caballeridad extendido en la época. Si bien no se actuaba siguiendo solo esos móviles partidistas, como hemos querido mostrar en el apartado anterior, los sentimientos partidistas eran argumentos válidos para justificar y dignificar las acciones violentas.

En los interrogatorios también se encuentran referencias específicas a la adscripción partidista. Además de la pregunta sobre el ingreso voluntario o no a las tropas liberales, a veces se inquiría sobre la preferencia partidista, con preguntas como: ¿Qué opinión tiene usted? ¿Es usted liberal o conservador? ¿Es usted amigo o enemigo del gobierno? También en este caso había muchos que decían no tener preferencia o que manifestaban pertenecer al Partido Conservador o estar dispuestos a servirle a este, posiblemente como una estrategia para no tener problemas con las autoridades de las que dependía la prolongación de su arresto. Pero varios expresaron claramente su pertenencia a un partido. Algunos explicaban que eran liberales “desde la cuna” (f. 496), o porque la familia era liberal. Un conservador dijo que tenía “la opinión de la gente del Guamo” (f. 684).

Ahora bien, esa adscripción, aunque para muchos podía estar clara, e incluso constituir parte de su identidad, no significaba estar de acuerdo con todos los principios del partido. Por el contrario, hay varias respuestas que dejan observar formas variadas de relacionarse con el partido. Varios respondieron por ejemplo que eran liberales, pero no enemigos del gobierno, es decir, procuraban salirse de la dicotomía en la que querían encerrarlos las autoridades y también los jefes liberales, planteando una posición perfectamente plausible según la cual tenían una adscripción, pero con ella no se sentían obligados a ser partícipes de la violencia propia de la guerra. En ese mismo sentido apuntaban aquellos que respondieron: “liberal pero enemigo de la guerra” (f. 501) (o “liberal pero enemigo de la revolución”, f. 432). O el que dijo: “aun cuando he sido liberal no me meto en nada porque ya no me conviene” (f. 563). Otro matizó su adscripción en un sentido diferente al responder: “soy liberal pero me gusta el gobierno porque es religioso” (f. 443v). Esta respuesta es interesante porque también manifiesta una interpretación personal del partido, no la que promocionaban los periódicos. Mientras estos subrayaban las diferencias que separaban a los partidos, las personas podían distinguir qué compartían y qué rechazaban de cada uno. Otro también expresaba su preocupación por el tema de la religión, respondiendo a la pregunta de si era liberal o conservador: “Yo no soy nada, señor, pero mas bien quiero servirle al Gobierno, pues como estuve con la revolucion reclutado, vi cosas que no me gustaron, como que no querían los curas” (f. 590v). Este no

se planteaba el problema en términos de adscripción a un partido. Simplemente, en el momento de la guerra, si tenía que servir a uno de los dos bandos, escogería uno, porque “lo que vio” en las acciones del otro (no su ideología) chocaban con su moral.

Varios dijeron que eran liberales pero en la guerra, o en otras guerras, habían estado al servicio del Partido Conservador. Es decir, podían tener clara su adscripción y no obstante, verse obligados a obedecer también al otro partido. Pero esta situación se encuentra principalmente en los muchos que dijeron no tener adscripción, “no opinar”, en tanto debían concentrarse en su subsistencia: “no tengo más opinión que trabajar” (f. 620); “No tengo ninguna opinión, tengo la dicha de no haberle servido a ningún partido, he vivido de mi trabajo y nada más” (f. 625v). Una mujer respondió: “no tengo política, soy amiga del trabajo” (f. 597). Otro al que le preguntaron “¿Qué opinión tiene usted?” respondió de manera categórica: “Ninguna, porque opinión no da qué comer” (f. 681).

Así, tanto si se tenía una preferencia partidista clara, como si no se tenía “opinión”, las circunstancias propias de la guerra obligaban a tomar parte en ella en uno de los dos bandos, e incluso algunas veces en ambos (por ejemplo Fructuoso Santos, fs. 271v y ss; Abel Buenaventura, fs. 483-484v). Esta respuesta de una mujer es muy interesante: “No tengo opinión ninguna porque en ambos partidos tengo miembros de familia” (f. 607v). Es posible que en efecto no tuviera ninguna adscripción política, pero hubiera colaborado con unos y otros para proteger a sus familiares.

Estas respuestas nos alejan del supuesto de que la identidad partidista de los combatientes y su compromiso con el partido habrían determinado su incorporación a la guerra. Eran más bien las circunstancias generadas por la misma guerra las que hacían que las personas se enrolaran en ella. Esto incluso aunque se tuviera una preferencia partidista clara.

El historiador italiano Gabriele Ranzato indica que la lógica de la guerra civil hace que esta sea una guerra total, en el sentido de que no reconoce no-beligerantes, o neutrales, en tanto los neutrales son solo beligerantes en potencia, que ayudarán al bando que los requiera con tal de salvar su vida. “Non è raro quindi che la guerra civile si combatta in un ambiente nemico a entrambe le parti avversarie, che, privo di altri strumenti, si difende da entrambe con l’arma dei deboli, il tradimento e il doppio gioco” (Ranzato 1994: L). Las narraciones sobre la guerra mencionan constantemente cómo poblaciones que en algún momento colaboraron con unos, en otro momento de la guerra pasaron a colaborar con los

contrarios.²⁴¹ Esta colaboración de los “neutrales” no exige identidad con la causa ni una entrega total a la guerra. Muchos de los interrogados, al preguntárseles si habían estado al servicio de la revolución respondían que solo habían realizado comisiones, como servir de baquiano, de posta o de centinela, recoger leña, producir víveres para los liberales, vender lo producido o lo robado. Las mujeres igualmente colaboraban, especialmente como postas, haciendo de comer y vendiendo en los mercados. “Pertener” a una guerrilla muchas veces se reducía a colaborar en la subsistencia clandestina de unos jefes. Tales servicios podían igualmente hacerse a favor de los ejércitos del gobierno, cuando estos lo exigían. Encontramos por ejemplo en las comunicaciones entre el prefecto del Norte y el alcalde de Ibagué en 1902, varias cartas en que se exigía tomar de quien lo tuviera alimentos, tela, caballos o medicamentos para proveer alguna tropa. Se debía dar recibo solo a los que se mostraran “afectos” al gobierno (AHI, cj. 341, fs. 304, 306, 383, 387, 428).²⁴² Es de suponer que a quien se obligara a dar esas provisiones diría ser afecto del gobierno, independientemente de su eventual inclinación política o sus verdaderos sentimientos frente al gobierno.

Por eso es difícil calificar esas acciones, que eran las acciones más comunes de la mayoría de la población campesina durante la guerra, como resultado de convicciones políticas. La guerra no era un mero asunto de “opinión”. Personas que tenían una clara pertenencia partidista podían haber luchado en uno u otro bando, según la fuerza que los hubiera reclutado. Además, así como había algunos con total disposición para la guerra, que incluso se habían movilizado en un comienzo a los lugares donde se estaban formando grupos armados, muchos preferían huir de los reclutamientos, incluso los de su mismo partido. Aun cuando se tenía alguna preferencia partidista, ello no significaba enrolarse con entusiasmo en sus ejércitos, o ver a los miembros del partido contrario como enemigos.

Al estudiar la guerra de los Mil Días en el Tolima esperábamos encontrar adscripciones políticas muy claras en todos los niveles de la sociedad, un alto grado de intolerancia contra los del partido contrario y un compromiso tal con el partido propio que

²⁴¹ Así por ejemplo liberales se quejaban de que en 1901 ya Natagaima no era una población amiga: “Ningunos, o muy pocos, fueron los datos que, respecto al enemigo o fuerzas liberales, pudieron obtener en la simpática y antes decididamente revolucionaria población, ya contagiada de indiferencia” (Pérez 1904: 44). Por su parte el jefe gobiernista de la plaza de Honda a finales de 1901 decía que en el último ataque de las fuerzas de Marín a Honda los pobladores no habían colaborado con los atacantes como en otras ocasiones: “en esta vez no ha habido los desórdenes acostumbrados causados por contrarios. Honda hoy no es la población antigua indolente”. E incluso agradece a los pobladores: “he sido objeto de consideración y ovaciones que no merezco” (LO 12.12.1901: 1554).

²⁴² Desde el comienzo de la guerra el gobierno practicó esas expropiaciones, pero entonces ordenaba que tanto a amigos como a enemigos se les expidiera recibo. Cf. por ejemplo comunicado del gobernador del Tolima al alcalde de Ibagué el 2 de noviembre de 1899 en AHI, cj. 307, fs.155-155v.

llevara a las personas a dejar su trabajo, su familia, su vecindario y poner en peligro su propia vida por la causa de este, visión que ha sido sostenida por la historiografía colombiana comúnmente, como hemos mostrado. Citemos de nuevo aquí a Fernán González: desde mediados del siglo XIX se fueron creando “dos especies de subculturas políticas contrapuestas, dos comunidades de *sentimiento* y de sentido, que se contraponen y excluyen mutuamente” (1989a: 8). O Fabio Zambrano: “Los miembros de los dos partidos comenzaron a verse como dos pueblos contrapuestos que no podían pertenecer a la misma patria” (1993: 130). Tal idea sirve de base a interpretaciones que hemos citado como la de Bergquist, la de Henderson, o más recientemente las de Hermes Tovar y Aída Martínez. Por eso nuestro estudio partió también de la idea de que en el Tolima, que fue uno de los departamentos en los que se registraron más muertos durante la época de la Violencia, y donde nacieron importantes movimientos armados populares como el de Quintín Lame en la segunda década del siglo XX o las FARC en los años 60, existía una fuerte polarización partidista desde antes de la guerra de los Mil Días.²⁴³ Pero como lo venimos indicando, tanto entre las notabilidades locales como entre la gente de nivel social más bajo, aprestarse a tomar las armas por un mero fervor partidista no fue la forma más frecuente de actuar, aunque es la más documentada debido a que las memorias y la narración histórica resaltan esas vidas que se salen de lo común. Los conflictos que describimos en el tercer capítulo, las formas de acción de los notables en la guerra y la información obtenida en los interrogatorios que hemos citado en este apartado obligan a cambiar la concepción acerca de la radicalidad de la adscripción política en los pueblos y la idea de que existía un claro límite entre amigos y enemigos marcado por la pertenencia a un partido político.

4.4.3. Recorridos de los combatientes

En las relaciones de las campañas compiladas por José Manuel Pérez (1904), o las que escribieron otros combatientes (Muñoz 1903, Arbeláez 1936, Latorre 1938), así como

²⁴³ Revisamos en el Archivo Judicial del Tolima procesos por violencia cotidiana que se presentaron en los años inmediatamente anteriores a la guerra, desde irrespeto verbal, pasando por riñas y maltrato, hasta homicidios. En ese cuerpo de documentos se encuentran litigios de cierto grado de complicación que llegaron hasta el Juzgado Superior del Circuito de Ibagué, que abarcaba las Provincias de Centro y Norte. Esperábamos que una animosidad partidista estuviera presente en esos conflictos y que podrían trazarse vínculos directos entre estos y la guerra. Pero, para nuestra sorpresa, en ninguno de los procesos judiciales se mencionan razones partidistas como motivos de las discusiones. Así, tampoco esta fuente muestra que los partidos marcaran una división fundamental en la sociedad. Se debe advertir que la documentación del Archivo Judicial es muy fragmentaria (los documentos se encuentran en un depósito en el Palacio de Justicia de Ibagué; agradecemos al profesor Hernán Clavijo, quien medió para que nos permitieran el acceso al archivo).

en el estudio de Gonzalo París Lozano sobre Tulio Varón (1984), hechas para glorificar la acción de los liberales de provincia, el hilo de las narraciones lo constituyen los diferentes enfrentamientos entre las fuerzas y cómo los jefes liberales preparaban su estrategia para ellos. La guerra aparece así como una cadena de combates planeados. Una imagen distinta transmiten las descripciones hechas por los participantes rasos de esas fuerzas. En ellas se observa el desorden y falta de coordinación de las campañas, la constante desintegración de las fuerzas, la poca disponibilidad de la gente para enrolarse en la guerra. En general se ven otros problemas que se presentaron en las fuerzas liberales más allá de sus enfrentamientos con los conservadores.

Los recorridos de los combatientes podían ser muy variados. Este relato de José de los Santos Durán (fs. 674 y ss), menor de edad, vecino de Ibagué, no es excepcional: Santos estaba en Salento (Quindío) trabajando en una finca cuando fue reclutado por una guerrilla a órdenes de Pedro Naranjo. Con este estuvo desplazándose por un tiempo entre Salento y Calarcá. Luego Naranjo le entregó su gente a otro jefe, Antonio Gallego. Durán prefirió desertar y desplazarse hacia Circasia (Quindío). Ahí fue reclutado por otro jefe, Manuel Mora. Con este se movieron primero por Quindío y luego se desplazaron a Anaime a unirse con las fuerzas de Ramón Chaves. Allí les fue asignada la región de Ibagué Viejo. En combate con los conservadores, Mora cayó muerto y su fuerza se desplazó hasta una zona cercana a Anaime, llamada La Siberia, donde fue apresado Durán.

Una vida aun más atropellada había llevado Ambrosio Díaz (fs. 480v y ss), de 28 años, natural de la Aldea de María (límite entre Antioquia y Cauca), vecino de Anaime y aserrador de oficio. Según su relato, cuando comenzó la guerra estaba preso, sindicado por el delito de hurto. De allí logró escaparse y se dirigió a La Sierra, donde Vicente Carrera había formado sus fuerzas. Con ellos se dirigió a San Luis donde lo hicieron incorporar a la fuerza de otro jefe, el coronel Sanmartín. Estos fueron derrotados por los conservadores. Díaz escapó y estuvo por un tiempo trabajando en Anaime hasta que pasó Aristóbulo Ibáñez y reorganizó las fuerzas de Anaime dejando a un coronel Bermúdez al cargo. Bermúdez hizo incorporar de nuevo a Díaz. Luego llegó a Anaime una guerrilla de Pereira comandada por Pedro Ríos, que terminó por tomar el control de Anaime después de pelear con Bermúdez. Díaz no quiso colaborar con el nuevo jefe y se retiró al poblado de Las Delicias. Pero los jefes que llegaron después a Anaime, el general Marulanda y el coronel Juan Crisóstomo Sánchez, lo nombraron comisario. Posteriormente tomó el control Clodomiro Castillo, a cuyas fuerzas Díaz no quiso incorporarse, escapando para Chaparral en busca de Ibáñez. Sin embargo Castillo lo cogió y lo mandó a castigar con un azote de

400 palos. De nuevo en Anaime hubo cambio de jefe cuando llegó Ramón Chaves. Díaz tampoco quiso unirse a Chaves, pero este lo logró apresarse después de dos meses en que estuvo huyendo. Fue entonces puesto al mando de un mayor Trujillo, pero Díaz también logró fugársele a ese jefe, desplazándose al Quindío. Allí fue finalmente apresado por fuerzas conservadoras y traído a Ibagué.

Otro de los declarantes que estuvo en constante movimiento fue Manuel Vicente Muñoz (fs. 680 y ss), 34 años, natural y vecino de La Mesa (Cundinamarca), agricultor y sombrerero. Este se encontraba en Melgar negociando con arroz cuando comenzó la guerra. Por allí pasó Teodoro Pedroza y lo reclutó. De ahí se dirigieron a Dolores, en donde se unieron a las fuerzas de Ibáñez. Con esa fuerza combatieron en Ilarco, donde él resultó herido y debió permanecer en Natagaima por cinco meses. Cuando se recuperó viajó a Piedras a trabajar. Luego trabajó en Venadillo un tiempo. Tenía intención de trasladarse a Cundinamarca pero en Paquiló (sobre el Magdalena) fue aprehendido por los conservadores.

Varios otros también refieren cómo alternaban entre el trabajo, la recuperación de las enfermedades y la guerra. Joaquín Clavijo (fs. 565 y ss) (22 años, natural y vecino de Ibagué y talabartero) tomó armas al mando de Ramón Marín en Ambalema en abril de 1900. Con este permaneció unos meses. Luego estuvo a órdenes de Ramón Chaves. Se salió de dicha fuerza porque quedó enfermo y después se puso a trabajar en una hacienda cerca a Ambalema. Domingo Guzmán (fs. 543v y ss), natural de Ibagué, de 23 años, negociante, tomó armas desde el comienzo de la guerra haciendo parte primero de las tropas de un comandante Henao y luego de las de Ramón Marín. Después de participar en algunos combates se salió de la fuerza y se fue a trabajar a su finca. Al momento de ser apresado se encontraba “arrancando unas papas” en una hacienda en jurisdicción de Las Delicias (cerca al Líbano).

Se pueden citar varios otros relatos que narran vivencias parecidas durante la guerra²⁴⁴: si bien al comienzo muchos podían tener una actitud decidida de unirse a un jefe, e incluso de desplazarse con él, muy pronto, cuando empezaban las derrotas, los grupos se desintegraban y la gente buscaba otras actividades económicas para sobrevivir, a veces retornando a su sitio de vecindad, otras veces en el lugar en el que se encontrarán. Pero podía aparecer posteriormente otro jefe reclutando, en ocasiones incluso conservadores. Con ellos permanecían otro tiempo hasta que hubiera una nueva derrota o algún modo de

²⁴⁴ Entre ellos Ester Ortiz, fs. 429v y ss; Diocleciano Buitrago, fs. 630v y ss; Polo Adrián Ruiz, fs. 344v y ss.

desertar. O bien, eran dados de baja porque se enfermaban o eran heridos. También era común que los propios jefes desintegraran sus tropas porque no las podían sostener. Así, en el tiempo entre combates las tropas no permanecían normalmente unidas, o máximo por unos meses. Aun los más entusiasmados entraban y salían constantemente de las tropas, combinando la vida en armas con el trabajo.

Algunos relatos también evidencian que muchos reclutamientos se hacían solo ante la inminencia de combates. Para estos se usaban los mismos medios coercitivos que usaba el gobierno y se reclutaba simplemente a quienes se encontraran disponibles. Se observa bien esto en las declaraciones de varios combatientes que fueron apresados por los gobiernistas después de un triunfo sobre los liberales en Purificación en julio de 1901. Buenaventura Devia (fs. 304v y ss), por ejemplo, fue el domingo al mercado de Chaparral a vender víveres de la finca en la que trabajaba y allí fue reclutado por fuerzas liberales. El combate se llevó a cabo el viernes siguiente. Corrieron con la misma suerte Nicolás Arce (fs. 301v y ss) y Marcelino Barrero (fs. 311 y ss), quienes habitaban en Chaparral, José María Capera (fs. 305v y ss), quien llegó a esa población días antes, Pedro Ospina (fs. 351v y ss) y Fernando Oviedo (fs. 352v y ss), que estaban trabajando en haciendas cercanas a Chaparral, Bautista Lucuara (fs. 353 y ss), que vivía en el Guamo, y Felipe Sánchez (fs. 307 y ss), que vivía en Purificación. Todos ellos fueron arrastrados para el combate. Algunos ni siquiera recibieron armas o les dieron armas y municiones dañadas.²⁴⁵

Por medio de estos testimonios de combatientes rasos observamos aspectos de las campañas liberales en Tolima que las memorias buscan ocultar: los jefes huían de los enfrentamientos, solo peleaban cuando no había más alternativa, y estas luchas no podían ser muy bien planeadas, en tanto muchos de los combatientes habían sido recientemente reclutados, además de que la mayoría carecía de armas. Los jefes estaban en movimiento permanente, buscando la organización de sus fuerzas según las necesidades de cada momento, pero también descomponiéndose constantemente. De otro lado, también observamos la variedad de acciones que se generaban en la guerra: esta no se reducía a los combates entre los dos bandos. Por ejemplo el citado Ambrosio Díaz, quien había entrado desde el comienzo a la guerra y había participado en diferentes fuerzas, decía que hasta 1901 solo había estado en un combate en San Luis, uno en Anaime, “y otros tiroteos allí mismo pero de ninguna importancia” (f. 482v). Más cotidianos eran los conflictos entre

²⁴⁵ Para el ataque a Ibagué, el 8 y 9 de junio de 1900, los liberales también cooptaron a los hombres que estuvieran disponibles, sin distinción de preferencia política. Cf. AHI, cj. 337, fs. 247-254.

jefes, las dificultades para organizar y mantener las tropas y para establecer el control sobre los territorios y la gente. No es pues posible concebir a los miembros de los ejércitos liberales como personas dedicadas a la guerra. Era probablemente más tiempo el dedicado a buscar trabajo, a huir de los reclutamientos, a asegurar la existencia propia y la de la familia, y también a sacar provecho de las condiciones *sui generis* que traía la guerra.

4.4.4. Localidades con dominio liberal

Ya hemos dicho que a finales del siglo XIX no había en el Tolima unas élites que claramente tuvieran preponderancia dentro del departamento y fueran vistos como legítimos detentores del poder. La organización política que había proyectado el gobierno regenerador, a la cabeza de Manuel Casabianca en el Tolima, sufría una constante oposición por parte de diferentes sectores, por ejemplo hacendados y comerciantes productores de aguardiente, o grupos de poder en Neiva. Pero la debilidad del poder del gobierno se manifestó con toda claridad en la guerra. De un lado la dificultad de reclutar hombres indicaba que el poder del Estado no era visto como un poder legítimo. No tenía ningún sentido exigir a los pobladores la defensa del Estado, si estos no gozaban de derechos que les otorgara ese Estado. Eran pocos en esa sociedad los que podían llamarse, en sentido estricto, ciudadanos. Además de eso, la debilidad se manifestaba en el hecho de que varios grupos pudieron organizarse con relativa facilidad y ejercer un contrapoder fuerte contra el Estado. A pesar de lo interrumpidas que fueron las campañas de liberales en el Tolima, como acabamos de mostrar, hubo algunas zonas en que estos lograron tener un control más permanente. En esos territorios podían esconderse, se reorganizaban después de las derrotas, ejercían actividades agrícolas y comerciaban con esos productos. Tener esas zonas bajo su control permitió a los liberales en armas no estar obligados a acceder a acuerdos de paz propuestos por el gobierno, que aducía que las fuerzas liberales estaban derrotadas y debían entregar las armas. Los liberales podían no estar en capacidad de conquistar el poder central, pero tenían un importante dominio local. Estas organizaciones locales del poder son por lo demás frecuentes en sociedades donde el poder central es débil. El sociólogo mexicano Fernando Escalante lo expresa así: “el problema no es que, sin el Estado, los hombres no pudieran vivir en comunidad; al contrario, el problema es que de inmediato lo harían. Y la comunidad sin el Estado no solo organiza la cooperación; también produce normas, valores, castigos, formas de vigilancia y exclusión,

tabúes y vínculos de solidaridad”.²⁴⁶ James Scott por su parte también se refiere a esas organizaciones a nivel subnacional que surgen en los momentos de crisis de un Estado, por ejemplo durante una revolución. Él las ve como una especie de interregno: “State-centric descriptions of this period typically emphasize its anarchy, chaos, and insecurity. For many citizens and communities, however, it may represent a remarkable period without taxes and state surveillance, a period when perceived injustices can be reversed, in short, a respite of autonomy” (Scott 1994: IX). Como indicamos antes (4.1.1.), también Kalyvas y Ranzato enfatizan en el aspecto de que los insurgentes buscan fundar “contra-Estados” o Estados paralelos al Estado central en los territorios que controlan y esta es la característica que diferencia las guerras civiles de otros movimientos sociales. Según Kalyvas, “Insurgents engage in statelike activities: they collect taxes, organize policing, administer justice, and conscript fighters. In short, they enjoy a local monopoly on violence, which they use to punish their enemies and sanction noncompliance” (219). En nuestro caso encontramos también que, en ciertas zonas, los insurgentes liberales del Tolima ejercieron actividades parecidas, tratando de hacer funcionar equilibrios de poder alternativos. Según hemos anotado, los intentos de los insurrectos tolimenses de formar un ejército unificado que luchara en pro de un triunfo nacional del partido entero fracasaron rápidamente. Pero estos siguieron en armas y lograron mantener efectivas organizaciones de poder local por fuera del Estado. No obstante es difícil afirmar que con esa organización local del poder buscaban ellos fines trascendentes como el triunfo del partido a nivel nacional o la fundación de un nuevo Estado. Miraremos lo sucedido en Anaime, Frías y Doima, de donde contamos con más información.

*Anaime*²⁴⁷

En el apartado que dedicamos a Anaime (3.3.1), observamos que esta era una zona que se había desarrollado mucho económicamente en las últimas décadas del siglo de

²⁴⁶ “Los límites del optimismo: un argumento liberal a favor del Estado”. En: Estudios Sociológicos de El Colegio de México, 1993, XI, 32, p. 414. Citado en González/Bolívar/Vásquez 2003: 305.

²⁴⁷ De nuevo para el funcionamiento cotidiano de los grupos armados liberales, en especial los de Anaime y Doima, resultan de mucha utilidad los interrogatorios que hemos venido citando. Para Anaime citaremos las declaraciones de Ambrosio Díaz, (fs. 480v-483); Crisanto Fernández, agricultor, 40 años, natural de Salento y vecino de Ibagué (fs. 599v-601); Diocleciano Buitrago, minero y agricultor, 23 años, natural de Salento, vecino de Anaime (fs. 630v-632); Lorenzo Varón, agricultor, natural y vecino de Ibagué, 16 años (fs. 636v-640); José de los Santos Durán, menor de edad, agricultor, vecino de Ibagué (fs. 674-678) (Durán utiliza varias palabras del lenguaje coloquial que aparecen subrayadas en el documento, nosotros las marcamos en cursiva) y José María Prado, 24 años, vecino de Anaime, negociante (no estaba preso, fue llamado solo a hacer declaración juramentada) (fs. 678-680). Citaremos estos documentos dando el apellido del declarante y el folio.

manera independiente a Ibagué, a pesar de que pertenecía jurídicamente a esa ciudad. Desde la perspectiva de los conflictos segmentarios, podría entenderse el apoyo prestado por varios hacendados a los liberales al inicio de la guerra como una manera de defender la autonomía alcanzada por su región contra el empoderamiento que podría experimentar Ibagué con la guerra, en tanto centro administrativo en que los conservadores tenían una importante presencia.²⁴⁸ Con la guerra se ponían a disposición nuevos medios por parte del Estado para asegurar al menos las zonas en las que el gobierno tenía una mediana presencia. Esto ponía en peligro el relativo equilibrio de poder que tenían Ibagué y Anaimé. Si los conservadores se hacían fuertes, usufructuarían toda la riqueza de la región a su favor para hacer la guerra, lo cual debía ser visto como injusto por muchos anaimunos, en tanto el desarrollo de Anaimé debía poco a la acción del gobierno, como vimos antes. Los grupos armados liberales que se formaron en Anaimé al comienzo de la guerra podrían verse entonces como ejércitos privados que, como muestra el relato de Durán (f. 675), aseguraban el comercio de productos agrícolas de esas haciendas, que se vendían principalmente en el Cauca y Antioquia, y también mantenían en buen estado los caminos.

Pero pronto esas fuerzas fueron ganando autonomía. Si bien los primeros aportes de los hacendados a los grupos armados liberales pudieron haber sido de carácter voluntario, con el tiempo se fue imponiendo un verdadero sistema de impuestos que funcionaba simultáneamente con el reclutamiento. Así lo describió alguno: “[Los jefes] Nos decían: ‘Todo el que sea amigo de la libertad tiene que servir por la fuerza, o dar cincuenta pesos mensuales hasta que se acabe la guerra. Todos los hombres, de doce años para arriba, hasta sesenta, tienen que servir’”. Los de mayor riqueza tenían que aportar altas sumas de dinero y ganado. Por medio de los recibos, esas sumas se convertían en “impuesto de guerra” (Prado, f. 676, 678v).

Muy rápido esos impuestos y expropiaciones se convirtieron en una obligación. Quienes no pagaban eran castigados, según describen varios declarantes: “Chaves echaba un comparto [orden de pago en especie], como una res, dos marranos, cincuenta pesos, y si no lo pagaban al momento, les sacaba el doble, o mandaba que arriaran lo que toparan y les daba palo a los que cogía, al hijo o al que cogiera de la familia” (Durán, f. 677v; también

²⁴⁸ Sobre el apoyo de esos hacendados y también algunos de Quindío a las fuerzas liberales hablan por ejemplo Fernández, f. 599v; Buitrago, fs. 631-631v. Ramón Chaves contó también con el apoyo del prestante liberal Fabio Lozano Torrijos, hacendado y hombre de política. Alguna vez Chaves fue acogido en una de sus haciendas después de un combate. Cuando lo apresaron los conservadores al final de la guerra, Lozano escribió también una carta mediando para que no lo fusilaran. Luego escribió un relato alabando su campaña militar (Pérez 1904: 74-105). Es muy posible que Lozano haya patrocinado por temporadas a Chaves ya que poseía una gran hacienda productora de azúcar entre los municipios de San Luis, Miraflores y El Valle, una zona en la que Chaves y sus hombres estuvieron en constante movimiento (Lozano 1978: 187-188).

Prado, f. 678). Pero al mismo tiempo se procuraba proteger a los que pagaban. Por ejemplo Chaves mandó castigar a un subalterno suyo que pretendió llevarse ganado de un hacendado que había pagado con regularidad sus impuestos de guerra a los liberales (Durán, f. 676v).

Además de las expropiaciones a hacendados, también los pequeños comerciantes podían ser víctimas de ellas. A las tropas se les racionaba con poco: sal, a veces carne, a veces panela, rara vez con dinero. Pero además de eso se les permitían las expropiaciones y saqueos para completar la ración: “A nosotros no nos daban dinero, carne y sal nada más y las *uñas libres*” (Durán, f. 676). Esto no solo lo tomaban de las fincas, sino también de los transeúntes que cruzaban por la región: “Chaves obstruyó las vías de comunicación que conducen a Ibagué y quitó lo que venía de alimentos, víveres y recursos”: cargas de queso, mantequilla, huevos, papas, animales de carga, cerdos, ropa (Prado, f. 678v).

La situación era aprovechada por los propios dirigentes para su enriquecimiento personal. Al decir de José de los Santos Durán, a los miembros del Estado Mayor “no les faltaban gallinas, *piscos*, queso, mantequilla, marranos, novillas, bestias y dinero” (f. 675). Durán incluso dice: “no me pareció pobre el general Chaves; tiene doce bestias muy bonitas, y un caballo rucio, ancho, gordo, grande y muy hermoso; tiene muy buen galápago, nuevecito, buen revólver, un carriel nuevecito de llaves, *taquiao* de billetes” (f. 676). Además, “constantemente manda ganado y novillonas gordas para los lados del páramo [...]. Vi pasar varias reses de él. [...] no sé si será que lo ha comprado [el ganado] o que lo ha quitado” (fs. 676-676v; también 631v).

Los grupos en armas de Anaime fueron ganando mucho poder y sus formas de acción se fueron haciendo cada vez más violentas. Los propios hacendados que los habían apoyado resultaron siendo también víctimas: a quienes no querían colaborar con dinero, a quienes se oponían a entrar a las filas, a subalternos que desobedecían o a quienes trataran de escaparse se les castigaba, generalmente con azotes. Este castigo era, al parecer, muy humillante, en tanto se aplicaba en público y las víctimas eran personas de todos los estratos sociales.²⁴⁹ La violencia se empleaba incluso sin ninguna razón aparente. Por ejemplo Lorenzo Varón dice que Chaves mandaba a expropiar alimentos así ya tuvieran,

²⁴⁹ Prado, fs. 678-678v. Carlos Jaramillo cita a un testigo ocular de uno de esos azotes, particularmente violento, en tanto se trataba de un desertor: “Si un soldado desertaba y era cogido le daban una diana de 500 palos. Eso ponían una enjalma en el suelo y sobre ella acostaban al hombre boca abajo, con las nalgas peladas, tenido por un hombre de cada una de las extremidades y a cada lado un hombre armado con varas de totumo y otro con un tambor que redoblaba todo el tiempo. Luego de los 500 palos, en lo que quedaba de las nalgas se le rociaba una botella de aguardiente, y se le dejaba casi moribundo” (Jaramillo 1991: 223).

solo por “dar palo” e imponer su autoridad en la zona. Explicaba ese afán de castigar de esta manera: “todo *mandón* tiene que echar plan [literalmente, dar golpes con la hoja del machete] para que lo obedezcan” (Varón, f. 638v). En el caso de Ramón Chaves, su imposición como jefe pareció basarse en gran medida en su capacidad violenta, ya que este no gozaba antes de la guerra de mayor poder en Anaime, pues había llegado hacía poco a esa zona.

Así, en las acciones de los armados liberales en Anaime se observa la manera como la guerra misma iba generando el aumento de la violencia y la redistribución del poder por esa vía. En principio quienes apoyaron a las fuerzas liberales buscaban mantener el control de la zona que habitaban. Pero en el contexto de la guerra los insurgentes ganaron mucha autonomía al ir adquiriendo mayor capacidad de violencia. Ahora bien, al comienzo podían justificarse las expropiaciones, peajes, impuestos de guerra o exenciones militares como medidas necesarias para mantener a esos grupos que garantizaran el control de la zona. En el fondo, tales medidas no se diferenciaban de las que tomaba el gobierno.²⁵⁰ Pero muy rápido aparecieron también pugnas por el poder en el seno de los insurrectos de Anaime. Estas pugnas originadas en la competencia permanente entre los jefes son muestra de que así como al Estado le era difícil tener el monopolio de la violencia a nivel nacional, así también los contra-Estados tenían poca capacidad para mantener en la escala local un monopolio de la violencia. Los conflictos entre jefes no se resolvían generalmente por medio de la eliminación del otro, sino que se territorializaba el poder y se establecían unas jurisdicciones. Las tropas obedecían solo a su jefe. En últimas cada jefe manejaba su jurisdicción a su modo y los objetivos trascendentes del partido se volvían completamente difusos. Es posible por ejemplo que Ramón Chaves, como liberal comprometido, hubiera en principio perseguido con sus acciones objetivos más o menos claros y actuara en consonancia con otros jefes liberales en pro del triunfo general de su partido. Pero Chaves era solo el jefe más visible de la zona de Anaime, no el único. Según el relato de Ambrosio Díaz, al menos cuatro jefes habían tomado el control de Anaime hasta 1901. Había además jefes que tenían jurisdicción sobre localidades específicas. Telésforo Rojas, por ejemplo, tenía su base también cerca a Anaime. Rojas estaba en comunicación permanente con Chaves y actuaban a veces conjuntamente, pero la gente de Rojas le obedecía solo a él, no a Chaves (Durán, f. 677v). Lorenzo Varón describe lo que vivió durante un mes que estuvo con las fuerzas de Rojas. En ese tiempo no hubo combates, solo se dedicaron a subsistir:

²⁵⁰ De hecho los liberales en armas de Anaime trataron de ejercer las funciones estatales nombrando corregidores a quienes les pagaban incluso sueldo (Díaz, fs. 481v-482).

Para racionarse le quitan dinero a los pasajeros, roban bestias y ganados de las fincas y víveres a los caminantes, a José Ceballos le quitaron una montura, un caballo, una novilla y ciento ocho pesos, también le quitaron papas. Lo mismo que a Tomás Puerta, le quitaron cincuenta fuertes, una cobija y un encauchado. A Cruz Barbosa le quitaron tres bueyes y un poco de ropa, más catorce armas y un tercio de parque, si no estoy equivocado (Varón, fs. 637-637v).

Continúa así su relato denunciando cómo despojaban a los transeúntes, en especial a las mujeres, de dinero, alimentos, cobijas, ganado y productos para vender, como quesos, arepas, bizcochos, maíz, pollos. También trataban de quitar armas y poseían solo algunas que habían ganado en una “peleíta”.

El relato de Varón es muy crítico con la tropa de Rojas: “Rojas nada nos decía; él no sabe quién gana ni quién pierde. Es liberal y le sirve al partido sin saber cómo ni por qué” (fs. 637v-638). Y más adelante: “comprendo que la tal revolución es una mazamorra de vagabundos, holgazanes, desocupados, ociosos y pillos, que nada tienen que perder y sí mucho que ganar con esta guerra” (f. 639v).²⁵¹

Rojas podría entenderse como un agente del Partido Liberal, dado que cumplía una función en pro de este, en tanto ayudaba a mantener al menos un dominio local del partido, pactaba con otros jefes y entorpecía el buen funcionamiento de las operaciones del gobierno, por ejemplo destrozando las líneas de telégrafo. Sin embargo, es innegable que sus acciones tenían más de bandolerismo que de labor a favor de intereses de su grupo o de ideales trascendentes acordes con su partido. En el caso de Chaves se presenta la misma dificultad al querer distinguir entre lo que era un intento de orden estatal alternativo y lo que era mero afán de lucro personal. Es justamente ahí donde se hace complicado denominar a las acciones emprendidas por estos actores acciones políticas, en el sentido de acciones en pro de intereses colectivos de largo alcance, del mismo modo que se hace inapropiado el término guerra civil, en la definición que dimos antes (4.1.1.) de conflicto con miras a la conquista del poder nacional.

En Anaime la distancia entre grupos insurrectos en defensa de las intromisiones del gobierno y grupos bandoleros se hizo cada vez más difusa. A mediados de 1902, según declaración de una señora que estuvo por unos días en las fuerzas de Chaves, estos formaban un grupo numeroso, pero compuesto en su mayor parte por “chinos [niños] y haraposos” (AHI, cj. 342, fs. 486-487). Muchas familias se fueron de Anaime (Prado, f. 679v), otros hicieron pactos con los conservadores y dejaron de apoyar a Chaves. Este terminó castigando a los mismos que en principio le dieron su apoyo, por ejemplo a José

²⁵¹ También se refiere a Rojas la declaración de José María Cano, f. 605 y ss.

María Arellano, hacendado que en principio había financiado a las bandas armadas liberales de Anaime, le dieron una golpiza en octubre de 1902, y no lo mataron, según reportaba el corregidor de Anaime, porque “una infinidad de señoras” lograron protegerlo (AHI, cj. 341, fs. 530-v).

La pérdida de apoyo de los pobladores también se observa en los interrogatorios mismos que estamos citando. Algunos hicieron largas declaraciones en que delataron importantes detalles del funcionamiento de las fuerzas de Anaime. El apresamiento de Chaves a finales de 1902, en una zona en la que se había desplazado continuamente durante la guerra, pudo ser producto también de alguna delación.

Al mirar pues cómo funcionaron las fuerzas insurrectas en Anaime encontramos que más que una identidad política de los hombres que por allí se movieron, jugaron otros factores un rol mayor en el poder que alcanzaron tales fuerzas: Anaime era una zona muy rica, atravesada por caminos, con una producción económica y un movimiento comercial muy autónomos. Por la zona pasaban vías de comunicación entre el valle del Magdalena y el del Cauca. Además, la colonización de la zona estaba en proceso y había muchas poblaciones nuevas alrededor que carecían casi por completo del control del Estado. Estos eran lugares ideales para comerciar con productos agrícolas, sin importar si eran robados o adquiridos legalmente. Igualmente se contaba con el apoyo de hacendados. Al mismo tiempo tenía todavía muchos bosques en los que los grupos insurgentes podían fácilmente esconderse. Si el gobierno atacaba un poblado, era posible escapar a otro. Por ejemplo, en un momento en que el gobierno se tomó la cabecera de Anaime, los derrotados se dirigieron a la zona de Río Azul, más arriba en la cordillera. Quien esto describía explicaba: “por allí hay bastante qué comer: marranos, ganado gordo, sal, papas, maíz, frisoles y *vitorias* (calabazas) y pueden permanecer en la finca de don Luis Jaramillo” (Durán, f. 675v).

La región de Anaime ofrecía buenas posibilidades de subsistencia, a veces trabajando, a veces sirviendo a los grupos armados. En los momentos en que los liberales dominaban militarmente había que obedecer y la preferencia partidista, si existía, no jugaba un rol mayor. Juan López, apresado en Ibagué como “miembro de la guerrilla de Chaves” se quejaba en su interrogatorio de que Chaves, “con el modesto título de general”, se había apoderado de la región de Anaime, “no permitiendo a ningún ciudadano el salir de Anaime”. López aseguraba que él había llegado de Ibagué a Anaime para llevarse a su esposa para otro lugar y que había tenido que quedarse allí obedeciendo a Chaves hasta que el gobierno pudo propinar una derrota a la guerrilla de Chaves (AHI, cj. 320, ff. 199-

v). No sabemos si López era liberal o no, simplemente quedó encerrado en territorio liberal y luego fue apresado en tanto liberal.

A varias personas de las que aparecen en los interrogatorios las apresaron por servir de postas. Pero la gente simplemente llevaba noticias a sus familiares sobre la situación de la guerra. En el interrogatorio a José de los Santos Durán, le preguntaron si sabía quién enviaba postas de Ibagué a Anaime. Él respondió: “todos los que iban de Ibagué, mujeres y hombres, llevaban noticias” (f. 677). No era cuestión de partido, sino que el hecho de que los liberales ocuparan Anaime hacía de sus habitantes y también de sus familiares colaboradores.

Sobre la automática asimilación de los habitantes de una región como miembros de un partido es diciente este episodio: Andrés Triana estaba confinado en la ciudad de Ibagué como preso político desde marzo de 1901. En noviembre escribió una carta al gobernador pidiéndole que lo dejaran libre porque él no estaba implicado en nada. Independientemente de que lo estuviera o no, es interesante la justificación que dio el agente del gobierno para no concederle la libertad:

El señor Andrés Triana fue confinado a esta ciudad porque siendo liberal y habiendo habitado las regiones del Tambo y Grano de Oro [en Anaime], donde ha sido teatro de la revolución, muy bien puede creérsele complicado, con mayor razón cuanto nada le han hecho, si bien es cierto que él lo niega como es costumbre en hombre de poco carácter. [...] no conviene darle pasaporte para trasladarse a sus posesiones de Cocora porque puede suceder que, si antes no ha tenido compromiso, ahora volviendo a esas regiones ocupadas por sus amigos políticos lo más natural es que les suministre noticias (AHI, cj. 320, f. 372).

En medio de un territorio dominado por liberales era difícil creer que Triana hubiera asumido una posición neutral. Si se hubiera opuesto a los liberales, habría sido acosado por estos. Que no hubiera sido molestado por los revolucionarios era señal de que colaboraba con ellos. Y en últimas, si aún no había colaborado con los liberales, lo haría al salir del confinamiento. Así, Triana estaba en un dilema del que solo le quedaba tomar partido. Desde este punto de vista, lo que habría hecho de Triana un liberal sería que los liberales dominaron la zona en que vivía.²⁵²

²⁵² Los hacendados usaban razonamientos parecidos para tratar de demostrar su preferencia por el partido del gobierno. Mostraban con testigos conservadores que ellos habían colaborado con dinero o víveres a las tropas conservadoras cuando estas lo habían requerido. A pesar de las testificaciones, los mismos testigos o las autoridades solían aducir que ello no excluía la posibilidad de que los hacendados hubieran colaborado también con los liberales cuando estos lo hubieran exigido. Así lo advertía el prefecto de la provincia del Centro del Tolima sobre un hacendado que decía estar a favor del gobierno: “aunque el señor Bonifacio Varón haya suministrado panela para el gobierno, en ninguna manera debe calificársele como amigo político porque no hay ningún documento que lo abone como tal, salvo el de ser honrado en debo y pagaré, pacífico como los que hay de su partido en esta ciudad” (AHI, cj. 341, f. 412). Cf. también petición

Dado el poder económico de los liberales en la zona de Anaimé, lograron imponerse militarmente y hacer que la gente les sirviera, ofreciéndoles condiciones que el bando conservador no podía ofrecer allí. La zona se convirtió en una “zona liberal”, pero la mayoría de sus habitantes no pueden llamarse en sentido estricto “liberales”, pues solo participaron del lado de los liberales porque se vieron envueltos en la guerra y en su caso tomar partido por los liberales resultaba más beneficioso.

Santana

Como describimos en el punto 4.2., los insurrectos de Santana contaron con la importante colaboración de mineros y hacendados ingleses que tenían intereses en esa zona. Podría enlazarse la intervención de estos en la guerra con conflictos con las autoridades locales que venían desde antes, de los cuales mencionamos algunos en la tercera parte (3.1.). Las autoridades se oponían a actividades relacionadas con la explotación minera que perjudicaban a las poblaciones cercanas. Por su parte los mineros insistían en que las autoridades ejercían oposición solo por obtener ganancias para ellos. Cuando empezó la guerra, conflictos locales existentes como estos, adquirieron otras dimensiones. Vimos cómo varios ingleses explicaron el hecho de que los habitantes de la región se armaran como respuesta a actos arbitrarios de los agentes del gobierno y de personas que se aliaron a ellos para dirimir disputas personales. Siguiendo esas descripciones, de nuevo aquí la guerra surgió en el marco de conflictos locales anteriores, que solían dirimirse por medio de la negociación o la mutua indiferencia a los clamores del otro. Al momento de la guerra el gobierno obtuvo de repente más poder y más medios de control y quienes resultaron perjudicados por ese desbalance de poder recurrieron entonces también a medios más violentos. Se ve de nuevo aquí que la guerra a nivel local no era necesariamente partidista en un principio, sino que obedeció a la lógica de los conflictos segmentarios. Al comenzar la guerra, esos conflictos se redimensionaron adaptándose a la confrontación nacional entre liberales y conservadores.

También aquí los insurrectos no solo contaron con el apoyo de notables locales, sino que llevaron a cabo acciones autónomas para imponer su orden: cobro de impuestos de guerra, expropiaciones, ataques a trenes, barcos y puertos, reclutamientos, comercio de productos, nombramiento de alcaldes y corregidores. La desobediencia a ese orden era

de José María Londoño para ser puesto en libertad: AHI, cj. 320, fs. 367-369; y declaraciones de conservadores en pro de Jesús María Ortiz: AHI, cj. 321, fs. 570-570v.

igualmente reprimida con castigos severos. No obstante, parece ser que el mando estuvo en buena medida monopolizado por Ramón Marín durante todo el tiempo de la guerra y las fuerzas liberales allí lograron mayor organización que en otras partes del Tolima. Además, a diferencia de lo vimos en Anaime, al norte del Tolima las fuerzas insurrectas contaron hasta el final con el apoyo y aprobación de hacendados y mineros, al menos los ingleses. Estos, según las acusaciones de los gobiernistas que mencionamos antes, daban trabajo, dinero, ganado, refugio, a los insurrectos. La contraprestación de los liberales era la protección del trabajo en las minas, la provisión de mano de obra, y en general unas ciertas garantías para que la producción se mantuviera. Así, el grupo comandado por Marín fue uno de los que más tiempo resistió en la guerra, y, más importante aún, este logró salir con vida de la contienda. Por su parte, las minas siguieron funcionando durante todo el período de la guerra y hasta el final Marín siguió siendo considerado por los ingleses como una autoridad respetable, que debía ser tratado como un actor con pleno estatus político y digno interlocutor en un eventual pacto de paz. De hecho el vicecónsul John Gillies se ofreció al gobierno para entrevistarse con él y visitó su campamento en abril de 1902. A pesar de su intención de ser neutral, Gillies tomaba claro partido por Marín: “I was very much favourably impressed with Gen. Marin who is very unassuming and at heart seems to be a very good fellow.” Anotaba además que la entrevista había sido muy positiva para los ingleses pues Marín se había comprometido a respetar las propiedades de ellos si atacaban Honda (PRO 135/267-XC198190, 12.04.1902). Más favorables aún fueron los comentarios del cónsul, quien envió un informe directamente a Inglaterra al enterarse de que Marín estaba pensando entregarse:

The withdrawal of this remarkable chief would be the most serious blow the revolution has experienced since guerilla tactics were adopted: a faithful employee for many years of an English Mining Company he was driven, by annoyances of local government officials soon after the commencement of the war, to take up arms, and constituted himself the head of some two thousand men. With this force he displayed wonderful skill throughout the long campaign, capturing arms and ammunition in sufficient quantities to supply his needs in that respect, and what is to his special credit has shown kindness to the vanquished, a trait rarely manifested in this conflict which has been conducted in a merciless and barbarous way.

I am convinced that without his authority and influence the losses to the large British mining interests in Tolima would have been enormously added to, in fact it is due entirely to General Marin's respect for his late employers and the sympathies he professes for everything British that mine working has not been altogether suspended (PRO 135/264-198153, 05.07.1902).

El comentario muestra que aun finalizando la guerra los ingleses seguían teniendo un buen trato con Marín y sus fuerzas a los que les agradecían por el orden que habían

impuesto, beneficioso para los intereses de los ingleses. Al tiempo seguían culpando al gobierno de la guerra y de su radicalización.

En el caso de Santana, de nuevo puede pensarse que el poder alcanzado por las fuerzas liberales obedeció a factores distintos al deber partidista de sus miembros o a una cierta cohesión de intereses que viniera de antes de la guerra. Si bien es evidente la identidad partidista de Marín, para las tropas debieron jugar un rol más preponderante las garantías de subsistencia ofrecidas por este en un período y una región en que la vida corría peligro en todo momento.

Doima

Características muy parecidas encontramos en las fuerzas que actuaron en la zona de Doima, al oriente de Ibagué.²⁵³ En principio estas fuerzas también fueron apoyadas por hacendados importantes de la zona como Tulio Varón y Guillermo Vila. Ambos tuvieron una participación directa, no solo financiando las fuerzas, sino ellos mismos poniéndose a su mando. En ambos casos también puede mostrarse una filiación partidista fuerte y una relación con líderes nacionales como Aquileo Parra, Juan E. Manrique y Rafael Uribe Uribe. Con los fracasos de las primeras campañas de las fuerzas liberales del Tolima unificadas, Varón y Vila retornaron a Doima, como dijimos, e hicieron a partir de entonces campañas locales, basadas también en las posibilidades comerciales que ofrecía Doima. Esta localidad pertenecía a Ibagué pero estaba alejada del casco urbano, extendiéndose casi hasta el río Magdalena. Eran tierras áridas en las que predominaban fincas ganaderas, controladas por liberales desde tiempo atrás. Durante la guerra los conservadores no lograron penetrar en la zona y esta permaneció en control de los liberales. Ello les permitía mover por allí comercio clandestino entre Ibagué y los puertos del Magdalena. De esa manera los liberales pudieron sostener allí una importante fuerza y en especial Varón despuntó como un gran líder local, aunque no el único.

Así describe Rafael Ernesto Conde las maneras de sostenimiento de los liberales de Doima: “expropiaban cueros, café, anís, tabaco, ropa, ganados y bestias. Todo esto lo venden y lo reducen a dinero. Los mejores mercados para sus ventas son Ambalema, Piedras y La Vega” (Piedras estaba muy cerca al río Magdalena y los otros dos eran puertos sobre el

²⁵³ Para descripciones sobre el funcionamiento de estas guerrillas son útiles las declaraciones de Rafael Ernesto Conde, 20 años, vecino de Ibagué, quien no estaba preso, sino que rindió declaración juramentada (AHI, cj. 321, fs. 653-656v, 660v-674); Luis Jaramillo, 14 años, natural de Ibagué, alfarero (fs. 626-630v); y Roberto Cartagena, de 19 años, negociante, natural y vecino de Espinal (fs. 632-636v).

río). Además, tuvieron carnicerías permanentes en Doima, Piedras y La Vega. De nuevo aquí se observa una zona que, aunque con tierras menos fértiles que las de Anaime, tenía un comercio local de mucho movimiento, gracias a su conexión con el río Magdalena. Ello facilitaba la tarea de conseguir medios para financiar las tropas, a las que podían racionar con carne y sal, e incluso, a veces, con dinero.

Pero también se usaban formas de financiación que gozaban de menos aceptación como el aprisionamiento de personas pudientes a quienes se les exigían determinadas cantidades de dinero para dejarlos en libertad (f. 663). Así, mismo, como las tropas de Anaime, las de Doima también tenían permiso para “proveerse en las poblaciones donde entran” (f. 663). Así, según Conde, “Los saqueos también les han dado dinero bastante y especialmente vestuarios”, monturas y sombreros (f. 662v). O bien, expropiaban alimentos, artículos y dinero en los mercados de la región. Teodomiro Rodríguez cuenta que a él y a otros siete amigos los obligaron a arrear a Doima lo expropiado después de un día de mercado en el sitio de Cometierra, en el camino entre Ibagué y Doima (f. 479).

A diferencia de Ramón Chaves, quien al parecer no gozaba de mucho poder en Anaime antes de la guerra, Tulio Varón y su familia eran hacendados de tradición en la zona de Doima. Como dijimos, con él entraron a la guerra varios arrendatarios. Esto debió facilitarle establecer una relación vertical con ellos. No obstante, la indisciplina en estas fuerzas fue igualmente difícil de controlar. Conde explicaba la indisciplina por el grado de familiaridad que había en la tropa: “los unos eran parientes, los otros muy amigos y los más [...] eran leales servidores desde que principió la guerra” (f. 666). Pero las fuerzas de Varón también recurrían a los reclutamientos forzosos, como aparece en otro testimonio: Varón “me cogió y me echó por delante amarrado, porque la mayor parte de la fuerza que lleva don Tulio van por la fuerza” (f. 606v). Luis Jaramillo encontraba que Varón no podía controlar la disciplina y temía todo el tiempo que sus hombres desertaran: “Cuando se le daba alguna queja al General, este contestaba: ‘Pero yo qué hago, si los castigo se me van’” (Jaramillo, f. 628v). La partida de la gente era una pérdida grave en tanto el número de hombres comandados era lo que daba poder a estos jefes. En efecto, a pesar del ascendiente de Tulio Varón, había muchos hombres de la zona de Doima que no le obedecían a él sino a otros jefes, como pasaba también en Anaime. Uno de esos jefes era Sandalio Delgado, antiguo mayordomo de una hacienda de Guillermo Vila (Tovar 2001: 160). Narraba Conde que un día lo atacó un soldado liberal, confundiéndolo con un conservador. Conde le mostró al atacante un pasaporte de liberal firmado por Tulio Varón.

Pero este rechazó el pasaporte diciéndole: “yo no tengo cuentas con Tulio ni con nadie, mi jefe único es Delgado” (f. 654v).

La desertión de hombres también significaba la pérdida de brazos para trabajar la tierra. Y más que los ataques de los conservadores, de los que los liberales de Doima estaban más o menos bien amparados, porque conocían mejor el territorio, lo que más los diezmó fueron las dificultades económicas. Conde lo explicaba así: “aunque el territorio es rico en maíz, plátano, yuca, arroz, panela y especialmente carnes, hoy todo esto se ha acabado, sin riesgo de poder producir estos alimentos nuevamente, pues no hay quien trabaje” (f. 669v).

Como dijimos anteriormente, Tulio Varón cayó muerto en un intento que hicieron sus tropas de tomarse Ibagué en septiembre de 1901.²⁵⁴ Pero las fuerzas continuaron actuando, aunque al mando de diferentes jefes (París 1984: 142-195; AHI, cj. 342, fs. 485-486). En declaraciones de mediados de 1902 se decía que las fuerzas de Doima conformaban un grupo numeroso pero ya solo se dedicaban a robar víveres, aguardiente y animales de carga a quienes transitaban por la zona (cf. AHI, cj. 341, fs. 485-486, 489v-490). En agosto los jefes más destacados de la zona en ese momento, Sandalio Delgado, Tomás Gómez, Nicolás Cantor, Aniceto Luna, hicieron acuerdos con el gobierno, representado por Toribio Rivera, quien se desplazó a Piedras para firmar los pactos (AHI, cj. 341, f. 265).

Estas descripciones nos hablan de nuevo en el caso de Doima de fuerzas que, después de intentar consolidarse como “Ejército Liberal del Tolima” sin éxito, buscaron imponer su hegemonía al menos en un grado local. Allí alcanzaron un gran dominio no solo militar sino también político y económico. Los liberales mantuvieron en Doima un orden propio, por medio del cual lograron financiar a un numeroso grupo de personas armadas y controlarlo, por ejemplo por medio de pasaportes y también administrando justicia. De lo último es muestra el nombramiento de comisarios y el hecho de que incluso llegaron a enviar a las autoridades conservadoras a quienes querían castigar.²⁵⁵ Doima se convirtió en un refugio casi imposible de penetrar por parte de las autoridades conservadoras. Incluso surgieron varias leyendas sobre macabras prácticas que realizaban estas fuerzas contras los gobiernistas que se atrevían a entrar a esas tierras (París 1984: 80-

²⁵⁴ Los interrogatorios que estamos citando sobre las tropas de Varón fueron hechos justo en los días que siguieron a aquella fallida toma. También fueron hechos otros interrogatorios sobre ella: fs. 607-611; 641-647

²⁵⁵ Rafael Conde narra con perplejidad: “para hacer alarde de mucho celo, mandan criminales para que los castigue la autoridad! La autoridad que ellos no reconocen!” (f. 655). Ramón Marín también llegó a recurrir a las autoridades de Honda con el mismo fin (*LO* 10.09.1900: 70-71).

83). Pero aquí también la guerra alcanzó un punto en que se convirtió en mera lucha por la subsistencia y la población en últimas resultó perjudicada. En este caso también el agotamiento de la población hizo que las fuerzas liberales perdieran poder y que el carácter político del grupo se fuera desvaneciendo, quedando solo el afán de lucro.

En estas tres zonas liberales, que hemos podido documentar mejor, encontramos características similares. Se trataba de zonas que se habían desarrollado económicamente por medio de empresas particulares, con poca intervención del Estado. En el tiempo anterior a la guerra, el rol del Estado había sido débil y aparecía como un actor más en la repartición del poder local. Pero en tiempo de guerra, adquirió un poder mayor que alteró el funcionamiento acostumbrado de las sociedades locales. Los grupos con poder localmente estaban dispuestos a apoyar o incluso a dirigir fuerzas que se contrapusieran a ese Estado, que en las circunstancias de la guerra se hacía más fuerte, desequilibrando el reparto de poder anterior y actuando como un invasor. En estos tres casos los liberales alcanzaron durante la guerra la hegemonía en zonas específicas por tiempos prolongados. Había rutas comerciales viables, había una relativa prosperidad, los insurrectos garantizaban una cierta tranquilidad, permitían el funcionamiento de la economía local y eran efectivos para imponer castigos, un orden no muy distante, incluso quizás más efectivo, que el que podía imponer el Estado. Esto, más que la coherencia de ideas y las promesas de una nación mejor, fue lo que, a nuestro juicio, hizo que las fuerzas liberales alcanzaran poder en estas zonas y lograran atraer gente que los apoyara.

Esta formación de bandos tuvo lugar principalmente durante la guerra. A partir del análisis del tercer capítulo, sobre conflictos locales anteriores a la guerra, y de este, sobre el origen y desarrollo de la guerra de los Mil Días en esas localidades, hemos visto que no existían conflictos que dividieran la población en facciones identificadas con un partido o con alguno de los líderes de la guerra. Tales identificaciones tuvieron mucho que ver con el desarrollo de la guerra misma, con el hecho de que una determinada región era dominada por una fuerza y sus habitantes se acomodaban a esa situación. Pero ese acomodarse no lo concebimos como un mero obedecer a órdenes de caudillos o servir de carne de cañón, sino como una adaptación a las opciones de acción aparecidas en una situación de guerra: huir, desertar, servir a unos y a otros, delatar, colaborar sin tomar las armas, o tomar las armas y aprovechar las ventajas de estar a favor de un bando o enrolado entre unas tropas.

Desde una concepción amplia del término “política”, estas serían acciones políticas, en tanto se inscribían en los juegos de poder locales y ponían en cuestión determinadas

distribuciones desfavorables del poder. Por el contrario, no podemos decir que los campesinos del Tolima fueran actores políticos en un sentido restringido del término. Si bien los insurrectos del Tolima llegaron a cumplir tareas propias del Estado en ciertas zonas (con mayor o menor éxito como hemos visto), su lucha se restringió al mantenimiento del poder local, sin perspectivas de consolidar una nueva nación. De nuevo aparece como un concepto más apropiado para entender esta guerra el de “conflictos segmentarios”, conflictos ligados a las preocupaciones locales que, aunque podían unirse temporalmente a la discusión nacional, retornaban con el tiempo a su dimensión local. Pero en la guerra aumentaba el grado de violencia usado y los contendientes estaban más dispuestos a emplear medios cada vez más violentos como muertes por fuera de los combates, el incendio de poblaciones, fusilamientos, o actos de crueldad, pues había un discurso reinante que podía justificar más fácilmente esa violencia.

Hemos tratado de tener en cuenta las precauciones que señala Ranajit Guha (1988b) sobre las fuentes y su uso para encontrar y valorar la acción de los actores subalternos. Estos actores no dejan por lo general huellas documentales, en tanto son justamente quienes están excluidos del poder, pero las fuentes producidas por los grupos en el poder también dan indicaciones sobre los grupos populares y los silencios y omisiones también hablan de concepciones sobre esos grupos. Guha hace una pertinente reflexión acerca de la manera como las fuentes oficiales y los periódicos califican las acciones populares. Cuando hay un disturbio, las fuentes suelen hablar de “bandidos”, “fanáticos”, “desafío a la autoridad”, “atrocidades”, “alteración de la tranquilidad pública”, cuando las mismas situaciones, desde el punto de vista de los insurrectos, podrían ser entendidas como levantamientos en grupo con una cierta organización, dirigidos por líderes locales, que se oponen al gobierno central por medio de acciones, a veces violentas, porque este los excluye. Guha aboga así por dar un sentido a la acción subalterna, por salirse de la interpretación de las clases dirigentes que justamente por medio del discurso pretendían también mantener su posición dominante y satanizar propuestas de orden alternativas promovidas por los grupos populares.

Pero aun mirando de manera precavida las fuentes, o yendo más allá de las descripciones hechas por las autoridades sobre los actos de los insurrectos en la guerra de los Mil Días en el Tolima, se encuentra que los propios actores también expresan la inmediatez de sus intereses y el poco compromiso con objetivos trascendentes. En los interrogatorios, un hombre de las fuerzas de Marín decía querer servir ahora al gobierno “y de ninguna manera a la revolución”. Sus razones eran de tipo netamente práctico: “estos ni

racionan, ni dan vestido, ni tratan bien a nadie – todo allí es a la fuerza y a los palos” (AHI, cj. 321, f. 599v). Otro decía que Ramón Chaves lo instó a unírsele “pero yo no quise irme porque perdía más que lo que ganaba” (f. 546v). Más difícil aún es encontrar una posición partidista en una decisión como esta que expresa Lorenzo Varón: “Me deserté y me fui para ‘La Ceja Alta’, resuelto a no volverme a meter en nada. [...] El viernes traje siete cargas de papas [al mercado de Ibagué] y el resultado me ha dejado satisfecho. Es mejor esto, que la tal ‘Guala’ [el lugar por donde se movía su guerrilla] con sus noches frías, húmedas, oscuras y tristes, cargadas de hambre y sed” (fs. 639v-640). Así como Lorenzo Varón, es posible imaginar que otros campesinos también podían sopesar los beneficios de la vida en armas y la vida como campesinos y decidirse por lo que conviniera en cada momento. En esta decisión contaban poco, si acaso, objetivos más allá de la mera supervivencia y el provecho temporal.

Sin sobreinterpretar las fuentes, estas muestran en efecto la acción de los grupos subalternos, sus maneras de escapar a una distribución del poder desigual y perjudicial para ellos, es decir su papel político, sin que se hubieran apropiado de conceptos políticos modernos como el de individualismo, igualdad o democracia.²⁵⁶ Según hemos encontrado en las fuentes, al momento de una guerra las personas se acomodan a esa nueva situación que se impone desde afuera. Tratan sobre todo de salvar sus vidas y, si es posible, sacar provecho de la guerra.

Stathis Kalyvas (2006) señala que la explicación basada en las ideologías es recurrente en las teorías sobre guerras civiles. A partir de la observación de comportamientos o acciones de la gente en apoyo a uno de los bandos contendientes, el investigador asigna a los actores actitudes de preferencia hacia ese bando. Con esa idea de base se asume que la ideología es central en una guerra civil. Se interpreta el apoyo de la gente a un bando como si “people actually ‘choose’ what faction to support based on its political and social profile or ideology – as if they were voting on elections” (92-93).

Kalyvas se opone a entender las guerras civiles en este sentido. La población muchas veces no escoge su bando antes de la guerra, sino durante ella. La lealtad a uno de los bandos no es necesariamente causa de la guerra, sino que puede ser igualmente producto de esta. La gente puede decidir ponerse del lado de los rebeldes solo por salvar su vida. “Hence, just because an insurgency grows rapidly does not mean that it represents popular

²⁵⁶ Estas nociones son usadas por estudios sobre cultura política popular en América Latina que hemos citado a lo largo del trabajo, como el de Florencia Mallon (1995), Peter Guardino (1996), Guy P. C. Thomson (1999) o James Sanders (2004).

aspirations and has broad popular support” (93). Por muy fuertes que sean las creencias y lealtades, no son los únicos factores que determinan el comportamiento en la guerra. Lo que busca mostrar Kalyvas es que la violencia, la coerción, el dominio territorial, son factores que influyen en gran medida en la decisión de las personas de entrar a formar parte de una guerra civil (94). Si al menos una minoría comprometida logra ejercer control político sobre un determinado territorio, puede conseguir que la población civil colabore con ella. En esta interpretación poco importan las preferencias políticas de la mayoría. Actuarán por una mezcla de miedo y oportunismo. Y podrán con el tiempo, en efecto, identificarse con la causa de sus compañeros de lucha. Pero no es este el principal móvil de su ingreso a la guerra.

Según lo que hemos descrito de la guerra de los Mil Días en el Tolima, la interpretación de Kalyvas resulta pertinente para entenderla. En nuestro estudio enfatizamos, a contracorriente de lo que se ha afirmado en estudios de cultura política popular, en el carácter apolítico, no comprometido, de la mayoría de los que participaron en la guerra de los Mil Días. Entendemos las fuerzas levantadas en la guerra, más bien, siguiendo a Kalyvas, como grupos de hombres que temporalmente entraron a las guerrillas porque el territorio en el que vivían estuvo gobernado por estas. Su ingreso, consideramos, no obedeció a una decisión política, ellos no estaban optando por una determinada ideología, ni por un programa, ni por un orden alternativo específico. Los campesinos *se vieron envueltos* en la guerra y en ella trataron de sobrevivir, de seguir trabajando, de escapar si se podía, o de acomodarse al nuevo orden si no había más salida. Si bien podemos encontrar un compromiso más político en los jefes (aunque teniendo en cuenta que tampoco ellos tenían solo objetivos políticos y buscaban igualmente el provecho personal), cuando se observa a sus seguidores, como hemos tratado de hacerlo aquí, es difícil encontrar esos compromisos políticos y aparece en su acción una mezcla de miedo y afán de sacar provecho personal. No actuaron por un sentimiento de comunidad, por sus tradiciones o por luchas que ya se hubieran manifestado antes, como señalamos en el análisis del capítulo anterior.

No nos parece pertinente pues ver las acciones de muchos de los campesinos del Tolima que se unieron a la insurrección liberal como “acciones políticas” en un sentido restringido del término, ni se les quita valor a esas acciones al decir que no fueron políticas, sino de subsistencia. Como concluía James Scott su libro sobre resistencia campesina cotidiana (1985: 292), esas formas locales de resistencia o de adaptación a un cierto orden son más efectivas, menos costosas y de más fácil alcance para la gente de

bajos recursos, por ello en el campo, los “débiles” recurrieron sobre todo a ese tipo de acciones, más que a aquellas orientadas por ideales políticos y pensadas en dimensiones nacionales.

4.4.5. Más allá de las ideologías

No puede negarse que muchos de los grupos liberales en armas lograron un cierto éxito, no tanto en el sentido de los triunfos militares, sino por el hecho de que permanecieron unidos a pesar de las adversidades de la guerra y lograron mantener el control sobre algunas zonas por tiempos prolongados, lo que les permitió no ser vencidos militarmente, mantener el estado de guerra y oponerse a los intentos pacificadores del gobierno.

A lo largo de los distintos capítulos de la tesis hemos lanzado críticas a la idea generalizada de que esa cohesión de las guerrillas liberales se habría debido a una particular identificación de sus miembros con las causas de su partido. Para el caso conservador (punto 4.3.) también intentamos dar importancia a factores no ideológicos para explicar la relativa cohesión que alcanzaron en la guerra, en especial las jerarquías en el ejército gobiernista y la posibilidad que tuvieron de difundir sus ideas sobre la guerra por medio de periódicos. En el bando liberal también hubo factores no partidistas que, a nuestro juicio, jugaron un papel más decisivo que la fidelidad al partido en la cohesión de sus grupos armados.

Observamos varios casos, no solo entre los líderes, de individuos con una clara inclinación política y que, puede creerse, se sentían en efecto comprometidos con el partido y entraron a la guerra para actuar en su defensa. Hubo, evidentemente, muchos voluntarios en todos los niveles sociales. Pero eran en suma una minoría, a pesar de que son normalmente estos personajes extraordinarios los que dejan los más numerosos y más patéticos testimonios y por lo mismo, sobre quienes más se enfatiza. Según vimos, estas fueron iniciativas más que todo individuales, las fuentes no revelan identificaciones partidistas de grupos enteros, por ejemplo habitantes de un pueblo, personas de determinado origen o de nivel social similar. Aun las familias podían tener adscripciones políticas mezcladas. Causas grupales como el malestar con los impuestos a la producción de aguardiente o pugnas por tierras entre poblados y grandes propietarios no se traducían fácilmente en bandos identificados con uno de los partidos políticos o con un líder de determinada inclinación partidista. Los partidos no dividían a la sociedad entera en dos,

grandes porciones de la población no estaban representadas por estos y sus problemas se discutían en contextos distintos a la lucha entre partidos. La adscripción partidista no permeaba toda la actividad política de la gente, ni de los notables ni de los más pobres.

Por otra parte, hemos señalado las dificultades de asumir que entre líderes y seguidores había una relación muy vertical, que habría permitido a los jefes obligar a sus trabajadores o su clientela a entrar en la guerra. Si bien hubo este tipo de estructuras muy verticales, no fueron la generalidad.

Por la atención que se ha prestado al estudio de las élites y por el énfasis que se ha puesto en la discusión partidista de esas élites, se han dejado de lado factores de naturaleza más práctica que también explican la movilización de muchos campesinos a las guerras y su cohesión como grupos armados durante el conflicto bélico.

Uno de esos factores es el uso de la violencia. Aquí seguimos la tesis de Stathis Kalyvas que hemos expuesto antes. Como lo indicamos, Kalyvas invierte la interpretación generalmente sostenida con respecto a la importancia de la identificación con una ideología o un partido para generar movilización. Para él, no es tanto esa identificación lo que genera en la población el apoyo a un grupo armado, sino que los medios coercitivos y el uso de la violencia pueden generar ese apoyo: “Control may trump prewar preferences and shape collaboration during the war” (113). Entre más control pueda ejercer un grupo político en una zona determinada, recibirá más colaboración por parte de los civiles y será menor la tasa de desertión (111, 132). Con ello Kalyvas busca explicar el uso de la violencia en la guerra civil y los altos niveles a los que esta suele llegar en este tipo de guerras. Es por medio de la violencia que los actores en conflicto consiguen la fidelidad o al menos la colaboración de la población civil. En la guerra civil es usual que no se pueda separar amigo de enemigo, porque enemigos y espías se esconden entre la población civil. Cada bando busca que las poblaciones lo apoyen exclusivamente, aunque sea de manera pasiva. Los neutrales en cambio son indeseados porque cometen fácilmente “traición”, poniendo en peligro el dominio del bando. Pueden, por ejemplo, dar información al contrario, evaden impuestos, se esconden de los reclutamientos, desertan, huyen, cambian de bando. El uso de la violencia es una manera efectiva de disuadir a los neutrales y crear partidarios.

Este mismo uso de la violencia se observa en nuestro caso. La fuerza fue de uso cotidiano en las movilizaciones liberales. En la historiografía sobre guerras civiles en Colombia, como hemos indicado, se ha enfatizado en el uso de la violencia por parte de las tropas del gobierno, mientras que, del lado de los rebeldes, se tiene la impresión de que sus integrantes eran más que todo voluntarios. En el caso de la guerra de los Mil Días, los

mismos liberales ayudaron a fomentar esta idea. Estos intentaban mostrar que el gobierno era déspota, enfatizando que los ejércitos gobiernistas eran compuestos a la fuerza, por personas indefensas que habían sido obligadas a entrar a la guerra.²⁵⁷ Por el contrario, ellos decían funcionar con base en el enrolamiento voluntario. Los historiadores suelen mirar de manera poco crítica este tipo de acusaciones. Ello se observa bien en el caso de Carlos Jaramillo quien, como dijimos antes, insiste durante su estudio en el hecho de que las guerrillas liberales “se nutrían en su mayoría de voluntarios”, eran “por naturaleza” voluntarias, o “primó el carácter voluntario” en ellas, a diferencia de los conservadores que formaban sus cuerpos por conscripciones forzosas (1991: 45, 215). No obstante, el mismo Jaramillo da numerosos ejemplos de actos de violencia que usaron los liberales para formar sus tropas. Debe pensarse más bien que si estos ejemplos se multiplican es porque las diferencias en los modos de reclutamiento entre los bandos en combate no eran tan grandes.

Los interrogatorios contienen testimonios de personas que dijeron entrar de manera voluntaria a la guerra, sobre todo al comienzo, pero hay muchos otros que afirmaron haber sido obligados a ello. Algunos hablan de que fueron cooptados en sus casas, lugares de trabajo, en los caminos, en las plazas los días de mercado. Existía la alternativa de pagar una exención, pero eran altas sumas que muchos no podían costear. Varios de los testimonios hablan de reclutamientos que se hicieron ante la inminencia de un combate, lo que muestra cómo estos grupos armados se componían y desintegraban según las necesidades (citamos antes – 4.4.3 – los testimonios de reclutados para un combate en Purificación en julio de 1901). En el siguiente testimonio se observa que a los reclutados podían resultarles semejantes los dos bandos, pues ambos procedían de la misma manera: “[el general liberal] Buendía me trajo como preso hasta Purificación, en donde caí prisionero de las fuerzas del gobierno” (AHI, cj. 321, fs. 351v-352v). El interrogado llama “apresamiento” al reclutamiento de los liberales, al igual que el que sufrió después por parte de los gobiernistas triunfantes.

El uso de la fuerza fue igualmente central para mantener la disciplina y la cohesión. Al detallar el funcionamiento de las tropas liberales en Anaime, Doima y Santana vimos

²⁵⁷ Por ejemplo en febrero de 1899, el periódico liberal *El Salto*, siguiendo una campaña de *El Autonomista* en el mismo sentido, publicó un artículo contra los reclutamientos que estaba llevando a cabo el gobierno. Pintaba una trágica situación en el Tolima: “no hay pueblo donde no se hayan quedado las madres sin sus hijos, los hijos sin su padre, las hermanas sin sus hermanos y las esposas sin sus maridos, dejando la roza o la cementera [sic] o el hato completamente desamparado, o a sus hijos o a su mujer enfermos”. Se citaba además un artículo reciente de *El Autonomista* en que se aducía que resistirse al reclutamiento era legítimo (*ES* 13.02.1899: 2-3).

que los castigos fueron particularmente útiles a los jefes para poder imponerse como superiores, en un contexto en que no estaban claramente delimitadas las jerarquías militares ni sociales y en que no se contaba con medios económicos abundantes para estar concediendo favores y exigir a cambio obediencia. La sangre fría de un jefe para imponer los castigos le concedía autoridad, esa capacidad era clave para mantener al menos a un grupo de hombres que le obedecieran. De la cantidad de hombres que un jefe tuviera bajo su mando dependía su poder.²⁵⁸ Por medio de los castigos y la severidad se lograba también el apoyo de la población y podía disminuirse el riesgo de las delaciones. Rafael Ernesto Conde afirmaba en su declaración que muchos de los vecinos de Doima no habían denunciado a las autoridades las exacciones de las guerrillas porque les daba miedo de las venganzas que podrían sobrevenir (AHI, cj. 321, f. 665v). Así mismo José María Prado, cuando le preguntaron por qué la gente de Anaime celebraba cuando llegaba Chaves, respondió: “Se alegran aparentemente, más por miedo que por gusto” (AHI, cj. 321, 679v).

Ahora bien, a pesar de la mala prensa que recibieron las fuerzas liberales del Tolima, los testimonios y las memorias no muestran que los jefes hubieran usado medidas muy violentas. Los castigos que solían imponer a quienes se resistían a las expropiaciones o las levadas, o los que se impartían a miembros indisciplinados de las tropas, eran comparativamente suaves, por ejemplo una paliza, la prisión o la expulsión de las fuerzas, pero no la pena capital. Como mencionábamos antes, Tulio Varón, por ejemplo, no era muy severo con sus hombres porque temía que desertaran (Jaramillo 1991: 48). Los jefes debían saber medir entre el rigor y también un cierto grado de permisividad con la indisciplina y desorden para evitar descontentos y desertión. Quien no era capaz de valerse de medios violentos para hacerse obedecer no lograba imponerse como jefe.

Pero el poder de estos no podía basarse solo en acciones violentas (cf. Riekenberg 1998: 196). La movilización de gente para las tropas dependió mucho también de lo que los jefes ofrecían. Durante la guerra, por tiempos, las condiciones de más básica subsistencia estaban en peligro. No solo escaseaban los alimentos y las fuentes de trabajo,

²⁵⁸ Esta carrera por tener más hombres bajo el mando generó pugnas permanentes entre los jefes liberales. Cf. por ejemplo Pérez 1904: 207; AHI, cj. 321, f. 674. Carlos Muñoz, jefe liberal de Cundinamarca que hizo algunas campañas en el Tolima, expresa las ventajas de tener un número mayor de subalternos: “la enemistad entre [Ramón] Marín y yo no tuvo otra causa que el haberse puesto a mis órdenes gran número de los caballeros que habían militado con él; y como notara que mi presencia en el Tolima le estaba mermando su prestigio, hora por hora, deseaba fusilarme, pero no se atrevía ni a proponérselo, porque entonces solo disponía él de cuatro a quinientos hombres y yo comandaba el doble” (Muñoz 1903: 40). De igual modo, Muñoz compitió con otro jefe en la localidad de La Palma, en Cundinamarca, porque este pretendía ponerse al mando de sus hombres, gracias a una autorización que le había dado el Directorio Liberal de Bogotá. Muñoz aducía que él había ganado con sus esfuerzos el mando sobre sus hombres y no iba obedecer órdenes de los dirigentes de Bogotá, que no conocían la situación en las localidades (42-46).

sino que también se estaba en riesgo de ser reclutado para un combate o sufrir expropiaciones. Era más beneficioso entonces tomar partido que permanecer neutral. Al fin y al cabo colaborar no implicaba necesariamente tomar las armas y enfrentarse en combates, sino que abarcaba formas de acción menos comprometidas y menos riesgosas, como servir de posta o baquiano, comerciar con productos expropiados, venderles o comprarles víveres a los grupos en armas. La mayoría trataba de participar de esta forma, arriesgando lo menos posible. Pertenecer a un ejército conservador o liberal podía aliviar, al menos temporalmente, las precariedades de la guerra. Los dirigentes de los ejércitos se preocupaban por mantener unas condiciones mínimas de bienestar en los soldados (empezando por ropa). La falta de estas era una razón que se aducía frecuentemente para desertar.²⁵⁹ Del lado liberal, vimos cómo grupos armados lograron mantenerse en pie debido a que controlaban zonas de movimiento comercial importante y mantuvieron buenas relaciones con hacendados, lo que les permitió tener los medios para dar unas mínimas garantías a los soldados, como alimento o sueldo. A falta de esos medios, también solían permitirse los saqueos, aunque estos generaban gran descontento, porque resultaban perjudicados todos los sectores sociales y no siempre se reparaba en el partido al que fueran favorables las víctimas del saqueo.

Ahora bien, no todo se jugaba en el plano económico. Se observa que entre la tropa podía crearse una identificación con los jefes. Si se seguía a un jefe era también porque este podía ofrecer unas ciertas perspectivas de triunfo. A un jefe perdedor se le iban los hombres. Esto lo explicaba muy bien el médico Herbert Spencer Dickey, que citamos antes, tratando de entender el éxito de Ramón Marín: “[L]os soldados rebeldes exigían cierta eficiencia a sus jefes, por simples razones de supervivencia (...) Los líderes de los bandos rebeldes solo seguían siendo líderes si tenían éxito en sus primeros encuentros. Quienes no lo tenían, pronto desaparecían” (citado por Deas 1993e: 311).

La identidad con el líder también se facilitaba por la cercanía social entre dirigente y dirigidos, que observamos antes al describir el origen social de varios de ellos. En ese caso, los líderes no solo imponían su autoridad desde arriba, sino que trataban de fomentar también lazos de hermandad y por ese camino de lealtad. Aun cuando existía una distancia social, los líderes trataban de acortarla adoptando la ropa, lenguaje y costumbres de sus seguidores, por ejemplo formas de pelear o de montar a caballo (Riekenberg 1998: 204). La estructura de organización, no tanto en grupos grandes, sino más bien en guerrillas,

²⁵⁹ Por ejemplo Antonio Cortés dijo que había desertado de las tropas del gobierno porque “no tenía ropa para vestirme” (AHI, cj. 321, f. 604).

también debió de permitir una más fácil identificación entre estas y sus jefes. Ya desde el tiempo en que se trató de formar un ejército unificado, este funcionaba como reunión de pequeños grupos que se identificaban con su líder, más que con el Ejército Liberal. Tras el fracaso de ese ejército, la tendencia a la formación de pequeños grupos se hizo más notoria. Eran grupos menos complejos para dirigir y sostener y también para la tropa era más fácil confiar y ser leal a un jefe cercano, con el que podían tener un trato más horizontal, que obedecer a un desconocido, como era muchas veces el caso entre los ejércitos conservadores.

Pertenecer a fuerzas conservadoras también implicaba generalmente ser obligado a trasladarse a lugares remotos. En un periódico de 1895 se hablaba de un batallón de tolimenses que, después de haber hecho una campaña vencedora en Tolima durante la guerra de 1885, habían sido enviados a Panamá y de allí solo pudieron volver en 1895 (*LT* 19.10.1895: 10). En la guerra de los Mil Días, los soldados antioqueños fueron conducidos a hacer campañas en Tolima y la Costa Atlántica. A la campaña de Santander, al comienzo de la guerra, fueron llevados muchos soldados que habían sido reclutados en Cundinamarca.²⁶⁰ Entre los liberales, las campañas que implicaron desplazamiento resultaron normalmente poco exitosas. La gente estaba dispuesta a moverse con su jefe solo localmente, los movimientos a otras regiones o departamentos eran apoyados por poca gente y llevaban generalmente a fracasos y deserciones. Las campañas de Ramón Marín, Tulio Varón y Ramón Chaves muestran que esas fuerzas funcionaban de mejor manera controlando militar y económicamente una zona específica que haciendo campañas en otras regiones.

Más que esperar favores políticos de sus jefes, o una recompensa al final de la guerra, o la posibilidad de ver hechos realidad unos proyectos de grupo, los seguidores exigían garantías de supervivencia. En principio, preferían colaborar arriesgando lo mínimo. Si había que tomar las armas, exigían seguridad, alimentación, vestido, autorización para saquear, alguna retribución económica. Cuando los jefes no podían proveer esas condiciones, perdían también su poder de imponer disciplina y exigir obediencia y comenzaban las deserciones y las delaciones. Del mismo modo, aquellos líderes que pudieron dar mejores condiciones de subsistencia a sus hombres *durante la guerra* fueron los que lograron formar grupos más numerosos y duraderos. Hemos estudiado tres zonas del Tolima en que durante buena parte de la guerra la economía siguió

²⁶⁰ Sobre estos desplazamientos en las campañas de conservadores pueden verse las memorias de Víctor Salazar (1943) y Jesús Cock (1946). Cf. también Tovar 2001.

funcionando, a cargo de grupos liberales en armas. La gente colaboraba en tanto podía gozar de esas garantías. Los momentos de deserción venían cuando ya no se garantizaba la subsistencia y aparecían otras opciones de vida que implicaban menos riesgo. La colaboración no era tanto una cuestión de ideología política; primaba más bien la necesidad de combatir las circunstancias adversas de la guerra minimizando los riesgos.²⁶¹

No obstante, los discursos ideológicos estaban en circulación permanente y a veces puede verse que en efecto lograron penetrar en la población. Las quejas que constituyeron la “gran causa” por la que entró en guerra el Partido Liberal fueron repetidas innumerables veces por los líderes de la contienda (cf. por ejemplo diferentes discursos de Uribe Uribe compilados por Carlos Urueta, 1904), por los liberales que posteriormente se dedicaron a salvar la memoria de su partido (por ejemplo la introducción a la compilación de Pérez y relatos del libro, pp. I-XLV; 74-87; 219-222), y también por los historiadores que han analizado la guerra de los Mil Días (cf. Tamayo 1938, Jaramillo 1991). Los discursos liberales insistían en la creación de una ley electoral que asegurara a los liberales la participación en los puestos principales de gobierno; también pedían que se restringieran las facultades del presidente, que se abolieran las restricciones a la libertad de prensa, que se restringiera la emisión de papel moneda, que este dejara de ser de curso forzoso y que se abolieran ciertos impuestos. Pero es evidente que estas razones no tenían mucho que ver con los intereses de los grupos populares. Las fuentes que hemos consultado no dan muchos datos sobre las maneras en que pudieron haberles sido expuestas a esos grupos las ideas liberales o si acaso se adaptaron discursos para transmitir esa ideología a la gente y movilizarlos localmente a luchar por el partido. No se encuentra claramente cómo esos objetivos nacionales eran articulados con preocupaciones de la gente en las localidades y cuáles eran las exigencias específicas de estos últimos. La relación entre la “gran causa” que conducía la guerra a nivel nacional y los conflictos locales no está clara en los documentos. Pero a veces se encuentran referencias que permiten vislumbrar que los jefes en efecto arengaban a sus tropas y hay esporádicas menciones al contenido de esos discursos. En un número extraordinario de un periódico de Pereira, *La Palabra*, publicado en 1910 en memoria de Aristóbulo Ibáñez, aparece un discurso que dio este en enero de

²⁶¹ Por eso estamos en desacuerdo con el politólogo alemán Herfried Münkler quien sostiene que una guerrilla, para obtener el apoyo de la población en una zona, necesita prometerles grandes ideales, que podrán ser alcanzados solo en el largo plazo, “denn wer sich an kurzfristigen Kosten-Nutzen-Kalkülen orientiert, wird Partisanen nicht unterstützen”. Por el contrario, el ejército les indica que piensen en el costo de ese apoyo, es decir, que se orienten por los intereses de corto plazo (Münkler 1990: 27-28). En el caso del Tolima se observa que ambos grupos, tanto insurgentes como ejércitos del gobierno, ofrecían sobre todo beneficios de corto plazo y la gente se movilizaba más por ellos que por la obtención de ideales lejanos.

1900 a sus hombres después de su triunfo en un combate en el centro del Tolima. En él se usa un adornado lenguaje con cierto contenido ideológico: “Nada ha sido capaz de amenguar nuestro generoso entusiasmo por la República y la Libertad”, “vencisteis las huestes de la Dictadura” que se empeña en “la confiscación del Derecho y el atropello de la Justicia”. Y finaliza: “vuestra es la gloria de esta jornada; un esfuerzo más y nuestras armas, dominando todo el territorio del Tolima, marcharán a paso de carga donde quiera que haya enemigos de la causa liberal” (*LP* 05.1910: 7-8). Un estilo parecido tenían los discursos que producían los jefes principales del partido, como Rafael Uribe Uribe, y que se encuentran también en las narraciones posteriores de la guerra y en las memorias. Así, por ejemplo, en una carta del jefe liberal Nicolás Buendía a Aristóbulo Ibáñez y Cesáreo Pulido, dice Buendía: el Partido Liberal “es entidad política respetabilísima, que proclama y defiende hermosos ideales de humanidad y de justicia; y que en larga lucha – ya casi secular – ha venido debatiéndose para afirmar en Colombia instituciones políticas y prácticas sociales conformes con la civilización”. En el relato de su campaña se hablaba también del “amor a la libertad y la fe en la justa Causa” de sus hombres (Pérez 1904: 39, 48). Fabio Lozano por su parte escribía que las fuerzas liberales del Tolima “no eran cuadrillas de malhechores como se les llamaba en las regiones oficiales, sino defensores convencidos de una idea grande, noble y fecunda [...]. [L]a única esperanza de salud para la Patria [...]. [E]l único sol de la Patria” (92).²⁶² El hecho de que no se pusieran en contextos específicos esos ideales y no se explicitara a qué se refería exactamente esa “justa causa”, o qué significaba en últimas “libertad”, podía ser útil para mantener el discurso abierto de modo que representara diferentes expectativas e intereses. Pero es difícil saber qué tan efectivo podía ser ese lenguaje para conmover a la gente y si en efecto los líderes se expresaban así para arengar a sus tropas o si acaso esos discursos fueron elaborados posteriormente para ennoblecer la campaña liberal en las publicaciones.

Creemos que además de esos textos elaborados y adornados que conservan las fuentes, debía haber mensajes cotidianos de los que no queda casi registro. Estos debían ser mensajes sencillos y directos, de contenido poco ideológico, que más bien buscaban transmitir ánimo o miedo, y crear, bien fuera por convicción o por temor, identidad con los del grupo y distinción de los contrarios. Un excombatiente de fuerzas liberales explicaba así su ingreso a estas: “A nosotros se nos engañó con promesas que aún no se han cumplido, tales como la de que el Partido Conservador estaba caído, una proclama del

²⁶² Como estas, hay otras referencias al partido como “la causa de la Libertad”, o al “ardiente amor a la libertad” de sus partidarios (Pérez 1904: 143, 156).

General Uribe, manuscrita, en la cual llamaba a las armas a los liberales y noticias que se recibían del Quindío entusiasmando a los liberales” (AHI, cj. 321, f. 602-602v).

Por su parte, en el relato de José de los Santos Durán sobre su participación en las fuerzas liberales de Anaime aparece esto:

Nos decían: ‘[...] esto ya se acabó! No tengan cuidado muchachos’. En Anaime nos echaban discursos el general Murgueito y Mora y nos decían que ya todo estaba por nuestra cuenta, que faltaba solamente cobrar las contribuciones para que en las poblaciones se colocaran guardias liberales (f. 676).

En estos testimonios se observan menciones a llamados de tipo ideológico, por ejemplo el hecho de que el propio Rafael Uribe Uribe los hubiera convocado por medio de una proclama *manuscrita* o que se aludiera a los liberales como “amigos de la libertad”. Pero en el mismo plano aparecen razones de tipo práctico que podían resultar más convincentes, como la noticia de que el partido del gobierno estaba casi derrotado y que la guerra ya se estaba acabando, lo que podría dar a pensar que el servicio que había que prestar era temporal. De hecho, en tanto esto no resultaba cierto, la gente comenzaba a desertar. El mismo Durán narraba que, en las fuerzas en que militó, muchos de los que se habían desplazado de Antioquia a Tolima se estaban saliendo o estaban aburridos “al ver que no es como nos decía el Coronel Mora, venir a Ibagué a un paseo, porque ya todo estaba arreglado” (f. 677).

Lo mismo se buscaba transmitiendo noticias triunfalistas. Estas al parecer eran efectivas para la movilización y para mantener el ánimo de las tropas. Rafael Ernesto Conde se burlaba de una nota que se leyó alguna vez entre las tropas de Tulio Varón “Uribe Uribe en la Costa Atlántica con diezmil hombres; el general Camargo se aproxima a Bogotá con sietemil hombres; el general González y Juan Zap [?] y Piojo, se tomaron Cali. Los conservadores piden tratados, pero Camargo se niega” (f. 654). Las noticias triunfalistas, aunque falsas, generaban en efecto entusiasmo, porque eran mezcladas con información verdadera y se presentaban sumadas a los pequeños triunfos locales que ellos conseguían en el Tolima. Según sigue Conde “con la toma de Girardot y la pelea de Piedras, creyeron muchos que ya faltaba muy poco para el triunfo definitivo” (654).

Sobre la transmisión de noticias falsas hay numerosas quejas de los mismos dirigentes de las tropas liberales del Tolima. Aristóbulo Ibáñez por ejemplo escribía sobre esto a Aquileo Parra, en tanto director del partido, en una carta del 2 de julio de 1900:

Aquí se duda seriamente del triunfo de las armas liberales en *Palonegro*. Hay más: se teme que haya sido un revés. Con ansiedad aguardamos detalles por conducto de usted, y desconfiamos de la veracidad de los que nos transmiten otros amigos, centros o personas,

porque tenemos sobrados motivos para suponer que, con la laudable intención de favorecer nuestra causa, pero en realidad perjudicándola involuntariamente, exageran los triunfos nuestros y las derrotas del enemigo, y adulteran la verdad en lo que se refiere a los elementos y fuerzas de que cada uno dispone. [...] tengo a la vista una comunicación dirigida ‘a los amigos del Cauca’ en que se les dice que en el Tolima tiene el Partido Liberal en armas *seis mil hombres*. ¡Cuánto dista este informe de la verdad! (Pérez 1904: 176-177).²⁶³

Con el tiempo se revelaba si las noticias eran falsas o no, o bien, los periódicos conservadores estaban constantemente desmintiendo la información²⁶⁴, pero su uso generalizado indica que esas exageraciones eran efectivas para movilizar y mantener a las tropas, al menos por lapsos de tiempo.

Otro mecanismo de cohesión era simplemente la identificación con el grupo a partir de la convivencia y las experiencias compartidas. Esto es constatable en cualquier guerra: “Any long-lasting armed conflict between two human collectives creates socio-psychological distinctions, clarifying the definitions of ‘us’ and ‘them’” (Núñez Seixas 2008: 47). Los actos de guerra mismos justificaban su continuación, permitían dar base a la idea de que se era víctima y era comprensible seguir en armas. En la guerra aparecían nuevas quejas: la crueldad de los contrarios, el irrespeto a salvoconductos y treguas, los fusilamientos, el maltrato en prisión, las expropiaciones, los sacrificios y cansancios. Todo ello también creaba lazos de hermandad y acrecentaba las lealtades.

Pero, al observar la evolución de la guerra, constatamos que si bien esos distintos mecanismos de levantamiento de hombres para la guerra fueron efectivos, en tanto en el Tolima los liberales estuvieron en armas durante toda la guerra, los ejércitos fueron muy débiles y no lograron imponerse sino en algunas localidades y por temporadas. Aquellos más comprometidos con el triunfo del partido no lograron establecerse hegemónicamente sobre la población durante la guerra. Los pobladores rurales del Tolima, a pesar de gozar de condiciones de vida precarias, tenían un campo relativamente amplio para moverse (territorios de frontera aún sin colonizar, fincas, fábricas de tabaco y minas en donde se necesitaba mano de obra), que así como les permitía escapar al control del Estado conservador, les permitió en la guerra escapar a los intentos de control de los contra-Estados que trataron de formarse.

²⁶³ Otras quejas por la misma causa en Pérez 1904: 143-145, 150-151. Uribe Uribe fue acusado por sus partidarios de la derrota que sufrió el partido en el levantamiento contra el gobierno en 1895. Este se defendió diciendo que el levantamiento se inició porque se transmitieron noticias falsas sobre la cantidad de armamento con que se contaba y durante el conflicto se difundieron “bolas” triunfalistas para continuarlo (cf. AGN, ACH, Rafael Uribe Uribe, rollo 12, cuaderno de notas con título “Prólogo”, fs. 16-30).

²⁶⁴ Cf. por ejemplo *LO* 26.11.1900: 330; 07.12.1900: 370.

Las diferentes formas de imposición y de cohesión de los grupos armados liberales que acabamos de enumerar indican que los lazos que pudieron formarse entre jefes y subalternos fueron muy débiles y de carácter generalmente temporal. La gran mayoría de los participantes tuvo una relación circunstancial y acomodaticia con la guerra, poco o en absoluto determinada por la identidad política. Su comportamiento se rigió más por las nuevas situaciones que se iban presentando. La sola acción militar, la apropiación de bienes, el pillaje, no garantizaban la subsistencia por mucho tiempo. Había que combinar esas actividades con el trabajo. Como se evidencia en los interrogatorios que estudiamos con detalle en el punto 4.4.2., la población campesina desempeñó múltiples actividades durante la guerra: agricultura (tanto en sus propiedades como en cultivos de otros), combinada con aserrío, construcción, minería, arriería, ganadería, producción, comercialización de alimentos, entre otros. Los pobladores rurales del Tolima tenían posibilidades de subsistencia relativamente variadas. En ciertas ocasiones tomar las armas podía ser una de ellas. Sin embargo, si la vida en armas era difícil, si no se recibía suficiente jornal, si escaseaban los alimentos y la ropa, si no eran bien tratados por sus jefes, si no tenían una cierta seguridad, la gente prefería irse a buscar suerte de otra manera. La guerra no era el único destino posible, se presentaban constantemente alternativas y cierto campo de acción y decisión, de hecho fue permanente la entrada y la salida de la guerra. Los fines políticos no fueron el principal móvil. Solo a medida que se fue prolongando el conflicto, se fueron haciendo más claros los bandos, pues la guerra misma agudizó las enemistades. Al ver morir compañeros y familiares, al radicalizarse los discursos, al criminalizarse las acciones, no solo el señalamiento del contrario se hacía más fácil, sino que la propia identidad se definía mejor.

4.5. Conclusión

El análisis de la guerra de los Mil Días nos ha permitido mostrar diferentes aspectos de la vida política en el Tolima. Hemos criticado la tesis de que existía entre los pobladores de provincia, aun entre las personas de más bajo nivel socioeconómico, un profundo sentimiento de compromiso con un partido, que habría sido la causa principal de la guerra de los Mil Días. A excepción de algunos pueblos como Líbano o Anaime, que tenían conflictividades específicas, la participación en la guerra fue en principio vacilante y dividida. No se formaron dos bandos, sino múltiples frentes de guerra que solo lograban unificarse por temporadas. Los grupos populares participaron en la guerra según el bando

que dominara en su zona de habitación y que fuera más efectivo para hacer reclutamientos y mantener a las tropas. Hemos mencionado muchos factores, diferentes de la adscripción partidista, que hacían movilizar a la gente y hemos mostrado cómo en la situación de guerra misma se iban constituyendo los bandos y las adscripciones políticas.

De otro lado, hemos subrayado de nuevo, como ya lo habíamos hecho en el capítulo anterior, que hasta los más desfavorecidos económicamente, tuvieron una relativa libertad de acción en la guerra. Ello se observa en los recorridos de los combatientes, quienes no solo participaban en combates, sino que también, y quizás en mayor medida, ejercían otras actividades y estaban constantemente entrando y saliendo de las fuerzas en armas, según las circunstancias. Las actitudes reticentes, acomodaticias o interesadas frente a la participación en la guerra revelan que los habitantes del campo no eran agentes pasivos y fácilmente explotables por líderes poderosos (“gamonales” o “caudillos”), una imagen que puede encontrarse aun hoy en estudios historiográficos.

Pero también hemos observado en las actuaciones de los habitantes del campo en la guerra, que su acción no se orientaba por fines políticos de largo plazo. En particular quienes participaron del lado de fuerzas liberales no estaban manifestando con ello un descontento contra el gobierno conservador, ni pueden verse esas fuerzas como formas organizadas de protesta contra este (así como habíamos visto en el tercer capítulo que en el tiempo anterior a la guerra los conflictos no condujeron al reconocimiento de unos intereses comunes y organizaciones populares en torno a esos intereses). No encontramos programas estructurados diseñados por esos grupos en que hicieran exigencias de reformas o propusieran proyectos en términos nacionales. Su actuación respondió más bien a la manera en que se fueron presentando las situaciones. Ni el Estado ni las fuerzas insurrectas alcanzaron tanto poder como para dominar durante toda la guerra una zona y sus habitantes, dejaban pues espacios de acción en los que la gente podía oponer resistencia sin tener que organizarse para ello. Así, a veces resultaba posible y más ventajoso permanecer neutral, mientras otras veces era más beneficioso tomar partido. Siempre estuvo abierta la alternativa de la deserción, como lo muestran numerosos testimonios que hemos citado.

Charles Bergquist (2004) ya había señalado esa ausencia de proyectos de los grupos populares que actuaron en la guerra de los Mil Días: “no hay evidencia de que [...] líderes y fuerzas populares hayan evolucionado hacia la articulación de un proyecto social que pudiera democratizar las disposiciones sobre la tenencia de la tierra, la reforma a los sistemas explotadores de trabajo o el cambio en las políticas que desfavorecían ampliamente a los colonos en la adjudicación de las tierras públicas” (84). Bergquist

parece desilusionado con esos grupos populares, porque no “evolucionaron” hacia la creación de un proyecto social y político a favor de sus propios intereses. Consideramos más pertinente tratar de entender esa actitud poco comprometida de los grupos populares como una postura consciente, también orientada por intereses, pero intereses menos altruistas, más inmediatos, de salvar la propia existencia más que favorecer el bien común.

Hemos observado también que esta actitud no se encuentra solo entre los grupos populares, sino también entre los notables. Ellos tampoco conformaron frentes muy homogéneos de intereses, sino que se mantuvieron en pugna constante entre ellos. Así como en la discusión sobre los impuestos a la producción de aguardiente, en sus intentos fracasados de formar un frente liberal homogéneo se observa la poca unión que en realidad alcanzaron los notables.

Hemos llegado a la conclusión de que el Tolima no fue una región particular, en que la gente del común estuviera comprometida con la rebelión en mayor medida que los pobladores de otras regiones. La magnificación de la guerra del Tolima pudo haber sido más bien un efecto discursivo, en tanto la prensa de Bogotá veía con mayor temor los grupos que amenazaban la capital de cerca, a los rebeldes que estaban geográficamente más lejos. En efecto, la posición geográfica del Tolima, por donde debía pasar permanentemente comercio y gente que iba para Bogotá, lo hacían un punto neurálgico. Al mismo tiempo, era una región que se había desarrollado económicamente, pero con poca intervención del Estado, lo que hacía posible la aparición de órdenes alternativos al del Estado, con un poder relativamente importante que eventualmente podían convertirse en una amenaza fuerte por su estratégica ubicación.

Pero ello no quiere decir que la guerra se prolongó en el Tolima, por la organización con que contaban los insurrectos antes del conflicto o porque hubieran exhibido grandes capacidades militares y de resistencia. La prolongación de la guerra muestra más bien la precariedad del Estado, su poca capacidad de control, lo que permitía que economías locales pudieran funcionar de manera activa y autosostenerse, aun en tiempo de guerra.

5. CONCLUSIONES

El presente trabajo ha querido mostrar una mirada de la política que normalmente no ha sido tenida muy en cuenta por la historiografía colombiana. Como lo señala Alexander Betancourt (2007: 214-227), si bien han primado en la historiografía colombiana los estudios sobre política, esta se entiende desde los grupos dirigentes y los líderes más importantes de los partidos, y poco se ha indagado por ella definiéndola en un sentido más amplio como la lucha por el poder de los diferentes grupos que conformaban la sociedad.

Aquí se hace una exploración de la vida y la política provincial en un momento de la historia de Colombia en que se impuso un nuevo régimen político, centralista y conservador, la “Regeneración”. Para ello hemos reconstruido diferentes procesos conflictivos que vivió el departamento del Tolima en ese período incluyendo la guerra de los Mil Días. El objetivo central de la investigación ha sido ver en qué sentidos pueden entenderse a los habitantes de las provincias como actores políticos, que ha sido la manera como en los últimos años numerosos trabajos historiográficos sobre América Latina han tratado de recuperar la acción de los grupos socialmente marginados. Hemos sostenido que desde un sentido amplio del término “actor político”, las acciones de los habitantes de Tolima, incluso de los campesinos, fueron políticas. Ese sentido amplio abarca todas las acciones emprendidas con miras a oponerse a los intentos de otros más poderosos de imponerse sobre ellos. Hemos señalado a lo largo del trabajo, cómo los actores populares tuvieron diferentes modos de reaccionar cuando actores de más poder, el Estado entre ellos, intentaban imponer medidas perjudiciales para ellos y obtener más control. Pero si se parte de una definición más estrecha de política, como acciones en pro de unos intereses conjuntos y con miras a imponer nacionalmente unas ciertas medidas o aun formas de Estado distintas, no podemos afirmar a partir de las fuentes consultadas que las acciones de los actores analizados fueran políticas, pues hemos encontrado que estos persiguieron sobre todo intereses individuales más que fines trascendentes o la imposición de programas específicos por medio de instituciones políticas modernas como los partidos, las elecciones, el fomento de leyes o el impulso de guerras, si esos mecanismos no funcionaban.

La sociedad tolimense sufrió durante la segunda mitad del siglo XIX grandes transformaciones a nivel económico y social. La agricultura sufrió un acelerado desarrollo

y ello produjo el aumento de capitales individuales al tiempo que abrió también la frontera para la explotación del campo en pequeñas parcelas. Estos cambios generaron nuevas fuentes de riqueza que el Estado solo en poca medida controló; el desarrollo económico obedeció más que todo a la iniciativa individual o de pequeños grupos.

De esa competencia por nuevas riquezas, cambios en la estructura poblacional, aparición de nuevas opciones comerciales, pero también mayor competencia y más control estatal, surgieron diferentes conflictos en el ámbito local. En ellos se manifestaron tensiones entre diferentes actores que hacían parte de ese mundo local: pequeños colonos, pero también poseedores grandes de tierras, comerciantes, el Estado. Aunque algunos actores tenían más poder que otros, también los más débiles lograron oponer resistencia e imponer sus formas de acción y sus intereses. Pero no encontramos que hubieran organizado esa resistencia uniéndose a otros, ni aliándose a un partido o a un líder.

Aun contra el Estado fue posible resistirse sin tener una gran organización, y ello aunque a finales del siglo se puso en marcha un régimen de gobierno más autoritario que pretendió ejercer un mejor control sobre la sociedad. Ese nuevo orden, creado por las élites del gobierno desde la capital, chocaba constantemente con dificultades cuando los agentes del Estado querían imponerlo en las localidades. Al ser mirado el Estado, no tanto desde el discurso creado y transmitido por las élites políticas, sino a partir de las repercusiones de sus políticas a nivel local, y a partir de los problemas enfrentados por los agentes que representaban al Estado localmente, no aparece este como un ente abstracto que se impone, sino como actores concretos, también orientados a la persecución de beneficios personales, que estaban obligados a discutir y negociar todo el tiempo para imponerse sobre el resto de la población.

Esa visión debilita la idea que transmitieron los liberales y que la historiografía ha enfatizado sobre el carácter despótico del gobierno de la Regeneración. El Estado no fue la entidad fuerte y centralizada que pretendía ser, ni la autoridad dictatorial que no accedía a negociar, como la presentaban los liberales excluidos de los puestos de gobierno. Hemos encontrado que, en la práctica, muchas de las reformas que trataron de imponerse resultaron irrealizables dado que el Estado continuaba siendo un ente débil y con poca presencia más allá de unas cuantas poblaciones grandes. A partir del estudio del período que precedió a la guerra de los Mil Días y de los años en que esta tuvo lugar, hemos encontrado que la guerra no fue un levantamiento de liberales de origen popular contra el autoritarismo del gobierno. Si bien el discurso del enfrentamiento partidista era el que circulaba corrientemente y algunos individuos, cuyas carreras han sido más destacadas por

la historiografía, orientaron sus acciones decididamente por esos discursos, la mayoría, incluyendo personas de nivel económico alto, tomaron parte en la guerra de manera poco decidida, trataron por mucho tiempo de mantener una posición neutral y su colaboración obedeció a intereses y necesidades que iban más allá de la mera defensa de su partido.

Esta colaboración no se orientaba por un fervor partidista que hiciera de la participación en la guerra un deber. Pero hemos tratado de mostrar que las motivaciones de la gente en provincia para entrar a la guerra no pretendían tampoco imponer proyectos concretos de reformas favorables para un grupo identificado con una causa. Los estudios recientes sobre cultura política popular interpretan las guerras internas (e internacionales cuando las hubo) como momentos en que los grupos populares pudieron ventilar conflictos larvados y se abrió un espacio para poner en funcionamiento sus propios “programas políticos”, o sus “ideas de nación”, o su “republicanismo popular”. En la región de nuestro estudio no encontramos ese tipo de acciones comunales concertadas, ya que antes de la guerra no había comunidades de mucha tradición, sino que predominaban poblaciones de formación reciente. Probablemente resultaba más plausible ganar un pleito si las quejas eran presentadas por un grupo numeroso, pero esas peticiones colectivas eran estrategias de acción, no necesariamente revelan un verdadero espíritu comunitario. En los pleitos que estudiamos encontramos que las personas estaban dispuestas a actuar de la manera más beneficiosa o menos perjudicial para ellas, sin importar los intereses del grupo.

Más que en la rivalidad partidista, hemos enfatizado en el hecho de que la guerra creó su propia conflictividad. Se puede aceptar que, en ciertos casos, conflictos larvados pudieron estar presentes en la decisión de algunos de entrar a la guerra en principio, pero no fueron esos los motivos de mucha gente y aun aquellas primeras motivaciones no subsistieron hasta el final, no hicieron que la gente continuara en la guerra hasta ver sus quejas subsanadas. Tampoco fueron esos conflictos los que prolongaron la guerra. La guerra se prolongó porque el gobierno contaba con muy poco poder para terminarla y los levantados contaban con un poder local suficiente para no dejarse doblegar. Ante todo, la participación en la guerra obedeció a las necesidades inmediatas impuestas por la misma guerra. Para captar ese carácter local y los intereses poco trascendentes de los conflictos que se presentaron en el Tolima antes y durante la guerra de los Mil Días consideramos muy apropiado el concepto “conflictos segmentados” de Michael Riekenberg (2003).

Surge la pregunta sobre si la población colombiana quedó más claramente dividida en partidarios liberales y conservadores tras la guerra. James Henderson detalla violentos

enfrentamientos entre liberales y conservadores a partir de la segunda década del siglo XX en el Tolima. En especial en Líbano las jornadas electorales generaron fuertes peleas e incluso muertos. Aparece también en su relato que para ese momento dentro del Líbano había caseríos que tenían un claro color político y hacendados de ambos partidos solían movilizarlos para esas jornadas electorales (Henderson 1984: 59-61). Pero como hemos indicado, en el Líbano podía observarse una particular pugna partidista desde hacía décadas. En otras zonas, al menos en la primera década del siglo, el panorama no mostraba una división tan clara.

Debe advertirse, por otro lado, que dentro de los partidos continuó habiendo profundas divisiones. Entre los liberales, el hecho de haber sido derrotados generó diversas inculpaciones y exculpaciones. Entre los conservadores, la división entre nacionalistas e históricos continuó, pero también se presentaron pugnas entre aquellos que propugnaban por continuar o radicalizar la exclusión de los liberales y aquellos que optaban por políticas más conciliadoras. Durante 1904 la Asamblea de diputados del Tolima, todos conservadores, y el gobernador, se mantuvieron en una pugna permanente. El gobernador decía no estar de acuerdo con la manera como habían tomado posesión del cargo algunos de los diputados. Luego desconoció la elección de senadores que hizo la Asamblea e interceptó la correspondencia que envió esta al Ministerio de Gobierno en Bogotá informando de la elección. Algunos diputados se pusieron del lado del gobernador. Al parecer era motivo de pugnas la división entre conservadores radicales y moderados, así como los intereses de los conservadores del sur contra los del resto del departamento (*EC* 30.06.1904: 2-3).

El nuevo departamento del Huila también estuvo marcado por divisiones de los conservadores. Tras la alianza de diferentes sectores conservadores que apoyó la iniciativa de su separación, rápidamente los conservadores se desmembraron en nacionalistas e históricos. Pero también los conservadores del sur se vieron relegados por los del norte, en donde quedaba ubicada Neiva, la capital del nuevo departamento (Salas 1996: 178-179). El panorama se complicó aun más por la figura del presidente Rafael Reyes, quien generó primero gran apoyo y luego rechazo, como veremos en seguida.

Contrario a la situación de pugna en el interior de los partidos, hubo entre muchos de los partidarios liberales y conservadores un claro afán de conciliar las dos colectividades. Es notable por ejemplo un sentimiento de hermandad que reinó cuando se hizo pública la separación de Panamá en 1903. Periódicos liberales y conservadores llamaron a la conformación de un Ejército Nacional que se desplazara a Panamá a defender la soberanía

sobre aquel territorio. Incluso un importante general conservador convocó oficialmente al liberal Ramón Marín para que asumiera un puesto de mando en ese ejército (*EC* 16.01.1904: 3).

Este afán conciliador no se presentaba solo a nivel de la política nacional, sino también en las localidades. Se percibe por ejemplo en el periódico ibaguereño *El Combeima*, de tendencia conservadora, que comenzó a ser publicado en 1903. El objetivo principal del periódico era propiciar la concordia entre los partidos, según declararon al momento de su fundación (21.09.1903: 1). Con miras a alcanzar ese objetivo, criticaban constantemente el manejo conflictivo y sectario que se daba a la política en Bogotá (04.03.1904: 3; 11.03. 1904: 1; 24.07.1904: 1) e invitaban a mirar más bien los ejemplos de los prósperos distritos del Quindío y de Antioquia que, según ellos, se ocupaban poco de política y concentraban sus esfuerzos conjuntos en el desarrollo económico (03.10.1903: 1; 04.12.1903: 4). En ese sentido, el periódico propugnaba por obras de fomento en las localidades (24.07.1904: 4; 04.08.1904: 6). El mismo tono mantuvieron posteriormente los periódicos *El Tolimense* y *El Nuevo Tolima* que circularon en Ibagué en 1906 y 1907 respectivamente. *El Tolimense* era un periódico claramente conservador y religioso, mientras *El Nuevo Tolima* tenía redactores de tendencia más liberal, aunque apoyaban al gobernador conservador y publicaban anuncios publicitarios de personas de las dos tendencias políticas. Pero ambos periódicos propugnaban por una política de concordia y hacían insistentemente campaña para no recaer en las viejas discusiones partidistas y más bien invertir los esfuerzos en el impulso a obras de fomento y en una educación orientada a lo práctico.²⁶⁵ De nuevo en estos periódicos aparece menos reflejada la “realidad” que los deseos, ideas y proyectos de los editores, pero resulta pertinente destacar el afán conciliador, más que polarizador que asumieron tras la guerra varios de los miembros de la notabilidad local de Ibagué, que eran los directores y patrocinadores de estos periódicos.

Esta actitud coincide con la asumida por el gobierno a nivel nacional. Rafael Reyes inició su período presidencial en 1904 con un proyecto de gobierno moderado más abierto a la participación de liberales. En ese año reunió una Asamblea Nacional Constituyente y Legislativa para reformar la constitución y hacerla menos autoritaria. Entre las reformas promovidas se estableció que el presidente y los representantes a la Cámara serían elegidos por voto directo de los ciudadanos, pero se consideró como tales a los individuos que

²⁶⁵ Cf. por ejemplo *ETe* 13.07.1906: 1, 2; *ENT* 10.10.1907: 1-4; 18.10.07: 4; 17.11.07: 3.

supieran leer y escribir, o con renta anual de 300 pesos o propiedad raíz de 1000 pesos. La elección de concejeros municipales y diputados a la Asamblea departamental se estableció como universal. Se redujo el período presidencial de seis a cuatro años y se prohibió la reelección inmediata de presidente. La elección de los miembros de la Corte Suprema de Justicia dejó de ser potestad del presidente y pasó a serlo del Congreso. Se promovió la subdivisión de los departamentos en entidades más pequeñas. Con base en esta política fue subdividido el Cauca en los departamentos de Nariño, Cauca y Valle del Cauca; del Tolima surgieron Huila y Tolima, mientras que algunos municipios al norte del Tolima junto a algunos del sur de Antioquia pasaron a formar el departamento de Caldas; Santander y Bolívar también se dividieron creándose los departamentos de Norte de Santander y Atlántico. Se promovió la libertad de imprenta y se abolió la pena de muerte. Y una reforma central: se promovió la ley de “minorías políticas” que garantizaba un porcentaje de los puestos en el Congreso, Asamblea departamental, los Concejos municipales y en las juntas electorales a las minorías, que en la práctica en ese momento quería decir el Partido Liberal.²⁶⁶

Estas reformas se aprobaron finalmente solo en 1910, habiendo sido depuesto Reyes de la presidencia. Reyes había cerrado el Congreso desde 1904 para tener más libertad para llevar a cabo las reformas a la constitución. Pero ello le permitió manejar la Asamblea Constituyente a su antojo y obtener de ella poderes cada vez más dictatoriales, por ejemplo su período presidencial ya había sido prolongado hasta 1914. Una alianza liberal - conservadora finalmente ayudó a destituir a Reyes en 1909. Ya Reyes fuera del poder, se reabrió la Asamblea Constituyente y se proclamó la Reforma de 1910, en la cual se aprobaron casi todas las reformas promovidas por Reyes (Bergquist 1999: 376-377; Uribe Vargas 1985: 206-213).

Ahora bien, ¿puede decirse que estas reformas fueron respuesta al descontento creciente de los grupos populares contra el gobierno regenerador o que contuvieron puntos que habían formulado estos grupos antes y durante la guerra recién terminada?²⁶⁷

²⁶⁶ Los historiadores Mazzuca/Robinson (2009) sostienen de manera convincente que el período de guerras civiles logró cerrarse justo cuando las élites de los partidos se pusieron de acuerdo en establecer esta ley que aseguraba a las minorías políticas un determinado porcentaje de participación en los cuerpos legislativos.

²⁶⁷ Peter Guardino trata de demostrar que una importante reforma a la constitución de México hecha a mediados del siglo XIX, que confirmó el gobierno liberal y federal, no solo fue obra de los miembros de las élites que la firmaron, sino que reflejó los intereses de la gente del común, forjados en las décadas anteriores (Guardino 1996: Capítulo 6). ¿Puede sostenerse algo así para la reforma de 1910 a la constitución colombiana?

Si bien la gente del común pudo haberse visto indirectamente beneficiada por el debilitamiento del ejecutivo, por la autonomía ganada por las regiones, por la libertad de prensa, por la abolición de la pena de muerte o por la ampliación del derecho al voto, según lo vimos estudiando los conflictos anteriores a la guerra y el desarrollo de esta, no fueron ésas preocupaciones de los grupos populares, no vieron en esos términos sus conflictos locales, ni fueron éstos sus móviles principales para entrar en la guerra. La ley de minorías electorales, e incluso la del sufragio universal traducían intereses de las élites de los partidos, que era a quienes interesaba pertenecer a los cuerpos legislativos y tener una base electoral que votara por ellos. La desmembración del Tolima tampoco se derivó del interés popular, sino de acuerdos de los notables.

Fue solo en un momento posterior, sobre todo desde la segunda década del siglo XX, que los partidos empezaron a ser realmente de masas, que sus líderes comenzaron a hacer programas que trataban de incluir a todos los sectores de la población y que esos pobladores también se interesaron por ser incluidos en los partidos. A ello contribuyeron fenómenos como la industrialización, la creciente urbanización, las nuevas doctrinas sociales adoptadas por la Iglesia Católica, una mejor organización de la economía nacional y el notable aumento de las finanzas nacionales, procesos que a finales del siglo XIX aún no eran muy notorios (Palacios 1995: Capítulo 2). Para dar coherencia a sus colectividades, los dirigentes de los partidos de comienzos del siglo XX de nuevo instrumentalizaron el pasado, hicieron énfasis en la “histórica división” entre liberales y conservadores y en la tradición de la lucha bipartidista, que, como hemos visto, no había sido tan radical ni tan clara, ni siquiera en los momentos de guerra civil.

La pregunta que queda abierta no es tanto la de por qué fue tan importante para los colombianos desde el siglo XIX su identificación partidista. Hemos lanzado la tesis de que, para muchos sectores de la población la importancia de esa identificación puede ponerse en duda para finales del siglo XIX. Pero también la radicalidad de la división partidista al momento de la Violencia de mediados del siglo XX ha sido puesta en duda. Por ejemplo Mary Roldán, en su estudio sobre la Violencia en Antioquia ha tratado de mostrar que el conflicto allí no tuvo como principal móvil la identificación partidista y los odios generados por esa adscripción (Roldán 2002: 22-29). La pregunta es más bien por qué ha subsistido por tanto tiempo la idea de la existencia de un bipartidismo a ultranza que explicaría los más dispares conflictos de épocas muy distintas, al punto que aun hoy sigue siendo asumido como la principal explicación de la violencia (y en especial de *la*

Violencia) en Colombia al menos hasta los años 80, en que aparecieron otros factores de conflicto y se redujo el papel de los partidos políticos tradicionales.

Estudios recientes sobre la cultura política popular han lanzado audaces interpretaciones sobre el rol político desempeñado por los sectores populares. Nosotros hemos llegado a conclusiones más conservadoras, pero que a nuestro parecer se mantienen más fieles a la información hallada en las fuentes. Compartimos la posición de Eugen Weber, quien en su estudio sobre la politización de los campesinos en Francia en el siglo XIX halló que los móviles de esos campesinos se seguían circunscribiendo hasta el final del siglo al ámbito local. Pero el mostrar ese alcance limitado de los objetivos de estos actores no es quitarle valor a sus acciones ni tratarlos con condescendencia. Lo que sostiene Weber es que defender una política abstracta no es una actitud necesariamente mejor que defender los intereses y lealtades locales, limitados y prosaicos, que era lo que preocupaba a la gente en las localidades (Weber 1980: 546-549). Hemos citado a varios historiadores que pretenden dar valor a la acción de grupos subalternos mostrando que sus acciones obedecieron a ideales republicanos y democráticos, pero si lo que esos grupos hicieron fue seguir a los vecinos o a un líder que los empujó a ello, o actuar siguiendo intereses concretos e inmediatos, más que ideas abstractas, se debe tratar de entender ese fenómeno tal como se presenta. Puede parecer decepcionante, como lo decía Charles Bergquist (2004), que las clases populares colombianas a finales del siglo XIX no hubieran logrado la conformación de intereses grupales que hubieran defendido por medios legales, democráticos o por medios violentos en las guerras, pero si no es eso lo que indican las fuentes, lo que hay que hacer es tratar de entender sus móviles y por qué actuaron de esa manera.

Ello no impide negar la acción subalterna. Hemos visto a lo largo del trabajo que los grupos subalternos en el Tolima no se formaron en torno a ideales comunes. Pero de igual manera el Estado y las élites, a pesar de tener más poder, no podían ejercer gran control sobre el resto de la sociedad. El Estado en Colombia no representaba un proyecto monolítico que se hubiera impuesto paulatinamente hasta hacerse finalmente hegemónico. El Estado más bien se constituyó en el constante enfrentamiento entre las élites, manifestado en los múltiples conflictos civiles del siglo XIX y en los obstáculos que se presentaban al momento de imponerse los planes en el nivel local. En ese contexto la acción subalterna, aunque fragmentada, mostró ser efectiva, en tanto esos grupos lograron defender sus intereses a pesar de su posición desventajosa con respecto a otros actores y,

en últimas, aunque de manera indirecta y sin que fuera éste su objetivo, también contribuyeron en el proceso de constitución del Estado nación en Colombia. De ahí que puedan ser considerados ellos también como “actores políticos”.

6. BIBLIOGRAFÍA

Lista de abreviaturas

ACH	Academia Colombiana de Historia
AGN	Archivo General de la Nación
AHH	Archivo Histórico de Honda
AHI	Archivo Histórico de Ibagué
PRO	Public Record Office, Foreign Office
Cj	Caja
Cr	Carpeta
Fs	Folios
Lg	Legajo
Pq	Paquete
T	Tomo

Documentos de archivo

Archivo General de la Nación (AGN)

- Archivo Anexo. Ministerio de Guerra
- Fondo Academia Colombiana de Historia (ACH): Colecciones Otero D'Costa, Juan E. Manrique, Aquileo Parra, Rafael Uribe Uribe
- Fondo Baldíos
- Fondo Gobernaciones (Tolima)

Archivo Histórico de Honda (AHH)

Archivo Histórico de Ibagué (AHI)

Public Record Office, Foreign Office (PRO)

Prensa (años consultados)

EA El Autonomista. Bogotá (1899)

EC El Combeima. Ibagué (1903)

- ED El Día. Honda (1894)
- ENT El Nuevo Tolima. Ibagué (1907)
- EM El Municipal. Neiva (1893-1898)
- EOP El Orden Público. Bogotá (1899-1900)
- ES El Salto. Honda (1897)
- ET El Tolima. Ibagué (1894)
- ETe El Tolimense. Ibagué (1906)
- LC La Crónica. Bogotá (1899)
- LO La Opinión. Bogotá (1900-1902)
- LT La Tregua. Ibagué (1895-1896)
- LV La Verdad. Ibagué (1897)
- LVP La Voz del Pueblo. Honda (1899)
- RO Registro Oficial. Periódico oficial del departamento del Tolima (1899)
- RM Registro Municipal. Periódico oficial del distrito de Ibagué (1896)

Fuentes publicadas

- André, Edouard (1878) : “L’Amérique Equinoxial (Colombie, Equateur, Perou)”. En: *Le Tour du Monde*, 35, 1, pp. 129-224.
- Angarita, Manuel José (1898): “El monopolio y la Constitución”. Bogotá: Imprenta de La Luz.
- (1899): “Informe del señor doctor Angarita”. Bogotá: Tipografía de La Luz.
- Anuario estadístico de Colombia (1875). Bogotá: Imprenta de Medardo Rivas.
- Arbeláez, Tulio (1936): *La guerra de los tres años. Episodios de la guerra de 1899 a 1903. Campañas del general Cesáreo Pulido*. Bogotá: Imprenta Nacional [1ª ed. 1904].
- Arboleda, Enrique (1905): *Estadística General de la República de Colombia*. Bogotá: Imprenta Nacional.
- (1950): *Palonegro*. Bucaramanga: Imprenta del Departamento [1ª ed. 1900].
- Caballero, Lucas (1980): *Memorias de la guerra de los Mil Días*. Bogotá: El Áncora Editores [publicado por entregas en *El Tiempo* en 1938].
- Calderón, Eduardo (1911a): *Horrores de los conservadores de Ibagué en la guerra pasada*. Bogotá: Imprenta de “El Liberal”.
- (1911b): *Horrores de los conservadores de Ibagué en la guerra pasada. Segunda Parte*. Bogotá: Imprenta “La Civilización”.

- Cardoso, Alí (1894): “Providencias ilegales del gobernador del Tolima”. Bogotá: Casa Editorial de J.J. Pérez.
- Cardoso, Alí (1898): “El monopolio del Tolima y la palabra del gobierno”. Bogotá: Imprenta de La Crónica.
- (1899): “La propiedad en el Tolima”. Bogotá: Imprenta de La Crónica.
- Censo General de la República de Colombia (1912). Bogotá: Imprenta Nacional.
- Cock, Jesús (1946): Memorias de un coronel recluta. Medellín: Editorial Bedout.
- Código Penal (1890). Bogotá: s.e
- Código Político y Municipal (1888). En: Ordenanzas del departamento de Cundinamarca. Códigos de policía y político municipal. Bogotá: Imprenta de La Luz.
- Decretos Legislativos expedidos durante la guerra de 1899 a 1902 (1902). Bogotá: Imprenta de Vapor.
- Díaz Castro, Eugenio (1967): Manuela. Cali: Carvajal [1ª ed. 1866] <<http://www.banrepcultural.org/blaavirtual/literatura/manuela/indice.htm>> (22.10.2010).
- Dickey, Herbert Spencer (1929): The Misadventures of a Tropical Medico. Nueva York: Dodd, Mead & Company.
- Durán, Justo L. (1904): Narración histórica del General Justo L. Durán. Bogotá: Imprenta Liberty.
- Durán, Miguel M. (1881): Memoria que el Secretario de Gobierno del Tolima dirige al Presidente del Estado para la Asamblea Lejislativa de 1881. Neiva: Imprenta del Estado.
- Flórez, Rafael (1898): “Comparemos”. Bogotá: Imprenta de Luis M. Holguín.
- Folíaco, Ignacio (1903): A la Nación. Exposición de los hechos militares consumados en el Departamento del Magdalena desde el 31 de diciembre de 1901 hasta el 9 de julio de 1902. Bogotá: Imprenta de Vapor.
- García, Laureano (1900). Combate de Peralonso. Medellín: Tipografía Mercantil.
- Gómez, Andrés (1917). Recuerdos de la Guerra: 1899-1902. Bucaramanga: Taller Gráfico.
- González Valencia, Ramón (1904): Rectificaciones: réplica de Ramón González Valencia al folleto publicado por el General Vicente Villamizar con el título “Para la historia”. Bogotá: Imprenta de la Luz.
- Lamus, Ramón (1911): Sinceridades. Recuento histórico de la guerra de 1899 a 1902 en el departamento de Santander y porvenir del partido liberal. Bogotá: Imprenta Eléctrica.
- Latorre, Benjamín (1938): Recuerdos de campaña. Usaquén: Editorial San Juan Eudes.

- Muñoz, Carlos (1903): Por el honor liberal. Bogotá: Imprenta de la Crónica.
- Ordenanza número 39 sobre licores (1911). Ibagué: Imprenta del departamento.
- Ordenanzas, Decretos y Resoluciones relativos a la renta de licores del departamento del Tolima (1894). Ibagué: Imprenta del departamento.
- París Lozano, Gonzalo (1984): Guerrilleros del Tolima. Bogotá: El Áncora Editores [1ª ed. 1937].
- Peláez, Fidel (1898a): Informe del Secretario de Gobierno del Departamento del Tolima al Señor Gobernador. Ibagué: Tipografía del Departamento.
- (1898b): “El monopolio en el Tolima”. Ibagué: Imprenta del departamento.
- Pereira Gamba, Fortunato (1919): La vida en los Andes colombianos. Quito: Imprenta de El Progreso <<http://www.lablaa.org/blaavirtual/modosycostumbres/andcol/indice.htm>> (01.11.2010).
- Pérez, Felipe (1863): Jeografía física y política del Estado del Tolima. Bogotá: Imprenta de la Nación.
- Pérez, José Manuel (ed.) (1904): La guerra en el Tolima, 1899-1903. Bogotá: Imprenta de Vapor.
- (1938): Reminiscencias liberales 1897-1937. Bogotá: El Gráfico.
- Procedimiento para denunciar minas hasta obtener el respectivo título de propiedad y Compilación de las Leyes, Decretos y Resoluciones referentes al mismo ramo (1897). Bogotá: Imprenta Nacional.
- Procedimiento para denunciar terrenos baldíos hasta obtener el respectivo título de propiedad y Compilación de las Leyes, Decretos y Resoluciones referentes al mismo ramo. Bogotá: Imprenta Nacional [s.f. 1897?].
- Renjifo, Juan de Jesús (1897): “Un episodio de la guerra de 1895 (Réplica a la Defensa de Enrique Ramírez G.)”. Ibagué: Imprenta de Departamento.
- Rivas, Medardo (1883): Obras de Medardo Rivas. Bogotá: Imprenta de Medardo Rivas <http://www.banrepcultural.org/blaavirtual/literatura/obrasrivas/indice.htm> (01.11.2010).
- (1899): Los trabajadores de tierra caliente. Bogotá: Imprenta de Medardo Rivas.
- Rodríguez, Bernardo (1934): Mis campañas 1885-1902. Bucaramanga: Tipografía Renacimiento.
- Salazar, Víctor Manuel (1943): Memorias de la guerra (1899-1902). Bogotá: Editorial ABC.

- Sánchez Soto, Santiago (1898): Informe del Secretario de Hacienda del Departamento del Tolima al Señor Gobernador. Ibagué: Tipografía del Departamento.
- Sarmiento, Siervo (1898): Exposición sobre la Campaña de Cundinamarca y Tolima en 1895. Bogotá: Imprenta de Lleras.
- Socarrás Baleta, Sabas S. (1977): Recuerdos de la guerra de los Mil Días. En las provincias de Padilla y Valledupar en el Departamento del Magdalena. 1899 a 1902. Bogotá: Tercer Mundo Editores [publicado por entregas en *El Tiempo* en 1930].
- Tamayo, Joaquín (1938): La revolución de 1899. Bogotá: Editorial Cromos.
- Urueta, Carlos Adolfo (ed.) (1904): Documentos militares y políticos relativos a las campañas del General Rafael Uribe Uribe. Bogotá: Imprenta de Vapor.
- Vargas Santos, Gabriel (1904): La razón de mi dicho. Relación documentada para la historia de la revolución en Colombia de 1899 a 1902. Bogotá: Casa Editorial Forero Franco.
- Vesga y Ávila, José María (1914): La guerra de tres años. Bogotá: Imprenta Eléctrica.
- (1922): Campañas militares del general Herrera. Barranquilla: Imprenta El Siglo.
- Villamizar, Vicente (1903): Para la historia: narración relativa a la campaña del Ejército del Gobierno en el departamento de Santander en 1899 y 1900. Bogotá: Imprenta de Luis María Holguín.
- X.X. (1899): Los alambiques del Tolima. Ibagué: Imprenta del Departamento

Literatura secundaria

- Abel, Christopher (1987): Política, Iglesia y partidos en Colombia: 1886-1953. Bogotá: FAES, Universidad Nacional de Colombia.
- Aguilera, Mario (2001): “El delincuente político y la legislación irregular”. En: Sánchez, Gonzalo / Aguilera, Mario (eds.): Memoria de un país en guerra. Los Mil Días: 1899-1902, pp. 301-328.
- Almario, Oscar (1994): La configuración moderna del Valle del Cauca, Colombia, 1850-1940. Espacio, poblamiento, poder y cultura. Cali: CECAN.
- Appelbaum, Nancy (1999): “Whitening the Region: Caucano Mediation and ‘Antioqueño Colonization’ in Nineteenth-Century Colombia”. En: *Hispanic American Historical Review*, 79, 4, pp. 631-667.
- (2003): *Muddied Waters. Race, Region, and Local History in Colombia, 1846-1948*. Durham, Londres: Duke University Press.

- Atehortúa, Adolfo León / Vélez, Humberto (1994): Estado y fuerzas armadas en Colombia (1886-1953). Bogotá: Tercer Mundo Editores, Universidad Javeriana de Cali.
- Bejarano, Jesús Antonio / Pulido, Orlando (1982): Notas sobre la historia de Ambalema. Ibagué: Fondo Cultural de la Beneficencia del Tolima.
- Bergquist, Charles (1999): Café y conflicto en Colombia. 1886-1910. La guerra de los Mil Días: sus antecedentes y consecuencias. Bogotá: Banco de la República, El Áncora Editores [1ª ed. 1978].
- (2004): “En búsqueda de lo popular en la Guerra de los Mil Días”. En: Análisis Político, 52, pp. 77-89.
- Betancourt, Alexander (2007): Historia y nación. Tentativas de la escritura de la historia de Colombia. Medellín: La Carreta.
- Boletín Cultural y Bibliográfico (2000): vol. 37, nº 54.
- Bourdieu, Pierre (1994): “Esprits d’État. Genèse et structure du champ bureaucratique”. En: Raisons pratiques. Sur la théorie de l’action. Paris: Seuil, pp. 99-133.
- Brading, D.A. (ed.) (2005): Caudillos y campesinos en la Revolución Mexicana. México: Fondo de Cultura Económica [1ª ed. 1980].
- Bushnell, David (1992): “Politics and Violence in Nineteenth-Century Colombia”. En: Bergquist, Charles / Peñaranda, Ricardo / Sánchez, Gonzalo (eds.): Violence in Colombia. Wilmington: SR Books, pp. 11-30.
- (2002): Colombia: una nación a pesar de sí misma. De los tiempos precolombinos a nuestros días. Bogotá: Editorial Planeta [1ª ed. 1996].
- Campo, Ary R. (2003): Montoneras, desertiones e insubordinaciones. Yanaconas y Paeces en la guerra de los Mil Días. Cali: Secretaría de Cultura y Turismo, Archivo Histórico de Cali.
- Ceballos, Diana Luz (2005): “Iconografía y guerras civiles en la Colombia del siglo XIX: una mirada a la representación”. En: Ortiz, Luis Javier (et al.): Ganarse el cielo defendiendo la religión. Guerras civiles en Colombia, 1840-1902, pp. 157-210.
- Chaturvedi, Vinayak (2007): History and Memory in Western India. Berkeley, Los Ángeles, Londres: University of California Press.
- Clavijo, Hernán (1993a): Formación histórica de las elites locales en el Tolima. Bogotá: Banco Popular, tomo II.
- (1993b): “Monopolio fiscal y guerras civiles en el Tolima, 1865-1899”. En: Boletín Cultural y Bibliográfico, 30, 32 <<http://www.lablaa.org/blaavirtual/publicaciones/banrep/boletin/boleti5/bol32/monopo1.htm>> (01.10.2010).

- Clavijo, Hernán (2007): “La Regeneración en el Tolima (1885-1899)”. En AA.VV. Manual de Historia del Tolima. Ibagué: Pijao Editores, tomo I, pp. 329-384.
- Colmenares, Germán (1968): Partidos políticos y clases sociales en Colombia. Bogotá: Universidad de los Andes.
- Cuartas, Álvaro (1991): Tolima insurgente. Bogotá: Pijao Editores.
- (2002): Tulio Varón. El guerrero heroico (biografía). Bogotá: Pijao Editores.
- Cuartas, Álvaro (2003): Estado Soberano del Tolima (Historia política y constitucional). Bogotá: s.e.
- Deas, Malcolm (1983): “La Regeneración y la Guerra de los Mil Días”. En: AA.VV. Aspectos polémicos de la historia colombiana del siglo XIX; memoria de un seminario. Bogotá: Fondo Cultural Cafetero, pp. 53-74.
- (1993): Del poder y la gramática y otros ensayos sobre historia, política y literatura colombianas. Bogotá: Tercer Mundo Editores.
- (1993a): “Los problemas fiscales en Colombia durante el siglo XIX”. En: Del poder y la gramática y otros ensayos sobre historia, política y literatura colombianas, pp. 61-120.
- (1993b) “Pobreza, guerra civil y política: Ricardo Gaitán Obeso y su campaña en el Río Magdalena en Colombia, 1885”. En: Del poder y la gramática y otros ensayos sobre historia, política y literatura colombianas, pp. 121-173.
- (1993c): “La presencia de la política nacional en la vida provinciana, pueblerina y rural de Colombia en el primer siglo de la República”. En: Del poder y la gramática y otros ensayos sobre historia, política y literatura colombianas, pp. 175-206.
- (1993d): “Algunas notas sobre la historia del caciquismo en Colombia”. En: Del poder y la gramática y otros ensayos sobre historia, política y literatura colombianas, pp. 207-231.
- (1993e): “Una visita al ‘Negro’ Marín”. En: Del poder y la gramática y otros ensayos sobre historia, política y literatura colombianas, pp. 307-311.
- (2007): “Algunos interrogantes sobre la relación guerras civiles y Violencia”. En: Sánchez, Gonzalo / Peñaranda, Ricardo (eds.): Pasado y presente de la violencia en Colombia, pp. 84-89.
- Delpar, Helen (1981): Red Against Blue. The Liberal Party in Colombian Politics 1863-1899. Alabama: University of Alabama Press.
- Demarest, Geoffrey (2001): “War of the Thousand Days”. En: Small Wars & Insurgencies, 12, 1, pp. 1-30.

- Demélas, Marie-Danielle (2003): “Estado y actores colectivos. El caso de los Andes”. En: Annino, Antonio / Guerra, François-Xavier (eds.): *Inventando la nación. Iberoamérica siglo XIX*. México: Fondo de Cultura Económica, pp. 347-378.
- Díaz, Ángel M. (1894): *Compendio de geografía de la República de Colombia*. Medellín: Imprenta del departamento.
- Escalante, Fernando (1999): “El orden de la extorsión: las formas del conflicto político en México”. En: Waldmann, Peter / Reinares, Fernando (eds.). *Sociedades en guerra civil. Conflictos violentos de Europa y América Latina*. Barcelona: Paidós, pp. 297-310.
- Escobar, Brenda (2005): “La guerra de los Mil Días vista a través de las memorias”. En: Ortiz, Luis Javier (et al.): *Ganarse el cielo defendiendo la religión. Guerras civiles en Colombia, 1840-1902*, pp. 465-480.
- Fischer, Thomas (1997): *Die verlorenen Dekaden. „Entwicklung nach außen“ und ausländische Geschäfte in Kolumbien 1870-1914*. Fráncfort: Peter Lang.
- (2001a): “Desarrollo hacia fuera y ‘revoluciones’ en Colombia, 1850-1910”. En: Sánchez, Gonzalo / Aguilera, Mario (eds.): *Memoria de un país en guerra. Los Mil Días: 1899-1902*, pp. 33-58.
- (2001b): “De la guerra de los Mil Días a la pérdida de Panamá”. En: Sánchez, Gonzalo / Aguilera, Mario (eds.): *Memoria de un país en guerra. Los Mil Días: 1899-1902*, pp. 75-104.
- Formisano, Ronald P. (2001): “The Concept of Political Culture”. En: *Journal of Interdisciplinary History*, 31, 3, pp. 393-426.
- Foucault, Michel (1975): *Surveiller et punir. Naissance de la prison*. París: Gallimard.
- (1994a): “Pouvoir et corps”. En: *Dits et écrits (1954-1988)*. París: Gallimard, tomo 2, pp. 754-760 [1ª ed. 1975].
- (1994b): “Cours du 14 janvier 1976”. En: *Dits et écrits (1954-1988)*. París: Gallimard, tomo 3, pp. 175-189.
- Frevert, Ute (2005): “Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen”. En: Frevert, Ute / Haupt, Heinz-Gerhard (eds.): *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*. Fráncfort, Nueva York: Campus, pp. 7-26.
- Gómez, Luis Eduardo (1961): *Monografía del Líbano y biografía de su fundador General Isidro Parra*. Ibagué: Imprenta Departamental.
- Gómez Casabianca, Luis Henríque (1998): *El general Manuel Casabianca y su tiempo. Una historia épica*. Bogotá: Imprenta Nacional.

- González, Fernán (1989a): “Introducción. Un país en construcción”. En: Controversia (CINEP). Un país en construcción. Estado, instituciones y cultura política, vol. 2, 153-154, pp. 7-17.
- (1989b): “Aproximación a la configuración política de Colombia”. En: Controversia (CINEP). Un país en construcción. Estado, instituciones y cultura política, vol. 2, 153-154, pp. 19-72.
- (1994): “Poblamiento y conflicto social en la historia colombiana”. En: Silva, Renán (ed.): Territorios, regiones, sociedades. Bogotá: CEREC, Universidad del Valle, pp. 13-33.
- (1997): Para leer la política: ensayos de historia política colombiana. Bogotá: CINEP, 2 tomos.
- (2001): “De la guerra regular de los ‘generales-caballeros’ a la guerra popular de los guerrilleros”. En: Sánchez, Gonzalo / Aguilera, Mario (eds.): Memoria de un país en guerra. Los Mil Días: 1899-1902, pp. 107-123.
- (2006): Partidos, guerras e Iglesia en la construcción del Estado Nación en Colombia (1830-1900). Medellín: La Carreta.
- González, Fernán / Bolívar, Ingrid / Vásquez, Teófilo (2003): Violencia política en Colombia. De la nación fragmentada a la construcción del Estado. Bogotá: CINEP.
- Guardino, Peter (1996): Peasants, Politics and the Formation of México’s National State. Guerrero, 1800-1857. Stanford: Stanford University Press.
- Guerra, François-Xavier (1985): Le Mexique, de l’Ancien Régime à la Révolution. París: L’Harmattan.
- (1992): Modernidad e independencias: ensayos sobre las revoluciones hispánicas. Madrid: MAPFRE.
- Guha, Ranajit (1983): Elementary Aspects of Peasant Insurgency in Colonial India. Delhi: Oxford University Press.
- (1988a): “On Some Aspects of the Historiography of Colonial India”. En: Guha, Ranajit / Spivak, Gayatri (eds.): Selected Subaltern Studies. New York, Oxford: Oxford University Press, pp. 37-44.
- (1988b): “The Prose of Counter-Insurgency”. En: Guha, Ranajit / Spivak, Gayatri (eds.): Selected Subaltern Studies. New York, Oxford: Oxford University Press, pp. 45-86.
- Guillén Martínez, Fernando (2006): El poder político en Colombia. Bogotá: Editorial Planeta [1ª ed. 1979].

- Gutiérrez, Rufino (1921): *Monografías*. Bogotá, Imprenta Nacional <<http://www.lablaa.org/blaavirtual/historia/uno/indice.htm>> (01.11.2010).
- Henderson, James (1984): *Cuando Colombia se desangró. Un estudio de la Violencia en metrópoli y provincia*. Bogotá: El Áncora Editores.
- Hobsbawm, Eric (2001): *Bandidos*. Barcelona: Crítica [1ª ed. en inglés 1969].
- Ibáñez, José Roberto (2000): “La guerra de guerrillas en la guerra de los Mil Días”. En: *Boletín de Historia y Antigüedades*, 87, 810, pp. 645-672.
- Jacobsen, Nils / Aljovín de Losada, Cristóbal (eds.) (2005). *Political Cultures in the Andes 1750-1950*. Durham, Londres: Duke University Press.
- Jaramillo, Carlos Eduardo (1984). “Al vencedor de la muerte lo derrotó el olvido: Ramón Chaves Guzmán, guerrillero de los Mil Días”. En: *Revista Tolima*, 1, 1, pp. 5-19.
- Jaramillo, Carlos Eduardo (1987): *Tulio Varón. El guerrillero de “El Paraíso”*. Ibagué: Contraloría General del Tolima.
- (1989): “La guerra de los Mil Días, 1899-1902”. En: Tirado Mejía, Álvaro (ed.): *Nueva Historia de Colombia*. Bogotá: Editorial Planeta, tomo I, pp. 89-112.
- (1991): *Los guerrilleros del Novecientos*. Bogotá: CEREC.
- Jiménez, Michael F. (1996): “La vida rural cotidiana en la República”. En Castro Carvajal, Beatriz (ed.): *Historia de la vida cotidiana en Colombia*. Bogotá: Norma, pp. 161-203.
- Joseph, Gilbert (ed.) (2001a): *Reclaiming the Political in Latin American History. Essays from the North*. Durham, Londres: Duke University Press.
- (2001b): “Reclaiming ‘the Political’ at the Turn of the Millennium”. En: *Ibid* (ed.) *Reclaiming the Political in Latin American History. Essays from the North*, pp. 3-16.
- Joseph, Gilbert / Nugent, Daniel (eds.) (1994): *Everyday Forms of State Formation: Revolution and the Negotiation of Rule in Modern Mexico*. Durham, Londres: Duke University Press.
- Kalyvas, Stathis N. (2001): “ ‘New’ and ‘Old’ Civil Wars: A Valid Distinction?”. En: *World Politics*, 54, 1, pp. 99-118.
- (2006): *The Logic of Violence in Civil War*. New York: Cambridge University Press.
- Knight, Alan (1997): “Latin America”. En: Bentley, Michael (ed.): *Companion to Historiography*. Londres: Routledge, pp. 728-758.

- Knight, Alan (2005): "Is Political Culture Good to Think?" En: Jacobsen, Nils / Aljovín de Losada, Cristóbal (eds.): *Political Cultures in the Andes 1750-1950*, pp. 25-57.
- Laqueur, Walter (1998): *Guerrilla Warfare. A Historical and Critical Study*. New Brunswick: Transaction Publishers.
- Legrand, Catherine (1988): *Colonización y protesta campesina en Colombia, 1850-1950*. Bogotá: Universidad Nacional de Colombia.
- Londoño, Jaime Eduardo (2002): "El modelo de colonización antioqueña de James Parsons. Un balance historiográfico". En: *Fronteras de la Historia. Revista de Historia Colonial Latinoamericana*, 7, pp. 209-250.
- Lozano y Lozano, Juan (1978): "Fabio Lozano Torrijos". En: *Ensayos críticos. Mis contemporáneos*. Bogotá: Colcultura, pp. 175-200 [1ª ed. 1934].
- Lloyd, Jane-Dale (1998): "*Rancharos* and Rebellion: The Case of Northwestern Chihuahua, 1905-1909". En: Nugent, Daniel (ed.): *Rural Revolt in Mexico. U.S. Intervention and the Domain of Subaltern Politics*. Durham, Londres: Duke University Press, pp. 107-133.
- Mallon, Florencia (1994): "The Promise and Dilemma of Subaltern Studies: Perspectives from Latin American History". En: *The American Historical Review*, 99, 5, pp. 1491-1515.
- (1995): *Peasant and Nation*. Berkeley: University of California Press.
- Martínez, Aída (2001): "Mujeres en pie de guerra". En: Sánchez, Gonzalo/Aguilera, Mario (eds.): *Memoria de un país en guerra. Los Mil Días: 1899-1902*, pp. 195-210.
- Martínez, Héctor Jaime / Martínez, Rocío (1996): "Economía y región: aproximación a la historia del siglo XIX en el Huila". En: Tovar, Bernardo (ed.): *Historia general del Huila*. Neiva: Academia Huilense de Historia, tomo III, pp. 13-76.
- Marulanda, Elsy (1991): *Colonización y conflicto: Las lecciones de Sumapaz*. Bogotá: Tercer Mundo.
- Mazzuca, Sebastián / Robinson, James A. (2009): "Political Conflict and Power Sharing in the Origins of Modern Colombia". En: *Hispanic American Historical Review*, 89, 2, pp. 285-321.
- McLean, Ed Iain / McMillan, Alistair (2009): "Clientelism". En: *The Concise Oxford Dictionary of Politics*. Oxford: Oxford University Press. Oxford Reference Online <<http://www.oxfordreference.com/views/ENTRY.html?subview=Main&entry=t86.e210>> (01.11.2010).

- Medina, Medófilo (1994): "La historiografía política del siglo XX en Colombia". En: Tovar, Bernardo (ed.): *La historia al final del milenio. Ensayos de historiografía colombiana y latinoamericana*. Bogotá: Universidad Nacional, tomo 2, pp. 433-532.
- Moore, Will H. (1995): "Rational Rebels: Overcoming the Free-Rider Problem". En: *Political Research Quarterly*, 48, 2, pp. 417-454.
- Moreno, Delimiro (1996): "Entre la Federación y el Centralismo". En: Tovar, Bernardo (ed.): *Historia general del Huila*. Neiva: Academia Huilense de Historia, tomo II, pp. 121-165.
- (1999): *La toga contra la sotana (Rojas Garrido vs. Rojas Tobar)*. Bogotá: Editorial Kimpres.
- Münkler, Herfried (1990): "Die Gestalt des Partisanen. Herkunft und Zukunft" En: Ibid (ed.): *Der Partisan. Theorie, Strategie, Gestalt*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1990, pp. 14-39.
- Núñez Seixas, Xosé-Manoel (2008): "Fighting for Spain? Patriotism, War Mobilization and Soldiers' Motivations (1936-1939)". En: Baumeister, Martin / Schüler-Springorum, Stephanie (eds.): 'If You Tolerate This...' *The Spanish Civil War in the Age of Total War*. Fráncfort / Nueva York: Campus, pp. 47-73.
- Ortiz, Carlos Miguel (1985): *Estado y subversión en Colombia. La Violencia en el Quindío años 50*. Bogotá: CEREC.
- Ortiz, Luis Javier (2004): *Fusiles y plegarias. Guerra de guerrillas en Cundinamarca, Boyacá y Santander, 1876-1877*. Medellín: Universidad Nacional.
- (et al.) (2005): *Ganarse el cielo defendiendo la religión. Guerras civiles en Colombia, 1840-1902*. Bogotá: Universidad Nacional.
- Palacios, Marco (1980): "La fragmentación regional de las clases dominantes en Colombia: una perspectiva histórica". En: *Revista Mexicana de Sociología*, 42, 4, pp. 1663-1689.
- (1995): *Entre la legitimidad y la violencia. Colombia 1875-1994*. Bogotá: Editorial Norma.
- (2002): *El café en Colombia. 1850-1970. Una historia económica, social y política*. Bogotá: Editorial Planeta (1ª ed. 1980).
- Platt, Tristan (1987): "The Andean Experience of Bolivian Liberalism, 1825-1900: Roots of Rebellion in 19th-Century Chayanta (Potosí)". En: Stern, Steve (ed.): *Resistance, Rebellion, and Consciousness in the Andean Peasant World, 18th to 20th Centuries*. Madison: The University of Wisconsin Press, pp. 280-323.

- Plazas Olarte, Guillermo (1985): La guerra civil de los Mil Días. Estudio militar. Tunja: Academia Boyacense de Historia.
- Posada Carbó, Eduardo (1998): “La novela como historia. *Cien años de soledad* y las bananeras”. En: Boletín Cultural y Bibliográfico, 35, 48, pp. 3-19.
- (1999): “Manual de Historia de Colombia”. En: Revista Credencial Historia, 110 <<http://www.lablaa.org/blaavirtual/revistas/credencial/febrero1999/110manual.htm>> (01.11.2010).
- Prado Arellano, Luis Ervin (2007): Rebeliones en la provincia. La guerra de los Supremos en las provincias suroccidentales y nororientales granadinas 1839-1842. Cali: Universidad del Valle, 2007.
- Ramírez Bacca, Renzo (1999): “De la distribución de baldíos a la consolidación de una región cafetera: dinámica comercial y estructuras agrarias en el Líbano - Tolima 1866-1897”. En: Anuario Colombiano de Historia Social y de la Cultura, 26, pp. 83-114.
- (2004): Formación y transformación de la cultura laboral cafetera en el siglo XX. Medellín: La Carreta.
- Ranzato, Gabriele (1994), “Un evento antico e un nuovo oggetto di riflessione”. En: Ibid (ed.): Guerre fratricide. Le guerre civili in età contemporanea. Turín: Bollati Boringhieri, pp. IX-LVI.
- Rausch, Jane (1999), La frontera de los Llanos en la historia de Colombia: (1830- 1930). Bogotá: Banco de la República, El Áncora Editores.
- Reboratti, Carlos (1990), “Fronteras agrarias en América Latina”. En: Geocrítica. Cuadernos Críticos de Geografía Humana, 15, 87 <<http://www.ub.es/geocrit/geo87.htm>> (23.10.2011).
- Restrepo, Vicente (1952): Estudio sobre las minas de oro y plata de Colombia. Bogotá: Banco de la República [algunos apartes publicados por entregas en *Los Anales de la Instrucción Pública* y en *El Agricultor* en los años 1870].
- Revel, Jacques (1996): “Présentation”. En: Ibid. (ed.): Jeux d'échelles. La micro-analyse à l'expérience. París: Seuil, Gallimard, pp. 7-14.
- Riekenberg, Michael (1995): “Caudillismus. Zu einem Grundbegriff der spanischen und hispanoamerikanischen Geschichte”. En: Neue Politische Literatur, 40, 2, pp. 237-253.
- (1998): “Kriegerische Gewaltakteure in Lateinamerika im frühen 19. Jahrhundert“. En: Siefert, Rolf Peter / Breuninger, Helga (eds.): Kulturen der Gewalt.

- Ritualisierung und Symbolisierung von Gewalt in der Geschichte. Francfort, Nueva York: Campus Verlag, pp. 195-214.
- Riekenberg, Michael (2003): *Gewaltsegmente. Über einen Ausschnitt der Gewalt in Lateinamerika*. Leipzig: Universitätsverlag.
- (2007): "Zur Anthropologie des Krieges in Lateinamerika im 19. Jahrhundert". En: Beyrau, Dietrich / Hochgeschwender, Michael / Langewiesche, Dieter (eds.): *Formen des Krieges. Von der Antike bis zur Gegenwart*. Paderborn, München: Schöningh, pp. 197-221.
- Roldán, Mary (2002): *Blood and Fire: La Violencia in Antioquia, Colombia, 1946-1953*. Durham: Duke University Press.
- Roseberry, William (1993): "Beyond the Agrarian Question in Latin America". En: AA.VV: *Confronting Historical Paradigms. Peasants, Labor, and the Capitalist World System in Africa and Latin America*. Madison: University of Wisconsin Press, pp. 318-368.
- Sábato, Hilda (ed.) (2002): *Ciudadanía política y formación de las naciones. Perspectivas históricas de América Latina*. México: Fondo de Cultura Económica.
- (2006): "La reacción de América: la construcción de las repúblicas en el siglo XIX". En: Chartier, Roger / Feros, Antonio (eds.): *Europa, América y el mundo: tiempos históricos*. Madrid: Marcial Pons, pp. 263-280.
- (2008): "Milicias, ciudadanía y revolución: el ocaso de una tradición política. Argentina, 1880". En: *Revista Ayer*, 70, 2, pp. 93-114.
- Safford, Frank (1983): "Formación de los partidos políticos durante la primera mitad del siglo XIX". En: AA.VV: *Aspectos polémicos de la historia colombiana del siglo XIX. Memoria de un seminario*. Bogotá: Fondo Cultural Cafetero, pp. 9-50.
- Salas, Reynel (1996): "El proceso político durante el siglo XX". En: Tovar, Bernardo (ed.): *Historia general del Huila*. Neiva: Academia Huilense de Historia, pp. 167-247.
- Sánchez, Gonzalo (1976): *Los 'Bolcheviques del Líbano' (Tolima)*. Bogotá: El Mohán Editores.
- (2001): "De amnistías, guerras y negociaciones". En: Sánchez, Gonzalo/Aguilera, Mario (eds.): *Memoria de un país en guerra. Los Mil Días: 1899-1902*, pp. 329-366.
- (2003): *Guerras, memoria e historia*. Bogotá: ICANH.

- Sánchez, Gonzalo (2007): “Los estudios sobre la violencia: balance y perspectivas”. En: Sánchez, Gonzalo / Peñaranda, Ricardo (eds.): Pasado y presente de la violencia en Colombia, pp. 17-32.
- Sánchez, Gonzalo / Aguilera, Mario (eds.) (2001): Memoria de un país en guerra. Los Mil Días: 1899-1902. Bogotá: Editorial Planeta.
- Sánchez, Gonzalo / Meertens, Donny (2002): Bandoleros, gamonales y campesinos. Bogotá: El Áncora Editores [1ª ed. 1983].
- Sánchez, Gonzalo / Peñaranda, Ricardo (eds.) (2007): Pasado y presente de la violencia en Colombia. Medellín: La Carreta [1ª ed. 1986].
- Sanders, James (2004): Contentious Republicans. Popular Politics, Race, and Class in Nineteenth-Century Colombia. Durham, Londres: Duke University Press.
- Santa, Eduardo (1984): Arrieros y fundadores. Aspectos de la colonización antioqueña. Ibagué: Instituto Tolimense de Cultura [1ª ed. 1961].
- (1993): La colonización antioqueña. Una empresa de caminos. Bogotá: Tercer Mundo Editores.
- Scott, James (1985): Weapons of the Weak. Everyday Forms of Peasant Resistance. New Haven: Yale University Press.
- (1994): “Foreword”. En: Joseph, Gilbert / Nugent, Daniel (eds.): Everyday Forms of State Formation: Revolution and the Negotiation of Rule in Modern Mexico. Durham, Londres: Duke University Press, pp. VII-XII.
- Scott, John / Marshall, Gordon (2009): “Patron-client relationship”. En: A Dictionary of Sociology. Oxford: Oxford University Press. Oxford Reference Online <<http://www.oxfordreference.com/views/ENTRY.html?subview=Main&entry=t88.e1693>> (01.11.2010).
- Sierra, Luis F. (1971): El tabaco en la economía colombiana del siglo XIX. Bogotá: Universidad Nacional.
- Stollberg-Rilinger, Barbara (2005): “Einleitung: Was heißt Kulturgeschichte des Politischen?” En: Ibid (ed.): Was heißt Kulturgeschichte des Politischen? Berlín: Duncker & Humblot, pp. 9-26.
- Thomson, Guy P. C. / LaFrance, David (1999): Patriotism, Politics, and Popular Liberalism in Nineteenth-Century Mexico. Juan Francisco Lucas and the Puebla Sierra. Wilmington: Scholarly Resources.

- Thurner, Mark (1997): *From Two Republics to One Divided. Contradictions of Postcolonial Nationmaking in Andean Peru*. Durham, Londres: Duke University Press.
- Tilly, Charles / Tilly, Louise / Tilly, Richard (1975): *The Rebellious Century. 1830-1930*. Londres: J. M. Dent.
- Tirado Mejía, Álvaro (1976): *Aspectos sociales de las guerras civiles en Colombia*. Bogotá: Instituto Colombiano de Cultura.
- (1989): "El Estado y la política en el siglo XIX". En: *Ibíd.* (ed.): *Nueva Historia de Colombia*. Bogotá: Editorial Planeta, tomo 2, pp. 155-183.
- (2001): "Colombia: siglo y medio de bipartidismo". En: Melo, Jorge Orlando (ed.): *Colombia hoy*. Bogotá: Banco de la República <<http://www.lablaa.org/blaavirtual/historia/colhoy/colo6.htm>> (01.11.2010) [1ª ed. 1978].
- Torres, Eduardo (1923): *Geografía del departamento del Tolima*. Ibagué: Imprenta Departamental.
- Tovar, Bernardo (1994): "La historiografía colonial". En: *Ibíd.* (ed.): *La historia al final del milenio. Ensayos de historiografía colombiana y latinoamericana*. Bogotá: Universidad Nacional, tomo 1, pp. 21-134.
- Tovar, Hermes (1995): *Qué nos tengan en cuenta. Colonos, empresarios y aldeas: Colombia, 1800-1900*. Bogotá: Colcultura.
- (2001): "Tras las huellas del soldado Pablo". En: Sánchez, Gonzalo/Aguilera, Mario (eds.): *Memoria de un país en guerra. Los Mil Días: 1899-1902*, pp. 143-171.
- Tutino, John (1986): *From Insurrection to Revolution in Mexico. Social Bases of Agrarian Violence; 1750-1940*. Princeton: Princeton University Press.
- Uribe, María Teresa (2001): "Las guerras por la Nación en el siglo XIX". En: *Estudios Políticos*, 18, pp. 8-27.
- Uribe, María Teresa / López Lopera, Liliana (2006): *Las palabras de la guerra. Un estudio sobre las memorias de las guerras civiles en Colombia*. Medellín: La Carreta.
- Uribe Vargas, Diego (1985): *Las Constituciones de Colombia*. Madrid: Ediciones Cultura Hispánica, Instituto de Cooperación Iberoamericana, vol. 1.
- Urrego, Miguel Ángel (1997): "La noción de ciudadanía bajo la Regeneración. Colombia, 1880-1900". En: Barragán, Rossana / Cajías, Dora / Qayum, Seemin (eds.): *El siglo XIX: Bolivia y América Latina*. La Paz: Muela del Diablo, pp. 651-662.
- Valencia, Arturo (1935): *Monografía de Cajamarca (Tolima)*. Ibagué: Apolo.

- Van Creveld, Martin (1991): *The Transformation of War*. Nueva York: The Free Press.
- Van Young, Eric (1992): "Introduction: Are Regions Good to Think?". En: *Ibid* (ed.): *Mexico's Regions. Comparative History and Development*. San Diego: University of California, Center of U.S.-Mexican Studies, pp. 1-36.
- Vernon, James (1993): *Politics and the People. A Study in English Political Culture, c. 1815-1867*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Viotti da Costa, Emilia (2001): "New Publics, New Politics, New Histories: From Economic Reductionism to Cultural Reductionism". En: Joseph, Gilbert (ed.): *Reclaiming the Political in Latin American History. Essays from the North*, pp. 17-31.
- Waldmann, Peter (2007): "Algunas observaciones y reflexiones críticas sobre el concepto de elite(s)". En: Birle, Peter / Hofmeister, Wilhelm / Maihold, Günter / Potthast, Barbara (eds.): *Elites en América Latina*. Madrid, Fráncfort: Vervuert, pp. 9-30.
- Waldmann, Peter / Reinares, Fernando (1999): "Introducción". En: *Ibid.* (eds.): *Sociedades en guerra civil. Conflictos violentos de Europa y América Latina*. Barcelona: Paidós, pp. 11-23.
- Weber, Eugen (1980): "The Second Republic, Politics, and the Peasant". En: *French Historical Studies*, 11, 4, pp. 521-550.
- Zambrano, Fabio (1989): "Ocupación del territorio y conflictos sociales en Colombia". En: *Controversia (CINEP). Un país en construcción. Poblamiento, problema agrario y conflicto social*, vol. 1, 151-152, pp. 79-106.
- (1993): "Identidad nacional, cultura y violencia". En: AA.VV: *Violencia en la Región Andina. El caso Colombia*. Bogotá: CINEP, pp. 113-139.
- (1998): "La geografía de las guerras en Colombia". En: AA.VV: *Memorias de la II Cátedra Anual de Historia Ernesto Restrepo Tirado. Las guerras civiles desde 1830 y su proyección en el siglo XX*. Bogotá: Museo Nacional de Colombia, pp. 224-246.

LEBENS LAUF

Brenda Escobar

Geb. am 29. Dezember 1978 in Medellín, Kolumbien

1991-1996 Gymnasium. Colegio San José de las Vegas, Medellín

1997-2003 Geschichtsstudium, Universidad Nacional de Colombia, Medellín.

2003-2004 Magisterstudium „Geschichte und Kulturen“ (*Histoire et civilisations*). École
des Hautes Études en Sciences Sociales. Paris, Frankreich.

2006-2011 Promotion zum Dr. phil. Neuere und Neueste Geschichte. LMU, München